

Arbeiter und Politik

Empirische Analysen zum politischen Bewußtsein
von Industriearbeitern

Inaugural - Dissertation

im Fachbereich Philosophie, Geschichte
und Sozialwissenschaften
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen - Nürnberg

vorgelegt von
Werner Kudara
aus Troppau

D 27

1979

1001 101

Arbeiter und Politik

Empirische Analysen zum politischen Bewußtsein
von Industriearbeitern

Inaugural - Dissertation

im Fachbereich Philosophie, Geschichte
und Sozialwissenschaften
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen - Nürnberg

vorgelegt von
Werner Kudera
aus Troppau

D 27



Tag der mündlichen Prüfung: 30.11.1979

Dekan: Universitätsprofessor Dr. H. Winterstein

Referent: Universitätsprofessor Dr. W. Mangold

Korreferent:- Universitätsprofessor Dr. J. Matthes



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546219_0002

Inhalt

Einleitung	1
------------	---

Teil I

Das Verhältnis des Staates zu den Arbeitern. Die "soziale" Frage als Problem staatlicher Integrationspolitik in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik.	4
---	---

1. "Zuckerbrot und Peitsche" im Kaiserreich	10
2. Politisierung des Klassenkonflikts in der Weimarer Republik	23
3. Weltanschauliche Erziehung und Terror unter dem Nationalsozialismus	34
4. Sozialstaatspostulat und institutionelle Isolierung des Klassenkonflikts in der Bundesrepublik	44

Teil II

Das Verhältnis der Arbeiter zum Staat. Empirische Analysen zum politischen Bewußtsein von Industriearbeitern.	
---	--

1. Auswertungsperspektiven	55
2. Staatsbürgerliches Bewußtsein	63
2.1. Politische Partizipation und Bereitschaft zu politischem Engagement	64
2.2. Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins	79
2.2.1. Der Privatier	80
2.2.2. Der Irrational-Distanzierte	83
2.2.3. Der Kritisch-Distanzierte	87
2.2.4. Der "gespaltene" Bürger	90
2.2.5. Der Staatsbürger	92
2.2.6. Zusammenfassender Vergleich	95

3.	Politische Orientierung	98
3.1.	Das Verhältnis zu den politischen Parteien	98
3.2.	Das Verhältnis zur Regierung	112
3.3.	Das Verhältnis zum Staat	125
3.4.	Das Verhältnis zur Demokratie	154
3.5.	Syndrome politischer Orientierung	169
3.5.1.	Das indifferent-konformistische Syndrom	169
3.5.2.	Das formal-demokratische Syndrom	170
3.5.3.	Das faschistoide Syndrom	172
3.5.4.	Das reformistische Syndrom	174
3.5.5.	Das Syndrom des radikalen Interessenvertreters	176
3.5.6.	Das Syndrom des "Klassenkämpfers"	177
3.5.7.	Zusammenfassende Interpretation	180
4.	Gesellschaftliche Lage und Veränderungsperspektiven	186
4.1.	Die eigene gesellschaftliche Lage	186
4.2.	Zum "Gesellschaftsbild" der Arbeiter	191
4.3.	Sozialistische Staaten als Alternative	204
4.4.	Perspektiven möglicher Systemveränderungen	213
4.5.	Zusammenfassung	220
5.	Literaturverzeichnis	222

Lebenslauf

Einleitung

Die vorliegende Studie ist im Rahmen eines empirischen Forschungsprojektes zum gesellschaftlichen und politischen Bewußtsein von Arbeitern* entstanden. Dieses Projekt selber ist im Kontext einer Reihe von industriesoziologischen Studien angesiedelt, deren Tradition durch die Untersuchungen von Popitz et al. (1957), Kern/Schumann (1970), Schumann et al. (1971), Lempert/Thomssen (1974), Eckart et al. (1975) und Bierbaum et al. (1977) repräsentiert ist.

In diesen empirischen Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein ist die Frage nach dem politischen Potential der Arbeiter unter der Perspektive ihrer Stellung zum Staat und zur politischen Ordnung nur selten thematisiert worden; sie konzentrieren sich, soweit ihre Fragestellungen politische Dimensionen einschließen:

- im Zusammenhang mit dem Problem des Klassenbewußtseins auf die Frage nach den Mobilisierungschancen der Arbeiterschaft für eine sozialistische Politik unter dem Gesichtspunkt, ob die Arbeiter im Gefolge des "Wirtschaftswunders" und der generellen Verbesserung ihres Lebensstandards gesellschaftlich und politisch integriert seien, oder ob sie, wie wilde Streiks es zu signalisieren schienen, Momente von Klassenbewußtsein im Form einer Aufkündigung der Folgebereitschaft gegenüber den eingespielten Formen der Interessenauseinandersetzung entwickeln (Schumann et al. 1971; Eckart et al. 1975; Bierbaum et al. 1977).

*) W. Kudera, W. Mangold, K. Ruff, R. Schmidt: Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Teilprojekt 9 des SFB 22 "Sozialisation und Kommunikation" der Universität Erlangen-Nürnberg. Das Material der empirischen Analysen dieser Arbeit beruht auf 183 qualitativen Interviews, die mit Arbeitern in je einem Großbetrieb der metallverarbeitenden Industrie im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden und Bayern im Jahre 1974 durchgeführt worden sind. Die vorliegenden Analysen konzentrieren sich auf einen Teilaspekt des "Arbeiterbewußtseins": auf seine politischen Dimensionen.

- auf das Verhältnis der Arbeiter zu den Gewerkschaften als den zentralen Interessenvertretungs-Organisationen und zur Mitbestimmung als einer Institution der Teilhabe an betrieblichen Entscheidungen, die die Interessen der Arbeiter unmittelbar tangieren (Popitz et al. 1957; Lempert/Thomssen 1974).

Unser eigener Ansatz unterscheidet sich von diesen Studien nicht allein dadurch, daß den bislang untersuchten Dimensionen des politischen Bewußtseins von Arbeitern einige weitere, bisher vernachlässigte, hinzugefügt wurden. Der Unterschied liegt vor allem in der analytischen Perspektive. So wird davon ausgegangen, daß die Arbeiter, formal betrachtet, heute die gleichen politischen Rechte und Pflichten haben wie jeder Bürger: sie sind inzwischen Staatsbürger wie jeder andere auch (siehe dazu Teil I). Wieweit sie sich über diese abstrakte Bestimmung hinaus mit der gegebenen gesellschaftlichen und politischen Ordnung identifizieren, ist Gegenstand des empirischen Teils dieser Arbeit (siehe dazu Teil II). In ihm soll untersucht werden, inwieweit und in welcher Weise sich die Arbeiter auf diejenigen ihnen vorgegebenen Bedingungen beziehen, die sich einerseits aus ihrem Status als Lohnarbeiter, andererseits aus ihrem Status als Staatsbürger ergeben. Durchgängige theoretische Orientierung der Analysen ist die für die bürgerliche Gesellschaft konstitutive Trennung von Staat und Gesellschaft und der in dieser Trennung repräsentierte Gegensatz von partikularen Interessen der einzelnen Bürger und allgemeinem Interesse des Ganzen, der sich im Bürger selber reproduziert und zwar im Widerspruch zwischen privatem Standpunkt, für den der Staat als Adressat partikularer Forderungen Mittel für private Zwecke ist, und staatsbürgerlichem Standpunkt, für den der Staat als Garant der Wohlfahrt aller, also als Voraussetzung der Realisierung auch der jeweiligen privaten Interessen, selber Zweck ist. Dabei gilt unser Interesse einerseits einer möglichst genauen Beschreibung und Analyse der mehr oder weniger deutlich artikulierten politischen Interessen und der argumentativen Verarbeitung von Erfahrungen bei der Verfolgung dieser Interessen, andererseits einer darauf basierenden Rekonstruktion von politischen Grundorientierungen.

Die folgende Darstellung soll im einzelnen zeigen:

- welchen Zusammenhang Arbeiter zwischen der eigenen Interessenlage und dem Bereich politischer Institutionen und Prozesse unter dem Kalkül: eigenes Wohl versus Allgemeinwohl herstellen und wie sie die Notwendigkeit und die Möglichkeiten politischer Beteiligung bewerten (Teil II. 2 Staatsbürgerliches Bewußtsein)
- wie Arbeiter die Parteien und die Regierung beurteilen, welche Stellung sie zum Staat und zur Demokratie beziehen und auf welche Weise sie meinen, ihre Interessen durchsetzen zu können und zu sollen (Teil II.3 Politische Orientierung)
- wie Arbeiter schließlich ihre eigene soziale Lage im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einschätzen und ob und welche Möglichkeiten einer Veränderung von ihnen ins Auge gefaßt wird (Teil II.4 Gesellschaftsbild und Veränderungsperspektiven).

Vorbereitend zu den Analysen des Verhältnisses der Arbeiter zum Staat, seiner politischen Verfassung und seinen politischen Institutionen wird versucht, das Verhältnis des Staates zu den Arbeitern zu skizzieren, wie es sich bezogen auf die Lösung der "sozialen Frage" historisch in seiner jeweiligen Politik gegenüber den Arbeitern ausdrückt (Teil I).

Dem schließt sich ein Aufriß der Perspektiven an, an denen sich Darstellung und Interpretation des empirischen Materials orientieren (Teil II.1).

I. Das Verhältnis des Staates zu den Arbeitern

Die "soziale Frage" als Problem staatlicher Integrationspolitik gegenüber den Arbeitern in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik.

Gegenstand der empirischen Analysen dieser Arbeit ist das Verhältnis der Arbeiter zur politischen Ordnung und zum Staat mit seinen Institutionen (nämlich Parteien und Regierung), wie es sich in ihrem politischen Bewußtsein manifestiert. Die historische Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter ist schlagwortartig als eine "Vom 'Pöbel' zum 'Proletariat'" (Conze 1954) und "Vom Proletariat zum Industriebürger" (Scharmann 1976) zu kennzeichnen versucht worden. In diesem Zusammenhang kann die Geschichte der Organisationen der Arbeiterbewegung als zumindest in großen Zügen historisch aufgearbeitet vorausgesetzt werden (s. z.B. Abendroth 1965; Grebing 1970; Kuczynski 1961 ff.). Über die Arbeiter innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung und ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen wissen wir freilich nur wenig (vgl. auch Wheeler 1974, 180). Dabei darf gerade das Verhältnis der Arbeiter zum Staat und das Problem ihrer Integration in die politische und gesellschaftliche Ordnung - die Lösung der "sozialen Frage" - als ein Angelpunkt der Entwicklung Deutschlands seit der Gründung des Kaiserreiches gelten (vgl. Preller 1949, 527).

Absicht dieses vorbereitenden Teiles ist es, die Versuche staatlicher Integrationspolitik gegenüber der Arbeiterschaft nachzuzeichnen, um damit einen Teil jenes historischen Kontextes zu vergegenwärtigen, in dem sich der gegenwärtige gesellschaftliche und politische Status der Arbeiter und damit über historisch tradierte Erfahrungen ihr Verhältnis zur politischen Ordnung herausgebildet hat.¹⁾ Er beschränkt sich

1) Da das Hauptgewicht dieser Arbeit auf der Darstellung empirischer Befunde zum politischen Bewußtsein von Arbeitern liegt, kann die Diskussion im Rahmen der industriesoziologischen Literatur zum Thema "Arbeiterbewußtsein" hier nur angedeutet werden. Stand und Probleme

Fortsetzung der Fußnote von Seite 4:

dieser Diskussion resümiert Hartmann 1976, einen knappen Überblick über die verschiedenen Positionen gibt zuletzt Ruff 1978. Kennzeichnend ist auf konzeptueller Ebene eine kontroverse Einschätzung sowohl:

- der Konstitutionsprozesse des gesellschaftlichen Bewußtseins von Arbeitern (vgl. Hack et al. 1972),
- der spezifischen Charakteristika (vgl. Popitz et al. 1957, die zum Zeitpunkt ihrer Studie die Einheit des Arbeiterbewußtseins in relativ geschlossenen, dichotomischen Gesellschaftsbildern sehen, während Kern/Schumann 1970 den Zerfall solcher Gesellschaftsbilder und die Auflösung eines homogenen Arbeiterbewußtseins konstatieren. Goldthorpe et al. 1970 stellen für eine hochselektive Gruppe von qualifizierten Arbeitern eine instrumentelle Grundhaltung fest, Eckart et al. 1975 weisen auf fraktionierende Differenzierungsprozesse hin, Bierbaum et al. 1977 meinen, in der Widersprüchlichkeit das strukturelle Merkmal des Arbeiterbewußtseins erkennen zu können),
- als auch der bewußtseinskonstitutiven Faktoren (vgl. Popitz et al. 1957, die von einer relativ einheitlichen sozialen Lage ausgehen; Kern/Schumann 1970, die die Arbeitssituation in den Mittelpunkt rücken; Goldthorpe et al. 1970 verweisen auf den Einfluß von sozio-kulturellen Normen, während Lempert/Thomssen 1974 frühe biographische Einwirkungen herausstellen. Eckart et al. 1975 wiederum postulieren die spontane Genese politischer Einsicht in die gemeinsame Klassenlage durch ökonomische Krisenerfahrungen, Müller et al. 1976 schließlich halten die Segmentierung des Arbeitsmarktes, die unterschiedliche Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft definiert, für ein zentrales Konstitutionselement).

Auf forschungspraktischer Ebene ist eine Neuorientierung (vgl. Schumann/Wittemann 1977) insofern zu beobachten, als sich ein veränderter methodischer Zugang in Form einer Präferenz für qualitative und sozio-biographisch-rekonstruktive Verfahren abzeichnet (vgl. Osterland 1973, Lau 1977 und Lutz/Schmidt 1977). Begleitet ist diese Neuorientierung von Versuchen, gegenüber der Frontstellung der bisherigen, kontrovers verlaufenen und durch Immunisierungsstrategien gekennzeichneten Diskussion integrationistische Konzepte zu entwickeln, die einen angemessenen Zugriff auf die komplexen Bedingungen gestatten sollen und gegenüber der bislang geübten Praxis der Konfrontation allgemeiner historischer Lagen mit Momentaufnahmen aktueller Bewußtseinsstrukturen eine diachrone Perspektive privilegieren und den akkumulativen Charakter gesellschaftlicher Erfahrungen und gesellschaftlichen Bewußtseins betonen (vgl. Kudara 1979).

Angesichts dieser Entwicklung drängt sich zwingend das Desiderat auf, zur Erklärung der Genese der konstatierten Gehalte des Arbeiterbewußt-

Fortsetzung der Fußnote auf Seite 6.

darauf, die Genese von staatlich gesetzten Rahmenbedingungen soweit nachzuzeichnen, wie sie jeweils ein Integrationspotential zu schaffen versucht haben, das heute durch sozialstaatlich relativ gesicherten, gegenüber früher bescheidenen Wohlstand, politische Gleichberechtigung und allerdings umstrittene Formen wirtschaftlicher Mitbestimmung gekennzeichnet ist. Damit soll einerseits die Frage beantwortet werden, ob und wie weit sich die Arbeiterschaft, von den historisch entstandenen, politisch-rechtlichen Voraussetzungen her betrachtet, aus einer gesellschaftlich deprivilegierten und politisch unterdrückten Klasse in eine politisch gleichberechtigte und sozial integrierte gesellschaftliche Gruppe - aus einer Gruppe von "vaterlandslosen Gesellen" in eine von Staatsbürgern unter anderen - transformiert hat. Zum anderen soll damit zugleich angedeutet werden, daß der heutige politische und soziale Status der Arbeiter ihnen nicht von selbst zugefallen ist, sondern Resultat langwieriger und leidvoller sozialer Auseinandersetzungen, in denen sie nicht selten in die Rolle eines bloßen Objekts gedrängt waren. Und diese Tatsache, daß alle Rechte und Freiheiten und der Wohlstand, über den die Arbeiter heute verfügen können, nur gegen Widerstand durch Kampf erreicht wurde, ist, wie sich zeigen wird, Kernstück der tradierten, kollektiven Erfahrung der Arbeiter jenseits aller soziobiographischen Besonderheiten.

Fortsetzung der Fußnote von Seiten 5 und 6:

seins eine komplexe, individuelle und kollektive Erfahrungen berücksichtigende Theorie politischer Sozialisation zu formulieren, die tragfähig genug ist, um auf ihrer Basis den komplexen historischen Kontext in seinen alters- und kohortenspezifischen, aber auch regionalen Besonderheiten rekonstruieren zu können. Daß damit, so wünschenswert und geboten es auch wäre, der Rahmen einer Einleitung gesprengt würde, versteht sich von selbst. Um die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zumindest anzudeuten, soll die einleitende Skizze staatlicher Politik gegenüber den Arbeitern in Form einer historischen Vergegenwärtigung wenigstens die geschichtliche Hypothek konturieren, die, über die jeweilige Definition des gesellschaftlichen und politischen Status der Arbeiter durch die Politik des Staates, in deren tradierten und aktuellen kollektiven Erfahrungen mit der ihnen jeweils vorgegebenen staatlichen Ordnung ihren Niederschlag gefunden hat.

Dieser Kampf begann, als mit dem Aufkommen eines breiten Arbeiterproletariats im Gefolge der rasch expandierenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert auch die sozialen Widersprüche in den Industriestaaten wuchsen. Auf der Grundlage der sich etablierenden kapitalistischen Produktionsweise und des mit ihr strukturell angelegten Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital funktionierte der Ausgleich manifest werdender Klassenauseinandersetzungen durch die selbstregulierende Kraft des Marktmechanismus nicht reibungslos und nicht von selbst. Von Anfang an übernahm deshalb der Staat die Aufgabe, kraft seines Gewaltmonopols in das freie Spiel der widerstreitenden gesellschaftlichen Kräfte, sei es gewährend, sei es unterdrückend, einzugreifen, um der Sprengkraft der sozialen Widersprüche integrativ entgegenzuwirken. Historisch hat sich dabei in seiner Politik jeweils eine Tendenz zur Bewahrung des status quo gezeigt, die die Interessen der Wirtschaft zu Lasten der Arbeiter begünstigte. Deshalb war von staatlicher Seite gegenüber den Arbeitern jeweils eine besondere Integrationspolitik erforderlich, deren Kern in der Harmonisierung der verschiedenen Formen von Klassenauseinandersetzungen bestand. Vollzogen hat sich diese staatliche Integrationspolitik gegenüber der Arbeiterschaft in den Dimensionen der Gleichberechtigung in politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten und der Gerechtigkeit in sozialen Fragen. Die folgende historische Skizze hat die Funktion, die verschiedenen Formen staatlicher Bemühungen um die Integration der Arbeiterschaft bis hin zum heute angebotenen Integrationspotential zu beschreiben, um vor diesem Hintergrund im Rahmen der empirischen Analysen des politischen Bewußtseins von Arbeitern die Frage beantworten zu können, wie die Arbeiter selbst - auf der Grundlage historisch akkumulierter Erfahrungen - sich zu den ihnen vorgegebenen politischen Rahmenbedingungen stellen und ob und wieweit sie heute als politisch und gesellschaftlich integriert gelten können; sie ist zentriert um die beiden Fragen:

- wie verhielt sich der Staat gegenüber dem Problem des Klassenkonflikts, in dem die Arbeiterfrage ihren politischen Ausdruck fand?

- und wie versuchte er jeweils, die Arbeiter in die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung zu integrieren und sich ihrer Loyalität zu versichern, auf die er angewiesen ist? ¹⁾

These ist dabei, daß sich vier Phasen staatlicher Integrationspolitik unterscheiden lassen, die unmittelbar mit bestimmten geschichtlichen Epochen Deutschlands zusammenhängen.

So war die staatliche Politik gegenüber der Arbeiterschaft im Kaiserreich bestimmt durch Unterdrückung von Klassenspannungen auf dem Wege einer Verweigerung der politischen und sozialen Emanzipation der Arbeiter mit Hilfe von repressiven Maßnahmen und durch eine flankierende Sozialpolitik, die die Loyalität der Arbeiter auf dem Wege eines Staatsrentnerturns sichern sollte (I.1 "Zuckerbrot und Peitsche" im Kaiserreich).

Charakteristisch für die Politik der Weimarer Republik war der Versuch, durch Gewährung politischer Gleichberechtigung und durch staatliche Schlichtung des Klassenkonflikts einen sozialen Ausgleich herbeizuführen, indem auf dem Boden einer neutralen Verfassung die Interessenkontrahenten autonom ihre Interessen verhandeln konnten, dem Staat aber vermöge des Instituts der Zwangsschlichtung die Möglichkeit vorbehalten war, gegebenenfalls ausgleichend einzugreifen (I.2 Politisierung des Klassenkonflikts in der Weimarer Republik).

1) Dabei zwingt der gegebene Rahmen zu einer groben Vereinfachung der historisch komplexen Entwicklungsgänge und zu einer Vernachlässigung der Diskussion kontroverser Interpretationen einzelner Momente dieser Entwicklung. Hier kann lediglich der Versuch gemacht werden, mit Hilfe von mitunter etwas gewaltsamen Typisierungen und unter Offenlassung umstrittener Einzelprobleme das zu verdeutlichen, worauf es für die empirischen Analysen des politischen Bewußtseins der Arbeiter ankommt: die historischen Lasten eines Entwicklungsprozesses bis hin zur politischen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und ihrer Integration in die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung, soweit er durch eine zwischen Unterdrückung und Gewährung schwankende staatliche Politik mitbestimmt wurde.

Die Politik des nationalsozialistischen Regimes gegenüber den Arbeitern war gekennzeichnet durch den Versuch einer ideologischen Suspension des Klassenkonflikts durch Terror und Entrechtung auf der einen Seite, durch weltanschauliche Erziehung und sozialpolitische Konzessionen auf der anderen (I.3 Weltanschauliche Erziehung und Terror unter dem Nationalsozialismus).

Für die Nachkriegspolitik der Bundesrepublik bestimmender Zug schließlich ist die verfassungsmäßige Garantie politischer Gleichberechtigung und eine Entstaatlichung des Klassenkonflikts durch institutionelle Isolierung im vorpolitischen Raum der Tarifautonomie sowie durch ausgedehnte sozialstaatliche Garantien, die die Loyalität der Arbeiterschaft mit Hilfe sozialer Leistungen erhalten sollen (I.4 Sozialstaatspostulat und institutionelle Isolierung des Klassenkonflikts in der Bundesrepublik).

I.1 "Zuckerbrot und Peitsche" im Kaiserreich

"Das beherrschende soziale Problem des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts war die Arbeiterfrage: das zahlenmäßige Wachstum der Klasse der Lohnarbeiter, ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Situation und schließlich die ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen, die sie an die anderen sozialen Gruppen und an den Staat stellten" (Born 1972, 181). Vor 1848 stand der feudal-autoritäre Staat der Arbeiterfrage zunächst ablehnend gegenüber. Auf dem Hintergrund der beherrschenden fortschrittsoptimistischen Ideologie, daß die Lösung der sozialen Frage weniger in der Behandlung der Armut als in der Förderung industriellen Wachstums zu finden sei (vgl. Pankoke 1977, 78), beschränkte sich der Staat auf armenpolizeiliche Interventionen. Denn die Förderung der Arbeiterinteressen galt "vielfach als Förderung des Umsturzes, die Begünstigung des Unternehmers aber als ein Gebot staatserhaltender Klugheit" (Syrup 1957, 54). So herrschte die Auffassung vor, "der Arbeiter sei zur Arbeit verpflichtet und habe die Arbeitsbedingungen hinzunehmen, die aus dem freien Wettbewerb hervorgingen. Das Ringen und Streben der Arbeiter nach einem besseren Lohn sei eine ungerechte Anmaßung, die auf jede Weise und mit allen Kräften bekämpft werden müsse" (Syrup 1957, 144).

Eine neue Orientierung sozialpolitischer Verantwortung zeigte sich, als durch die preußische Staatsregierung aus Sorge um den Bestand der preußischen Armee mit dem "Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken" (1839) die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren in Fabriken, Hütten- und Bergwerken verboten, die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter auf 10 Stunden begrenzt und ihre Nachtarbeit untersagt wurde (vgl. Syrup 1957, 58) und damit von staatlicher Seite in einem Bereich in die Autonomie des Wirtschaftslebens eingegriffen wurde, in dem der Staat eine Bedrohung seiner inneren Sicherheit zu erkennen glaubte (vgl. Pankoke 1977, 78). Die Tatsache, daß die Verkündung "dieses Urgesetzes der deutschen Sozialpolitik erst zwanzig Jahre später

erfolgte, nachdem die Zustände, auf die es Bezug nahm, berichtet worden waren (1818/19 durch die Regierung in Düsseldorf und den Unterrichtsminister von Altenstein), und ... daß 25 weitere Jahre erforderlich waren, um die Realisierung dieses bescheidenen Gesetzes ... zu überwachen" (Syrup 1957, 54 f) - die Einsetzung von staatlichen Fabrikinspektoren erfolgte erst durch die Gewerbenovelle von 1878 - macht freilich die faktische Gleichgültigkeit gegenüber diesem Problem deutlich. Obwohl "aus den Berichten der Regierung die schweren Folgen der überstürzten Mechanisierung und des rasch sich verbreitenden Kapitalismus klar zutage traten, bedurfte es eines längeren Zeitraumes, bis man sich im vormärzlichen Preußen zu weiteren Eingriffen entschloß" (Syrup 1957, 63). So waren die Arbeiter in Deutschland in der Phase des Übergangs in den forcierten industriellen Aufschwung bis etwa 1850, was ihre politischen Rechte anlangt, durch Koalitionsverbot und Dreiklassenwahlrecht restringiert; was ihre soziale Lage betrifft, aufs äußerste deprivilegiert. Ein Arbeitstag bis zu 17 Stunden unter schlimmsten Arbeitsbedingungen, nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder, ruinierte Gesundheit und Leistungsfähigkeit; ein Überangebot an Arbeitskräften schmälerte nicht nur die ohnehin ständig sinkenden Löhne und machte die Mitarbeit von Frauen und Kindern obligatorisch; es bedrohte zugleich die Existenz derjenigen, die einen Arbeitsplatz gefunden hatten; darüberhinaus wurde durch niedrige Frauen- und Kinderlöhne das allgemeine Lohnniveau noch mehr gedrückt; hinzu kamen schließlich eine mangelhafte Versorgung im Fall von Krankheit, Unfall und Alter und insgesamt katastrophale Wohn- und Lebensverhältnisse (vgl. Grebing 1970, 23 f). Der Staat tat angesichts dieser Lage im Ganzen wenig, um die Not der Arbeiterschaft zu mildern. Dies sollte sich erst grundlegend mit der Sozialpolitik Bismarcks ändern, dessen bonapartistische Strategie (vgl. Wehler 1975, 63 ff) durch einen Kompromiß von Adel und Besitzbürgertum ermöglicht wurde, der sich nach der Revolution von 1848 anbahnte.

Nach dem Fehlschlag der 48er Revolution und dem Scheitern der liberalen Freiheits- und Einigungsbewegung strebte das Bürgertum eine Über-

einkunft mit den traditionellen Herrschaftsgewalten an, da es das Vertrauen verloren hatte, aus eigener Kraft eine Lösung der deutschen Frage zu versuchen und nunmehr angesichts der als bedrohlich empfundenen "roten Gefahr" Hoffnungen auf die Reformfähigkeit und den Willen zur nationalen Einheit seitens der monarchischen Gewalten setzte. Denn weder war es dem Bürgertum gelungen, die führende Stellung in Staat und Gesellschaft zu erlangen wie in Frankreich, noch eine Gleichstellung mit der Aristokratie wie in England. Das Fortbestehen der Herrscherhäuser, ihrer Beamtenapparate und ihrer Offizierskorps auf der einen Seite, die Furcht vor einer sozialen Revolution auf der anderen, nötigte das Besitzbürgertum zu einem Kompromiß mit der adeligen Führungselite bei wechselnden Formen der Kooperation. Zwar bestanden weiterhin mannigfache Gegensätze, doch wurde das prinzipielle Problem einer Neuverteilung von Macht und Herrschaft nicht mehr artikuliert; dennoch auftretende Spannungen wurden auf die sich organisierende Arbeiterbewegung projiziert, von der man glaubte, es sei unmöglich, sie loyal in die herrschende Ordnung zu integrieren. Denn mit der stürmischen Industrialisierung hatten sich neben den Junkern als den Vertretern agrarischer Interessen neue Machtgruppen herausgebildet. Industriemagnaten, die einen uneingeschränkten Herr-im-Haus-Standpunkt vertraten, stand die wachsende Macht der Gewerkschaften gegenüber, die für die Arbeiter einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt zu erkämpfen versuchten. Diesen Bestrebungen der organisierten Arbeiterbewegung standen die staatlichen Organe mit Mißtrauen oder gar Ablehnung gegenüber, während sie für die Unternehmer und ihre Interessen offen Partei nahmen. So wurde die junge Arbeiterbewegung aufgrund der ihr von ihren Gegnern unterstellten Reichsfeindschaft in die Rolle eines Sündenbocks gedrängt, in der sie "das Opfer abgeben sollten, bei dessen Opferung Junker und Bourgeoisie sich versöhnen" (Engels 1871, 188). Statt einer Eingliederung des "Vierten Standes" in Staat und Gesellschaft wurde eine Politik verfolgt, deren Ziel es war, seiner Entfaltung enge Grenzen zu setzen. Denn "fürchtete die konservative poli-

tische Führungsschicht die Ausdehnung der politischen Demokratie durch die Arbeiterbewegung über die Reichstagswahlrechte hinaus, die sie ihrer führenden Stellung in Preußen und im Reich berauben mußte, so die liberale wirtschaftliche Führungsschicht die tatsächliche Gleichberechtigung der Arbeiter, die sie, um ihre eigene Position im Produktionsprozess uneingeschränkt ausnutzen zu können, auch da zu verhindern wußten, wo sie rechtlich möglich war" (Groh 1973, 34). Dabei garantierte das Dreiklassenwahlrecht das absolute politische Übergewicht des grundbesitzenden Adels und des Besitzbürgertums im preußischen Abgeordnetenhaus bis 1918, während die SPD, obgleich in Preußen stärkste Partei, deutlich unterrepräsentiert war, was für sie zum Anlaß fortdauernder Staatsverdrossenheit wurde (vgl. Groh 1973, 23 f).

Einen ersten Impuls für sozialpolitische Initiativen gegenüber der Arbeiterschaft noch vor der Gründung des Deutschen Kaiserreiches gab der preußische Verfassungskonflikt (1862-1867). Durch das Angebot einer Sozialpolitik, die den Arbeitern über die Gewährung des Koalitions- und Streikrechts Emanzipation durch die Freiheit zur Selbsthilfe versprach, setzten sowohl Bismarck als auch seine liberalen Gegner Sozialpolitik als Mittel ein, um die Arbeiterschaft als politische Verbündete entweder der Konservativen oder der Liberalen zu verpflichten (vgl. Born 1972, 186).

Bismarck selber suchte im Verfassungsstreit nach einer Verstärkung der monarchischen Basis. Sozialpolitik betrieb er ausschließlich, "um die bestehende Staats- und Regierungsform, die konstitutionelle Monarchie mit all den weitreichenden Prärogativen, die sie in Deutschland noch hatte, zu erhalten. Das war das Motiv seiner emanzipatorischen Sozialpolitik (Hilfe zur Selbsthilfe. W.K.) in der Mitte der 60er Jahre, als er die Arbeiter zu Verbündeten gegen die liberale Opposition gewinnen wollte. Und das war auch das Leitmotiv seiner fürsorglichen Sozialpolitik (Hilfe "von oben". W.K.) in den 80er Jahren. Beide Male war die Sozialpolitik ein Mittel zur Erhaltung der politischen Verfassung" (Born 1972, 187). Lediglich der Gegner, gegen den sie als

politische Waffe verwendet wurde, wechselte. Während des Verfassungskonflikts waren es die Liberalen, in den 80er Jahren dann die politische Arbeiterbewegung in Gestalt der Sozialdemokratie, in der er die Hauptgefahr für den Bestand der monarchischen Ordnung und des Reiches sah. So ist seine Sozialpolitik nach der Reichsgründung entscheidend durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie bestimmt worden (vgl. Born 1972, 187).

Die Phase der emanzipatorischen Sozialpolitik Bismarcks endete spätestens mit der Neubehandlung des Koalitionsrechts. Dieses wurde 1869 als Bestandteil der Gewerbeordnung hergestellt, jedoch zugleich mit Strafandrohungen gegen den Koalitionszwang verbunden, "die den Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Verletzten und die zugleich die Erfolgsaussichten von Koalitionen und Streiks verringerten" (Born 1972, 183). Davon waren nämlich die Arbeiter faktisch allein betroffen, während die Unternehmer sich diesen Strafandrohungen entziehen konnten. Durch die damit geschaffene Ungleichheit in der Möglichkeit der Interessenvertretung durch das Sonderstrafrecht gegen den Koalitionszwang war der Anlauf zu einer emanzipatorischen Sozialpolitik (vgl. Born 1972, 184f), die es den Arbeitern hätte ermöglichen können, auf dem Weg der Selbsthilfe durch kollektiv-solidarisches Handeln gegenüber den Unternehmern und ihren Verbänden ihre Interessen selbst, ohne staatliche Interventionen, durchzusetzen, praktisch wieder zurückgenommen. Bismarck verfolgte nunmehr den Weg einer auf Fürsorge ausgerichteten, etatistischen Sozialpolitik, wie sie dann für die 80er Jahre bestimmend wurde. Deren Absicht war weniger eine Sozialreform "im Sinne des Arbeiterschutzes und einer Humanisierung der industriellen Arbeitswelt, geschweige denn ... (so. der) Umbau der Gesellschaftsordnung" (Wehler 1975, 136), sie zielte vielmehr in erster Linie darauf ab, "die Unterdrückung sozialdemokratischer Organisationen positiv, das heißt im Sinne einer Integrationsstrategie zu ergänzen" (Groh 1973, 18).

Im Sinne der bonapartistischen Doppelstrategie unternahm Bismarck den Versuch, mit Hilfe der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Reich und einer sozialpolitischen Gesetzgebung - so der GewerbeGesetzNovelle von 1878 ¹⁾ - die bestehenden Konflikte umzuleiten und der aufrührerischen Sozialdemokratie und ihren sozialreformerischen Bestrebungen das Wasser abzugraben. Die Arbeiter sollten dadurch zur Loyalität bewegt werden, daß ihnen vor Augen geführt wurde, "daß sie für die Verbesserung ihrer Lage die Sozialdemokratie gar nicht brauchten, daß diese Aufgabe vielmehr vom Staat erfüllt würde" (Born 1972, 187). Diesem Zweck sollte vor allem die Institution der Sozialversicherung dienen, wobei Bismarck beabsichtigte, die Arbeiter nicht selbst mit Beiträgen zu belasten, sondern sie vielmehr durch staatliche Beiträge praktisch zu Staatsrentnern zu machen und ihre Loyalität dadurch zu sichern (vgl. Born 1972, 188).

Zum anderen versuchte Bismarck, dennoch entstehende Konflikte mit den Mitteln des autoritären Staates zu unterdrücken. Diese Strategie der gewaltsamen Konfliktunterdrückung fand ihren Höhepunkt mit dem Erlaß der Sozialistengesetze (1878-1890). Die Sozialistengesetze bildeten die Handhabe für systematische Anstrengungen, die Organisationen der Arbeiterbewegung dauerhaft zu zerstören. Dahinter stand die Hoffnung, durch die Liquidierung der Arbeiterbewegung den organisatorischen Rückhalt einer politischen Alternative zu nehmen, sie dadurch zu disziplinieren und zu loyalen Staatsbürgern zu machen.

1) "Der Zweck des Gesetzes war ... eine größere Sicherheit der Beteiligten gegen die Verletzung der durch den Arbeitsvertrag eingegangenen Verpflichtungen, eine strengere Ordnung des Lehrverhältnisses und eine Regelung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. ... Dem Bundesrat wurde die Möglichkeit gegeben, die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen aus Rücksicht auf Leben und Gesundheit in den Fabriken zu beschränken. Das Verbot des Trucksystems wurde verallgemeinert" (Syrup 1957, 74).

Diese Maßnahmen reichten zwar zum Niederhalten von Klassenauseinandersetzungen aus, zur Integration der Arbeiter in Staat und Gesellschaft trug die Koppelung von "Repression und Rentenversicherung" (Wehler 1975, 137) freilich nichts bei.

Denn zum einen gelang es Bismarck nicht, seine sozialpolitischen Pläne in ihrem Kernstück zu verwirklichen, da es ihm nicht möglich war, die Finanzquellen zu erschließen, aus denen er die staatlichen Beiträge zur Sozialversicherung hätte speisen können (vgl. Born 1972, 188). Zudem waren die Leistungen kümmerlich und erreichten überhaupt nur einen sehr begrenzten Personenkreis (vgl. Wehler 1975, 137). Oberdies war in der Arbeiterschutzgesetzgebung ein Stillstand eingetreten, mit der Begründung seitens der Reichsregierung, "daß ein dringendes Bedürfnis für den weiteren Ausbau der Arbeiterschutzbestimmungen nicht vorliege, eine weitere Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit schwere Nachteile für die Industrie wie für die Arbeiterfamilien selbst bringen würde und eine Regelung der Sonntagsarbeit zu schwierig sei" (Syrup 1957, 82). Dies machte deutlich, daß hinter der staatlichen Arbeiterschutzpolitik weniger humane Motive als ökonomische standen, nämlich nicht weiter zu gehen als die Gefährdung eines Produktionsfaktors zu verhindern, der trotz Bestehens einer industriellen Reservearmee nicht beliebig zu substituieren war.

Zum anderen ging die sozialdemokratische Partei als stärkste Partei und mit einem außerordentlichen Grad an gruppeninterner Integration aus der zwölfjährigen Verfolgung hervor (vgl. Groh 1973, 45), während derer die Sympathisanten und Mitglieder der Arbeiterbewegung zu Reichsfeinden und vaterlandslosen Gesellen gestempelt und mit allen Mitteln diffamiert und kriminalisiert worden waren. Gerade diese Erfahrungen aus der Zeit der Sozialistengesetze waren die Grundlage für das unüberwindliche Mißtrauen der Arbeiterschaft gegenüber dem Staat und den bürgerlichen Parteien bis 1914 (vgl. Groh 1973, 46), das durch die ständig erneuerten Versuche, einen Ersatz für die gefallenen Sozialistengesetze in Form von

Ausnahmegesetzen einzuführen, durch Verschärfungen bestehender Gesetze und Erlaß neuer Verordnungen zuungunsten der sozialdemokratischen Partei, vor allem der Gewerkschaften*, in unverminderter Stärke wachgehalten wurde (vgl. Groh 1973, 46).

1890 gestand Bismarck im Zusammenhang mit seiner Entlassung ein, daß er dabei gescheitert sei, eine staatsbejahende Haltung der Arbeiter zu begründen (vgl. Wehler 1975, 137).

Mit den Nachfolgern Bismarcks begann eine neue Phase der Politik gegenüber den Arbeitern und ihren Organisationen. Die Kopplung von Repressiv- und Sozialpolitik wurde aufgegeben, Sozialpolitik nicht mehr nur allein als Mittel zur Erhaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung aufgefaßt. Freilich waren gegen die Jahrhundertwende "die Möglichkeiten und Bereiche fürsorglicher Sozialpolitik ... ziemlich erschöpft" (Born 1972, 193). Eine Fortsetzung war "jetzt nur noch in der Richtung einer emanzipatorischen Politik, die den Arbeitern (sc. auf der Grundlage der Beseitigung von Beschränkungen der Koalitionsfreiheit und des politisch diskriminierenden Dreiklassenwahlrechts) die Freiheit zur Selbsthilfe gab, möglich" (Born 1972, 195). Dieser Schritt wurde jedoch nicht getan, "weil er den Bestand der monarchischen Verfassung" (Born 1972, 196) gefährdet hätte. "Da die staatliche Sozialpolitik davor zurückschreckte, die Arbeiterfrage auch als Verfassungsfrage zu behandeln und die Arbeiterklasse mit dem bestehenden Staat dadurch auszusöhnen und sozial und politisch zu integrieren, daß zur parlamentarischen Regierungsform übergegangen, das Klassenwahlrecht beseitigt und die unbeschränkte Koalitionsfreiheit hergestellt worden wäre, blieb sie insofern erfolglos und konnte die politische und soziale Integration der Arbeiter in das Kaiserreich nicht erreichen" (Born 1972, 196f).

*) So die Umsturzvorlage von 1894, die Vorlage des sogenannten kleinen Sozialistengesetzes in Preußen 1897, schließlich die Zuchthausvorlage von 1898.

Wenn sich überhaupt Momente einer Integration in die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung entwickelten, so verdankten sich diese in erster Linie der "Sozialpolitik" des Marktes, nicht der des Staates, und sie drückten sich in einem wenn auch ambivalenten "Nationalstolz" eher aus als in einer Identifikation mit der monarchischen Verfassung (vgl. dazu Roth 1963; Conze/Groh 1966; Ritter 1978).

Denn durch den ökonomischen Aufschwung und den raschen Anstieg des Realloohniveaus seit den 80er Jahren hatte sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter durchaus verbessert, wenngleich ohne eine Änderung im Grundsätzlichen. Durch zunehmenden Wohlstand und sozialpolitische Fortschritte hatten die Arbeiter mehr zu verlieren als ihre Ketten, auch wenn die begrenzten Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation nur sehr eingeschränkt in solche politischer Einflußmöglichkeiten umgesetzt werden konnten. Sofern Arbeiter im Verdacht standen, gewerkschaftlich organisiert zu sein oder die Sozialdemokratie zu unterstützen, waren sie von jeder politischen Führungsaufgabe "außerhalb ihrer Organisationen und außerhalb des Parlaments, von jeder Beamtenstellung ... sowie jeder Beschäftigung in staatlichen Betrieben radikal ausgeschlossen" (Groh 1975, 37) und weder waren sie gleichberechtigt gegenüber den Unternehmern als Einzelne im Betrieb noch organisiert in Gewerkschaften gegenüber den Unternehmerverbänden, darüberhinaus mußten sie bei Arbeitskämpfen weiterhin mit Verfolgungen seitens der Unternehmer und der staatlichen Behörden rechnen. So war insgesamt gesehen die Arbeiterschaft nach Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, nach Lebens- und Wohnverhältnissen, nach politischer und gesellschaftlicher Stellung am Vorabend des Ersten Weltkrieges noch immer eine ausgegrenzte und in jeder Beziehung benachteiligte gesellschaftliche Gruppe (vgl. Kocka 1973, 9).

Der Erste Weltkrieg beendete die langsame, aber stetige Steigerung des Lebensstandards, wie sie sich während der Vorkriegsjahrzehnte für die Arbeiter vollzogen hatte. "Die Knappheit an Lebensmitteln, und Arbeitskräften, die Anforderungen dieses Krieges, der sämtliche ökonomischen

und menschlichen Reserven zu mobilisieren suchte und zunehmend von der Wirtschaftskraft der kämpfenden Staaten entschieden wurde, sowie bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen schufen für die Arbeiterklasse eine Knappheits-, Verelendungs- und Ausbeutungssituation, wie sie seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr existiert hatte" (Kocka 1973, 21). Dabei war zu Beginn des Krieges bei der Arbeiterschaft trotz sozialer Benachteiligung und politischer Diskriminierung und trotz ihrer traditionellen Opposition gegen die herrschende politische Ordnung ein gewisses Maß an Identifikation mit dem Deutschen Reich (vgl. Conze/Groh 1966; Roth 1963) vorhanden, sicherlich nicht zuletzt auf die Bemühungen des Staates zurückzuführen, durch Erziehung und Propaganda in Schule und Armee die Arbeiterschaft psychologisch in das bestehende System zu integrieren. So war bei Kriegsbeginn auch für die Arbeiter "die nationale Solidarität eine teilweise mit emphatischer Neigung erfüllte Pflicht" (Kocka 1973, 35f), die zwar im Verlauf des Krieges immer mehr ausgehöhlt wurde, aber nie ganz verschwand. Diese nationale Solidarität aktualisierte sich im sogenannten "August-Erlebnis" und dem zwischen den Gruppen und Parteien geschlossenen "Burgfrieden" (1914), mit dessen Hilfe unter dem Druck von außen die innenpolitischen Konflikte vertagt wurden, da er ja tatsächlich "ein Versprechen auf einen ... praktischen Ausgleich der Gegensätze und Spannungen" (Kocka 1973, 36) enthielt. Freilich verhärteten sich unter der Last einer umfassenden Kriegswirtschaft und steigender Verluste an der Front die innenpolitischen Gegensätze erneut; das im Burgfrieden enthaltene Versprechen wurde nie eingelöst, vielmehr diente es im Fortgang des Krieges immer mehr als Legitimation staatlicher Unterdrückung von Demonstrationen mißliebiger Interessen und kritischer, öffentlicher Diskussionen.

Während der Friedenszeit hatte die Hauptfunktion des Staates in der Bewahrung der bestehenden politischen Verfassung bestanden und damit zugleich in der Realisierung der Interessen der ökonomisch herrschenden Klasse - gegen die Interessen und Forderungen der Arbeiter. Im Krieg

dagegen wurde die Funktion der Selbsterhaltung prädominant und damit die Tendenz, die gesellschaftlichen Ressourcen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Erhöhung der Kampffähigkeit zu organisieren (vgl. Kocka 1973, 121). Einschneidendste staatliche Maßnahmen zu diesem Zweck war das "Vaterländische Hilfsdienstgesetz" vom 5.12.1916, das die Grundlage für umfassende Arbeiterbeschaffungsstrategien des Kriegsamtes im Interesse von Kriegswirtschaft und Kriegsführung wurde (vgl. Preller 1949, 41f) und zugleich als gewaltige Kundgebung des deutschen Volkes nach außen" (Kocka 1973, 114) dienen sollte. Während der parlamentarischen Behandlung dieses Zwangsgesetzes, das in erster Linie zu Lasten der Arbeiter ging, stellte sich jedoch immer klarer heraus, daß ohne die Arbeiter bzw. gegen die Arbeiter der Krieg nicht zu gewinnen war. Dies führte zu einer Reihe von Modifikationen, die über die Einrichtung von paritätisch besetzten Ausschüssen aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie aus Militärs bzw. Beamten in kooperativer Form eine begrenzte wirtschaftliche Gleichberechtigung einleiteten und somit ein Ende des unternehmerischen Herr-im-Haus-Standpunktes bedeuteten, ja den Unternehmern unter dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft teilweise weitreichende Zugeständnisse abverlangten (vgl. Kocka 1973, 119f).

Soziale Konflikte unter den Bedingungen eines Krieges bedeuten militärisch eine Schwächung. Die Etablierung von Mechanismen der Regulierung sozialer Auseinandersetzungen und die innenpolitische Pazifizierung wurden damit Voraussetzung für eine erfolgreiche Kriegsführung, die ja auf die Mobilisierungsbereitschaft und die Loyalität der Bevölkerung angewiesen ist. Dies führte, sobald die soziale Pazifizierung im Inneren durch die ideologische Scheinintegration des "Burgfriedens" nicht mehr hinreichend gewährleistet war, zu einer Tendenz des staatlichen Herrschaftssystems, den sozialen Zusammenhalt mit Hilfe von wenn auch zögernden Reformen und Konzessionen gegenüber den Arbeitern zu sichern und drohenden Verschärfungen der Klassenspannungen integrativ entgegenzuwirken (vgl. Kocka 1973, 124f.) Insofern erwies sich der erste Weltkrieg

als Schrittmacher, als die Grundlagen der späteren sozialpolitischen Gesetze ab 1918, die die volle Anerkennung der Gewerkschaften, Koalitionsfreiheit und Tarifvertragswesen brachten, hier ihren Ausgangspunkt nahmen (vgl. Preller 1949, 85).

Die staatlichen Integrationsbemühungen waren soweit erfolgreich, als es gelang, die Gewerkschaften durch ihre Anerkennung auf die Rolle eines Mittlers zwischen Militärverwaltung und Arbeiterschaft zu verpflichten und die gewerkschaftlichen Funktionen umzuakzentuieren in Richtung auf kriegsangepaßte Formen der Organisation ihrer Mitglieder. Diese Umfunktionierung der Gewerkschaften eröffnete ihr zwar weite Anerkennung und Aufgabengebiete, entfernte sie aber zugleich von ihrer Basis, die mit jener Integrationspolitik keineswegs voll einverstanden war. Auch die SPD hatte durch die bedingungslose Zustimmung zu den Kriegskrediten ihre Unterwerfung unter den "Burgfrieden" bekundet und war "zum 'integrierten' Bestandteil des 'pluralistischen' herrschenden Systems herabgesunken" (Abendroth 1964, 47). Die Versuche der Parteiführung, "ihre eigene Anpassung an die Träger der Macht dauerhaft auf die Massen zu übertragen" (Abendroth 1964, 47), stießen jedoch zunehmend auf Schwierigkeiten, als sich große Teile der Arbeiterschaft gegen den Krieg zu stellen begannen.* Damit zeigte sich, daß die "Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat, das große innerpolitische Problem des Krieges, ... nur äußerlich durch Einbeziehung der Arbeiterführer in die Regierungsgeschäfte" (Preller 1949, 85) zustandegekommen war. So gelang zwar die Integration der Organisationen der Arbeiter, nicht aber die der sie tragenden Kräfte.

*) Die schwankende Politik der SPD in der Frage ihrer Haltung zum Krieg und ihre Spaltung über dieser Frage in Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) und Mehrzeitssozialdemokratie (MSPD) sowie später KPD (Spartacus-Bund) mit ihren Folgewirkungen auf die Novemberrevolution und die Weimarer Republik kann hier nicht weiterverfolgt werden, da sich diese Darstellung auf die Politik des Staates konzentriert. (Vgl. jedoch z.B. Miller 1974).

Auch reichten staatliche Kontrollen der Wirtschaft, Ausgleichs- und Reformversuche nicht aus, den sich aufstauenden Unmut der Bevölkerung zu kompensieren. "Gegen Ende des Krieges dürfte die als ungerecht empfundene Steuerpolitik ebensosehr die allgemeine Unzufriedenheit geschürt haben wie die ausbleibende Wahlrechtsreform in Preußen. Auch die Versuche, die Profite der Unternehmer - ein Ärgernis für viele - durch direkte Aufsicht zu kontrollieren, scheiterten" (Kocka 1973, 126). Daß der Regierung die Versuche, im Interesse der sozialen Integration notwendige Reformen durchzuführen, fehlschlügen, lag letztlich an der Abhängigkeit der zivilen wie der militärischen Machthaber von den wichtigsten Gruppen der ökonomisch herrschenden Klasse von grundbesitzendem Adel und kapitalbesitzendem Bürgertum (vgl. Kocka 1973, 128 f). Staat und Verwaltung konnten deshalb die Erwartungen und Forderungen der Arbeiterschaft nicht ausreichend erfüllen, schließlich auch deshalb, weil die kriegsbedingten Versorgungsprobleme ihre Leistungsfähigkeit einfach überforderten. Sie wurden damit zum Gegenstand von Mißtrauen und Verbitterung, die "auftretenden Klassenkonflikte äußerten sich dadurch bedingt statt in Protesten gegen den Klassengegner zu einem großen Teil in Protesten gegen Staat, Bürokratie und das System" (Kocka 1973, 131). Aber auch die Unternehmer waren mit der staatlichen Interventionspolitik im Interesse der sozialen Integration nicht zufrieden, da sie ihnen die Preisgabe bisher unumstrittener Privilegien abverlangte. So verlor der Staat schließlich wegen der Halbherzigkeit seiner Integrationsversuche die Unterstützung beider Seiten: der Arbeiterschaft gingen die Konzessionen nicht weit genug, den Unternehmern zu weit. Dennoch erwies sich die staatliche Integrationspolitik als folgenreich: in der gelungenen Umfunktionierung der Gewerkschaften, negatorisch in einer antistaatlichen Tendenz bei den Unternehmern: beide trafen sich auf der Grundlage einer Abwehrhaltung gegen die staatliche Bürokratie auf der einen, gegen eine drohende Revolution auf der anderen Seite zu einer Kooperation, die der Staat selber nie hatte erzwingen können.

Ausdruck dieses Arrangements zwischen Gewerkschaften und Wirtschaft waren im Jahre 1918 Vereinbarungen zwischen den Spitzenverbänden der Unternehmer und der Arbeiter im Rahmen der Zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAG). Mit der ZAG wurde der Versuch gemacht, die rein liberale Wirtschaftsordnung durch die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wiederherzustellen und die Arbeitnehmer an die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Unternehmer zu binden (vgl. Feldmann 1974, 175), um eine Revolution mit den Zielen einer Bodenreform durch Enteignung des Großgrundbesitzes und einer Sozialisierung der Schlüsselindustrien zu vermeiden. Aktuell wurde dieses Problem, als das staatliche System seine Autorität weitgehend eingebüßt hatte und bewaffnete Arbeiter im kaiserlichen Heer eine Bedrohung für die bestehende Ordnung darstellten. Demgegenüber bedeutete die ZAG "für beide Teile eine Art Garantie des erreichten Besitzstandes: Für die Unternehmer gegen die Fährnisse der revolutionären Bewegung, für die Gewerkschaften gegen die erwartete totale Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit als Folge der Demobilmachung und der Umstellung auf die Friedenswirtschaft" (Biegert 1974, 197 f).

1.2 Politisierung des Klassenkonflikts in der Weimarer Republik

Ende September 1918 stand das kaiserliche Deutschland vor dem militärischen Zusammenbruch. Als die Niederlage im Herbst offenkundig wurde, übernahmen in der "Novemberrevolution" Arbeiter- und Soldatenräte die Macht, stürzten die Monarchie, forderten Demokratie und Frieden und bestätigten nach der Abdankung des Kaisers einen "Rat der Volksbeauftragten" als provisorische Regierung, die in der Zeit von November 1918 bis Januar 1919 mit diktatorischer Gewalt regierte und in diesen Monaten eine Reihe gewichtiger Gesetze erließ, mit denen langumkämpfte Forderungen der Arbeiterbewegung erfüllt wurden, nämlich "Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterschaft, völlige Koalitionsfreiheit, Ausbau des Arbeitsnachweiswesens, Kollektivvereinbarungen, Schlichtungsausschüsse,

Arbeiterausschüsse, 8-Stundentag usw. Darüberhinaus hatte der Aufruf des 'Rates der Volksbeauftragten' vom 12.11.1918 die Ausweitung der Arbeitsschutzbestimmungen, der Erwerbslosenunterstützung und erweiterte Bestimmungen für die Sozialversicherung" (Syrup 1957, 243) gebracht; außerdem fand per Verordnung die ZAG politische Anerkennung.

Die Basis für die politische Gleichberechtigung der Arbeiter in der Weimarer Republik war mit der Novemberrevolution gelegt worden; ihr folgte jedoch keine ökonomische Gleichberechtigung, da die blutigen Januarkämpfe 1919, in denen es um die künftige Gestalt Deutschlands als Räterepublik oder parlamentarische Demokratie ging und deren politisches Resultat die vollständige Vernichtung der Macht der Räte war, mit einer Niederlage des sozialistischen Teiles der Arbeiterbewegung endeten. Dagegen konnte sich der vom Willen der Mehrheitssozialdemokratie und der Gewerkschaftsführung getragene, auf eine bürgerlich-parlamentarische Verfassung zielende Teil durchsetzen, der die Mehrheit des Volkes demokratisch erobern und den Kapitalismus von innen heraus reformieren, nicht von außen stürzen wollte (vgl. Preller 1949, 171ff).

Nach den Januarkämpfen war die Offensivkraft der radikalen Arbeiterschaft gebrochen, schon in den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 spiegelte sich das durch die Niederwerfung der Revolution veränderte Kräfteverhältnis: die Nationalversammlung wurde von einem Mehrheitsblock der dezidiert demokratischen Parteien beherrscht. Am 11. August 1919 wurde die von der Nationalversammlung geschaffene Verfassung unterzeichnet; sie entsprach den politischen Machtverhältnissen im Sommer 1919, die dadurch gekennzeichnet waren, daß die Arbeiterschaft ihre politische Vorherrschaft einer Kooperation mit dem Bürgertum hatte abtreten müssen (vgl. Preller 1949, 260). Auf dieser Grundlage wurde in der Weimarer Verfassung den Forderungen der Arbeiterbewegung Rechnung getragen, und ihre Form entsprach "in ihren grundlegenden Zügen dem demokratischen Willen der nach dem Umsturz zunächst leitenden sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterführer, ...

(sc. doch) wurde ihr Inhalt im Laufe der folgenden Jahre mehr und mehr der Einflußnahme der Unternehmer unterworfen" (Preller 1949, 174). Freilich vermochte in der Folgezeit keine der beiden Gruppen über diesen Inhalt allein zu entscheiden. Der Kapp-Putsch und der nachfolgende Abwehrstreik hatten die Unmöglichkeit bewiesen, den jeweiligen Klassengegner völlig niederzuzwingen. So wurde nach "den Wirren des Frühjahrs 1920 ... die formalistisch verstandene Weimarer Verfassung gleichsam bestätigt als der einzig mögliche 'neutrale Boden' - wenigstens bis zum Anfang der dreißiger Jahre" (Biegert 1974, 205). Die "Arbeiterherrschaft vom November 1918 ... (sc. war) deutlich sichtbar einer sozialen Lage gewichen, die in erster Linie auf einer Art Gleichgewichtszustand der Klassenfronten beruhte" (Preller 1949, 246). Diese Fronten hatten sich auf den Boden der Demokratie "begünstigt durch die parlamentarische Regierungsform zu bilden und zu stärken begonnen und sollten künftig die soziale Lage des Reiches bestimmen" (Preller 1949, 246).

Die Entwicklung bis 1923 war dann auch geprägt durch anhaltende Auseinandersetzungen um die Fragen der Verteilung der Lasten des verlorenen Krieges, die Beseitigung der Lähmung der Wirtschaft und der Finanzierung der durch die Novemberrevolution vorbereiteten neuen sozialpolitischen Gesetze (vgl. Feldmann 1974, 174).*

Durch die Inflation, die ihren Höhepunkt 1923 erreichte, wurde die Vertretung der ökonomischen Interessen mit den traditionellen Mitteln der Tarifpolitik hinfällig, da die "Macht der Gewerkschaften mit der Teuerung (sc. gesunken), die der Arbeitgeber (sc. hingegen gestiegen war)" (Preller 1949, 260). Am Ende der Inflation schien die Lage durch die vollständige

*) Dabei zerbrach die ZAG, denn "nachdem sich nicht zuletzt durch die Umfunktionierung der revolutionären Bewegung in eine Lohnbewegung mit Hilfe der ZAG die politischen Verhältnisse stabilisiert hatten und der inflationäre Boom rollte" (Biegert 1974, 197), war kein Bedarf mehr an dieser Form der Kooperation.

Herrschaft der Arbeitgeber über die finanziell zusammengebrochenen Gewerkschaften gekennzeichnet (vgl. Preller 1949, 294). Indikator dafür war die Aufhebung des Acht-Stunden-Tages durch das Arbeitszeit-Diktat in den Ruhrzechen am 9. Oktober 1923. Jedoch deckte die durch staatliche Interventionen herbeigeführte Stabilisierung der Mark "sehr bald die schwierige Lage auch der Masse der Unternehmer auf, denen das Betriebskapital zur Fortführung ihrer Betriebe fehlte" (Preller 1949, 294).

In dieser Situation setzte die Regierung ihre gefestigte politische Stellung in einen sozialpolitischen Führungsanspruch des Staates um (vgl. Gladen 1974b, 55). Sie legte nach der Stabilisierung der Mark mit der Schlichtungsordnung vom Oktober und der Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 zwar "die Regelung der Arbeitsverhältnisse nun grundsätzlich in die Hand der kollektiven Vertragsparteien, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände" (Preller 1949, 297), behielt jedoch dem Staat ein nicht unerhebliches subsidiäres Interventionsrecht in Gestalt der Verbindlichkeitserklärung von tariflichen Schiedssprüchen vor. Damit ergab sich aus dem Instrument der Zwangsschlichtung gleichsam von selbst eine staatliche Lenkungsfunktion, die die Richtung der weiteren Entwicklung bestimmte, ohne daß eine einheitliche Auffassung bezüglich der Stellung des Staates in der Frage der Sozialpolitik erzielt worden wäre. "Das anfängliche Streben der Arbeitgeber nach liberaler Machtpolitik war gebrochen" (Preller 1949, 335), dem unternehmerischen Absolutismus im Betrieb ein Ende gemacht; als Folge der zunächst ansteigenden Konjunktur nach 1923 setzte sich die kollektivrechtliche Regelung nach dem Einigungsprinzip unter Stabilisierung der Stellung der Gewerkschaften und mit regulierendem Einfluß des Staates durch (vgl. Preller 1949, 335).

Damit wurde die Lohnpolitik mit ihren Folgewirkungen auf Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt und Sozialversicherung ein Generalthema der Weimarer Sozialpolitik (vgl. Preller 1949, 523), die Auseinandersetzungen um den Primat von Wirtschafts- oder Sozialpolitik eines der Kernstücke der Gesamtpolitik des Reiches (vgl. Syrup 1957, 272; Feldmann 1974, 176f; Gates 1974).

Damit wuchs freilich auch gleichzeitig das Interesse an einem maßgeblichen Einfluß auf die Regierung und ihre Politik. Die verbandlich organisierten Sozialpartner versuchten immer mehr, ihre mit der Wiederbelebung der Wirtschaft machtpolitisch sich verstärkende Position "sozialpolitisch durch ein intensivierte Einwirken auf das staatliche Schlichtungswesen umzusetzen" (Gladen 1974, 255). Dabei bedienten sie sich, um unmittelbar Druck auf die staatlichen Organe ausüben zu können, zunehmend der politischen Parteien, die sich immer mehr zu reinen Interessenvertretungen wandelten, deren wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen im Rahmen der Verbände, außerhalb des Parlaments, entwickelt wurden. Mit dem dadurch eingeleiteten Funktionsverlust des Parlaments in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen wurde gleichzeitig die unmittelbare Verknüpfung von wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen deutlich (vgl. Preller 1949, 175; Ritter 1976, 133). Die Auseinandersetzungen um einen sozialen Ausgleich, die auf der Basis eines kollektiven Arbeitsrechts zwischen den Sozialpartnern im vorstaatlichen Raum hätten ausgetragen werden sollen, verschoben sich immer mehr auf den politischen Bereich: aus dem ökonomischen wurde ein politischer Klassenkonflikt.

Der Weimarer Staat, der von Anfang an unter dem "kategorischen Imperativ des Ausgleichs" (Erdmann 1955, 17) gestanden hatte, hatte sich des Problems des Klassenkonflikts ursprünglich in der Weise angenommen, daß er ihn durch Verlegung in den vopolitischen Raum zu entpolitisieren suchte. Dabei stellte sich die Frage der Integration der Arbeiter solange nicht als Problem, wie die politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, die sie sich in der Novemberrevolution erkämpft hatte, garantiert schien und durch die Mitwirkung ihrer Organisationen in Gestalt der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) hinreichend abgesichert war. Der Staat bildete den Rahmen, innerhalb dessen sich die Klassenauseinandersetzungen autonom vollziehen konnten. Durch das der Tarifautonomie fremde Element der staatlichen Zwangsschlichtung war jedoch eine Rückverlagerung des ökonomischen Klassen-

konflikts in den politischen Bereich und damit seine Repolitisierung erfolgt. Dies war solange relativ unproblematisch für den Bestand der Weimarer Republik, wie ein annäherndes Gleichgewicht der Macht der Verbände herrschte und im bürgerlichen Lager die Bereitschaft bestand, einen Ausgleich mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu suchen (vgl. Mommsen 1974, 107). Staatliche Politik reflektierte in dieser Situation annähernd das jeweilige reale Kräfteverhältnis der Verbände. Dieses Verhältnis war jedoch unmittelbar der jeweiligen konjunkturellen Lage unterworfen, denn insbesondere für die Arbeiter hing mehr noch als von der politischen Stärke ihrer Parteien von der wirtschaftlichen Macht ihrer Gewerkschaften ab (vgl. Preller 1949, 176).

Diese war bis Mitte 1928 ungebrochen. Bis dahin stand die deutsche Wirtschaft im Zeichen eines ausgesprochenen wirtschaftlichen Aufschwungs, der freilich in Wahrheit auf ausländischem Kapitalzufluß und forcierter Rationalisierung beruhte; die weiterhin strukturell labile wirtschaftliche Lage zeigte sich in Preissteigerungen und insbesondere in steigender Arbeitslosigkeit. Immerhin verstärkte sich der Einfluß der Gewerkschaften auf die Regierungspolitik so weit, daß es ihnen gelang (vgl. Feldmann 1974, 177) bis 1928 ein Realloohniveau durchzusetzen, das dem vor dem Kriege entsprach; angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit vermochten sie es jedoch nicht, eine darüberhinausgehende Erhöhung des realen Anteils der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt zu erringen.

Bis zu diesem Zeitpunkt, von 1923 bis 1928, hatten bürgerliche Regierungen, in denen die SPD nicht mehr vertreten war, ohne feste Mehrheiten, einmal eher nach links, einmal eher nach rechts regiert und nur schwach "den fortlaufenden innerpolitischen Kampf um die Macht, die mehr und mehr von den Parteien zu den allmählich immer ausschlaggebenden kollektiven Wirtschaftsorganisationen, den Unternehmer- und Arbeitgeberverbänden einerseits, den Gewerkschaften andererseits, überwechselte" (Preller 1949, 391) verdecken können. Da die Politik dieser Regierungen den Forderungen der breiten Masse nur unzureichend entgegengekommen war und klare Entscheidungen für die sozialpolitische Aus-

gestaltung nicht gefallen waren, ja Angriffe von schwerindustriellen Gruppen das vorhandene sozialpolitische Instrumentarium der Republik (in Gestalt der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923, der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923) bedrohten (vgl. Mommsen 1974, 107), kam es bei der Reichstagswahl vom Mai 1928 zu einem Ruck nach links. Resultat war der größte Erfolg an Stimmen, den die SPD seit 1919 erzielen konnte, und auch die KPD erreichte große Stimmengewinne, ohne daß sich jedoch an den tatsächlichen Machtverhältnissen etwas änderte (vgl. Milatz 1965, 122f). Dies wurde deutlich in der defensiven Politik der aufgrund der Mandatsverteilung im Reichstag gebildeten grossen Koalition aus SPD, Zentrum und Deutscher Volkspartei, deren Ziel es war, "im Lande Ruhe und Frieden aufrechtzuerhalten, die republikanischen Einrichtungen zu verteidigen und die verhältnismäßig günstige Lebenshaltung der Arbeiterschaft, wie die Stabilisierung sie gebracht hatte, vor Störungen zu bewahren" (Rosenberg 1977, 193).

Die dann einbrechende Weltwirtschaftskrise führte in Deutschland zu einer Radikalisierung und Politisierung des Klassenkonflikts auf beiden Seiten (vgl. Mason 1977, 95). 1929 wurde die Frage der finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu einem Kernproblem der sozialpolitischen Auseinandersetzungen, denn die Zahl der Arbeitslosen war mit erschreckendem Tempo gewachsen. Dabei ließen die verbandlich organisierten Sozialparteien konträre, unversöhnliche Standpunkte erkennen. Die von Unternehmerseite über die Deutsche Volkspartei (DVP) auf die parlamentarisch-politische Entscheidungsebene verlagerte Auseinandersetzung spitzte sich zu auf die Forderung nach Sanierung durch Abbau der Leistungen, während die Gewerkschaften über die SPD auf eine Lösung der Finanzkrise durch Erhöhung der Versicherungsbeiträge optierten (vgl. Giaden 1974, 101).

Die Strategie der schwerindustriellen Gruppen war dabei auf die Sprengung der großen Koalition gerichtet. Überhaupt stimmten nahezu alle deutschen Industriellen nach 1928 darin überein, daß die politische und wirtschaft-

liche Macht der Arbeiterbewegung entscheidend geschwächt werden müsse, wenn die bestehende kapitalistische Ordnung überleben sollte (vgl. Mason 1977, 77). In ihren Augen mußte sichergestellt werden, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung nicht mehr über den verfassungsmäßig verbrieften Spielraum verfügen können dürften, der ihren bisher beträchtlichen Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates ermöglicht hatte (vgl. Mason 1977, 78).

Als im März 1930 die große Koalition an der Frage der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auseinanderbrach, waren sich die politischen Kräfte, die das nun folgende Kabinett Brüning bildeten, darin einig, daß die Reichspräsidentenvollmacht zum Erlaß von Notverordnungen (Art 48 RV) nur einem Kabinett der rechten Mitte, auf keinen Fall einem sozialdemokratisch geführten Kabinett überlassen werden dürfte. Damit deckte das "Ende der großen Koalition und der Sturz der Regierung Müller als letzter parlamentarischer Koalitionsregierung ... nicht nur die unüberbrückbare Frontstellung der Sozialparteien auf, sondern legte zugleich ihren über die politischen Parteien wirksamen Einfluß auf den Staat offen, der die Möglichkeiten eines sozialen Ausgleichs auf der verfassungsrechtlichen Basis eines sozialen und kollektiven Arbeitsrechts als Zielvorstellung staatlicher Sozialpolitik ... aufhob" (Gladen 1974, 102).

In den folgenden konservativen Präsidialkabinetten gewannen die Interessen der Industrie eindeutig an politischem Gewicht. Diese neue Machtposition wurde systematisch gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt (vgl. Mason 1977, 95). Das Präsidialsystem, inauguriert als Versuch einer überparteilichen Sanierung der ökonomischen Krise, wurde zum Vollzugsorgan der Sonderinteressen der Schwerindustrie. Unter deren Einfluß wurden von staatlicher Seite die Krisenlasten mit verfassungswidrigen Notverordnungen auf die Lohnabhängigen abgewälzt: durch Senkung der Löhne und Gehälter, durch Erhöhung der Massensteuern und durch Kürzung der Sozialleistungen. Darüberhinaus wurden die in den vorangegangenen Jahren von den Arbeitern erkämpften Rechte schrittweise wieder abgebaut:

durch Einschränkung des Streikrechts, durch Beschneidung der Tarifautonomie und durch Aushöhlung des Tariflohnsystems. Überdies vermehrte der eingeschlagene Kurs einer Deflationspolitik, gedacht als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Wiederbelebung der Wirtschaft, nur noch die Arbeitslosigkeit. Diese wiederum brachte den gesamten öffentlichen Haushalt ins Wanken (vgl. Preller 1949, 519). Hinzu kam, daß die raschen Regierungswechsel der Jahre zuvor, die Parteiabhängigkeit der Ressortminister, das Hineinregieren von Parteiführern und das übermäßige Hervortreten reiner Interessenpolitik bei dem Bürgertum zu dem weit verbreiteten Gefühl geführt hatten, die Parteien hätten abgewirtschaftet. Die Unternehmer schließlich hatten schon vorher zu erkennen gegeben, "auch mit anderen politischen Systemen als der Weimarer Republik zusammenzuarbeiten" (Preller 1949, 515). Aus dieser Situation heraus konnte gegen das Kernstück der Weimarer Sozialverfassung, gegen die soziale Selbstverwaltung zugunsten einer autoritären Regelung ein entscheidender Schlag geführt werden. Die Notverordnungspolitik der Präsidialkabinette kehrte das Schlichtungswesen als Ausdruck des institutionalisierten Versuchs eines sozialen Ausgleichs durch das Einigungsprinzip zum Prinzip staatlicher Festsetzung von Löhnen und Gehältern um und bedeutete den Anfang der Ausschaltung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Regierungspolitik. Die Unternehmerseite hingegen, nun nicht mehr auf die Kooperation mit den Vertretern der Arbeitnehmer angewiesen, konnte ihren auf die Reichspolitik gewonnenen Einfluß im Sinne ihrer Zielsetzungen nutzen. Gleichzeitig wurde die Verdrängung der SPD aus ihren Regierungs- und Staatspositionen betrieben, die ihren Höhepunkt im Staatsstreik gegen die von der SPD geführte Regierung in Preußen fand.

Möglich geworden war dies, weil die Massenarbeitslosigkeit im Gefolge der Weltwirtschaftskrise die ökonomische Substanz der Arbeiterbewegung ausgezehrt hatte (vgl. Pollard 1974). Da 1932 nahezu zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren oder kurzarbeiten mußten, waren die Gewerkschaften ihrer zentralen Funktion beraubt. Sie konnten

die Interessen ihrer Mitglieder weder gegen die übermächtigen Arbeitgeberverbände vertreten, noch hatten sie nennenswerten Einfluß auf den Staat: sie waren gezwungen, Lohnherabsetzungen, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Entlassungen einfach hinzunehmen (vgl. Mason 1977, 92). Dies führte zu einem Mitgliederschwund und einer finanziellen Schwächung, die die Machtposition der Gewerkschaften zusätzlich unterhöhlte. Und die SPD, bestrebt, die Republik zu verteidigen, tolerierte die Politik der Notverordnungen, opferte jedoch damit ihrem Glauben an die selbstheilenden Kräfte des industriellen Kapitalismus die sozialen Interessen der Arbeiter (vgl. Gates 1974, 224). Dies entfremdete sie ihren Anhängern, die "nur die steigende Belastung der Arbeitnehmer-schaft, die anwachsende Arbeitslosigkeit (sc. sahen) und ... die Beweggründe einer Politik nicht (sc. verstanden), die um der Demokratie und der Arbeitnehmerschaft sich veranlaßt fühlte, eine Politik zu stützen, die in den Augen der breiten Masse nur ständig Siege der privatkapitalistischen Wirtschaft mit sich brachte" (Preller 1949, 527).

Auf dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise brachten die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 eine Verdoppelung der Stimmen der Nationalsozialisten (vgl. Milatz 1965, 142ff), denen sich vor allem das Bürgertum zugewendet hatte, während die SPD Stimmen verlor. Damit verfügten die Parteien, die sich die Auflösung der Weimarer Republik zum Ziel gesetzt hatten, "mit 230 (NSDAP) und 89 (KPD) Mandaten zusammen über jene negative Sperrmehrheit, die ... jeden konstruktiven politischen Versuch schon in den Anfängen erstickte" (Milatz 1965, 144).

Mitte 1932 waren die "Arbeiterparteien und Gewerkschaften vollkommen isoliert, von einer Vielzahl politischer Kräfte und Interessengruppen umgeben, die ohne Ausnahme darauf aus waren, die Macht der organisierten Arbeiterklasse abzubauen" (Mason 1977, 79). Hinzu kam, daß die Hauptorganisationen der Arbeiterbewegung sich immer weiter voneinander entfernten. "Der den Widerstand lähmende Bruderkrieg zwischen SPD und KPD, die passive legalistische Haltung des SPD-Vorstandes, die ebenso unrea-

listische revolutionäre Taktik des Zentralkomitees der KPD und die immer stärker in den Vordergrund rückende Sorge des ADGB um die bloße Erhaltung des gewerkschaftlichen Apparates, welche die defensive Grundhaltung sowie das Abrücken von der Sozialdemokratie bestimmte und die leitenden Funktionäre zu einem Kompromiß nach dem anderen mit den reaktionären Kräften bereit machte" (Mason 1977, 88f), erklären weitgehend die politische Führungslosigkeit der Arbeiterbewegung in der entscheidenden Phase vom Juli 1932 bis zum Mai 1933.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, der Verordnung "Zum Schutz von Volk und Staat", mit der unter Berufung auf Art. 48 RV alle suspendierbaren Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt wurden und mit dem "Ermächtigungsgesetz" ("Zur Behebung der Not von Volk und Reich") fand eine Entwicklung ihren Abschluß, die mit dem Präsidialsystem als Versuch einer überparteilichen Lösung der wirtschaftlichen Krise begonnen hatte, dann aber zum zunehmenden Gebrauch des Notverordnungsrechtes geführt und aus einer Regelung, die als befristete Ausnahme gedacht war, eine Dauerübung gemacht hatte. Hitler konnte sich dieses Mittels bei allen wesentlichen Maßnahmen zum Umsturz der Staats- und Rechtsordnung im Frühjahr 1933 bedienen, die Weimarer Verfassung mit Hilfe eben dieser Verfassung abschaffen und den Übergang zur faschistischen Diktatur "legal" durchsetzen.

Die Weimarer Republik, in der die Arbeiterbewegung für die Arbeiterschaft die politische Gleichberechtigung errungen hatte, eine Demokratisierung der Wirtschaft auf parlamentarischem Wege jedoch nicht erreichen konnte, war mit ihrer Konstruktion einer sozialen Selbstverwaltung der Interessenverbände so lange funktionsfähig gewesen, wie bei den gesellschaftlichen Interessengruppen die Bereitschaft zu einem sozialen Ausgleich bestand. Durch das Institut der staatlichen Zwangsschlichtung erfolgte jedoch eine Repolitisierung der Klassenauseinandersetzungen, die sich mit der Weltwirtschaftskrise immer mehr zuspitzten. Die sich ausweitende Massenarbeitslosigkeit im Gefolge der wirtschaftlichen Krise hatte eine

derart gravierende Schwächung der ökonomischen Macht der Organisationen der Arbeiterbewegung zur Konsequenz, daß eine Destabilisierung der bisherigen balance of powers eintrat. Die Weimarer Republik scheiterte am Problem des Klassenkonflikts insofern, als diese Entwicklung eindeutig zu Gunsten der Industrie verlief. Deren Interessen konnten sich bei den konservativen Präsidialkabinetten auch aufgrund der Selbstparalysierung der Organisationen der Arbeiterbewegung zu Lasten der Arbeiter durchsetzen, mit der Konsequenz einer Distanzierung breiter Kreise der Arbeitnehmerschaft von Staat, Regierung und Parteien. Die Schwerindustrie zumal nutzte ihren Einfluß auf die Regierung zum Abbau der Demokratie, die ihren Interessen, gerichtet auf wirtschaftlichen Imperialismus (vgl. Hallgarten/Radkau 1974) und Ausschaltung der ökonomischen Macht sowie der politischen Rechte der Arbeiterbewegung, nicht genug entgegenkam. Diese Interessen koinzidierten mit den expansiven Plänen und den Vorstellungen einer autoritären politischen Ordnung, wie sie von den Nationalsozialisten propagiert wurden. Deren Programm versprach "den Klassenantagonismus außer Kraft zu setzen ... um ihn dann, durch die Beteiligung des ganzen deutschen Volkes am Aufbau eines ausgedehnten imperialistischen Machtssystems endgültig zu überwinden" (Mason 1977, 40).

I.3 Weltanschauliche Erziehung und Terror unter dem Nationalsozialismus

Den Beginn der faschistischen Diktatur markiert das "Ermächtigungsgesetz", mit dem sich das Parlament praktisch selbst entmachtete. Legislative und Exekutive waren hinfort in der Hand der Reichsregierung vereinigt, das Prinzip demokratischer Gewaltenteilung aufgehoben. "An die Stelle der durch staatliche Verwaltung, Recht und kulturelle Hegemonie abgesicherten Klassenherrschaft der 20er Jahre, die unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise zerfiel, trat nun direkte, auf offene Gewalt gegründete Herrschaft in der Klassengesellschaft" (Mason 1977, 42). Denn im Gegensatz zur anfänglichen "antikapitalistischen" Propaganda wurde die privatkapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung zwar

dirigistischen Eingriffen unterworfen, aber nie zerstört oder auch nur umstrukturiert (vgl. Bracher 1969, 360). Grundprinzip der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik war und blieb es, unter Beibehaltung der kapitalistischen Struktur die Wirtschaft lediglich zu koordinieren und auf ein Ziel hinzulenken: die forcierte Aufrüstung (vgl. Bracher 1969, 362).

Nach der Machtergreifung setzte die ökonomische Konsolidierung des Regimes die Ankurbelung der Wirtschaft und die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit voraus. Darüberhinaus erforderte die Absicherung der nationalsozialistischen Herrschaft Strategien, um die politische Loyalität der Arbeiterschaft, die sich bis dahin gegenüber dem Faschismus weitgehend resistent verhalten hatte, für das Regime und seine Ziele zu gewinnen. Wichtigste Vorbedingung dafür waren sowohl die Kooperation mit den Verbänden der Großindustrie, der Staatsverwaltung und der Armee als auch der Aufbau von militanten Massenorganisationen, die in der Lage waren, alle gegnerischen Kräfte zu zerstören (vgl. Mason 1977, 43).

Der Versuch der Wiederherstellung stabiler ökonomischer Verhältnisse fand einen ersten Ausdruck in Verordnungen zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung und im "Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 1. Juni 1933 (vgl. Syrup 1957, 403ff). Mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsprogrammen seitens der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gelang es unter Hinzuziehung des Instrumentariums der Arbeitslosenversicherung sowie durch öffentliche Investitionen bei Reichsbahn und Reichspost, insbesondere aber auf rüstungsrelevanten Wirtschaftssektoren, "einen unübersehbaren Tendenzumschwung in der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen" zu erzielen und "der saisonalen Arbeitslosigkeit im Winter 1933/34 wirksam zu begegnen" (Gladen 1974, 104). Diese Maßnahmen bewirkten neben ihren unmittelbaren arbeits- und sozialpolitischen Erfolgen eine allgemeine Belebung der Konjunktur und trugen dazu bei, die Wirtschaft aus ihrer Depressionsphase herauszuführen. Sie brachten der nationalsozialistischen Führung damit einen zweifachen Nutzen:

sie führten zu einer raschen Überwindung der schlimmsten Folgen der Massenarbeitslosigkeit und verhalfen Millionen von Arbeitslosen zu einer regelmäßigen Beschäftigung, entschärften damit einen möglichen Krisenherd für die Stabilität des Herrschaftssystems, sie ermöglichten zugleich, und dies war das Hauptziel, "eine schnelle und dabei getarnte Inangriffnahme der Aufrüstung" (Mason 1977, 124). Diese besaß für "Hitler und die Schwerindustrie ... von Anfang an den Vorrang" (Mason 1977, 127). Von einer systematischen Arbeitsbeschaffungspolitik im Interesse der Arbeiterschaft kann deshalb eigentlich nicht gesprochen werden (vgl. Mason 1977, 125). Die Schaffung von Arbeitsplätzen war in erster Linie notwendige Folge der Aufrüstung, die Arbeitsbeschaffungspolitik beruhte dagegen vor allem auf propagandistischen, weniger auf wirtschaftspolitischen Überlegungen und wurde deshalb auch nicht übermäßig forciert, weil eine noch verbleibende Reservearmee von Arbeitslosen dazu benutzt werden konnte, politischen Druck auf die Arbeiter auszuüben und die bestehenden Arbeits- und Lohnbedingungen zu straffen.

Vermochte die Aufrüstung auch die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, so erforderte sie doch gleichzeitig einen Vorgriff auf Ressourcen, die anders als durch einen imperialistischen Krieg letztlich nicht gesichert werden konnten. Denn die für die Aufrüstung aufgewendeten Reserven fanden ihre Schranke in der Notwendigkeit, für die arbeitende Bevölkerung einen bestimmten Lebensstandard nicht zu unterschreiten, da ohne ein gewisses Maß an Folgebereitschaft die gesteckten Ziele nicht zu erreichen waren.

War also der durch die Massenarbeitslosigkeit gegebene Herd möglicher politischer und sozialer Unruhen beseitigt, so bestand nun das grundlegende Problem des nationalsozialistischen Regimes und seiner Politik gegenüber der Arbeiterschaft darin, die politische Loyalität der Arbeiter zu gewinnen und sie gleichzeitig im Dienste der weiteren Aufrüstung ihrer erkämpften Rechte zu berauben und verschärft auszubeuten.

Vorbedingung dafür war die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung, der dann der Versuch folgte, mit Hilfe von weltanschaulichen Erziehungsstrategien auf der Basis der Ideologie der Volksgemeinschaft – und wo diese versagten, durch Terror – den bestehenden Klassenantagonismus, wie er sich in der Erfahrung der Arbeiter niedergeschlagen hatte, zu suspendieren.

In einem ersten Schritt wurden im Mai 1933 in Aktionen der SA und SS die Verbandshäuser der Gewerkschaften besetzt, die Akten beschlagnahmt und von der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) übernommen (vgl. Syrup 1957, 461). Die KPD-Mandate waren ohnehin schon zur Reichstagswahl vom 5. März 1933 kassiert worden, im Juni wurde der SPD jegliche politische Betätigung verboten, ihre Abgeordnetenmandate in allen Parlamenten eingezogen und Tausende von Funktionären verhaftet. Auf die damit eingeleitete Vernichtung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung folgte die systematische Ausrottung aller Widerstandsgruppen, die im Untergrund versuchten, noch die politische Tradition der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten. "Dabei übertrag das Ausmaß an Brutalität und Gründlichkeit alles, was bis dahin einer Arbeiterbewegung in der Geschichte widerfahren war" (Mason 1977, 22). Zugleich erfolgte ein grundlegender Wandel der staatlichen Sozialpolitik (vgl. Syrup 1957, 403ff), durch den zwar die von der Arbeiterschaft und ihren Organisationen vor 1933 erkämpften staatlichen Sozialleistungen nicht angetastet (vgl. Gladen 1974, 108f), jede Form demokratischer Selbstverwaltung indessen und die ihr inkorporierten Rechte der Arbeitnehmer systematisch abgebaut wurden.

Schon im April 1933 war durch das "Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen" die innerbetriebliche Mitbestimmung und die bis dahin noch starke Stellung der Freien Gewerkschaften in den Betrieben aus den Angeln gehoben worden (vgl. Broszat 1969, 182). Dieses Gesetz bedrohte Arbeiter und Angestellte, die sich dem Faschismus nicht beugen wollten, unmittelbar in ihrer materiellen Existenz, denn es gestattete es den Unternehmern, beliebige Kündigungen unter dem Verdacht staatsfeindlicher Einstellung auszusprechen. Mit dem im

Mai erlassenen Gesetz über die Einsetzung von staatlichen Treuhändern der Arbeit wurde die Aufhebung der Tarifautonomie in die Wege geleitet. Arbeits- und Lohnbedingungen waren hinfert nicht mehr Resultat autonomer Tarifverhandlungen, sondern wurden dem Treuhänder der Arbeit als autoritativem staatlichen Organ zur alleinigen Entscheidung überantwortet (vgl. Syrup 1957, 404). Im Januar 1934 erging das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", mit dem das Führerprinzip auf die innere Ordnung des Betriebes übertragen wurde. Wesentliches Ergebnis dieses Gesetzes, "das das sozialpolitische Grundgesetz des Dritten Reiches bleiben sollte", war der Abbau von Arbeitnehmerrechten zugunsten staatlichen Reglements und der sozialen Partnerschaft zugunsten eines Führer-Gefolgschaftsverhältnisses im Betrieb" (Broszat 1969, 196). Analog zur Volksgemeinschaft sollte eine Betriebsgemeinschaft, bestehend aus der Person des Unternehmers als Führer und den Arbeitern sowie den Angestellten als Gefolgschaft, alle Kraft in die Förderung des Betriebszweckes unter der Maxime "Gemeinnutz vor Eigennutz" setzen. Klassenkonflikte durfte es nicht mehr geben, für einen Ausgleich sollten vielmehr rechte Gesinnung, für ein gutes Betriebsklima ein Rat von Vertrauensmännern sorgen, die gewählt oder aber eingesetzt wurden. Für Unverbesserliche schließlich, die sich den durch die Betriebsgemeinschaft begründeten sozialen Pflichten nicht unterwerfen wollten, wurden "Soziale Ehrengerichte" installiert.

In der Folge wurden Arbeitskämpfe überhaupt verboten, die Verantwortung für den Arbeitsfrieden ging an den Staat in Gestalt des Treuhänders der Arbeit über (vgl. Syrup 1957, 498). Im Februar 1935 endlich wurde das Arbeitsbuch, dessen Führung bereits in der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund von 1869 aufgehoben worden war, als wichtigstes Mittel zur Lenkung des Arbeitseinsatzes wieder eingeführt (vgl. Syrup 1957, 436f). Mit dessen Hilfe war es möglich, durch direkte Formen der Arbeitseinsatzplanung die schon bis dahin praktizierten dirigistischen Eingriffe in den Arbeitsmarkt und Einschränkungen der Freizügigkeit für Arbeiter auf die Spitze zu treiben. In all diesen Maßnahmen einer Funktionalisierung der Arbeitskraft wurde die Unterordnung der Sozialpolitik unter die Wirtschaftspolitik des Regimes augenfällig (vgl. Gladen 1974, 105).

Freilich zeigte sich, daß mit der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften und der Arbeiterparteien sowie mit dem Abbau von Selbstbestimmungsrechten und der Auferlegung von sozialen Pflichten das Problem des Klassenkonflikts nicht einfach beseitigt war (vgl. Bracher 1969, 361). So durfte die Arbeiterschaft, auch und gerade nachdem ihre politischen Kader liquidiert worden waren, nicht sich selbst überlassen bleiben. Auf der anderen Seite durfte es ihr aber auch nicht gestattet werden, wieder eine selbständige Organisation aufzubauen, die notwendigerweise Momente einer klassenmäßigen Orientierung eingeschlossen hätte. Deshalb wurde als eine Art Gewerkschaftsersatz die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ins Leben gerufen, in der vorerst auf den unteren Ebenen ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre ihre Posten behalten durften, um die Arbeiter davon zu überzeugen, "daß die Nazis nichts anderes anstrebten als eine Einheitsfront der Gewerkschaften" (Grebíng 1970, 213). Dies konnte zunächst umso eher so erscheinen, als die ca. 300 ehemaligen Gewerkschaften als organisatorische Grundlage der DAF dienten und unter deren Dach in 21 fachlichen "Gesamtverbänden" zusammengeschlossen wurden (vgl. Syrup 1957, 462). Auf Betreiben Schachts, führender Großindustrieller und maßgeblicher Vertreter der staatlichen Wirtschaftsbürokratie wurde indessen verhindert, "daß unter NS-Flagge ein Machtfaktor entstand, der mit der Übernahme traditioneller gewerkschaftlicher Rechte bedeutenden Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik hätte ausüben können" (Broszat 1969, 185). Ihren Bemühungen gelang es zu vereiteln, daß aus der DAF eine Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in Arbeits- und Lohnfragen wurde. Die Kompetenz für diese Angelegenheiten wurde vielmehr per Gesetz dem Treuhänder der Arbeit zugewiesen. Nachdem auf diese Weise die wirtschafts- und sozialpolitische Zuständigkeit der DAF derartig weit eingeschränkt worden war, sahen im November 1933 auch die industriellen Arbeitgeber- und Unternehmerverbände keine Gefahr mehr, sich der DAF einzugliedern (vgl. Broszat 1969, 191).

Daraufhin entwickelte sich die DAF "mehr und mehr zu einer totalitären Großorganisation, welche zur Unterstützung der wirtschaftlichen (und rüstungswirtschaftlichen) Ziele des Regimes in großem Maßstab die kul-

turelle und soziale Betreuung wie die fachliche Berufsausbildung und -förderung mit der ideologischen Schulung verband und in den Dienst gesteigerter Leistungsfähigkeit und erhöhter Arbeitsproduktivität stellte" (Broszat 1969, 204). Gemäß dem Programm von Ley, dem Leiter der DAF, daß "die soziale Frage ... kein Problem der Tarifverträge, sondern ein Problem der Erziehung und Schulung" (Zitat nach Broszat 1969, 192) sei, konzentrierte sich die Tätigkeit auf einen großangelegten weltanschaulichen Erziehungsfeldzug, "der in Verbindung mit dem nun institutionalisierten Terror die Loyalität der Arbeiter sichern sollte" (Mason 1977, 23). Mit Hilfe solcher Erziehungsstrategien "rief der Nationalsozialismus, ohne die bestehenden Eigentumsverhältnisse auch nur anzutasten, die Arbeiterklasse dazu auf, die in jahrzehntelanger Erfahrung wurzelnde Ideologie des Klassenkonflikts als Selbsttäuschung einfach zu tilgen und die eigene Verelendung, Entrechtung und Entmachtung selbst zu sanktionieren" (Mason 1977, 30). Doch standen sich trotz DAF und ihrer Appelle an Gemeinnutz und Pflicht zu erhöhter Leistung weiterhin Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bereich der Produktion gegenüber, hatte sich weder die Zurückhaltung der Arbeiter gegenüber den nationalsozialistischen Parolen noch ihr Interesse an höheren Löhnen und ihr Unwille über intensivierte Arbeitsanforderungen verringert. War noch "Mitte der dreißiger Jahre ... die Haltung der Industriearbeiterschaft eher von Angst, Resignation und Verbitterung gekennzeichnet, oder auch von einer durch den wirtschaftlichen Aufstieg geförderten Apathie und Abwendung von der Politik" (Mason 1969, 245), so änderte sich dies mit Erreichung der Vollbeschäftigung infolge forcierter Aufrüstung im Jahre 1936. Bis zu diesem Zeitpunkt war es dem Regime gelungen, die politische Tradition der Arbeiterbewegung durch Terror zu unterdrücken und zu zerstören, die Rechte der Arbeiter abzubauen und die Befriedigung ihres Interesses nach besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen weitgehend zu vernachlässigen und den Rüstungsanstrengungen unterzuordnen. Umso eher war es der Arbeiterschaft nun, bei eingetretenem Mangel nicht allein an Facharbeitern, sondern an Arbeitskräften überhaupt, möglich, die einzige Position auszunutzen, die ihr das Regime mit seinen Aufrüstungsbemühungen geschaffen hatte und ihr auch durch Terror nicht nehmen konnte, die "einer

Mangelware" (Mason 1977, 229). Denn auch die Gestapo konnte zwar Unverbesserliche ins KZ einliefern, aber nicht ersetzen (vgl. Bracher 1969, 362). Aus dieser Position heraus gelang es der Arbeiterschaft "in einem gewissen Maße Bedingungen für die eigene Unterwerfung zu stellen" (Mason 1977, 246). Dies äußerte sich in erster Linie in Forderungen nach Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen, die sich nunmehr die DAF zum großen Teil zu eigen zu machen begann. Ihre Aufgabe bestand ja gerade darin, die politische Unterwerfung der Arbeiterschaft zu stabilisieren. Nachdem jedoch die bisher von ihr verfolgte Strategie einer gesinnungsmäßigen Umerziehung wenig Erfolge gebracht hatte und es ihr nicht gelungen war, den Arbeitern ihr Interesse an einer Hebung des Lebensstandard auszutreiben und ihnen Opfer zugunsten militärischer Expansion schmackhaft zu machen, wandelte sich die DAF in dieser Situation - ohne freilich Gewerkschaft im eigentlichen Sinne zu werden und ohne die nationalsozialistischen Zielsetzungen preiszugeben - zu einem Instrument, "mittels dessen sie eine Reihe tradierter Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten vermochte" (Mason 1977, 261). Die Wahrnehmung dieser Funktion brachte sie in Gegensatz zu all jenen Instanzen und nationalsozialistischen Mächtigkeitsgruppierungen, die aus strategischen und wirtschaftspolitischen Gründen sich Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen widersetzen und mündete schließlich in Auseinandersetzungen, die zur "systemadäquaten Ausdrucksform des Klassenkonflikts" (Mason 1977, 262) im Rahmen der nationalsozialistischen Herrschaftsordnung wurden. Trotz propagandistischer Versuche einer Verschleierung verblieb die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Regimes im Banne des durch die kapitalistische Ökonomie nach wie vor existierenden Klassengegensatzes. Weder war es vor Kriegsbeginn wirtschaftspolitisch möglich, ein solches militärisches Machtpotential zu schaffen, das den strategischen Risiken einer offenen Kriegsführung adäquat gewesen wäre, noch gelang es trotz sozialpolitischer Zugeständnisse bei der Arbeiterschaft Verständnis dafür zu wecken, für die Kriegsvorbereitungen Verzicht zu üben.

Bis 1936 hatten auf lohnpolitischem Gebiet trotz formeller Zuständigkeit des Treuhänders der Arbeit vom Staat kaum kontrollierte marktwirtschaftliche Verhältnisse geherrscht. Staatliche Interventionen hatten sich auf zwei Lenkungsmittel beschränkt: einerseits auf "Polizeiterror gegen die Bildung illegaler gewerkschaftlicher Gruppen, die in den Betrieben Lohnforderungen stellten; andererseits (sc. auf) Übernahme der im Mai 1933 geltenden tariflichen Lohnsätze, die Mindestsätze waren und nur in einzelnen Fällen und nur mit Genehmigung des Treuhänders der Arbeit unterboten werden durften" (Mason 1977, 155).

Nun aber, bei angespanntestem Arbeitsmarkt, zeigte sich die Wirtschaftspolitik, hinter der "von Anbeginn die permanente Kriegswirtschaft im Gewand des kapitalistischen Systems" (Bracher 1969, 363) gestanden hatte und der bislang Sozial- und Lohnpolitik hatten untergeordnet werden können, unentschlossen angesichts eines virulent gewordenen Zielkonflikts. Die Expansionspläne, auf die das Herrschaftssystem ausgerichtet war, verlangten die umfassende Mobilisierung der Arbeiter für die Rüstungsindustrie bei gleichzeitiger Intensifikation der Arbeit und Einschränkung des Konsums. Sie erforderten zugleich, als Bedingung für die Realisierung der Expansionsabsichten, die Sicherung der Loyalität der Arbeiter. Weltanschauliche Erziehungsmaßnahmen hatten weitgehend versagt, Terrormaßnahmen waren angesichts der Verknappung der Arbeitskräfte nicht ohne schweren Schaden für Wirtschaft und Aufrüstung auszuweiten. So blieb nur die Alternative, Zugeständnisse in Form einer Verbesserung des Lebensstandards zu machen, die ihrerseits der Aufrüstung Grenzen setzte (vgl. Mason 1977, 161). Dies führte ab 1936 zu einer Krise zunächst der Wirtschaft, in der "Regierung, Wehrmacht und Schwerindustrie dem Rest des Volkes einen fast verzweiferten Konkurrenzkampf um die Verteilung des Sozialprodukts" (Mason 1977, 237) lieferten. Die Rüstungsausgaben hatten bis dahin zu einer Überlastung der wirtschaftlichen Reserven geführt, die ständige Ausweitung der Kapazitäten zu einer Situation, in der der Bedarf an Arbeitskräften das Angebot bei weitem überstieg und in der die Arbeiter sich unwillig zeigten, sich für die Kriegsvorbereitungen und deren Erfordernisse einspannen zu lassen (vgl. Syrup 1957, 432). Die Kriegsvorbereitungen erforderten

jedoch als Voraussetzung eine zweckrationale Bewirtschaftung aller Reserven, die in erster Linie auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung erzielt werden mußte. Die Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen wiederum wurde von der Furcht vor möglichen gesellschaftlichen und politischen Erschütterungen begleitet, die ihrerseits die Expansionspläne hätten gefährden können. Angesichts dieser Lage fehlte der Reichsregierung die Autorität, rigorose Maßnahmen gegenüber der Arbeitnehmerschaft durchzusetzen, die die Überforderung der Ressourcen hätten verringern können, zumal sie selbst in den Reihen der NSDAP und der DAF nicht mit Unterstützung rechnen konnte, ja aufgrund von deren Besorgnis um die plebiszitären Grundlagen des Regimes sich sogar auf deren ständigen Druck zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einstellen mußte (vgl. Mason 1977, 284ff).

Die mit der wirtschaftlichen Krise induzierte innenpolitische Krise des Herrschaftssystems verengte den außenpolitischen Spielraum des Regimes erheblich und wirkte sich in einem Zwang zum Handeln aus, um die innere Stabilität des Systems zu sichern: im Zwang zum Eroberungskrieg um Rohstoffe und Arbeitskräfte nach außen, der gleichzeitig von den innenpolitischen Problemen ablenken konnte, und im Zwang zum offenen Terror nach innen (vgl. Mason 1977, 238ff). Dennoch wagte sich das Regime nur zögernd daran, die Freizügigkeit und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft einzuschränken. Erst 1938, als die Entscheidung für die Besetzung der Tschechoslowakei gefallen war, wurde durch Verordnung die Dienstverpflichtung für alle deutschen Staatsangehörigen eingeführt, zugleich wurde der Treuhänder der Arbeit mit Vollmachten zur Festsetzung von Höchstlöhnen ausgestattet (vgl. Syrup 1957, 432f). Damit und mit einer Reihe anderer Vollmachten zur Regelung des wirtschaftlichen Lebens schien der "Unterordnung der gesamten Industrieproduktion unter die Kriegsvorbereitungen nichts mehr im Wege (sc. zu stehen und die Möglichkeit gegeben), die Arbeiterklasse durch Gewalt in die Rolle eines bloßen Produktionsfaktors hineinzuzwingen, über den Staat und Industrie frei verfügen konnten" (Mason 1977, 287). Aber auch die Handhabung dieser Vollmachten war vorerst noch unschlüssig und bestimmt durch die Unsicherheit

darüber, was der Arbeiterschaft zugemutet werden könne, ohne versteckten oder offenen Widerstand auszulösen; zumal die DAF, anders als die Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg, keineswegs ein wirksamer Vermittler zwischen Arbeiterschaft und Regime war (vgl. Mason 1977, 292). So wurde im Herbst 1939, als es entscheidend wichtig wurde, Kaufkraft abzuschöpfen und den Konsum einzuschränken, und eine unbegrenzte Ausweitung der Kapazitäten nicht mehr möglich war, ein umfassender Lohn- und Preisstopp verfügt und das bis dahin noch geltende Arbeitsschutzrecht weitgehend außer Kraft gesetzt. In der Folge gab es jedoch passiven Widerstand und Unzufriedenheit von solch erheblichem Ausmaß, daß wiederum Zugeständnisse notwendig wurden, die zeigten, daß das Regime auch weiterhin "auf eine befriedigende Stimmung der Arbeiterschaft ... angewiesen war" (Bracher 1969, 362).

Der Krieg schien dann die aus dem wirtschaftlichen Klassenkonflikt resultierenden Probleme von selbst zu lösen. Er verschleierte sie jedoch nur: nachdem für materielle Zugeständnisse kein Spielraum mehr war, konnte das Regime der Gefahr sozialer Desintegration in Form von um sich greifender Demoralisierung, stummer Auflehnung und aktivem Widerstand nur noch mit brutalem Terror begegnen. Dieser wurde nun zum einzigen und unentbehrlichen Disziplinierungsmittel, "zum letzten und wichtigsten Garanten des Fortbestandes ökonomischer und politischer Herrschaft" (Mason 1977, 322). Mit seiner Hilfe allein wurde es schließlich möglich, die Arbeiter durch wechselseitigen Einsatz von Arbeitsplatz- und Militärdienstverpflichtung für Produktion und Krieg gleichermaßen zu instrumentalisieren.

I.4 Sozialstaatspostulat und institutionalisierte Isolierung des Klassenkonflikts in der Bundesrepublik

Nach dem militärischen Zusammenbruch und der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland und nach der Phase der unmittelbaren Kontrolle des wirtschaftlichen und politischen Lebens durch die Besatzungsmächte definiert das "Grundgesetz für die

Bundesrepublik Deutschland" vom 23. Mai 1949 einen Rahmen in Gestalt eines Kompromisses, dem freilich nicht gesellschaftliche Auseinandersetzungen in der Form zugrundelagen, wie sie der Weimarer Verfassung vorausgegangen waren, der vielmehr Resultat eines Arrangements zwischen den neukonstituierten politischen Parteien und den Besatzungsmächten war. Grundlage dieses kompromißartigen Arrangements war "die Erwägung, daß das neue Staatsfragment ... beiden Hauptströmungen der öffentlichen Meinung dieser Periode, sowohl der auf Restauration der früheren ... Machtverhältnisse in der Wirtschaftsgesellschaft gerichteten, als auch derjenigen, die sich die Übertragung demokratischen Denkens in dieser Gesellschaft, also soziale und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Sozialisierung und Wirtschaftsplanung durch den demokratischen Staat zum Ziel gesetzt hatten, die Möglichkeit zu weiteren Auseinandersetzungen und zur Durchsetzung gewähren müsse" (Abendroth 1966, 65).

Von Bedeutung für das Verhältnis des Staates zum Problem des Klassenkonflikts und zu den Arbeitern überhaupt in der Bundesrepublik Deutschland sind dabei die Zielbestimmung des Staates - neben seiner Definition als Rechtsstaat - als Sozialstaat; die Offenhaltung des Grundgesetzes für die Ausgestaltung der künftigen Wirtschafts- und Sozialordnung durch den Gesetzgeber; schließlich die Garantie der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie der Arbeitsvertragsparteien.

Das Merkmal der Sozialstaatlichkeit führt das Grundgesetz in Form einer Generalklausel ein, ohne den Inhalt dieses Merkmals näher zu bestimmen. Doch kommt ihm trotz der Nichtausfüllung des Inhalts mehr Bedeutung zu als einem substanzlosen "Blankettbegriff". Vielmehr liegt in dem Bekenntnis zur Sozialstaatlichkeit mit seiner Zielbestimmung der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit eine Ermächtigung und eine Verpflichtung zu sozialstaatlicher Tätigkeit im Sinne der Möglichkeit sozialintegrativer Interventionen, wann immer es die Situation verlangt: in Form von Eingriffen in den Marktmechanismus, der Unterstützung sozial Schwächerer und des Ausbaus jener Institutionen,

in denen der Staat als Leistungsträger im Sinne der "Daseinsvorsorge" auftritt (vgl. Forsthoff 1968, 145ff). Zugleich ergibt sich aus der sozialstaatlichen Verpflichtung zur "Daseinsvorsorge, Leistung und Verteilung" (Forsthoff 1968, 149) die Aufgabe, jene bestandsgefährdenden Probleme durch kompensatorische Interventionen rechtlicher und materieller Art zu lösen, die als Folgen ökonomischer Entwicklungen im Rahmen der Tarifautonomie nicht selber gelöst werden können (vgl. Forsthoff 1968, 187ff).^{*} Dies bestätigt auch noch einmal das Bundesverfassungsgericht mit seiner Verpflichtung des Gesetzgebers "zu sozialer Aktivität, insbesondere dazu ..., sich um einen erträglichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen ... zu bemühen" (BVerfGE 1, 104f).

Das Gewicht freilich, das das Grundgesetz dem Sozialstaatsprinzip zuweist, hat im dann etablierten Sozialstaatsmodell einen nur sehr eingeschränkten Niederschlag gefunden. Das herrschende Modell von Sozialstaatlichkeit, vom Gesetzgeber in der Zeit nach der Verkündung des Grundgesetzes auf dem Boden der jeweiligen politischen Konstellationen eingeführt und ausgestaltet, ist vorrangig durch folgende Elemente gekennzeichnet:

- "1. Die Förderung des Kapitalbesitzes und des selbständigen Mittelstandes, sei es durch Abbau entfaltungshemmender staatlicher Interventionen, sei es durch direkte oder indirekte staatliche Hilfe zu Lasten der Allgemeinheit;
2. Den Ausbau eines umfassend angelegten und quantitativ ständig expandierenden Systems öffentlicher Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung des Wohlstandes der breiten Massen - in der Regel direkt und ohne Einkommensgrenzen nach oben. Die gesellschaftspolitische Funktion dieser Maßnahmen ist, abgesehen von ihrer einerseits existenzverbessernden,

^{*}) Staatliche Interventionen dieser Art hat es, wie gezeigt wurde, vorher auch gegeben, doch war ihre Zielbestimmung in Form einer sozialstaatlichen Bindung nicht zu verfassungsmäßigem Rang erhoben worden.

andererseits manipulativen individuellen Seite, Sicherung des politischen Systems durch Balancierung der antagonistischen Kräfte und Tendenzen des gesellschaftlichen Systems mit den Mitteln des sozialen Ausgleichs" (Hartwich 1970, 355). Dieser Ausgleich läßt jedoch den bestehenden gesellschaftlichen status quo nicht nur unberührt, er garantiert "darüberhinaus eine möglichst ungebundene Entfaltung der nun einmal gegebenen Besitz-, Verfügungsgewalt-, Macht- und Privilegienverhältnisse" (Hartwich 1970, 355).

Zur Durchsetzung dieses Sozialstaatsmodells war es durch die Bundestagswahlen im August 1949 gekommen, die für die CDU/CSU erfolgreich ausgingen und im Anschluß zur Bildung einer Regierungskoalition aus bürgerlichen Parteien mit Adenauer als Kanzler führten. Dies gab der Regierung Adenauer die Möglichkeit, die "bereits im Frankfurter Wirtschaftsrat praktizierte Wirtschaftspolitik fortzusetzen und die Wirtschaftsverfassung entsprechend ihren Vorstellungen zu gestalten" (Schmidt 1970, 174). Die Grundlagen für diese Politik waren jedoch schon vor 1949 durch den Wirtschaftsrat und die amerikanische Besatzungsmacht gelegt worden, der es, auch in Verbindung mit der Wirtschaftshilfe in Gestalt des Marshallplans, möglich war, direkten Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung zu nehmen. Durch die Verhinderung von Sozialisierungsmaßnahmen, die Einführung des wirtschaftlichen Wettbewerbs auf der Grundlage der wieder eingeführten Gewerbefreiheit, die Abschaffung der behördlich festgesetzten Löhne und Preise und die Durchführung der Währungsreform vom 20. Juni 1948 begünstigte sie eine Restauration der tradierten Eigentums- und Wirtschaftsstrukturen und präjudizierte damit die Prinzipien des Wiederaufbaues unter Beibehaltung des gesellschaftlichen status quo und unter dem Leitgedanken eines Primats der Wirtschaft: sozialpolitische Korrekturen wurden der wirtschaftlichen Wiederbelebung nachgeordnet.

Ab 1949 wurde die bis dahin vorbereitete und praktizierte Marktwirtschaft von der CDU/CSU zum Programm erhoben und unter dem Etikett der "Sozialen Marktwirtschaft" als Ordnungspolitik mit marktkonformen Mitteln (vgl. Düsseldorfer Leitsätze der CDU/CSU vom 15. Juli 1949) weiter-

geführt, "die vor allem in den ersten drei Legislaturperioden (bis 1961) politisch erfolgreich behauptet und inhaltlich profiliert wurde" (Hartwich 1970, 120).

"Die innere Konsolidierung des restaurierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems fand einen vorläufigen Abschluß mit der Unterordnung der Gewerkschaften unter den Willen des Parlaments" anläßlich der Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz (Schmidt 1970, 221). Als Folge der Schwächung durch den Kalten Krieg und den mit ihm mobilisierten Antikommunismus, der auch gegen die Gewerkschaften gelenkt worden war, vermochten es die Gewerkschaften nicht, trotz der von ihnen praktizierten Kooperation auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik "in der Frage der wirtschaftlichen Neuordnung ... über das bereits gegenüber den Besatzungsmächten Errungene hinaus" (Rupp 1978, 88) neue Erfolge zu erzielen und ähnliche Mitbestimmungsrechte wie in der Montanindustrie in dem Betriebsverfassungsgesetz vom Juli 1952 zu verankern. Getragen ist dieses Gesetz vielmehr von dem "Gedanken der Autonomie des Betriebes und der Idee der Unternehmerautorität" (Pirker 1960, 238); es stellt "die gesamte Betriebsrattätigkeit unter das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber" (Däubler 1973, 194). So ist beiden Seiten aufgetragen, alles zu unterlassen, was die Arbeit und den Frieden des Betriebes gefährden könnte, insbesondere dürfen weder Arbeitgeber noch Betriebsrat Arbeitsk Kampfmaßnahmen gegeneinander führen. Mitbestimmung bleibt beschränkt auf soziale und personelle Angelegenheiten, echte Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen ist hingegen nicht vorgesehen.

In dieser Fassung fixiert das BVG ein Modell sozialer Partnerschaft mit dem eindeutigen Ziel einer Integration der Arbeitnehmerschaft und ihrer gleichzeitigen Unterwerfung unter die Zwecke des Betriebes: der Betriebsrat wird praktisch mitverantwortlich für das Wohl des Betriebes gemacht. Hierin wird noch einmal die Politik der Behauptung des status quo durch die CDU/CSU-geführte Regierung deutlich, die mit sozialintegrativer Zielsetzung einer Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen keinen Raum gab. Der Anspruch der Gewerkschaften auf Wirtschaftsdemokratie

neben der politischen Demokratie, den sie nach 1945 erhoben hatten, war damit jedenfalls nicht verwirklicht worden (vgl. Schmidt 1970, 223f).

"In den folgenden Jahren verlor der Gedanke der Mitbestimmung vorübergehend an politischer Aktualität. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik seit Beginn der fünfziger Jahre, das sogenannte "Wirtschaftswunder", ließ die Probleme der Neuordnung der Wirtschaft in den Hintergrund treten" (Fitting 1977, 384), und auch das neue BVG vom Januar 1972 bringt lediglich eine Erweiterung der innerbetrieblichen Mitbestimmung, jedoch keine strukturellen Änderungen: das Problem einer Teilhabe der Arbeitnehmer an den Entscheidungen über die Gestaltung der Wirtschaft bleibt weiterhin ungelöst. "Die Niederlage der Gewerkschaften bei ihren Bemühungen, ein Betriebsverfassungsgesetz zu verhindern, das den Interessen der organisierten Arbeitnehmerschaft widersprach, stellte in gewissem Sinne den Endpunkt einer ersten Phase in der Geschichte der Bundesrepublik dar. (Mit) der prinzipiellen Anerkennung des Anspruchs der Regierung und des Parlaments durch die Gewerkschaftsführung, Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik allein zu gestalten und gewerkschaftlicherseits Änderungen nur noch anzustreben, sofern sie innerhalb des einmal anerkannten Modells der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie möglich seien" (Schmidt 1970, 221), hatten die Gewerkschaften ihre Integration in das bestehende System ratifiziert.

Kernstück der staatlichen Integrationsstrategie gegenüber der Arbeiterschaft und dem durch die ökonomischen und sozialen Interessengegensätze gegebenen Konfliktpotential wurde Art. 9 Abs. 3 GG, in dem Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie als Grundlage einer institutionellen Isolierung des Klassenkonflikts verankert wurden. So wurde festgelegt, daß "das Recht der abhängigen Arbeit ... Gegenstand staatsfreier Regelung (ist), in der Regel auf der Basis der autonom zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebervereinigungen ... abgeschlossenen Tarifverträge" (Hartwich 1970, 154). Gleichzeitig wurde das System der prinzipiell staatsfreien Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen durch

eine Reihe von staatlichen Garantien ergänzt, die in den Arbeitsgesetzen (nämlich im Arbeitsvertragsrecht und im Arbeitnehmerschutz- und Berufsbildungsrecht) ihren Niederschlag gefunden haben. Darüberhinaus wurde den Gewerkschaften eine öffentliche Funktion als Kompensation zur Entpolitisierung der Auseinandersetzungen um Arbeits- und Lohnbedingungen zuerkannt und ihnen damit die Rolle eines Ordnungsfaktors zugewiesen, dessen Funktion in der Übernahme politischer Verantwortung für die Stabilität des politischen und gesellschaftlichen Systems in Form einer Beteiligung an staatlichen Institutionen und Entscheidungen besteht (vgl. Hoss 1974, 24f). Trotz dieser Hervorhebung der Rolle der Gewerkschaften wird im Zusammenhang "mit der Ausklammerung des politischen Streiks in Art. 9 Abs. 3 ... deutlich, daß diese Tarifautonomie erneut als ein Verfahren der Abschirmung der politischen Institutionen gegenüber den Manifestationen des Klassenkampfes konzipiert wurde" (Hoss 1974, 49). Gestützt wird diese Abschirmung dadurch, daß im Unterschied zur Weimarer Verfassung die Möglichkeit einer Zwangsschlichtung durch staatliche Organe fehlt, die ja gerade zu einer Repolitisierung der ökonomischen Klassenseinandersetzungen geführt hatte und mit ein Grund für das Scheitern der Weimarer Republik gewesen war.

"Der stillschweigenden Zustimmung der Gewerkschaften zu dieser Verfassungskonstruktion bei ihrer Verabschiedung 1949 folgte gleichsam die Ratifizierung in der Praxis 1952 durch ihr Verhalten in der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz ... (sc. in denen die Gewerkschaften ihre) Unterwerfung unter die Grundgesetze der repräsentativen Demokratie" (Priker 1960, 285) demonstrierten und die "Unantastbarkeit der politischen Institutionen durch außerparlamentarische Massenaktionen" (Hoss 1974, 50) bestätigten. Die "formal verfassungsrechtlich festgelegte und in der Realität der Tarifaussensetzungen von den Gewerkschaften akzeptierte Isolierung der ökonomischen Sphäre von der politischen" (Hoss 1974, 24) fand nun ihren sichtbaren Ausdruck in der Festlegung der Gewerkschaften auf parteipolitische Neutralität, in ihrer Orientierung der Streikpraxis auf die Prinzipien der Sozialadäquanz und der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung, in der Verpflichtung auf die Erschöpfung

friedlicher Verhandlungsmöglichkeiten bis zum Streik, schließlich in ihrer teilweisen Unterwerfung unter staatliche Vorgaben durch Teilnahme an der "Konzertierten Aktion" und Rücksichtnahme auf "Lohnleitlinien" bei Tarifabschlüssen.

Die hiermit angelegte institutionelle Isolierung des Klassenkonflikts dient insofern als entscheidende Funktionsbedingung des herrschenden Systems eines "sozialen Kapitalismus", als der Klassenkonflikt aus dem Bereich der Politik auf die in der Verfassung garantierten Interessenkoalitionen verlagert ist, deren Auseinandersetzungen auf Formen beschränkt bleiben, die die politische Herrschaftsstruktur unangetastet lassen. Aus dem in wechselnden Erscheinungsformen die Gesamtgesellschaft strukturierenden Klassenkampf ist der Streit von Sozialpartnern auf dem Boden der Demokratie geworden. Ergebnis dieser Institutionalisierung ist die Entschärfung und Kanalisierung der sozialen Interessengegensätze durch einen Kooperationszusammenhang von Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden im Rahmen des akzeptierten bestehenden Systems. Dies geschieht im einzelnen dadurch, daß der "Dauerkonflikt zwischen Kapital und Lohnarbeit und die Organisation der konfligierenden Parteien zu Interessenvertretungen ... als Strukturprinzip des Arbeitsmarktes und als Grundlage kollektiver Arbeitsverträge durch Staat und Öffentlichkeit anerkannt und rechtlich legitimiert (sc. werden und) zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ... Regeln einer kontrollierten Konfliktaustragung vereinbart werden. Die Regelungsmechanismen sind Tarifverhandlungen, Schlichtung und - als ultima ratio - Arbeitskämpfe (Bergmann et al. 1976, 28). Parallel zur Isolierung der Sphäre ökonomischer Konfliktaustragung bildet sich eine Tendenz zur "Verrechtlichung des Arbeitskampfes" (Bergmann et al. 1976, 29) heraus. "Dies geschieht einmal, indem der Staat Gegenstände, die der Tarifautonomie an sich zugänglich sind, selbst normiert (Arbeiterschutz, Sozialgesetzgebung, Minimallohne, Betriebsverfassung, Mitbestimmung), zum anderen, indem Gesetzgebung und Rechtsprechung Rahmenbedingungen und Prinzipien fixieren, nach denen Verhandlungen, Schlichtungen und Arbeitskämpfe abzuwickeln sind" (Bergmann et al. 1976, 29).

Ergänzend dazu werden neue Formen staatlicher Interventionen erforderlich, die sich auf die Sicherung wirtschaftlichen Wachstums und die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung beziehen. Dabei ist nicht allein von Bedeutung, daß eine erfolgreiche Wachstums- und Beschäftigungspolitik insofern ein Integrationspotential schafft, als es auf ihrer Grundlage möglich ist, die traditionellen gewerkschaftlichen Forderungen nach Lohnerhöhungen und sicheren Arbeitsplätzen zu erfüllen; sie ist zugleich notwendig, da die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse und Lohnbedingungen in Tarifvereinbarungen von der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften abhängt, die ihrerseits aufs engste mit Konjunktur und Arbeitsmarkt verschränkt ist. Deshalb sind, um die Autonomie der Tarifpartner zu sichern, staatliche Eingriffe gegen konjunkturelle Schwankungen erforderlich, "denn ohne eine weitgehend ausgeglichene Beschäftigungslage hat die Tarifautonomie, zumindest auf Dauer, keinen Bestand" (Hartwich 1970, 159), wie die Weltwirtschaftskrise mit ihren Einbrüchen in der Weimarer Republik demonstriert hat.

An diesen hier skizzierten, staatlich gesetzten Rahmenbedingungen hat sich bis zum Zeitpunkt der hier vorgelegten Untersuchung strukturell nichts geändert: trotz ausdrücklicher Bestätigung durch das Bundesverfassungsgericht von 1954, daß "die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ... zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche (sc. sei, die) auf einer vom Willen des Gesetzgebers getragenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidung (sc. beruhe), die durch eine andere Entscheidung ersetzt oder durchbrochen werden" (Zitat nach Hartwich 1970, 292) könne, und trotz mehrfacher Regierungswechsel, die schließlich zu einer Koalitionsregierung aus SPD und FDP geführt haben. Das sogenannte Wirtschaftswunder und die trotz konjunktureller Schwankungen relativ stetige Entwicklung zu steigendem Wohlstand haben im Verein mit den von den Gewerkschaften erkämpften besseren Arbeits- und Lohnbedingungen und der Ausweitung des "Netzes sozialstaatlicher Sicherungen" Krisen nicht in dem Ausmaß eintreten lassen, das zu einer Gefährdung des etablierten Sozialstaatmodells geführt hätte. Die Bundesrepublik Deutschland gilt sowohl im Hinblick auf die plu-

realistisch strukturierte, durch "Volksparteien" (und nicht mehr wie in Weimar durch Interessenparteien) repräsentierte politische Demokratie als auch auf die praktizierte, sich an gesamtwirtschaftlicher Verantwortung orientierenden Sozialpartnerschaft der ökonomischen Interessenkontrahenten als stabil.

So garantierten Grundgesetz, Gesetzgebung und Rechtsprechung auf dem Boden der etablierten politischen Demokratie jedem Bürger, auch dem Arbeiter, die gleichen staatsbürgerlichen Rechte. Von daher betrachtet scheint der politische Emanzipationsprozeß der Arbeiterschaft, soweit er im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie möglich ist, vollendet und insofern ist der Arbeiter **S t a a t s b ü r g e r** wie jeder andere auch. Aufgrund der durch Grundgesetz und Gesetzgebung bestätigten Eigentumsverhältnisse ist trotz der bestehenden Mitbestimmungsregelungen eine Teilhabe der Arbeiter an wirtschaftlichen Angelegenheiten jedoch nicht realisiert, die Garantie des privaten Eigentums ist und bleibt die Schranke für eine Wirtschaftsdemokratie. Neben den staatsbürgerlichen Rechten garantieren Grundgesetz und das herrschende Sozialstaatsmodell mit der Gewährung der bürgerlichen Rechte den Arbeiter in seinem Status als Bürger, der gleich jedem anderen frei darin ist, mit den Mitteln, über die er verfügt, im Wettbewerb mit anderen, allein oder zusammengeschlossen in Interessenkoalitionen, seine Interessen zu verfolgen und auf dieser Grundlage seine Existenz zu bestreiten. Insofern ist der Arbeiter **B ü r g e r** wie jeder andere auch. Als Sicherung für diese verfassungsmäßig verbürgte Freiheit dienen sowohl die Tarifautonomie als auch kompensatorische, sozialstaatliche Maßnahmen, die den Arbeiter in seiner Wettbewerbsfähigkeit gegen negative Folgen schützen sollen, die sich aus seinem Status als Arbeiter ergeben. Von daher gesehen erscheint das Sozialstaatspostulat mit seiner Zielsetzung der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit als Korrektiv gegenüber der im ökonomischen Bereich fortlaufend neu produzierten sozialen Ungleichheit und zugleich als beständige Aufgabe des Staates, von deren jeweiliger konkreter Erfüllung die Integrationsfähigkeit des politischen Systems bestimmt wird. Genau an diesem Punkt knüpfen, wie sich zeigen wird, die zentralen politischen Erwartungen, aber auch die politische Kritik der Arbeiter an.

Teil II

Empirische Analysen zum politischen Bewußtsein
von Industriearbeitern

II.1 Auswertungsperspektiven

Die folgenden Überlegungen skizzieren die Grundgedanken der analytischen Perspektiven zur Darstellung und Interpretation des empirischen Materials zum politischen Bewußtsein von Arbeitern. Durchgängige theoretische Orientierung der gesamten Analysen ist die für die bürgerliche Gesellschaft konstitutive Trennung von Staat und Gesellschaft und der in dieser Trennung repräsentierte Gegensatz von partikularen Interessen der einzelnen Bürger und allgemeinem Interesse des Ganzen, der sich im Bürger selber in seinem Status als Privatmann und in seinem Status als Staatsbürger wiederholt.*

Staatsbürgerliches Bewußtsein

Historisch hat sich die bürgerliche Gesellschaft im Kampf des Bürgertums gegen die Knebelung durch absolute Monarchie, feudalen Adel und Klerus und gegen die Bindungen durch ständisches und korporatives Recht entwickelt. Die dabei etablierten Menschen- und Bürgerrechte sollten der Bestimmung und Begrenzung der staatlichen Entscheidungsgewalt dienen und als Freiheits- und Gleichheitsrechte die überkommenen Privilegien durch ein allgemeines Recht ersetzen, dessen Bezugspunkt das als autonom gedachte Individuum darstellte. Im Idealfall sollte die Garantie von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit von Person und Eigentum die Gesellschaft als einen Bereich privater, vor staatlichem Zugriff geschützter Autonomie konstituieren, in dessen Rahmen jedem Bürger die Möglichkeit gegeben ist, im Wettbewerb auf dem Markt mit anderen seinen privaten Nutzen zu sichern und zu mehren; über diesen Mechanismus der Verfolgung der individuellen

*) Rechtsphilosophisch ist das Konzept des Dualismus von Staat und Gesellschaft bei Hegel entwickelt: nämlich Gesellschaft als System der Bedürfnisse (Rechtsphilosophie § 188) und Staat als Wirklichkeit der sittlichen Idee (§ 257). Auf die komplexe Nachfolgediskussion dieses Konzepts kann hier nicht eingegangen werden; siehe jedoch zur Dogmengeschichte z.B.: Riedel 1972. Neuere Literatur: Habermas 1965 (2). Leibholz 1974, 206f; Forsthoff 1971 (2), 21f; Zimpel 1972, 7ff; Böckenförde 1976, 187ff.

Interessen der einzelnen Bürger sollte sich zugleich die Gesellschaft als Ganze reproduzieren. Unterstellte Grundlage dieser civil society ist die Selbstregulationsfähigkeit des Systems der freien Konkurrenz, von dem man unter der Voraussetzung der Nichteinmischung außerökonomischer Instanzen in den Tauschverkehr erwartet, daß es "im Sinne der Wohlfahrt aller und der Gerechtigkeit nach dem Maßstab individueller Leistungsfähigkeit" funktioniert (Habermas 1965 (2), 92). Verfügt der Bürger über Boden, Kapital oder Arbeitskraft als Ware, so hat er - und in dieser ökonomischen Freiheit besteht die Gleichheit aller Bürger - durch Einsatz seines jeweiligen Mittels die Chance, über den Tausch auf dem Markt an dem gesellschaftlich produzierten Reichtum nach Maßgabe seines eigenen Beitrages, der sich am realisierten Tauschwert bemißt, teilzuhaben. Der Staat dient in diesem Zusammenhang als Instrument der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; diese Aufgabe erfüllt er, indem er die Bestandsvoraussetzungen des Systems der freien Konkurrenz und des geregelten Austausches als Rechtsstaat garantiert und, sofern die uneingeschränkte Konkurrenz aus sich selber heraus selbstdestruktive Folgewirkungen erzeugt, solche Folgen, soweit sie im Bereich der Konkurrenz nicht selber aufgefangen werden können, als Interventionsstaat durch materielle Eingriffe kompensiert.

Daß auch die Arbeiterschaft in den vollen Besitz der bürgerlichen Rechte gelangte, ist Resultat eines langwierigen, durch soziale und politische Auseinandersetzungen vorangetriebenen Prozesses. Heute gelten die Arbeiter formalrechtlich betrachtet als Bürger und Staatsbürger wie jeder andere auch (siehe Teil I).

Untersuchungsleitende Perspektive bei der Analyse des staatsbürgerlichen Bewußtseins von Arbeitern ist die These, daß die für die bürgerliche Gesellschaft konstitutive Trennung von Staat und Gesellschaft sich im Bürger selber reproduziert, und zwar im Widerspruch zwischen privatem Standpunkt, für den der Staat als Adressat von partikularen Forderungen Mittel für private Zwecke ist, und staatsbürgerlichen Standpunkt, für den der Staat als Garant des Allgemeinwohls, also als Voraussetzung der Reali-

sierung auch der jeweiligen privaten Interessen, selber Zweck ist. Die verschiedenen Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins drücken unterschiedliche, von historischn, biographischen und situativen Faktoren abhängige Lösungsversuche dieses Widerspruchs aus.

Institutionalisierte Form der Lösung des Problems, einen gerechten Ausgleich zwischen partikularen Interessen und dem Interesse des Ganzen, des Allgemeinwohles, zu finden, ist die Demokratie, in der jeder Bürger, ausgestattet mit den gleichen Rechten und Pflichten, an der Gestaltung der politischen Ordnung und der Realisierung der politischen Ziele mitwirken kann.

In den modernen parlamentarischen Demokratien üben die Bürger ihre Souveränität im wesentlichen durch Wahlen aus; entweder, indem sie Entscheidungen über Prioritäten und die Verwirklichung alternativer gesellschaftlicher Ziel- und Ordnungsvorstellungen oder den Umfang und die Verteilung der staatlichen Ressourcen in der Sache selbst kraft Mehrheitsbeschluß herbeiführen, oder aber, indem sie Repräsentanten bestimmen, die für sie entscheiden und handeln sollen. In der Bundesrepublik ist die Form des Plebiszits als Weg politischer Willenskundgebung nur für ganz besondere Fälle vorgesehen. Hingegen "muß der Wahlakt als die entscheidende Form politischer Beteiligung angesehen werden, da er das Instrument der Vermittlung zwischen dem Verfassungsprinzip der 'Volkssouveränität' (Art. 20, Abs. 2 GG) und den aktuellen Formen und Inhalten der politischen Willensbildung auf der Ebene von Parlament und Regierung darstellt und somit allgemein zur formellen Legitimation des politisch-administrativen Aktionssystems der Gesellschaft dient" (Buse/Nelles 1975, 87). Die Absicherung der eigenen Interessen über Wahlentscheidungen ist freilich dadurch eingeschränkt, daß weder die gewählten Parteien noch die gewählten Abgeordneten während einer Wahlperiode zur Einhaltung gegebener Versprechungen gezwungen werden können. Auch die Mitgliedschaft in einer Partei garantiert nicht notwendig eine nennenswerte Mitbestimmung bei der Aufstellung von Kandidaten oder der Formulierung von Programmen (Zeuner 1969). Damit reduziert sich die Herrschaft des Volkes

auf die Möglichkeit der Ablehnung oder Akzeptierung von Konkurrenten um ein politisches Mandat in turnusmäßig stattfindenden Wahlen.

Zwischen den Wahlterminen besteht eine strikte Arbeitsteilung zwischen der Masse der Bürger und der gewählten politischen Führung. Den Politikern geht es als Inhabern einer professionalisierten Berufsrolle um die Ausübung politischer Macht und um den Nutzen, der mit einem politischen Amt verbunden ist; ihre Funktion besteht darin, politische Leistungen zu erbringen. Dabei verlangt die Erfüllung staatlicher Aufgaben - nach dem klassischen Repräsentationsmodell - daß sich die Politiker in ihrem Handeln nicht primär von partikularen Interessen, sondern von dem Gesichtspunkt des Wohles aller leiten lassen. Die Wähler hingegen tauschen ihre Stimmen gegen die von der politischen Führung gelieferten Leistungen aus und können sich unter Verzicht auf aktive und kontinuierliche Teilnahme allein ihren privaten Angelegenheiten widmen (Almond 1965, 37f).

Die Mediatisierung der politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse macht für die Bürger die Einsicht in gesellschaftliche und politische Strukturzusammenhänge immer schwieriger. Zugleich wird die Befriedigung ihrer Bedürfnisse nach Verbesserung der Lebensqualität oder zumindest nach Sicherung des erreichten Lebensstandards in wachsendem Maße von staatlichen Leistungen und damit von einer zunehmend undurchschaubaren, obrigkeitsstaatlichen Bürokratie abhängig. So reduzieren sich im Sozialstaat, "der wesentlich vorsorgt, verwaltet und verteilt, ... die politischen Interessen der stetig Verwaltungsakten subsumierten Staatsbürger primär auf berufsspartengebundene Ansprüche an den Staat" (Habermas et al. 1961, 47); ja, das Funktionieren moderner Demokratien setzt geradezu Legitimationsprozesse voraus, mit deren Hilfe zwar Massenloyalität gesichert, breite politische Partizipation jedoch vermieden wird.

Die von vielen Autoren unterschiedlichster politischer Provenienz konstatierte Transformation des Staatsbürgers zum Konsumenten staatlicher

Leistungen und die immer wieder hervorgehobene Tendenz zur Reduktion politischer Partizipation auf ritualisierte Formen der Akklamation bilden im Rahmen unserer Untersuchung den Hintergrund für die Fragen nach dem Verständnis der Arbeiter von Politik, ihrer Einschätzung der Notwendigkeit sowie der Voraussetzungen und Hemmnisse für politische Beteiligung und nach dem Ausmaß ihres faktischen oder potentiellen politischen Engagements.

Politische Orientierung

Über die Darstellung der Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins von Arbeitern hinaus ist die Richtung ihrer politischen Orientierung von Interesse. Der politischen Orientierung wird anhand des Verhältnisses der Arbeiter zu den politischen Parteien, zur Regierung, zum Staat und zur Demokratie nachgegangen. Ziel der Parteien ist es, durch Wettbewerb um die politische Macht in Form einer freien "Konkurrenz um freie Stimmen" (Schumpeter 1975 (4), 430) kraft Stimmenmehrheit eine Regierung zu bestellen, die im Sinne ihrer politischen Vorstellungen tätig wird.

Das Verhältnis der Arbeiter zu den Parteien und zu der von der oder den Mehrheitsparteien bestimmten und getragenen Regierung wird unter einer zweifachen Perspektive analysiert: unter der der politischen Option bzw. des Ausmaßes der Identifikation mit den politischen Zielvorstellungen der jeweils unterstützten Partei und der gewählten Regierung sowie unter der Perspektive der Beurteilung möglicher Diskrepanzen zwischen Versprechungen, daran geknüpfte Erwartungen und deren Realisierung. Die Identifikation mit sowie die Ablehnung von politischen Zielvorstellungen von Parteien und Regierung bilden Dimensionen, über die sich die Richtung der politischen Orientierung rekonstruieren läßt.

Das Verhältnis der Arbeiter zum Staat wird ebenfalls unter einer doppelten Perspektive untersucht: unter der, als was der Staat überhaupt begriffen wird, welche Funktionen ihm zugeschrieben und welche Ansprüche an ihn daraus abgeleitet werden, sowie unter der, in welchem Verhältnis die im Begriff vom Staat mitgedachten Aufgaben und Ansprüche und deren

faktische Realisierung gesehen werden. Die Art der Identifikation mit dem Staat ist eine zusätzliche Dimension der Bestimmung der Richtung politischer Orientierung von Arbeitern.

Gegenstand staatlichen Handelns ist die Optimierung des Wohles aller Bürger. Da jedoch deren unterschiedliche partikularen Interessen miteinander kollidieren können, ist jeweils zu entscheiden, der Verwirklichung welcher Ziele Priorität einzuräumen sei. Formelles Kriterium dieser Entscheidung ist der Nutzen, den die entsprechenden staatlichen Maßnahmen für das Allgemeinwohl bedeuten. Da der Staat jedoch nicht selber über inhaltliche Kriterien zur Bestimmung dessen verfügt, was das *bonum commune* sei, ist er zur Verfolgung seines allgemeinen Zwecks - will er die Legitimität seines Handelns nicht traditionalistisch oder charismatisch durch Rekurs auf eine letzte Entscheidungsbefugnis oder durch Usurpation von Gewalt herstellen - bei dem Prozeß der Versöhnung der partikularen Interessen auf die Mitwirkung seiner Bürger angewiesen. Als politische Ordnung, in der diese Mitwirkung des Volkes als Souverän institutionalisiert ist, fungiert die Demokratie als "ein Prozeß, der die ständigen Konflikte zwischen den Eigeninteressen von Gruppen auf dem Wege der Gesetzgebung und unter Verzicht auf Gewaltanwendung zu lösen versucht" (Janowitz 1965, 362).

Nach neuerem Verständnis ist Demokratie zwar nicht mehr wie in der klassischen Theorie als Möglichkeit menschlicher Selbstbestimmung konzeptualisiert, sondern nur noch unter dem Interesse an einem Äquilibrium des gegebenen gesellschaftlichen und politischen Systems als ein Modus der Auswahl politischer Entscheidungsträger. Freilich bleibt auch hier - wie eingeschränkt immer - als Grundsatz anerkannt, daß die Stabilität des gesellschaftlichen und politischen Systems dadurch erzielt werden soll und am besten dadurch erreicht werden kann, daß die Bürger über ihre politische Herrschaft selbst bestimmen, werden auch hier bestimmte Grundprinzipien nicht aufgegeben:

- die allgemeinen Grundrechte, die den Schutz des Bürgers vor willkürlichen Eingriffen des Staates in seine private Sphäre garantieren, aus denen er gleichzeitig bestimmte Ansprüche an staatliche Leistungen ableiten kann

- das Gleichheitsprinzip, das in dem Gedanken der prinzipiellen Legitimität der partikularen Interessen jedes Bürgers terminiert
- die Notwendigkeit eines gewaltlosen Interessenausgleichs auf friedlichem Wege.

Die jeweilige Beziehung auf diese Grundprinzipien der Demokratie markiert die Dimension des demokratischen Potentials von Arbeitern; sie wird unter der Perspektive analysiert, wie sich die Arbeiter zu den demokratischen Grundwerten, insbesondere zum Prinzip des gewaltlosen Interessenausgleichs stellen, auf dessen Geltung die Stabilität der politischen Ordnung beruht.

Gesellschaftsbild und Veränderungsperspektiven

Die von der sich emanzipierenden bürgerlichen Klasse erhobene Forderung nach Demokratie schloß die Vorstellung ein, daß mit dem Ende der politischen Willkürherrschaft durch absolutistische Monarchen und feudalen Adel und Klerus zugleich das Ende aller Unfreiheit herangerückt sei: auf der Basis der civil society sei Freiheit und Fortschritt der menschlichen Gattung fortan gewährleistet. In der historischen Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft wurden zwar durch die Garantie der Rechtsgleichheit, der individuellen Freiheitsrechte und des erworbenen Eigentums alte Privilegien abgebaut; sie ermöglichte jedoch zugleich "die volle Entfaltung der natürlichen und besitzbestimmten Ungleichheit der Menschen, aus der sich im Zuge des ökonomischen Prozesses dann, vermittelt durch die Garantie des Eigentums, die soziale Klassenspaltung ergibt" (Böckenförde 1976, 190). Statt allgemeiner Harmonie im Zusammenleben von freien und gleichen Menschen treibt die bürgerliche Gesellschaft aus sich heraus neue Formen sozialer Unfreiheit und Ungleichheit hervor. Die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln verwandelt das formal gleiche Rechtsverhältnis zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter in ein faktisches Unterordnungsverhältnis: der Verkauf der Arbeit schließt die fremde Verfügung der an die Arbeitskraft gebundenen Person ein. Auf dem Markt tritt infolge der Konzentration des Kapitals und der Konzernbildung von Unternehmen eine Verzerung des freien Wettbewerbs ein, der eigentlich die Grundlage des ge-

gesellschaftlichen Interessenausgleichs darstellen soll; auf dem Wege von Kartellen über Produktion und Preise wird der Preismechanismus als Regulator des Marktgeschehens weitgehend außer Kraft gesetzt. Die wirtschaftliche Entwicklung selber verläuft nicht krisenfrei; Krieg und Inflation zehren insbesondere das kleine Eigentum auf und verursachen Massenarbeitslosigkeit (vgl. Habermas 1965, 165 f.). Zwar bewährt sich der Staat diesen Problemen gegenüber durch wirtschaftspolitische Interventionen als Krisenmanager und mildert durch sozialstaatliche Leistungen den Klassenantagonismus. Aber trotz staatlicher Einkommenssicherungs- und Umverteilungspolitik, trotz staatlicher Bildungspolitik und Arbeitsschutzgesetzgebung, trotz Sicherung bei Unfall und Krankheit bleibt das Faktum sozialer und materieller Ungleichheit als Gegensatz zur formal garantierten rechtlichen und politischen Gleichheit bestehen (z.B. Göske/Bedau 1974; Glatzer/Krupp 1975 und Veröffentlichungen des SPES-Projekts). Die Erfahrung sozialer Benachteiligung und ihre Verarbeitung finden ihren Niederschlag in "Gesellschaftsbildern", in denen sich die Einschätzung der eigenen Stellung der Arbeiter im gesellschaftlichen System der Ungleichheit reflektiert. Als Auswertungsperspektive der gesellschaftlichen Vorstellungen von Arbeitern fungiert die Frage nach den Ursachen materieller und sozialer Ungleichheit. Diese Frage schließt ihrerseits die nach der Schicksalhaftigkeit oder Veränderbarkeit der eigenen sozialen Lage und der gesellschaftlichen und politischen Ordnung ein, in deren Rahmen sich der jeweilige soziale Status einer Person bestimmt.

II.2. Staatsbürgerliches Bewußtsein

Das Verhältnis der Arbeiter zur Politik drückt sich in ihrem staatsbürgerlichen Bewußtsein aus. Mit staatsbürgerlichem Bewußtsein bezeichnen wir die Form, in der sich ein Individuum auf den Bereich der Politik bezieht, genauer, ob und auf welche Weise es einen Zusammenhang zwischen privatem Standpunkt, der Reflexion auf den individuellen Nutzen, und staatsbürgerlichem Standpunkt, der Reflexion auf das Allgemeinwohl, herstellt. In der unterschiedlichen Art der Vermittlung beider Standpunkte konstituieren sich die verschiedenen empirischen Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins.

Die Darstellung vollzieht sich in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wird eine Reihe von Dimensionen konkretisiert, in denen staatsbürgerliches Bewußtsein seinen Ausdruck findet. Bei diesen Dimensionen handelt es sich um:

- Einschätzung der Möglichkeiten und Schranken politischer Partizipation
- Bereitschaft zum politischen Engagement
- Verständnis von Politik

Die ersten beiden Dimensionen werden anhand des Materials aufgerollt, das sich um die Fragen nach der Einschätzung der Partizipationsmöglichkeiten, nach dem politischen Engagement von Arbeitern, nach dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Politik und nach dem Unterschied zwischen Parteien und Gewerkschaften gruppiert. Die dritte Dimension, die des Verständnisses von Politik, betrifft die Erscheinungsformen, die die politische Sphäre in den Augen der Befragten jeweils annimmt. Sie kann nicht in gleicher Weise anhand von relativ gut isolierbaren Passagen entfaltet werden; das bei den Befragten unterliegende Bild vom politischen Bereich ergibt sich meist erst aus verschiedenen Kontexten. Diese Dimension wird deshalb im Rahmen der Darstellung der jeweiligen Typen selber konkretisiert.

In einem zweiten Schritt werden systematisch die unterschiedlichen Formen entwickelt und ausgeführt, in denen der einzelne Arbeiter mit der Erwartung fertig wird, Bürger und Staatsbürger zugleich zu sein. Die Art, in der die widersprüchliche Bestimmung, als Privatmann auf dem Markt konkurrierend private Zwecke zu verfolgen und als Staatsbürger davon abstrahierend dem allgemeinen Interesse zu dienen, erscheint, reicht von Gleichgültigkeit und Verdrängung über die Weigerung, sich den Standpunkt des Staatsbürgers zu eigen zu machen, und die Bereitschaft, seinen eigenen Interessenstandpunkt dem des Staates als der Objektivation des allgemeinen Interesses zu unterwerfen, bis zum, stets problematischen, Versuch einer Integration. Die empirischen Erscheinungsformen dieser unterschiedlichen Versuche, den gesellschaftlich oktroyierten Widerspruch in sich selber aufzulösen, drücken eine jeweils unterschiedliche Stellung zur Politik aus. Sie fügen sich zu fünf Typen zusammen:

- dem Privatistisch-Orientierten
- dem Irrational-Distanzierten
- dem Kritisch-Distanzierten
- dem "gespaltenen" Bürger
- dem Staatsbürger

2.1 Politische Partizipation und Bereitschaft zum politischen Engagement

Angelpunkt der jeweiligen Stellung zur Politik ist die Frage nach der Notwendigkeit und Möglichkeit eigener politischer Beteiligung. Freilich läuft diese Frage Gefahr, "die Mündigkeit der Staatsbürger einfach vorzusetzen und die objektive Möglichkeit zu unterstellen, daß sie sich aufgeklärt verhalten und ihre politischen Entscheidungen wirksam durchsetzen können. Für die große Masse der nach dem Gesetz zur politischen Mitbestimmung zugelassenen Staatsbürger ist beides fragwürdig" (Habermas et al. 1961, 69).

Ist die gegenwärtige Situation dadurch bestimmt, daß die klassische parlamentarische Demokratie die Gestalt einer parteienstaatlichen Massendemokratie angenommen hat, so macht dies die Hoffnung auf eine individuelle, selbstbewußte politische Partizipation der wahlberechtigten Bevölkerung von den institutionellen Voraussetzungen her zumindest problematisch: im Repräsentativsystem ist direkte politische Beteiligung, die über die Teilnahme an Wahlen hinausgeht, nicht vorgesehen. Von solchen institutionellen Schranken reden die befragten Arbeiter - zumindest direkt - weniger, wenngleich sie sich, sozusagen reflexionslos, in der Erfahrung der "Ferne" des politischen Bereiches durchsetzen. Zwar gibt es eine ganze Reihe von Arbeitern, die in der Chiffre: "Politik ist ein Beruf" eben diesen Aspekt der Institutionalisierung und Professionalisierung zu fassen versuchen, die meisten kommen jedoch spontan und vor allem auf Barrieren zu sprechen, die sich dem Arbeiter vorab aufgrund seiner spezifischen Situation als Lohnarbeiter in den Weg stellen. Das mag implizit bedeuten, daß im Urteil, welches vorwiegend auf situationsspezifische Barrieren abstellt, zugleich an einem Bild von politischer Mitbestimmung festgehalten wird, die über die bloß akklamatorische Bekundung von "Massenloyalität" hinausreicht.

Daß Arbeiter in der überwiegenden Mehrheit, was politisches Engagement betrifft, sehr zurückhaltend sind, war allen Befragten bewußt. Die Gründe hierfür werden von ihnen vor allem in den fehlenden Bedingungen gesucht, die von jeher Zugangsvoraussetzung zum Bereich der Politik waren: Besitz als Chance, den Großteil der zur Verfügung stehenden freien Zeit nicht ausschließlich für die Rekreation der Arbeitskraft verausgaben zu müssen - und Bildung als Chance, die eigenen Interessen angemessen so formulieren zu können, daß andere von der Berechtigung dieser Interessen mit Argumenten überzeugt werden können. So lassen die restriktiven Arbeitsbedingungen, denen der Arbeiter unterworfen ist, keinen Raum für eine Tätigkeit, die über die unmittelbare Reproduktion hinausgeht, wie sie für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der

Arbeitskraft als Bedingung der eigenen Existenz notwendig ist:

Denen geht's wie mir. Die bringen einfach, wenn's Feierabend ist, keinen Mumm mehr auf, für die ist der Götz von Berlichingen und die Tür ist zu - aus. (126)

Das liegt daran, daß er an seinen Arbeitsplatz gebunden ist, und wenn er losgelassen wird, dann will er seine Ruhe haben. (115)

Weil der Arbeiter überlastet ist. In der Arbeit muß er Probleme bewältigen und er muß sich auch um die Familie kümmern. Die Politiker können sich halt nur um die Politik kümmern. (216)

Besonders erschwerend wirkt sich die Schichtarbeit aus, die Kommunikationsmöglichkeiten auf ein Minimum schrumpfen läßt:

Das ist bedingt durch den ganzen Arbeitsablauf; vor allen Dingen wie es bei uns jetzt - als Schichtarbeiter hat es sowieso - überhaupt nichts drin, wenn ich eine Woche da bin, die andere Woche nicht da bin. (130)

Mit dem gleichen Nachdruck wie auf die Arbeits- und Reproduktionsbedingungen wird darauf verwiesen, daß für erfolgreiches politisches Handeln Bildung im Sinne von Kenntnissen, überzeugendem Auftreten und rhetorischen Fähigkeiten vonnöten sei, über die Arbeiter aufgrund ihrer Herkunft und aufgrund fehlender Schulungsmöglichkeiten nicht verfügten:

Das liegt, glaube ich, an der Bildung. Erstens mal von zu Hause aus wird der Arbeiter doch net geschult. Das seh ich selbst. Ich bin auch in einer Arbeiterfamilie groß geworden. Vater hat schaffen müssen, die Mutter hat zum Teil auch schaffen müssen. Da war für Bildung nix da. Für Bücher war auch nicht viel Geld da. Und wenn man das net von zu Hause aus im gewissen Sinne mitkriegt, in der Erziehung, da ist da nix drin. (209)

Daß mangelnde Bildung kein politisches Selbstbewußtsein entstehen läßt, das ebenfalls Voraussetzung für ein wirksames öffentliches Auftreten ist, thematisiert der folgende Befragte:

... daß der Arbeiter sich dann nicht so fühlt, daß er sich durchsetzen kann. Man ist voreingenommen gegen solche Leute. Man sagt, na ja, der Herr Doktor, der wird es schon besser wissen und so. Das liegt auch daran, daß sich der Arbeiter nicht bewußt ist, daß er jemand ist; daß er wirklich auch Fähigkeiten hat, gerade hier in der Politik irgendwas zu machen. (240)

Eine dialektische Wendung gibt diesem Problem ein Arbeiter, der damit ausspricht, was eine ganze Reihe von Befragten in analoger Weise äußert:

Also ich würde es als ein Ding der Unmöglichkeit bezeichnen, in die Regierung zu kommen als Arbeiter. Er ist ja nicht so geschult - und wenn der die entsprechende Bildung hat und Kenntnisse, dann ist er kein Arbeiter mehr. (139)

Nicht wenige heben als Hinderungsgrund Interessellosigkeit hervor. Für diese Interessellosigkeit findet sich selber wiederum eine ganze Reihe von Begründungen. Abwehr und schlechtes Gewissen zugleich belegt die folgende Äußerung:

Ach jetzt kommt dies ... ha ha haha. Interessellosigkeit! Ich habe nämlich auch kein Interesse dran. Ich schimpfe zwar, wenn mir was nicht passen tut, aber ich sage mir, ändern kann ich es auch nicht. Das wird der Hauptgrund sein: Interessellosigkeit. (343)

Der resignative Unterton, der hierin mitschwingt, wird vollends deutlich im folgenden:

Das ist das Desinteresse. Weil die meisten sagen sich, die machen ja sowieso was sie wollen, was soll ich mich da noch rumärgern. Die (sc. Arbeiter) sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ein paar machen die Politik über die Köpfe von den anderen hinweg. Da hat man kaum eine Chance, da etwas zu erreichen. (244)

Die Ursachen für Interessellosigkeit sucht eine Gruppe von Befragten einerseits im erzielten bescheidenen Wohlstand, andererseits in Manipulationsstrategien der Bewußtseinsindustrie:

Ja, das liegt am Desinteresse der Menschen und das Desinteresse rührt daher, daß die Menschen kein Bewußtsein haben, ich komme immer wieder darauf zurück. Die Menschen haben kein politisches Bewußtsein, sie werden zu sehr abgelenkt von den Medikationsmitteln, sie lesen millionenfach die BILD-Zeitung, die ihnen gar nichts gibt, wieso sollten sie da ein politisches Bewußtsein kriegen? Und satt sind sie ja, materielle Not haben sie keine, also infolgedessen schauen sie ihren Fußball an und alles bleibt beim alten. Ich schätze die Arbeiterschaft als eine schlafende Masse ein ... und ein Volk, das wenig denkt, das ist ja leichter zu regieren als wie ein Volk das nachdenkt. (332)

In die gleiche Richtung gehen Argumente, die diese Entwicklung auf den Einfluß der CDU-Regierung zuspitzen:

Also ich führe das zurück auf die 20 Jahre CDU-Regierung und CDU-Politik. Denn in dieser Zeit wurde meiner Ansicht nach die breite Masse entpolitisiert und das wirkt jetzt noch in unsere Zeit rein. (249)

Schließlich gibt es eine nicht unerhebliche Minderheit, die auf eigene erfolglose Versuche politischer Mitwirkung zurücksieht und resigniert hat:

Man kann einen Gehilfen machen bei Versammlungen oder Plakate verteilen und Werbung machen meinetwegen, daß man ins Wahllokal geht ... aber sonst, normalerweise hat der Arbeiter nichts zu sagen. (335)

Ein Vergleich beider Untersuchungsbetriebe macht Unterschiede in der Gewichtung der Gründe für politische Abstinenz der Arbeiter deutlich (s. Tabelle 1).

Tabelle 1

Gründe für politische Abstinenz der Arbeiter

(Mehrfachnennungen)

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Arbeitsbelastung	30	38
Sie haben kein Interesse	37	29
Sie verfügen nicht über das nötige Wissen/Auftreten	26	34
Sie haben resigniert	14	17
Es geht ihnen gut	8	8
K A	17	7

Sie lassen sich darin zusammenfassen, daß im Betrieb A die Relation zwischen Interesselosigkeit und Hinderung durch Arbeitsbelastung nahezu ausgeglichen ist, im Betrieb B dem Argument der Arbeitsbelastung etwas häufiger Bedeutung zugemessen wird als dem des mangelnden Interesses. Wo das Argument der Arbeitsbelastung im Vordergrund steht, wird eine vorsichtige Deutung dies als Hinweis dafür nehmen dürfen, daß bei einer Betonung objektiver Hindernisse gegenüber solchen, die in der Person selber liegen, zumindest das Bewußtsein der Notwendigkeit politischer Beteiligung präsenter ist.

Neben dem Bewußtsein der Notwendigkeit für politisches Engagement und der Einsicht in die Voraussetzungen, die dafür individuell erfüllt sein müssen, spielt die Frage eine Rolle, welche institutionellen Mitwirkungsmöglichkeiten Arbeiter für sich im Bereich der Politik sehen. Die Urteile bezüglich dieses Problems gehen, was individuelle Möglichkeiten betrifft, alle in eine Richtung: sie sind außerordentlich beschränkt. (S. Tabelle 2).

Tabelle 2

Politische Mitwirkungsmöglichkeiten für Arbeiter

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Wenig oder keine	32	22
Man kann nur wählen	23	34
Es gibt Einflußmöglichkeiten	14	24
über die Gewerkschaft	5	11
durch Parteimitgliedschaft	9	20
Es gibt Möglichkeiten, aber sie werden nicht genutzt	13	13
K A	18	7
Summe	100	100

Wenig oder gar keine Möglichkeiten erblickt etwa ein Viertel der Befragten, wobei das "wenig" in der Regel als synonym für "keine"

gedacht werden darf. Denn auch diejenigen, die zunächst meinen, es gäbe schon Möglichkeiten, wußten in aller Regel auf Nachfrage keine zu nennen. Ein knappes Drittel sieht sich auf die Möglichkeit der Wahl beschränkt:

Diesen Einfluß habe ich alle vier Jahre. (206)

Weniger als ein Fünftel hält es für aussichtsreich, politisch wirksam zu werden. Entweder über eine Partei:

Das geht halt in der Ortsgruppe an, daß man sich da besonders hervortut - Wahl zum Stadtrat, - so der Reihe nach hocharbeiten kann. (427)

Wenn man bei einer Partei ist, wird man auch aufgestellt, und man kann mitwirken, wenn man will. (334)

Oder über die Gewerkschaft:

Sie können schon irgendwie ... die Gewerkschaften einen politischen Machtblock bilden. (134)

Auch die Verbindung beider Möglichkeiten wird ins Auge gefaßt:

Ja, wenn er (sc. der Arbeiter) sich organisiert, da vielleicht. Er müßte schon Möglichkeiten haben über die Gewerkschaft, daß die Forderungen da vorgebracht werden und dann in der Partei, daß er sich da zusammenschließt. (124)

Eine kleine Gruppe endlich meint, zum Teil bedauernd, es gäbe Möglichkeiten, sie würden jedoch von Arbeitern nicht genutzt. Hier sind es zwei Argumentationsfiguren, die hervorstechen. Mit dem einen Argument wird geradehin behauptet, es gäbe irgendwelche Partizipationsmöglichkeiten, ohne daß sie näher konkretisiert werden könnten und ohne daß irgendwelche Folgerungen daraus gezogen würden. Mit dem anderen Argument werden ebenfalls bestimmte Möglichkeiten unterstellt, deren Nicht-Inanspruchnahme jedoch in die Persönlichkeit des einzelnen und seine jeweiligen Motive zurückverlegt.

Auch hinsichtlich der Frage politischer Mitwirkungsmöglichkeiten treten betriebsspezifische Differenzen hervor. So überwiegen im Betrieb A diejenigen, die keine Mitwirkungsmöglichkeiten wahrnehmen; im Gegensatz dazu ist die Gruppe solcher, die Einflußmöglichkeiten sehen, im Betrieb B größer. Nimmt man sie mit denen zusammen, die meinen, daß

man nur wählen könne (wobei in dieser Art von Äußerungen anklingt, daß dies eigentlich nichtausreiche), so scheint auch dieses Ergebnis darauf hinzudeuten, daß im Betrieb B das politische Interesse größer ist.

Wenn die individuelle politische Partizipation unter den gegenwärtigen Bedingungen nur in geringem Maße für möglich gehalten wird, liegt der Gedanke an eine politische Beteiligung der Organisationen nahe, die außerhalb des Parlaments über ein Stück politischer Macht verfügen. Da die Arbeiter ihre Interessen im Rahmen der Konkurrenz auf dem Markt gegenüber den Unternehmern kollektiv über die Gewerkschaften verfolgen, wurde zunächst untersucht, wie die Arbeiter das Verhältnis von Gewerkschaft und Politik beurteilen. Dieses Verhältnis stellt sich in ihren Augen als zwieschlächtig dar. Nicht ohne Grund: denn jede Interessenorganisation, die politischen Einfluß zu nehmen sucht, muß sich, ob sie auch direkt als Lobby auftritt oder nicht, möglichst großen und kontinuierlichen Einfluß bei einer Partei verschaffen. Dies bedeutet jedoch gleichzeitig, daß sie auf die grundlegenden politischen Orientierungen dieser Partei Rücksicht nehmen muß, was eine Einschränkung der eigenen, von ihr vertretenen Interessen zur Folge hat. Umgekehrt befreit zwar die Distanz zu einer bestimmten politischen Partei eine Interessenorganisation von entsprechender Rücksichtnahme und sie kann unabhängig über die Bedingungen und Formen der eigenen Interessenvertretung bestimmen; jedoch um den Preis eines nur eingeschränkten Einflusses. Da eine Reihe von Interessen nur politisch durchzusetzen ist (Sozialpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Arbeitsrecht) und sich aus dem benachteiligten gesellschaftlichen Status der Arbeiter ein besonderes Bedürfnis nach ausgleichenden politischen Maßnahmen ergibt, stellt sich das Verhältnis der Gewerkschaften zum Bereich der Politik je nach Gegenstand als beständiges Springen zwischen den Alternativen Beteiligung - Distanz dar.

Dieses Hin- und Her-Springen durchzieht mehr oder weniger stark ausgeprägt nun auch sämtliche Äußerungen der befragten Arbeiter zum Thema Gewerkschaften und Politik. Denken die Arbeiter mehr an ihre unmittelbaren Interessen und an die Erfahrung, daß diese mitunter nur durch harten Kampf durchgesetzt werden können, bevorzugen sie die politische Abstinenz

der Gewerkschaften. Reflektieren sie darauf, daß die Realisierung ihrer Interessen kompensatorischer staatlicher Interventionen bedarf, erscheint ihnen politische Beteiligung der Gewerkschaften geboten. Wenngleich die Stellungnahmen durchwegs ambivalent sind, das heißt beide Aspekte in der Regel präsent sind, zeigen sich doch durchgängig Präferenzen für eine der Alternativen, daß die Gewerkschaften sich nämlich entweder lieber mehr um Politik kümmern oder aber sich aus der Politik heraushalten sollen. Entscheidend ist dafür jeweils, welchem Grund besonderes Gewicht beigemessen wird.

Insgesamt dominieren folgende typischen Argumente bei denen, die eine politische Beteiligung der Gewerkschaften für erforderlich halten:

Eine erste Gruppe von Argumenten stellt darauf ab, daß alles, was mit Interessen zu tun habe, politisch sei und deshalb eine umfassende Interessenvertretung, für die Gewerkschaft verantwortlich gemacht wird, auch den Bereich der Politik einzuschließen habe:

Die Gewerkschaft, die soll sich ruhig um Politik kümmern, die sollen mal reinhauen. (404)

Die Gewerkschaften müßten sich mehr um Politik kümmern. Alles ist ja Politik, auch die Arbeit im Betrieb ist ja Politik, Tarifpolitik, alles ist Politik. Die müßten viel mehr Druck ausüben. Die haben ja die größte Masse hinter sich. (208)

Eine zweite Gruppe stellt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik her und begründet damit die Notwendigkeit politischen Engagements der Gewerkschaften:

Die Politik sollte von der Gewerkschaft aus schon mehr bestimmt werden ... weil die Wirtschaft hängt ja alleweil so eng zusammen, ohne Wirtschaft kann man keine Politik machen und ohne Politik gibts keine Wirtschaft. (319)

Eine dritte Gruppe bezieht sich auf bestimmte Probleme, die nur auf politischem Wege gelöst werden können:

Sie müssen sich um Politik kümmern, das machen sie auch. Ein Betriebsverfassungsgesetz ist ja nur über politische Parteien zu erreichen. Folglich müssen sie sich in den politischen Parteien betätigen oder Einfluß auf politische Parteien nehmen. (202)

Eine vierte Gruppe schließlich sieht in der politischen Beteiligung der Gewerkschaften ein Korrektiv gegen eine Politik, die gegenüber den von der Gewerkschaft verfochtenen Interessen restriktiv verfährt:

Wenn es angebracht ist, müssen sie sich auch beteiligen. Wenn eben von Seiten der Politiker oder der Regierung einschneidende Maßnahmen unternommen werden, die eben die Gewerkschaften nicht gerade zurückstufen, aber doch ein bißchen belasten, dann würde ich das schon befürworten. (136)

Diese ein gewerkschaftliches Engagement stützenden Argumentation steht eine Reihe typischer Begründungen gegenüber, die der politischen Abstinenz der Gewerkschaften den Vorrang geben.

Hierbei hält eine erste Gruppe an der strikten Trennung zwischen Interessenvertretung und Politik fest und weist der Gewerkschaft als Interessenorganisation der Arbeiter die alleinige Aufgabe zu, deren Interessen zu realisieren:

Ich finde, die Gewerkschaften sollen sich aus der Politik raushalten, die sollen sich bloß für das einsetzen, für das sie da sind, wofür sie von den Arbeitern bezahlt werden. Denn von die Politik werden sie nicht bezahlt, sie werden von den Arbeitern bezahlt, wo sie das Geld kassieren. Und das ist ihr Auftrag, und keine Politik. (335)

Eine zweite Gruppe sieht in der Kontamination von Politik und Interessenvertretung eine Einschränkung der Durchsetzung von Interessen:

Weil dann die Gewerkschaft selbst auf vielen Gebieten hinsichtlich der Politik zurückstecken muß. Es sind zwei Gebiete, Gewerkschaft und Politik, und das läßt sich schlecht vereinbaren, entweder weil von der Politik auch viel gegen den kleinen Mann geht, weil die Interessen da zu groß sind und ganz andere Richtungen haben als die Gewerkschaft. (245)

Zur konsequenten Interessenvertretung gehört Unabhängigkeit, die bei einer parteipolitischen Bindung der Gewerkschaft nicht mehr gegeben ist: das ist der Kern einer dritten Gruppe von Argumenten:

Wenn die sich raushalten, das wäre besser. Mit der SPD wolln sie zusammenhängen, die vertreten ja schon bald die Partei und nicht mehr den Arbeiter. Wie die CDU-Regierung dorten war, da waren

sie mehr aktiv, haben mehr für den Arbeiter gekämpft. Jetzt bin ich überzeugt, daß die bald mehr für die Regierung machen als für den Arbeiter. Die sind zu eng verbunden. (425)

Dies wird in einigen Fällen auf Personen bezogen konkretisiert, die zugleich eine Funktion in der Gewerkschaft und in einer Partei haben:

Ich meine, man sollte Partei und Gewerkschaft trennen. Es hat wenig miteinander zu tun. Wenns natürlich so ist, wie es momentan ist, daß unsere Gewerkschaftsführer gleichzeitig als Abgeordnete einer bestimmten Partei im Bundestag sitzen, sind die stets im Gewissenskonflikt. Wem sollen sie folgen, der Partei oder der Gewerkschaft? (201)

Argwohn gegen Politik ist der Tenor der folgenden Gruppe von Argumenten: in ihnen erscheint Politik entweder als "schmutziges Geschäft" oder als chaotisches Durcheinander, dessen Zweck man nicht durchschaut:

Die sollten neutral bleiben, eine weiße Weste ist viel wert. (107)

Die sollen sich da raushalten, weil da sind schon so viele drin ... und die Gewerkschaft auch noch, da wäre die Katastrophe auch noch (421)

Ein letztes typisches Argument zielt auf die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaft als Garanten ihrer Einheit:

Die Gewerkschaft sollte überparteilich sein, durch eine parteipolitische Bindung schwächen sie ihr gewerkschaftliches Interesse. Eine parteipolitische Gewerkschaft ist keine Gewerkschaft mehr. (115)

Ich mein, eine einheitliche Gewerkschaft hat mehr Macht wie die größte Partei. (119)

Die westdeutschen Gewerkschaften sind als Einheitsgewerkschaft organisiert. Das verpflichtet sie in den Augen dieser Befragten zu parteipolitischer Neutralität. Das eigentliche Motiv hinter dieser oft eher formalen Beteuerung ist freilich in den meisten Fällen die Sorge, daß sich das "Parteigezänk" in der Gewerkschaft fortsetzen könnte und dadurch die Einheit der organisierten Arbeiterschaft gesprengt würde. Da aber die Gewerkschaft gerade als die umfassende Interessenorganisation der Arbeiter angesehen wird, ist die Einheit die notwendige Voraussetzung, überhaupt etwas erreichen zu können.

Ein Vergleich beider Untersuchungsbetriebe läßt zweierlei erkennen. (S. Tabelle 3)

Tabelle 3

Gewerkschaften und Politik

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Gewerkschaften sollen sich:		
mehr um Politik kümmern,	34	43
und zwar über Parteien/ Regierung	14	19
weil bestimmte Dinge nur politisch durchsetz- bar sind	13	22
aus der Politik heraushalten	49	54
K A	16	3
Summe	99 (=100)	100

Auf der einen Seite zeigen sich die Befragten aus dem Betrieb B in ihren Stellungnahmen insgesamt entschiedener, auf der anderen Seite häuften sich in beiden Betrieben Argumente in der Richtung, daß sich die Gewerkschaft aus der Politik heraushalten solle. Interessant wird dieser Vergleich indessen erst im Zusammenhang mit einer anderen Frage: der, ob die Gewerkschaften in den letzten Jahren für die Arbeiter hätten mehr erreichen können. Dort wird nämlich deutlich, daß die Bindung der Gewerkschaft an die SPD als wesentlicher Hinderungsgrund für eine offensive und erfolgreiche Gewerkschaftspolitik angesehen wird.

Interpretiert werden muß dieses Ergebnis auf dem Hintergrund der Tatsache, daß im Betrieb B im Unterschied zum Betrieb A nicht nur eine stark dominierende und aktive SPD-Betriebsgruppe vorhanden ist und die internen Diskussionen durch eine virulente DKP-Betriebsgruppe

eine zusätzliche Zuspitzung erfahren, sondern daß auch der Betriebsrat selber weitgehend dezidiert sozialdemokratisch organisiert ist. Das scheint dazu zu führen, daß im Betrieb B das Problem des Verhältnisses von Gewerkschaft und Parteipolitik viel schärfer gesehen wird, zumal wegen der dort "üblichen" offensiven Interessenpolitik des Betriebsrates die Rücksichtnahme auf die SPD nachhaltiger sichtbar wird. Besonders bemerkenswert aber wird dieser Zusammenhang deshalb, weil der größte Teil der Befragten aus diesem Betrieb selber der SPD zuneigt. Hier deutet sich etwas an, was später in dem Entwurf einer Typologie politischen Bewußtseins selber thematisiert werden soll: der Widerspruch nämlich, der sich darin auftut, daß der Bürger als Privatmann zugleich Staatsbürger ist. Der aus dieser Bestimmung resultierende Konflikt wird zwar von manchen der Befragten anläßlich der Diskussion, ob Gewerkschaftsfunktionäre gleichzeitig ein politisches Amt vertreten sollten, selber als Interessenkonflikt der Gewerkschaftsfunktionäre angesprochen. Sie beziehen diesen Widerspruch jedoch nicht auf sich selber, obgleich sie durch die Gewerkschaft ihre privaten Interessen radikal vertreten wissen wollen und doch gleichzeitig bereit sind, Einschränkungen durch Unterstützung der jeweils optierten Partei hinzunehmen. Dies könnte sich bei einer, allerdings sehr kleinen Gruppe dem Umstand verdanken, daß sie überhaupt keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Gewerkschaft und Partei macht, die Partei lediglich als Fortsetzung der Gewerkschaft in einem anderen Medium begreift. Die Einschränkung der Interessenvertretung wäre dann nicht aus den Funktionen der Parteien abgeleitet, sondern den Umständen zugerechnet, die es einer Partei nicht gestatten, den Arbeitern voll zu ihrem Recht zu verhelfen. Tatsächlich wird sich an anderer Stelle zeigen, daß eine ganze Reihe von SPD-Wählern Enttäuschungen bezüglich der Nicht-Erfüllung versprochener Reformvorhaben in ähnlicher Weise argumentierend nicht der Partei selber anlastet, sondern den allgemeinen Bedingungen. Hier soll jedoch die Frage weiterverfolgt werden, inwieweit die Arbeiter einen Unterschied zwischen der Funktion von Partei und Gewerkschaft machen.

Tabelle 4

Unterschiede zwischen den Aufgaben der Gewerkschaften und den
Aufgaben der Parteien

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Es gibt Unterschiede	79	85
Gewerkschaften nur für Arbeiter da	67	69
Gewerkschaften sollen politisch neutral sein	13	17
Parteien sollen das Allgemeinwohl vertre- ten	38	49
Es gibt keinen Unterschied	9	6
K A	11	8
Summe	99 (=100)	99 (=100)

Tabelle 4 verdeutlicht, daß Unterschiede in der Funktion von Partei und Gewerkschaft sehr wohl erkannt sind. Der zentrale Unterschied wird im allgemeinen daran festgemacht, daß die Gewerkschaft als Interessenorganisation allein für die besonderen Interessen der Arbeiter einzutreten habe, während die Parteien je nachdem für das "Volk, die Bürger, die Allgemeinheit, den Staat, die Politik" gemäß ihrem jeweiligen Programm Sorge tragen müßten. Nur eine marginale Gruppe von Befragten vermag Unterschiede nicht zu bemerken; sei es, weil ihnen nur die Gemeinsamkeit auffällt, daß beide, Gewerkschaft wie Partei, sich überhaupt um etwas kümmern, sei es, daß sie Partei und SPD identifizieren und von ihr als selbstverständlich unterstellen, daß sie sich als "Arbeiterpartei" wie die Gewerkschaft zum Wohle der Arbeiter vorrangig einsetze.

Mit diesen Fragen sind zwei der Dimensionen vorbereitet, anhand deren die Typologie von Erscheinungsformen staatsbürgerlichen Bewußtseins entwickelt wird: die der Einschätzung eigener Partizipationsmöglich-

keiten und die der Bereitschaft zu politischen Engagement. Die Dimension: Verständnis von Politik wird im Rahmen der folgenden Darstellung der unterschiedlichen Typen politischen Bewußtseins selber konkretisiert.

2.2 Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins

Die folgende Typologie des Verständnisses von und der Stellung zur Politik wurde unter der Perspektive entworfen, ob und auf welche Weise der einzelne Arbeiter als Bürger einen privaten und einen staatsbürgerlichen Standpunkt vermittelt. Unter diesem Gesichtspunkt wurden in Kenntnis des Materials fünf unterschiedliche Positionen zum Zusammenhang von eigener Interessenlage und politischer Sphäre herausgearbeitet, die zwar als Typus nicht unbedingt rein in Erscheinung treten, denen sich die Befragten jedoch aufgrund ihrer Stellungnahmen sinnvoll und zwanglos zuordnen lassen. Diese fünf typischen Positionen sind durch folgende Züge charakterisiert:

1. Ein Zusammenhang zwischen privatem und politischen Bereich wird nicht hergestellt. Politik erscheint als etwas Selbständiges außerhalb des eigenen Interessen- und Erfahrungshorizonts; man hat mit ihr nichts zu tun. Eine staatsbürgerliche Perspektive fehlt völlig. Dies markiert den Typus des Privatiers.
2. Ein Zusammenhang zwischen beiden Bereichen wird negatorisch hergestellt. Politik erscheint als etwas Depraviertes, gemessen am Ideal eines starken Staates. Man möchte deshalb mit Politik nichts zu tun haben, sondern hält abstrakt ein Ideal dagegen. Die Preisgabe des eigenen Interessenstandpunktes zugunsten eines Ideals und ein ausgeprägter "staatsidealistischer" Standpunkt kennzeichnet den Typus des Irrational-Distanzierten.
3. Ein Zusammenhang zwischen beiden Bereichen wird negatorisch hergestellt. Politik erscheint als nicht hinzunehmende Einschränkung der Verfolgung der eigenen privaten Interessen. Man darf sich um des eigenen Nutzens willen nicht auf Politik einlassen. Ein ausgeprägter Interessenstandpunkt macht den Typus des Kritisch-Distanzierten aus.
4. Ein Zusammenhang zwischen beiden Bereichen wird nicht hergestellt, vielmehr figurieren sie als selbständige, voneinander abgehobene Bereiche. Politik erscheint als Sphäre der allgemeinen Ord-

nung, des Volkes, des Allgemeinwohls. Die Staatsbürgerperspektive steht selbständig neben dem eigenen Interessenstandpunkt. Eine Vermittlung findet nicht statt, die Einheit dieses Typus des "gespaltenen" Bürgers liegt allein in seiner Person.

5. Ein Zusammenhang zwischen beiden Bereichen wird hergestellt.

Politik erscheint als Fortsetzung der Durchsetzung eigener, besonderer Interessen unter der Perspektive der Realisierung des Wohles aller. Eine ausgeprägte Staatsbürgerperspektive im Sinne der Orientierung auf einen Interessenausgleich zwischen privatem Nutzen und Allgemeinwohl unter Festhalten am eigenen Interessenstandpunkt charakterisiert den Typus des Staatsbürgers.

2.2.1. Der Privatier

Bestimmender Zug dieses Typus ist sein Desinteresse an allem, was mit Politik zu tun hat. Dieses Desinteresse wird in den meisten Fällen explizit geäußert:

Ich will meine Ruhe habe. Deswegen ist es auch nicht anders. Es können so viele dasein, die können sich interessieren - ob ich mich interessiere oder nicht, deswegen läuft es genauso ab, das ganze Jahr. Ob ich Interesse habe oder nicht, deswegen wird auch nichts anders. (411)

Kenne ich mich nicht aus. Ich bin nicht unzufrieden, ich bin zufrieden. Mir geht es bloß um den Standpunkt, ich will meine Ruhe habe. Wenn sich einer über Politik unterhalten tut, dann drehe ich mich um, ich will das nicht, das lasse ich die andren, die gescheiter sind als ich, das lasse ich denen über. (112)

Da kann ich Ihnen keine Auskunft geben, weil, wie gesagt, ich verstehe nicht viel von Politik und habe mir weiter keine Gedanken darüber gemacht. Ich arbeite, zahle meine Steuern für das, was ich erhalte vom Staat - ich will meine Ruhe, meinen Frieden, mehr will ich nicht. (243)

Ruhe haben wollen und aus dem Felde gehen, das sind die Schlüsselworte. Es ist die Konsequenz daraus, daß man die Trennung des gesellschaftlichen und politischen Bereichs wahrnimmt, von der Politik nichts außer Schaden für die eigenen Interessen erwartet, sich ihr aber dennoch unterwirft, weil man sich ihr ohnmächtig ausgelie-

fert fühlt. Man ist zufrieden, weil man zufrieden sein muß, und in der Ruhe, die man haben will, drückt sich die Ruhe aus, die man selber zu üben gewillt ist. In dieser Haltung äußert sich eine freiwillige Preisgabe von Ansprüchen, die den Arbeiter über seinen ihm aufgenötigten sozialen Status erheben könnten; diese Selbstaufgabe wird in einer Weise gerechtfertigt, die gesellschaftliche Bedingungen als natürliche ausgibt. So resultiert das Desinteresse der Arbeiter an Politik daraus:

daß der Arbeiter schon von Natur aus so ein Mensch ist, sonst wäre er nicht Arbeiter. Er neigt wenig dazu, vielleicht groß über solche Probleme nachzudenken, er möchte sozusagen seine Ruhe haben, das ist, wenn ich es richtig betrachte ... der Arbeiter ist immer ein Mensch, der so mit der Masse schwimmt. (312)

Begleitet ist dieses Wegtauchen in die amorphe Masse in der Regel von Unkenntnis, die auch unverhohlen eingestanden wird:

Das mit der Politik ... mit der Politik kenne ich mich nicht aus, da brauchen Sie mich nicht zu fragen. (120)

In der Politik, da kenn ich mich net aus, da kann ich praktisch nichts dazu äußern ... ich kümmer mich grundsätzlich net um Politik. (317)

Ich weiß nur das eine, ich interessier mich net so für Politik. Das geht so ein bisschen alles an mir vorbei. (104)

Sie werden lachen, über solche Fragen habe ich mir noch nie Kopfzerbrechen gemacht. (309)

Diese vorab oft mit entwaffnender Offenheit vorgetragene Unkenntnis bestätigt sich im Fortgang des Gesprächs. Befragte dieses Typus haben in der Tat zu politischen Fragen kaum etwa zu sagen; wenn überhaupt, dann greifen sie, um dem Interviewer einen Gefallen zu tun und das Gespräch nicht unvermittelt abubrechen, zu Wendungen, deren Herkunft ebenso zufällig ist wie die Gelegenheit, bei der sie aufgeschnappt worden sein mögen. Über politische Dinge Bescheid zu wissen, gilt denn auch nicht als erforderlich. Das ist Sache derjenigen, die damit zu tun haben:

Ich weiß es net, ich bin ja kein Politiker net, hab ich schon gesagt. Dafür gibts ja Politiker, und Politiker, das ist ja auch ein Beruf. (411)

Damit wird die Professionalisierung der Politik durchaus richtig bezeichnet, indessen nur als Rechtfertigung dafür, weshalb man selber

damit nichts zu tun haben braucht. Daß Politik etwas ist, was den eigenen Interessenhorizont übersteigt, zeigt sich darin, daß keiner der Befragten dieses Typus Arbeiterinteressen zu nennen weiß, die im Bereich der Politik zu vertreten wären, ja mitunter sich sogar weigert, zu unterstellen, daß es so etwas überhaupt gäbe. Die Fremdheit dieser Sphäre äußert sich zunächst einmal in ihrer Ferne:

... weil da reichen unsere Dinge net so weit rein, die Politik ist undurchschaubar für uns. (410)

Das ist zu hoch für mich, da kann ich nicht drauf antworten. (415)

Dabei kann diese Ferne mitunter sogar bedrohlich erscheinen:

Ich hab mich noch wenig mit der Politik befaßt, weil Politik ist für mich tabu (308)

Auf jeden Fall figuriert das politische Geschehen als etwas, das dem eigenen Zugriff entzogen ist:

Weil der kleine Mann, der ist ja sozusagen ... erst mal kommt der gar nicht in eine Partei und dann kommt er auch gar nicht durch. (321)

Dieser vorweg defensiven Haltung stellen sich dann auch unüberwindliche Hindernisse in den Weg, die eine Mitwirkung unmöglich machen und dazu führen:

daß dann auch eine andere Politik gemacht wird, wie es der Arbeiter haben will. (143)

Noch deutlicher wird die Erscheinungsform von Politik als etwas den eigenen Interessen gegenüber völlig Verselbständigtes in den folgenden Äußerungen charakterisiert:

Na ja, politische Parteien, Aufgaben ... darüber kann ich eigentlich nichts sagen ... die machen sowieso, was sie wollen. (431)

Ich habe kein richtiges Interesse an Politik, weil die sowieso machen, was sie wollen. (311)

Dem entspricht als subjektive Reaktion Hilflosigkeit:

Weil wir allgemein gar nix zu sagen haben. An wen soll ich mich, wenn ich was zu sagen hab, an wen soll ich mich wenden, an wen?? Ich kann doch net von hier aus raufgehen zum Bürgermeister, weiß genau, daß der SPD ist. (128)

oder aber Gleichgültigkeit:

Entweder müssen die Arbeiter neigehen (sc. in die Politik) oder dann die anderen, das ist wurscht. (112)

So sind es die anderen, die das politische Geschäft besorgen, und sei es über den Kopf des "Kleinen Mannes" hinweg:

Die Arbeiter sagen sich, wir kommen doch nicht zum Zuge, daß sie einen Schreck haben. Die Großen sind die Großen, sagen wir hier im allgemeinen. Die Kleinen erreichen ja doch nichts und da fangen sie schon gar nicht an. (344)

Im Desinteresse an Politik findet die völlige Unterwerfung unter das als schicksalhaft empfundene politische Geschehen statt, das andere, die "Großen" lenken - vollzieht sich der Rückzug auf eine Privatheit, der alle Züge von Innerlichkeit fehlen, die wenig mehr ist als der angestrenzte Versuch, Störungen von sich fernzuhalten:

Ich habe ja schon gesagt, daß ich lieber zufrieden bin. Und ich habe meine Ruhe, auch wenn ich ein bißchen weniger habe. (415)

Im Typus des Privatiers drückt sich allein die ängstliche Abschrückung gegen alles aus, was über den Horizont der privaten Interessen hinausgeht. Weil diese permanent bedroht sind, klammert man sich ohnmächtig an sie, um sie zu sichern. Der Weg, auf dem man es zu erreichen sucht, ist der der Verdrängung:

Politik - hören wir bloß auf damit. (308)

2.2.2 Der Irrational-Distanzierte

Ist für den Privatier apathisches Desinteresse der dominante Zug, so charakterisiert den irrational-Distanzierten das Mißtrauen. Dieses Mißtrauen verbaut ihm den Weg zu einer sachlichen Beurteilung des politischen Geschehens. Objektive Schranken für die Verwirklichung politischer Programme vermag er nicht wahrzunehmen, vielmehr erscheint ihm Politik als ein Moloch, der alles, was in seine Sphäre gerät, pervertiert:

Wenn sie (sc. die Parteien) einmal an der Regierung sind, sehen sie die Interessen nicht mehr, für die sie sich vorher eingesetzt haben. Vorher werden immer Dinge versprochen und hinterher ... also ist das Volk hinters Licht geführt worden. (322)

Wenn ein Arbeiter Minister ist, dann hat er es in vier Wochen vergessen, daß er mal Arbeiter war. Der Vertritt da ja nur wieder die Interessen seiner Klasse, in der er jetzt ist. Das ist immer das Gleiche. (305)

Das hat sich praktisch bei jeder Regierung gezeigt, oder jeder, der nach oben will, verspricht, ob er es dann hält, wenn er oben ist oder ob er Ausweichmöglichkeiten sucht, oder ob sich das verschlechtert, das kann man praktisch bei jeder Regierung sagen und das hat man bei der CDU/CSU auch schon gehabt. (309)

Das Mißtrauen erlaubt es ihm nicht, mehr zu sehen, als daß es in der Politik nicht so zugeht, wie er sich vorstellt, daß es sein sollte. Er empfindet das, was sich da tut, als Betrug, zumal er hinreichend damit beschäftigt ist, mit der Erfahrung fertig zu werden, daß er auch in seinem privaten Bereich ständig zu kurz kommt. Im Kontrast zu dieser Erfahrung nimmt er den Bereich der Politik als einen wahr, in dem andere sich bereichern. Doch da er sich von der Politik faktisch ausgeschlossen sieht und das politische Geschehen nicht recht begreift, interpretiert er die politischen Vorgänge nach dem Modell seines privaten Bereiches, wo er seinen persönlichen Nutzen zu mehren versucht. Von der Erfahrung ausgehend, daß er hier arm bleibt, dort andere sich reich machen und von der Ahnung geleitet, daß es dort eigentlich um etwas anderes gehen sollte, empfindet er dies als ungerecht und urteilt moralisch. Im moralischen Urteil erscheint ihm dann Politik als "schmutziges Geschäft" und dies ist Grund genug, sich von dem, wozu man ohnehin keinen Zugang hat, guten Gewissens zu distanzieren:

Ich hab kein Interesse an Politik und kümmer mich nicht drum.
Ich les mal Zeitung, hör mal Nachrichten, also das reicht mir,
mir ist das zu dreckig. (138)

Auf diese Weise kann man sich von Geschäft der Politik dispensieren und gleichzeitig seine moralische Integrität bewahren. Tut man es nicht, erleidet man Schiffbruch. Dafür muß als Beispiel immer wieder Willy Brandt herhalten, dessen Scheitern damit begründet wird, daß er sich in der Politik moralisch verhalten habe:

Brandt war zu gut ... der hat es ehrlich gemeint ... nichts gegen Brandt, der war einfach ehrlich. (414)

Da der Staat seine Aufgaben im Sinne des Allgemeinwohls zu erfüllen hat, sind Politiker notwendig, die sich selbst nicht von ihren privaten Interessen leiten lassen. Daß dennoch immer wieder Bestechungsfälle bekannt werden, läßt dem irrational-Distanzierten sämtliche Politiker als einen "korrupten Haufen" erscheinen und läßt ihn vermuten, daß die Politiker ihre politische Macht lediglich als Pfründe ansehen, anstatt, wie es sich für einen "sauberen Staatsmann" gehört, sich für das "Ganze" aufzuopfern und sich Einschränkungen zugunsten des Allgemeinwohls aufzuerlegen, die dem Volk als selbstverständlich abverlangt werden. Dabei kann die folgende Passage exemplarisch für die Art des Urteilens beim Irrational-Distanzierten stehen, er personalisiert und generalisiert:

Man kann doch keinen Fernseher mehr aufmachen, weil ... die haben 500 Abgeordnete, wenn man da 20 Ehrliche rausfindet, da müßte man den Hahn zudrehen und die Tür zumachen, viel mehr dürften da nicht drin sein. Und was die da zusammen machen da oben ... der eine gegen den ... und in Wirklichkeit tut mehr Schaden entstehen. Ich mein, der Scheel ist ein ehrenwerter Mann ... ich mein, da müßt man eventuell den Strauß oder den Wienand oder wie sie alle heißen, müßte man alle beim Schlawittel packen ... da hätten wir keinen mehr, ja, das ist Politik. Vom kleinen Mann sagt man, der soll ehrlich sein, und die oberen ... gut, man kann keine Staatsgeheimnisse verraten, das will der kleine Mann auch nicht, aber wie die sich im Bundestag oder sonstwo anpöbeln und hinerher gehen sie miteinander trinken, das ist ein Kasperltheater. Strauß ist geläufig, der schaut, daß er wieder mal seinen Nächstliegenden das verschaffen kann ... bitte, das macht ein jeder Politiker, das wird auch der Brandt machen und auch der Schmidt oder der Scheel oder der Genscher. (421)

Gemessen an der Vorstellung eines "sauberen" Staates erscheint Politik als ein Geschäft, in dem "eine Hand die andere wäscht", Heuchelei als Verfahren der Politik und Politik als ein Theater, das lediglich dazu veranstaltet wird, um den Beteiligten Vorteile zu verschaffen. Der "Parteienstreit" ist nur vorgespielt; denn in einem sind sich alle dabei Mitwirkenden einig: sich auf Kosten des kleinen Mannes zu bereichern und seine "Schäfchen ins Trockene zu bringen":

Da sind sie sich, wenn es im Bundestag um ihre eigenen Lohn-erhöhungen geht, da sind sie sich alle einig; da werden Lohn-erhöhungen abgeschlossen, ohne daß der andere überhaupt was erfährt, da sind sich alle Herren einig. Und Partei, die sind ja net ehrlich und anständig, das bloß soweit, bis ein jeder seine Taschen voll hat und da kann einer sein wie der andere. (439)

Es war schon immer so, wenn die Herren da oben die Gelder verteilen, da waren sie sich immer einig, nur wenn es um die Gelder von Arbeitern geht, dann heißt es Maß halten. (139)

Ich nehme an, daß die Kameraden in der Regierung so viel Geld selber einstecken, daß sie kein Interesse an Steuerseinkünften haben. Die haben ihre Schäfchen im Trockenen. Wenn die sich ihren Etat erhöhen, geht das sofort, daß sie mehr Geld kriegen; und wenn ein Gesetz rauskommt, da brauchen sie Wochen und Monate lang, um das zu entscheiden. Wenn das richtige Spezialisten wären, so würden sie sagen, wir sind mit 1000 Mark zufrieden und lassen das Geld anderen zufließen.
(101)

Deshalb sind auch diejenigen, die sich an diesem Geschäft beteiligen, "lauter Ganoven" (140), die nur "zur Politik gehen, um abzustauben" (404), wobei die "Arbeiter, die ihre Arbeit machen, zusehen müssen, wie auf ihre Kosten die Steuergelder verschleudert werden" (303).

Eine Ahnung der Abhängigkeit vom politischen Geschehen ist beim irrational-Distanzierten zwar vorhanden; denn die Entscheidungen, die dort getroffen werden, haben ihre Auswirkungen auf ihn selber. Freilich nur in negativer Weise: in der Erfahrung, daß man selber immer leer ausgeht und sich die "Großen oben" wechselseitig das Geld zuschieben. Da aber die Politiker eigentlich im Interesse aller handeln sollten, es aber augenscheinlich nicht tun, muß es an ihrer mangelnden Ehrenhaftigkeit liegen. Der Bezug zur Politik ist nicht der der Reflexion, sondern der eines moralisch sich gebenden, durch Ressentiments bestimmten, Sich-Ereiferens. Das ist zugleich die Form des Engagements, die dieser Typus aufbringt. Er zieht sich zurück und schimpft. Alles dies schließt sich in einer Haltung zusammen, die man - in Abhebung von der ängstlichen Abschirmung des Privatiers durch Verdrängung - als affektive Abwehr bezeichnen kann, die aus Enttäuschung über ein nicht realisiertes Ideal, das des Opfers für die Allgemeinheit, geboren ist, an dem sie sich hochrankt. Eine besondere Ausprägung des irrational-distanzierten Typus bleibt nachzutragen. Es handelt sich um den, übrigens sehr marginalen Typus von älteren Befragten, der seine Distanz auf Erfahrungen, die mit dem Faschismus verbunden sind, stützt. Auch bei ihm spielt Enttäuschung eine zentrale Rolle; freilich ist er nicht enttäuscht von etwas, sondern ist enttäuscht worden oder hat sich selber "getäuscht". Er hat einmal die Chance gehabt, sein Ideal von einem starken Staat, der für Ordnung und Sauberkeit sorgt, mit zu praktizieren und ist damit hereingefallen. Das führt zur Haltung des

"Einmal und nie wieder", zur Abwehr des "gebrannten Kindes, das das Feuer scheut". Unpolitisch ist er auf jeden Fall: das hat ihn zum Anhänger des Faschismus gemacht, das macht es ihm heute unmöglich, sich an Politik zu beteiligen.

2.2.3 Der Kritisch-Distanzierte

Dieser Typus teilt mit dem Irrational-Distanzierten das Mißtrauen gegenüber dem Bereich der Politik; es speist sich indessen bei ihm nicht aus moralisch gewendetem Ressentiment sondern basiert auf einem konsequenten und kompromißlosen Interessenstandpunkt. Seine Distanz zur Politik stützt sich auf die Erfahrung, daß Teilnahme am politischen Geschehen immer eine Einschränkung der eigenen Interessen bedeutet:

Es werden immer die Unternehmer bevorzugt, ich habe noch nie gemerkt, daß der Arbeiter bevorzugt worden ist. Dies zeigt sich an der Einschränkung der Gewerkschaft durch die Gesetze, denen der Staat auch zustimmt ... also die Gewerkschaft bewußt einzuschränken. (247)

Für diesen Typus steht in der Regel außer Frage, daß der Staat ein Unternehmerstaat ist und Politik in erster Linie deren Interessen dient:

Das sind ja praktisch alles Unternehmer, was da in der Regierung sitzen. (305)

Woran sich das zeigt? Ein Arbeiter, der kriegt seine Steuern jeden Monat abgezogen, ob er will oder nicht; ein kleiner Geschäftsmann kann sich zwei Jahre Zeit lassen. Und die Großunternehmer, ach Gott ... (231)

So findet die eigentliche Machtauseinandersetzung um die Durchsetzung von Interessen mit den Unternehmern statt. Weil der Kritisch-Distanzierte seine eigenen Interessen allein durch die Gewerkschaften vertreten sieht, konzentriert sich die Frage nach seiner Stellung zur Politik auf die nach dem Verhältnis von Gewerkschaft und Politik. Dabei gilt eine starke Gewerkschaft als Voraussetzung erfolgreicher Interessenvertretung:

Wir können ja nur etwas erreichen, wenn eine starke Gewerkschaft ist, daß man da was rausholen kann. (123)

Dagegen erscheint der Versuch, über eine politische Partei seine Interessen durchsetzen zu können als fruchtlos:

Über eine Partei hat es keinen Zweck. Denn wenn er (sc. der Arbeiter) einmal trotz allem versucht hat, eine Partei zu wählen, also die Regierungsführung zu übernehmen; am Ende hat er doch gemerkt, wenn sie dran sind, machen sie doch, was sie wollen. Denn wenn einer, ob von der SPD oder CDU, der Arbeiterflügel, wenn ein Abgeordneter vom Betrieb rauskommt, und daß er zu wenig Durchschlagskraft hat, ob es in der CDU oder SPD ist, daß praktisch dann, wenn sie dran sind und die Macht haben, doch wieder einlenken auf dem Unternehmer seine Linie. (207)

Die Gewerkschaft selber soll sich auf Politik nicht einlassen, da Politik lediglich als Kalmierungsstrategie anderer Interessengruppen erscheint mit dem Ziel, einen selber zum Verzicht zu bewegen; Mitwirkung bedeutet also gleichzeitig Preisgabe der eigenen Interessen:

Das ist kein gutes Zeug, wenn die Gewerkschaften Politik machen. Das hat man gesehen, wie die CDU noch dran war, bei der geringsten Gelegenheit, wenn etwas war, sind wir hinausgegangen streiken. Seit die SPD mit Regieren dran ist, da hörst und siehst Du nichts. Aus dem Grund, weil eben viele Mitglieder sind von der SPD und die schaffen miteinander. Und das ist grundverkehrt. (110)

Ich bin dagegen, daß die Gewerkschaft sich in die Politik einmischt, weil dann die Gewerkschaft selbst auf vielen Gebieten hinsichtlich der Politik zurückstecken muß. Es sind zwei Gebiete, Gewerkschaft und Politik, und das läßt sich schlecht vereinbaren, weil von der Politik auch viel gegen den kleinen Mann geht. (245)

Erst recht soll die Gewerkschaft eine Verbindung mit einer politischen Partei meiden, da von den Parteien angenommen wird, daß sie anders als die Gewerkschaften, wenn überhaupt Arbeiterinteressen, dann nur sehr mittelbar verfolgen:

Ja, die Gewerkschaft ist normalerweise nur für die Arbeitnehmer da, die Parteien sollen ja für alles da sein. Die sind aber, trotz SPD-Regierung, nicht so arg arbeitnehmerfreundlich. (134)

Die politischen Parteien müssen, sollten wenigstens auch die Interessen der Arbeiter vertreten, aber die tun halt mehr die Sachen für den Staat vertreten. (101)

Als mögliche Konsequenz einer Verbindung von Gewerkschaft und politischer Partei, die instrumentalistisch als Geschäft auf Gegenseitig-

keit interpretiert wird, befürchtet man nicht nur, Abstriche an den eigenen Forderungen vornehmen zu müssen:

Wenn man Einfluß auf die Parteien nimmt, dann muß man was bezahlen ... wer z.B. SPD-Mitglied wird, derjenige ist für mich befangen, so daß er sich eher ans Parteikalkül hält als an die Interessen der Arbeiter. (407)

Ein Gewerkschaftler soll sich politisch nicht so viel binden von einer Partei. Man bringt Parteirichtlinien sonst in die Gewerkschaft. (252)

Viel mehr noch fürchtet man die Gefahr, sich in zu große Abhängigkeit zu begeben, was der Durchsetzung der eigenen Interessen entschieden abträglich wäre:

Ich glaub, wenn die Gewerkschaft für sich alleine bleibt, ist sie nicht so abhängig, als wenn sie da irgendwie eine Parteifunktion, weil Parteifunktion, da ist zu weit abhängig. (406)

Es ist aber auch noch ein anderer Grund, der dafür spricht, Abstand zu den politischen Parteien zu halten, nämlich der, daß die Gewerkschaft mit gutem Grund politisch neutral bleiben sollte. Das Hineinragen von parteipolitischen Differenzen würde die Einheit der Gewerkschaft sprengen und, da ihre Einheit zugleich ihre Stärke ist, eine Schwächung ihrer Position bedeuten:

Ich mein, eine einheitliche Gewerkschaft hat mehr Macht wie die größte Partei. (119)

Ja, es ist falsch, daß die Gewerkschaft parteipolitisch gebunden ist. Das ist ganz verkehrt, egal in welcher Hinsicht. Wenn einer christlich ist, ist das genauso verkehrt. Daß die Gewerkschaft überhaupt politisch gebunden ist, finde ich nicht richtig. Dadurch schwächen sie ihr gewerkschaftliches Interesse. Die sollen sich ganz raushalten, egal wo sie stehen. Ob das SPD oder CDU ist oder KPD oder NPD. Eine parteipolitische Gewerkschaft ist keine Gewerkschaft mehr. (115)

Da dem Kritisch-Distanzierten die Sphäre der Politik als eine erscheint, in der es allenfalls um andere Interessen, nicht aber um seine eigenen geht, er aber bedingungslos seinen privaten Interessenstandpunkt vertritt, stellt sich ihm die Frage politischer Einflußmöglichkeiten nicht; er sucht keine, weil er sie nicht braucht. Die Organisation, auf die er seine Interessen allein konzentriert

und in der er die einzige Garantie ihrer Durchsetzung sieht, ist die Gewerkschaft: ihr, und nicht der Politik gilt sein Engagement.

2.2.4 Der "gespaltene" Bürger

Bestimmender Zug dieses Typus ist die Reproduktion der institutionalisierten Trennung von Gesellschaft und Staat im Bewußtsein selber. Beide Bereiche, sowohl den der Verfolgung privater Interessen als auch den des öffentlichen Wohles läßt er unvermittelt nebeneinander stehen. Exemplarisch drückt sich diese Juxtaposition in der Einschätzung des Verhältnisses von Gewerkschaften und politischen Parteien aus:

Es soll jeder seine Aufgabe erfüllen. Die Gewerkschaft, daß ihre Mitglieder zufrieden sind und die Partei, die soll so die Politik betreiben, daß ihre Bürger zufrieden sind, wenn die Partei an der Regierung ist. (115)

Gewerkschaft, das ist halt Vertretung der Arbeiter, Partei ist halt Partei, die ist halt für sich. (205)

Die Gewerkschaft, die ist praktisch für die Arbeiter da, das ist eine Arbeitervereinigung. Die Parteien, das ist eine politische Sache, also Partei ... Partei ist halt da, um das Volk zu regieren, die Regierung bilden. Die kümmert sich um andere Sachen wie die Gewerkschaft. (425)

Zwar kennt er richtig die unterschiedlichen Funktionen von Gewerkschaft als organisierte Interessenvertretung der Arbeiter und von politischen Parteien als Repräsentanten einer auf die Herstellung des Allgemeinwohls verpflichteten Programmatik, aber es bleibt in der Regel bei der folgenlosen Konstatierung, ein Zusammenhang zwischen beiden wird nicht hergestellt. Ähnlich ist es bei der Diskussion des Staates. Dieser wird als vorgegebene Realität akzeptiert und ihm werden Funktionen zugewiesen, die sich auf allgemeine Interessen beziehen; von den eigenen besonderen Interessen wird dabei völlig abstrahiert. Auf der anderen Seite wird bei der Diskussion von Problemen, die sich auf die Realisierung der eigenen privaten Interessen beziehen, durchaus konsequent am eigenen Interessenstandpunkt festgehalten. Diesem zusammenhanglosen Nebeneinander-Stehen-Lassen entspricht ein unverbundenes Nebeneinander von privatem und staatsbürgerlichem Standpunkt. Ist er ein privater Bürger, ist er nur privater Bürger; ist er Staats-

bürger, ist er nur Staatsbürger. Diese Spaltung der eigenen Person tritt zutage in einem beständigen Springen zwischen beiden Positionen; je nachdem, welches Problem gerade in Frage steht und je nachdem, an welches Interesse man gerade denkt. Dabei ergibt sich im Gesprächsverlauf etwas, was *prima vista* als eine Folge von Widersprüchen aussieht. So wird in einem bestimmten Zusammenhang beispielsweise die Verstaatlichung von Unternehmern gefordert, an anderer Stelle das Privateigentum verteidigt. Oder es wird das System der Tarifautonomie gutgeheißen, etwas später jedoch eine Lohn- und Preiskontrolle oder zumindest eine Preiskontrolle durch den Staat für wünschenswert erachtet. Oder es findet sich der Widerspruch, daß ganz allgemein mehr Staatsinterventionen verlangt, aber dann wieder als "diktatorisch" abgelehnt werden. Nicht weit voneinander entfernt kann sowohl das "Recht" auf wilde Streiks in Anspruch genommen und auf der unbedingten Geltung von Recht und Ordnung bestanden werden.

Das Problem bei der Darstellung dieses Typus liegt darin, daß er am wenigsten rein auftritt und sich durchaus nicht in jeder Dimension ein Perspektivwechsel vollziehen muß. Darüber hinaus findet sich ein derartiges Springen zwischen den Standpunkten durchaus auch bei Befragten, die einem anderen Typus zuzurechnen sind. Dieser Wechsel des Standpunktes ist beim Typus des "gespaltenen" Bürgers lediglich prädominant. Wir verzichten deshalb darauf, solche möglichen Widersprüchlichkeiten hier im einzelnen aufzuzeigen. Als entscheidend bleibt jedoch festzuhalten, daß die Brüche und Widersprüche bei diesem Typus nicht Ausdruck zufälliger Konfusion sind, sondern sich dem Hin- und Herspringen zwischen zwei unvermittelt nebeneinander stehenden Standpunkten verdanken. Und gerade der Wechsel des Standpunktes, je nachdem ob es um Fragen des besonderen oder des allgemeinen Interesses geht, macht - im Gegensatz zu den geradlinig strukturierten Typen des politisch Desinteressierten und der von Politik sich überhaupt Distanzierenden - die Einheit des Typus "gespaltener" Bürger aus.

2.2.5 Der Staatsbürger

Der Typus des Staatsbürgers hat sowohl als Privatmann ein konkretes Bewußtsein seiner Interessenlage wie auch als Staatsbürger die Einsicht in die Notwendigkeit, seine Interessen öffentlich zu vertreten; er läßt sich dabei von der Überzeugung leiten, daß durch Interessenkonkurrenz sowohl auf dem Markt als auch im politischen Bereich zu einem Interessenausgleich gelangt werden könne und damit dem allgemeinen Interesse der Nation gedient sei. Als einziger ist er - gegenüber allen anderen Erscheinungsformen politischen Bewußtseins - in der Lage, den Bereich der privaten Konkurrenz und den der politischen Auseinandersetzungen aufeinander zu beziehen, unbeschadet der Möglichkeit, sie in ihrer Bedeutung für ihn selber unterschiedlich zu gewichten. Mag auch die Kenntnis der politischen Institutionen und der politischen Szenerie nicht in jedem Fall sehr umfangreich sein, er denkt politisch. Das fängt an mit der Vorstellung, daß alles, was mit Interessen zu tun hat, per se auch politisch sei:

Jedes Stück Brot, was wir essen, alles hängt mit Politik zusammen. (332)

Wenn ich mehr Geld verlange, ist es schon Politik. (434)

Es erweitert sich zu der Einsicht, daß beide Bereiche, repräsentiert durch die Gewerkschaften und die politischen Parteien, eben weil es um Interessen geht, nicht voneinander zu trennen sind:

Na ja, an sich, was die Gewerkschaften machen, ist schon Politik ... ja, einen Unterschied sehe ich eigentlich nicht, weil ja die schon so verflochten sind ... wenn einer in der Partei ist, ist er auch in der Gewerkschaft. Infolgedessen sind doch die Interessen schon miteinander verflochten. (342)

Indessen wird auch von ihm und gerade von ihm die unterschiedliche Funktion von Gewerkschaft und Partei nicht übersehen:

Die Gewerkschaft sollte sich eigentlich um die Arbeitsplätze in erster Linie kümmern, um das Wohlergehen ihrer Mitglieder ... das hängt zusammen mit der Politik, deshalb sollten sie sich schon mehr engagieren - die Parteien kümmern sich erst mal um Politik als solche, um die große Politik mehr oder weniger. (316)

In der Politik werden Interessen verhandelt, das ist diesem Typus klar, und zwar auch die eigenen, die sich nicht von selber erfüllen, sondern ausdrücklich vertreten werden müssen, um im "freien Spiel der Kräfte" hinreichend berücksichtigt zu werden:

Wenn die Gewerkschaft ihre Aufgabe gegenüber der Politik vernachlässigen würde, dann sagen die Politiker, um die brauchen wir uns nicht zu kümmern. Aber so ist doch ein gewisses Druckmittel da ... und das Argument, die Gewerkschaft hat in der Politik nichts zu suchen ... wenn ich eine gewerkschaftliche Position habe, warum soll ich da keine Politik betreiben, gerade aufgrund meiner Politik trage ich mit Verantwortung für die Bundesrepublik. (313)

Ihre Grenze findet die Vertretung der eigenen Interessen jedoch zunächst einmal in den Interessen der anderen, die freilich als ebenfalls durchaus legitim unterstellt werden:

Die Gewerkschaft ist praktisch eine Arbeitnehmervertretung, die hat das Wohlergehen der Arbeiter zu vertreten. Eine Partei, d.h. wenn ich in der Regierung sitze als Partei, als Regierung nicht wahr, dann muß ich natürlich abwägen innerhalb meiner Organisation, weil ich die Interessen aller zu berücksichtigen habe. Denn da habe ich ja auch die Interessen der Arbeitgeber zu berücksichtigen. Ja, den ganzen Staat müssen die Parteien ja praktisch im Auge haben, ob das jetzt eine Arbeiterpartei ist oder eine Partei, die das Kapital vertritt, nicht? Die muß ja, ... kann ja nicht bloß das Wohl der Arbeiter im Auge haben und kann nicht die Wirtschaft neben liegenlassen ... daß jeder eben zu seiner Sache kommt, nicht? Vielleicht bei der einen Partei ein bisschen mehr, bei der anderen ein bisschen weniger, aber es muß immer ausgewogen bleiben. (130)

Die Vorstellung, daß Politik und Gesellschaft zusammenhängen und im Interessenausgleich zusammenfinden sollen, ist jedoch durch die kritische Reflexion relativiert, daß der Anspruch einer Deckung von partikularen und allgemeinen Interessen durch die reale Politik nicht verwirklicht ist, weil sie auf einer Machtkonstellation der beteiligten Gruppen beruht, die nicht selber ausgeglichen ist:

Die Unternehmer haben ja im Grunde die Macht in der Hand, da kann die Politik nicht viel dran ändern. (241)

Die Industrie ist ohne weiteres in der Lage, einer Regierung, die ihr nicht genehm ist, solche Schwierigkeiten zu machen, daß die Regierung gezwungen ist, andere Gesetze zu machen. (202)

Dennoch wird von ihm die Notwendigkeit der Mitwirkung am politischen Geschehen betont: sowohl kollektiv über die Gewerkschaft, das ist

selbstverständlich, als auch individuell, wofür er durchaus Gelegenheiten sieht:

Selbstverständlich hat er Möglichkeiten (sc. der Mitwirkung). Durch die Wahlen als erstes, durch parteipolitische Betätigung als zweites, vorausgesetzt er hat Interesse und die Überzeugung. (142)

Der Typus des Staatsbürgers ist, wie sich zeigt, meist Mitglied einer Partei oder einmal Mitglied gewesen. Von daher kann er die Hindernisse, die einer individuellen politischen Beteiligung im Wege stehen, konkret beurteilen, weil er über entsprechende Erfahrungen verfügt:

Wenn er (sc. der Arbeiter) Politik machen will, dann muß er in die Partei reingehen und dann anständig draufschlagen, wenn die nicht spuren. Mal das Maul aufmachen ... aber die meisten machen das nicht, die gehen schon gar nicht in die Partei, folglich wird in dem Bereich überall weitergewurstelt. Aber wenn er reingeht in die Partei, dann ist es ein Junger, dann wird er von den Alten schon abserviert. Ich habs in der SPD erlebt, in der Zeit, wo ich in der SPD war, da wurden gute SPD-Genossen, wo wirklich sich eingesetzt haben in der Partei, die wurden in dem Ortsbereich, wo ich damals war, nicht zum Delegierten gewählt, bloß weil sie irgendwie ein bißchen links angehaucht waren. Dann haben sich die Rechten stark gemacht, und die haben den so fertig gemacht, daß er schon gar nicht mehr kandidiert hat. Also die Arbeiter haben doch kaum Einflußmöglichkeiten, das hat ja so viele Ursachen, die meisten machen sich schon gar nicht die Mühe, in die Partei reinzugehen und dann fehlt so vieles an politischer Bildung usw. Bildung, das ist nämlich auch so was. Da haperts nämlich ganz besonders. Die Schulung der Arbeiter, die Bildung, daß sie was lesen, daß sie Schulungen besuchen usw. auch selbst, wenn die Gewerkschaft Veranstaltungen macht, selbst da gehen sie nicht hin. (208)

Die fehlenden Voraussetzungen, die sich insbesondere im Mangel an Bildung, Schulung und rhetorischen Fähigkeiten bemerkbar machen reduzieren die Mitwirkungsmöglichkeiten erheblich. So bleibt dem Arbeiter, selbst wenn er sich parteipolitisch betätigt,

wenig Einfluß, denn auch bei der SPD werden die Hauptämter alle miteinander von Professionellen besetzt. Die Kleinen dürfen noch die Plakate aufhängen, dann hat sichs, zu sagen haben die auch nichts, gar nichts. Denn es wird an sich auch so viel gefordert von den richtigen, wenn einer richtiger Politiker ist, daß ein Arbeiter nimmer mitkommt. Was geht ein Arbeiter heut noch in den Bundestag, der käme gar nicht sich zu Worte zu melden, was wollte er denn sagen, die täten ihn auslachen, wenn der von den Pro-

blemen vom Betrieb erzählen täte oder was. Wer täte denn auf ihn hören. (110)

Es sind nicht solche Erfahrungen allein, die Barrieren für den, der sich politisch beteiligen möchte, aufrichten; mindestens von gleicher Tragweite sind die Arbeitsbedingungen, die einer Tätigkeit, welche über die pure, unbedingt erforderliche Reproduktion hinausgeht, keinen Raum lassen:

Man verblödet ja nach einer gewissen Zeit. Gehen Sie doch in die Fabrik, schnell an die Arbeit ... ich unterhalt mich gern über Politik, aber ... innerhalb einer Partei, das wäre auch eine Pflicht ... aber wenn Sie Familie haben und machen Überstunden, bin ich froh, wenn ich abends zu Hause bin. (434)

Es ist halt der Streß des Arbeitnehmers. Ich mein, wenn er nach Hause kommt, jetzt soll er noch das machen: Beitrag kassieren oder Versammlung usw. Er sagt dann, Mensch ich hab die Schnauze voll, ich leg mich ins Bett. (142)

In solchen Äußerungen kündigt sich der resignative Übergang des Staatsbürgers zum kritisch-Distanzierten an. Hier werden die Schwierigkeiten für Arbeiter überaus deutlich, ungebrochen Staatsbürger zu sein. Darin, daß sie trotz der erfahrenen Einschränkungen, Politik als Fortsetzung der Vertretung der eigenen Interessen unter der Perspektive des Gemeinwohls zu begreifen, daran festzuhalten versuchen, schlägt die objektive Widersprüchlichkeit durch. Auch wenn dieser Typus Staatsbürger ist, er ist kein "Staatsidealist", er ist es nicht in der Haltung unkritischer Affirmation. Er denkt politisch, aber dazu gehört auch die Einsicht in den engen Spielraum, der der eigenen Mitwirkung gesetzt ist, eben weil man nicht nur Staatsbürger, sondern auch und vor allem Arbeiter ist.

2.2.6 Zusammenfassender Vergleich

Schon die Analyse der Fragen nach Notwendigkeit, Möglichkeiten und Schranken für individuelle und kollektive politische Partizipation hat Hinweise darauf geliefert, daß unter den befragten Arbeitern des Betriebs B das politische Problembewußtsein stärker entwickelt ist als unter denen des Betriebs A. Die Verteilung der Typen staatsbürgerlichen Bewußtseins bekräftigt diese Hinweise.

Tabelle 5

Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins

	Betrieb A (N = 87) %	Betrieb B (N = 96) %
Der unpolitische Privatier	20	13
Der Irrational-Distanzierte	26	10
Der Kritisch-Distanzierte	13	22
Der "gespaltene" Bürger	29	36
Der Staatsbürger-	13	19
Summe	101 (=100)	100

Der Anteil von unpolitischen, privatistisch orientierten und irrational-distanzierten Arbeitern ist im Betrieb A deutlich höher als im Betrieb B. Dagegen ist die Gruppe derjenigen, die die Bedingungen politischer Partizipation reflektierend entweder zu einem konsequenten, auf die privaten Interessen ausgerichteten Interessenstandpunkt gelangen oder einer Integration beider Standpunkte - des privaten Bürgers wie des Staatsbürgers - zumindest nahekomen, im Betrieb B dominant.

Damit scheint sich unsere These von der zentralen Funktion von im spezifischen betrieblichen Kontext gewonnenen Erfahrungen der Interessendurchsetzung und der damit verbundenen Konflikte für die Konturierung von Interessenbewußtsein auf die These erweitern zu lassen, daß betriebliche Konflikterfahrung und die Erfahrung einer funktionierenden betrieblichen Interessenvertretung ebenfalls von Bedeutung für die Entwicklung staatsbürgerlichen Bewußtseins sind. Die durch Erfahrungen gestützte Reflexion der eigenen Interessenlage schärft zugleich den Blick und das Urteilsvermögen für die politische Realität. Dies wird im Betrieb B noch einmal erkennbar am höheren Anteil der Kritisch-Distanzierten, die vorwiegend die Schranken der Interessendurchsetzung in Auge haben, und der Staatsbürger, die trotz und gerade wegen erkannter Schranken den notwendigen Zusammenhang zwischen privaten und allgemeinen Interessen nicht aus den Augen verlieren. Der in beiden Betrieben häufigste Typus des "gespaltenen"

Bürgers macht indessen eines deutlich: daß die Trennung von Staat und Gesellschaft, von privaten und allgemeinen Interessen für den Lohnarbeiter in dem Sinne Realität ist, daß partikulare und allgemeine Interessen gegenwärtig jedenfalls nicht versöhnt sind. Der Staatsbürger läßt nicht davon ab, zumindest am Ideal der Versöhnung festzuhalten, der "gespaltene" Bürger und der Kritisch-Distanzierte drücken die nicht gelungene Versöhnung unmittelbar in der Konstitution ihres Bewußtseins aus, der Irrational-Distanzierte und der privatistisch Orientierte schließlich lassen den Widerspruch als Verkrüppelung des Bewußtseins erscheinen.

II.3. Politische Orientierung

Die Frage der politischen Orientierung der Arbeiter ist zentriert um ihr Verhältnis zu den politischen Institutionen und zur bestehenden politischen Ordnung. Sie wird unter folgenden Aspekten behandelt, unter dem:

- ob die Parteien als reine politische Interessenvertretungsorgane bestimmter gesellschaftlicher Gruppen oder als dem Allgemeinwohl verpflichtete Repräsentanten politischer Alternativen angesehen werden
- ob die Regierung als Vollzugsinstanz partikularer oder allgemeiner Interessen betrachtet wird
- ob der Staat als Instrument bestimmter gesellschaftlicher Interessengruppen oder als Garant des Allgemeinwohls verstanden wird
- schließlich unter dem, wie man insgesamt zur Demokratie bzw. zu dem für die Demokratie konstitutiven Prinzip des Interessenausgleichs steht.

Auf der Grundlage dieser einzelnen Komplexe werden Syndrome politischer Orientierung entwickelt, die eine jeweils unterschiedliche Stellung zu den politischen Institutionen und zur Demokratie markieren.

3.1. Das Verhältnis zu den politischen Parteien

Die politischen Parteien sind konkurrierende Gruppen, die ihre Anhänger unter Berufung auf einen bestimmten Plan zur Herstellung des Gemeinwohls werben. Nicht ausreichend ist dabei, daß die politische Zielsetzung einer solchen Vereinigung sich nur darauf beschränkt, die Macht im Staate zu erringen. Vielmehr ist es unerläßlich, daß ihr Programm sachliche Forderungen enthält. Dabei gehen die besonderen Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in die Formulierung der Parteiprogramme nur soweit ein, wie die Realisierung der in den Parteiprogrammen vorgestellten Konzeptionen auf die mehrheitliche Zustimmung der Bürger angewiesen ist. Der Bürger vergleicht die Kongruenz seiner besonderen Interessen mit den durch die Parteien dargestellten Programme in der Wahl. Kriterium ist dabei für ihn die höchstmögliche

Verwirklichung seiner eigenen besonderen Interessen unter dem Gesichtspunkt antizipierter Bedingungen, die sich aus der erwarteten Regierungsübernahme der Partei, für die er sich entscheidet, im Hinblick auf die Realisierung seiner besonderen Interessen ergibt: was wird die Partei für seinen Nutzen tun, wenn sie an der Regierung ist. So erscheinen vom Standpunkt individueller Interessen her die Parteien jeweils als unterschiedliche Mittel, über deren Einsatz der Wähler nach Maßgabe größtmöglicher Kongruenz von eigenen Interessen und Parteiprogrammen entscheidet. Das Parteiensystem der Bundesrepublik läßt sich "immer noch auf einem "rechts"- "links"-Kontinuum einordnen. Die CDU/CSU (als rechte Volkspartei) ist politisch konservativ ausgerichtet, d.h., in ihr dominieren durchaus technokratisch bestimmte Interessen zugunsten effizienter Kapitalverwertung ("ökonomische Vergesellschaftung"), die durch primär eigentumsorientierte Interessen ("alter" Mittelstand, Bauern) und das konfessionelle Gewicht der katholischen Soziallehre heterogenisiert werden. Demgegenüber ist die SPD im Programm wie in der Perzeption der Wähler die linke (Arbeitnehmer-)Volkspartei, die auf mehr (freie) Gleichheit und Demokratisierung des "Vergesellschaftungsprozesses" aus ist. Aber diese prinzipielle Orientierungsrichtung der SPD wird nicht nur im Regierungsfall beschränkt, denn auch sie muß (vorerst notwendigerweise) die Erhaltung des Effizienzniveaus der Wirtschaft und ihrer "Komplexität" berücksichtigen. Diese "Beschränkung" wird durch das ebenfalls an der Effizienzbewahrung orientierte Interesse der FDP (Zielgruppe: leitende Angestellte) vergrößert." (Staritz 1976) Eine relativ marginale Rolle in der Parteienlandschaft spielen die DKP, die 1968 mit schweigender Duldung der Großen Koalition mit dem Ziel gegründet wurde, in der Bundesrepublik eine sozialistische Gesellschaft zu etablieren, und die NPD als Reservoir eines faschistoiden Wählerpotentials. Wie die befragten Arbeiter diese Parteien einschätzen, zeigt die nachfolgende Tabelle:

Tabelle 5Charakteristik der politischen Parteien

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
<u>SPD</u>		
Arbeiterpartei	21	33
Volkspartei	13	23
Arbeiter-u.Volkspartei	48	36
K A	18	7
Summe	100	99(=100)
<u>CDU/CSU</u>		
Unternehmerpartei	59	80
Volkspartei	16	8
K A	25	12
Summe	100	100
<u>FDP</u>		
Mittelstandspartei	34	38
Unternehmerpartei	22	19
beides	1	10
Volkspartei	16	8
K A	27	25
Summe	100	100
<u>DKP</u>		
Arbeiterpartei	15	27
Moskau orientiert	17	15
zu radikal	31	27
K A	37	31
Summe	100	100
<u>NPD</u>		
Unverbesserliche, Nazis	37	38
K A	63	62
Summe	100	100

3.1.1 Die SPD - Klassenpartei oder Volkspartei

Unter der Perspektive eines politischen Mittels zur Realisierung des eigenen Nutzens sieht die Mehrheit der befragten Arbeiter in der SPD die Partei, die ihre besonderen Interessen am ehesten berücksichtigt. Dabei fallen Differenzen zwischen den beiden Untersuchungsbetrieben kaum ins Gewicht.

Tabelle 6

Partei, die am ehesten Arbeiterinteressen vertritt

	Betrieb A (N = 87) %	Betrieb B (N = 96) %
SPD	64	69
DKP	6	10
CDU/CSU	1	3
Sonstige	9	3
K A	20	15
Summe	100	100

Dieses Interessenkalkül ist indessen nicht das einzige Kriterium, nach dem sich das Verhältnis der Arbeiter zur SPD gestaltet; es wird ergänzt durch ein historisches.

Die SPD ist von Anfang an mit dem Anspruch aufgetreten, eine "Arbeiterpartei" zu sein, was mehr heißt, als nur eine Partei zu sein, deren Konzept auch Arbeiterinteressen berücksichtigt. Sie verstand sich seit 1890, als sie sich Sozialdemokratische Partei Deutschland nannte, als politische

Organisation der deutschen Arbeiterbewegung. Der Weg der SPD von einer ehemals klassenkämpferischen Partei, die zentrale marxistische Prinzipien zur Grundlage ihrer politischen Konzeption gemacht hatte, bis zur bürgerlichen Reformpartei, die sich bei der Verwirklichung ihrer Ziele auf Mittel beschränkt, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft legitim erscheinen und, gestützt auf das nicht angetastete System der privaten Produktion, ökonomisch möglich sind, braucht hier nicht dargestellt zu werden. Der vorläufige Endpunkt dieser Entwicklung wird durch das Godesberger Programm (1959) markiert, durch ein Programm, das für die Mehrheit der Parteiführung jedenfalls sowohl die traditionellen sozialistischen Zielsetzungen als auch den Versuch einer bewußten Entwicklung von Klassenbewußtsein bei den Arbeitern endgültig ad acta legte. In dem Programm wurden konkrete gesellschaftliche Analysen und darauf basierende politische Zielsetzungen durch den Appell an "Grundwerte" und durch allgemein gehaltene Formeln ersetzt, die sich jeweils beliebig interpretieren lassen. Mit diesem Programm hatte sich die SPD endgültig als "Volkspartei" etabliert, als eine Partei, die sich zwar nach wie vor auf die Klasse der Industriearbeiter als Hausmacht stützen, gleichzeitig aber die "Demokratisierung des Mittelstandes" übernehmen wollte, wie es schon Kurt Schumacher kurz nach dem Krieg gefordert hatte. Seitdem gilt die SPD als eine soziale Reformpartei im Rahmen der etablierten Gesellschaftsordnung. In diesem Zusammenhang hat sich auch das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften geändert: Die SPD scheint immer weniger geneigt, sich in ihrer Politik auf die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation zu stützen, um nicht den Eindruck isolierter politischer Interessenrepräsentation hervorzurufen.

Die Frage ist offen, inwieweit Arbeiter als traditionelle "Hausmacht" der SPD diese Entwicklung rezipiert haben und ob sie der SPD auf diesem Wege gefolgt sind. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß

die ganz überwiegende Mehrheit der befragten Arbeiter die SPD nicht mehr als Klassenpartei ansieht, d.h. aber, daß sie die Entwicklung der SPD sehr wohl realisiert hat. Unterschiede liegen bei der Charakterisierung der SPD darin, ob sie noch als Arbeiterpartei oder als Volkspartei oder aber als Arbeiter- und Volkspartei zugleich betrachtet wird und Differenzen treten darüber auf, ob die Transformation der SPD zur Volkspartei gebilligt, gefordert oder beklagt wird (s.dazu Tabelle 5).

Im folgenden sollen die typischen Argumente durch exemplarische Zitate belegt werden.

Für die Beschreibung der SPD als Arbeiterpartei gibt es zwei Formeln:

.. so wie ich es sehe, sind die meisten, die in der SPD sind, Arbeiter - also sollte man sie als Arbeiterpartei bezeichnen. (253)

Während hier die Bezeichnung von der Anhängerschaft her bestimmt wird, wird im zweiten Falle davon ausgegangen, daß sie unter den vorhandenen politischen Parteien sich am ehesten der Interessen der Arbeiter annimmt:

Ich bin der Meinung, daß sie dem Arbeiter seine Interessen vertritt, oder jedenfalls die SPD den Interessen der Arbeiter am nächstliegenden ist. (231)

Und etwas skeptischer:

Die SPD ist die einzige Partei, die noch ein bißchen was für uns übrig hat. (306)

Insbesondere ältere Arbeiter thematisieren in einem historischen Vergleich explizit die Wandlung der SPD von einer Klassenpartei zur Volkspartei:

Eine Arbeiterpartei ist sie nicht mehr so direkt wie in den 20er oder 30er Jahren vielleicht, aber im Grunde genommen könnte man sagen ja. (427)

Sie ist nicht mehr direkt eine Arbeiterpartei, das wäre ein Fehler. Sie war früher mal in den 20er Jahren eine Arbeiterpartei. Heute sieht sie sich vielleicht als Mitvertreter des

Arbeitnehmers, so seh ich das. Selbstverständlich hat sie viele Verpflichtungen, sie ist ja Volkspartei geworden. (142)

Die Rechtfertigung dieser Transformation kommt noch stärker unter dem Gesichtspunkt demokratische Spielregeln in dem folgenden Argument heraus:

Die SPD war früher eine reine Arbeiterpartei, was man heute nicht mehr sagen kann. Aber das ist ja nicht möglich, nur die Arbeiter zu vertreten. Die sieht, daß sie im Allgemeinen jedem Rechenschaft ablegt, dem Unternehmer wie dem Arbeiter. (242)

Nahezu "dialektisch" faßt ein Befragter die Entwicklung zusammen:

Arbeiterpartei? Das ist sie nicht mehr, sie ist es aber trotzdem noch. Sie ist doch relativ Partei des Arbeiters, vom Arbeiter aus gesehen. Aber nach außen hin versucht sie, doch einen größeren Rahmen miteinzunehmen. Nun haben sich ja die Zeiten geändert. Was vor X Jahren richtig war, muß heute lange nicht mehr richtig sein. Sie wäre ja rückständig, wenn sie auf ihrem Stand stehen bleiben würde. Es entwickelt sich alles, also muß sich auch die Partei in dem Sinne entwickeln. (313)

Dergleichen fortschrittsoptimistischen Argumenten, die den "Sachzwang" einer verselbständigten Veränderung hypostasieren, fügen sich andere, die eine nur noch vage Ahnung, daß sich wohl irgendetwas verändert habe, auf die Obsoleszenz des Begriffes projizieren:

Das Wort Arbeiterpartei ist irgendwie überlebt. (206)

Explizit als Volkspartei charakterisieren die SPD Stellungnahmen wie diese:

Eine Arbeiterpartei ist sie nicht unbedingt. Sie ist eine Partei der Mitte. Volkspartei kann man sie auch nennen. D. h. sie vertritt die Interessen der anderen mit, nicht bloß die Arbeiter. (131)

Noch deutlicher beschrieben ist die Eigenart der SPD als Volkspartei im Sinne einer Sammelpartei im folgenden Zitat:

Da werden dann durch die Jungsozialisten noch linke Kräfte vereinigt. Da heißt es dann, wenn wir ein bißchen was links haben, bißchen was in der Mitte und ein bißchen was rechts - die haben praktisch für jede Meinung, die im Volk vertreten ist - haben sie doch was, wo man reingehen kann. (240)

Die Begründungen derjenigen, die die SPD für eine Volkspartei halten, aber über die bloße Beschreibung hinausgehen, liegen auf zwei Ebenen.

Zum einen wird Arbeiter synonym mit Volk verwendet und aus dieser Gleichsetzung abgeleitet, wenn die SPD Arbeiter vertritt, vertritt sie damit auch das Volk:

Na ja, Volkspartei, die große Masse vom Volk sind eben Arbeiter. (236)

Also Volk - das sind ja die Arbeiter - die Mehrheit - 90 %. (224)

Zum anderen wird der Charakter der SPD als Volkspartei mit der Öffnung der ehemaligen Arbeiterpartei gegenüber neuen Bevölkerungsgruppen begründet:

Ich nehme an, die SPD wird hauptsächlich von den Arbeitern gewählt und von den Mittelschichten. Deshalb trifft auch das Wort Volkspartei zu. (217)

Eine strategische Wendung gibt dieser Gleichung von: Volk = Arbeiter = Mehrheit der folgende Befragte:

Sie sagt selbst, sie will eine Volkspartei werden. Wenn die SPD es fertigbringt, Volkspartei zu werden - daß sie vielleicht mal tatsächlich die absolute Mehrheit, eine anständige Regierung bekäme und die Interessen vertreten kann, das wäre ideal. (249)

In dieser Überlegung ist die strategische Absicht, durch Öffnung mehr Wählerstimmen auf sich vereinigen zu können, kontaminiert mit der Vorstellung, die daraus entstehende Mehrheit wäre dann auch repräsentativ für das Volk und unter dieser Voraussetzung könnte es gelingen, endlich einmal wirklich die Interessen des Volkes zu verwirklichen.

Eine letzte Gruppe von Argumenten hebt die Notwendigkeit demokratischer Orientierung der Partei hervor, was zur Folge hat, daß eine Partei nicht nur die Interessen einer bestimmten Gruppe vertreten darf - also nicht mehr bloß Arbeiterpartei sein könne - sondern die Interessen des ganzen Volkes im Auge haben muß - also Volkspartei sein müsse:

Ja freilich, man muß das Volk mitreden lassen. Das sind nicht nur der Arbeiter allein. Sie macht ja auch nicht allein für den Arbeiter (sc. Politik), sondern fürs ganze Volk. Sie machen ja nicht allein für den Arbeiter bloß wie drüben der Arbeiter- und Bauernstaat, sondern fürs ganze Volk. (330)

Über dieses Argument hinaus, das die demokratische Legitimation einer Partei darin sieht, daß sie sich am Wohl des ganzen Volkes orientiert, geht das folgende Zitat, das idealtypisch eine reformistische Position

wiedergibt, die in analogen Äußerungen nur undeutlicher auftaucht:

Die SPD ist keine Arbeiterpartei, kann sie auch nicht machen, denn wir sind ja ein Industriestaat. Ich meine, die muß sich ja um andere Sachen auch kümmern. Aber sie vertritt die Arbeiter dann am besten, wenn sie die gesamte Struktur aufrecht erhält. Wenn ich die Arbeiterinteressen vertrate, dann ist doch damit gemeint, daß ich das ganze Wirtschaftssystem so aufbaue, daß der Arbeiter den größten Nutzen davon hat, dann vertrate ich ja auch die Arbeiterinteressen. Deswegen muß ich ja nicht immer mit der Fahne von den Arbeitern rumrennen. Ich muß auch die Industrie unterstützen und das Kapital wo reinstecken, wo der Arbeiter noch direkt nicht davon hat, aber im Endeffekt hat der den Nutzen. Was zum Schluß rauskommt, die Schlußrechnung, das ist dann maßgebend. (420)

3.1.2. CDU/CSU und FDP-Unternehmerpartei oder Volkspartei

Ziemlich stereotyp und einhellig fällt das Urteil über die beiden anderen im Bundestag vertretenen Parteien aus. So steht für die große Mehrheit der Befragten nicht in Frage, daß die CDU/CSU Unternehmerinteressen vertritt. Über diese Feststellung hinaus gibt es auch kaum weitere Diskussionen; der einzig interessante Punkt für die Arbeiter ist, daß die CDU/CSU ihnen gegenüber konträre Interessen vertritt. Entsprechend lakonisch sind die Antworten:

Ich kann ja nicht dieselbe Partei wählen, die mein Arbeitgeber wählt. Das ist 100 % eine Arbeitgeberpartei. (102)

Die CDU ist für mich als Arbeiter einfach nicht akzeptabel, weil sie nicht meine Interessen vertritt. Die vertritt das Unternehmertum. (206)

Die CDU ist in jedem Fall eine Unternehmerpartei, finde ich. Es gibt zwar Arbeiter in der CDU, aber was hat der Arbeiter in der CDU zu sagen? Oberhaupt nichts! (225)

Und noch kritischer:

Die haben halt Verpflichtungen den Unternehmern gegenüber. Die wird von denen finanziert. Die wollen doch haben, daß der Arbeiter das bleibt, was er schon die ganze Zeit ist. (240)

Neben dem zentralen Argument, daß die CDU/CSU die Interessen der Unternehmer vertritt, wird öfter ein anderes vorgebracht, mit dem der im Namen enthaltene Anspruch des "Christlichen" kritisiert wird:

Ich finde überhaupt, man hat sich hier einen Namen angeeignet, mit dem man Schleichwerbung treibt. Wenn diese Partei, so wie sie heute besteht, einen anderen Namen annimmt, sie könnte dann auch nichts anderes tun. Nehmen wir einmal an, die würde sich Großdeutsche Einheitspartei oder so nennen, sie würde bei der nächsten Wahl ganz schlecht abschneiden. Mit dem Christlichen treibt sie ein bißchen Volksverdummung. Sie vertritt erstens ländliche Gebiete, Religion findet man heute ja fast nur noch auf den ländlichen Gebieten, deshalb hat man auch die Agrarpolitik, den Grünen Plan und diese Sachen so hoch geschraubt. (313)

Am interessantesten sind freilich die wenigen Fälle, die die CDU/CSU nicht für eine Unternehmerpartei ansehen, sondern durch sie die eigenen Interessen am besten vertreten sehen. Es sind dies vor allem die CDU-Wähler und solche, die zwischen den einzelnen Parteien überhaupt keinen prinzipiellen Unterschied zu erkennen vermögen:

Die CSU wird im Großen und Ganzen dieselben Ansichten haben (sc. wie die SPD), nur auf gewissen Gebieten haben sie andere Ansichten. Erstens einmal spielt das Christliche eine große Rolle mit und dann, sie wollen das langsamer und vorsichtiger machen. Und man hat ja gesehen, daß das auch ein guter Weg ist, gegenüber der SPD. Die haben zuviel versprochen und zu wenig einlösen können. (333)

Mir ist eine so gut wie die andere - Hauptsache, ich habe meine Sache. Und wer an die Regierung drankommt und wer regiert, das lasse ich denen alles über. (112)

Eine besondere Variante bringen diejenigen hinein, die im Grunde autoritär sind und von der Law- und Order-Tendenz der CDU/CSU angetan sind:

Die CDU ist ja meistens mehr für das Kapital. Aber es ist mir gut gegangen unter der CDU. Und die sind halt im Kern härter und greifen eher durch und haben halt nicht so viel Versprechungen gemacht wie die SPD. Gesichertes Leben wollen die ja bringen. (116)

Bezüglich der FDP sagen die Arbeiter noch weniger als zur CDU/CSU. Hier sind es immer wieder zwei Argumente, die wiederkehren: Entweder wird die FDP als Mittelstandspartei angesehen oder aber, in geringerem Ausmaß, als Unternehmerpartei charakterisiert; oftmals werden allerdings beide Argumente zugleich gebracht:

Die FDP vertritt mehr oder weniger doch Arbeitgeberinteressen, weil im Mittelstand ist es doch tatsächlich so; die Arbeitgeber selbst oder auch die leitenden Angestellten, die sind in der FDP engagiert. (253)

Das ist so ein zweideutiges Siegel, die haben von der Seite drin und von der, also gehobener Mittelstand auf jeden Fall, d.h. Doktoren, Rechtsanwälte, auch Unternehmer. (231)

Einige Befragte meinen, bei der FDP aufgrund der Koalition mit der SPD einen Wandel feststellen zu können:

FDP - hats oft geheißsen - wär die Mittelstandspartei. Aber jetzt, in letzter Zeit ist es nicht mehr so. Daß sie sich vielleicht ein bisschen mehr in Richtung SPD entwickelt hat. Mit der Außenpolitik - sagen wir mal mit dem Osten. Da tut sich die FDP auch dafür einsetzen. (131)

Vollends lakonisch werden die Befragten bei der Beurteilung der NPD.

Die NPD ist für die Arbeiter insgesamt einfach uninteressant: ein lästiger Haufen von "Ewiggestrigen", "Unverbesserlichen" und "alten Nazis".

3.1.3. Notwendigkeit einer "distinkten" Klassenpartei

Die Stellungnahmen zur SPD und die Übersicht über die Parteipräferenz der befragten Arbeiter (s. Tabelle 7)

Tabelle 7

Parteipräferenz

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
SPD	64	71
CDU/CSU	9	7
FDP	2	2
DKP	1	5
NPD	5	2
wählt nicht	0	3
Wechselwähler:		
mit Tendenz zur SPD	13	4
mit Tendenz zur CDU	2	3
K A	3	2
Summe	99(=100)	99(=100)

machen deutlich, daß die SPD, aus welchen Gründen im einzelnen und mit welchem Ausmaß von Distanz oder Identifikation immer, vom Haupt-

anteil der Arbeiter als "ihre" Partei angesehen und gewählt wird. Dieses Ergebnis wird zusätzlich gestützt durch die Antworten, die auf die Frage gegeben wurden, ob die Existenz einer reinen Arbeiterpartei, die ausschließlich Arbeiterinteressen politisch vertritt, für sinnvoll und notwendig gehalten würde. Anlässlich dieser Frage wurde von den Arbeitern selber oft die DKP ins Spiel gebracht und gegenüber der SPD als die "bessere" Arbeiterpartei hervorgehoben. Jedoch in einer zumeist sehr zwiespältigen Weise.

So wird die DKP zwar durchaus als Arbeiterpartei anerkannt - das gilt in verstärktem Maße für die Befragten des Betriebes B, wo es eine DKP-Betriebsgruppe gibt, deren Aktivitäten durchaus zustimmend zur Kenntnis genommen werden - dieses Urteil wird aber fast immer zugleich relativiert. Das geschieht mit einer Reihe von typischen Argumenten. Zum einen erscheint die DKP aufgrund ihrer geringen Basis als politisch relativ bedeutungslos; es wird unterstellt, daß sie es ohnehin kaum zu einer breiteren Anhängerschaft bringen würde und daraus abgeleitet, daß es deshalb keinen Sinn habe, sie politisch zu unterstützen. Zum anderen sieht man die Gefahr der Zersplitterung der politischen Kräfte der Arbeiterschaft, wenn zwei Parteien mit gleichem Anspruch - SPD und DKP - um die Stimmen der Arbeiter konkurrieren würden. Darüber hinaus hält eine Reihe von Befragten es für bedenklich, die DKP zu unterstützen, weil sie sich zwar in das Gewand einer Arbeiterpartei kleide, in Wahrheit aber - und das würde sich herausstellen, wenn sie die Macht im Staate erringen sollte - nur eine Interessenvertretung des "Ostens" darstelle. Weiterhin hält eine Gruppe von Demokraten es überhaupt für unvertretbar, daß eine Partei ausschließlich Gruppeninteressen vertritt und sieht deshalb in der DKP oder einer anderen "reinen" Arbeiterpartei eher eine Gefahr als einen Nutzen.

Aus all dem geht hervor, und die nachfolgende Tabelle bestätigt es, daß die Notwendigkeit einer reinen Arbeiterpartei im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung entweder überhaupt verneint oder doch sehr skeptisch betrachtet wird. Man lehnt sie ab und gibt sich mit der vorhandenen Art der Interessenvertretung durch SPD und die Gewerkschaft zufrieden.

Tabelle 8

Notwendigkeit einer "distinkten" Klassenpartei

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Ja	11	27
Nein	40	30
SPD reicht	26	30
Gewerkschaft reicht	3	8
K A	18	4
Summe	98(=100)	99(=100)

3.1.4. Zusammenfassende Interpretation

Ein zusammenfassender Vergleich hat zwei Dingen vorrangig Aufmerksamkeit zuzuwenden: erstens der Tatsache, daß die SPD von den Arbeitern im Schnitt als demokratische Volkspartei in dem Sinne interpretiert wird, daß sie die Interessen aller im Auge hat, während die übrigen großen Parteien als mehr oder weniger reine Interessenparteien besonderer Gruppen, der Unternehmer zumal, angesehen werden. Zweitens der Tatsache, daß im Betrieb A sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien der Tendenz nach eher als "klasseneutral" betrachtet werden als im Betrieb B.

Die Erklärung für den ersten Punkt dürfte darin zu finden sein, daß die Arbeiter sich - ausgehend von der Tatsache, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung lohnabhängig ist und von daher gleichgerichtete Interessen hat - in einem Rückschluß weitgehend mit dem identifizieren, was man Volk nennt. So kann eine Partei, die die Interessen der Arbeiter vertritt, als eine Partei erscheinen, die zugleich mit den Interessen der Arbeiter die Interessen aller vertritt. Darüber hinaus dürfte aber in dieses Urteil die Erfahrung eingegangen sein, daß die SPD in der Regierung eben auch die Interessen anderer Gruppen, speziell die der Wirtschaft, aus welchen Gründen immer, berücksichtigt, während den CDU-Regierungen unterstellt wird, daß sie in erster Linie Maßnahmen zugunsten der Wirtschaft auch gegen die Interessen der Arbeiter verfügen.

Der zweite Punkt ist unmittelbar mit dem Eindruck in Zusammenhang zu bringen, der sich schon aufgrund der vorangegangenen Analysen eingestellt hat: im Betrieb B ist sowohl das Interessenbewußtsein schärfer entwickelt als auch das Problembewußtsein für politische Angelegenheiten. Es scheint so, als würde von daher der im unmittelbaren betrieblichen Kontext erfahrene Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital auf den politischen Bereich übertragen und im Urteil über die Interessenorientierung der Parteien klarere Konturen erlangen.

3.2 Das Verhältnis zur Regierung

Zur Zeit der Durchführung unserer Interviews war die auch jetzt noch bestehende, von der SPD/FDP-Koalition gebildete Regierung im Amt. Ihr vorausgegangen war eine Regierung der SPD/FDP-Koalition mit Willy Brandt als Bundeskanzler. Mit dieser Regierung war zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte die SPD als Hauptträger einer Bundesregierung politisch zur Macht gekommen. Die Wahlplattform der SPD vor den Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag, aber auch die Regierungserklärung von Brandt mußten insbesondere bei den Arbeitern große Hoffnungen erwecken, da sie eine Reihe von Projekten zu verwirklichen versprochen, die nachhaltigen Einfluß auf die soziale Lage der Arbeiter hätten haben sollen. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung danach - Mineralölkrise, Inflation, Arbeitslosigkeit - brachten es jedoch mit sich, daß nur wenige Teilstücke des angekündigten Reformwerkes und diese auch nur mit Abstrichen realisiert werden konnten. Bis zum Zeitpunkt unserer Befragung waren von den Reformvorhaben der Koalitionsregierung nicht erfüllt: Steuerreform, Mitbestimmung, Reform der Berufsbildung, Strafrechtsreform, Scheidungsrecht.

Ein Teil der befragten Arbeiter hat offenbar gegenüber dem Reformprogramm der Koalitionsregierung zunächst eher unbestimmte Erwartungen von der Art gehabt, daß sich überhaupt allgemein etwas ändern würde. Die Mehrheit der Befragten jedoch mißt gerade an den nicht erfüllten Reformvorhaben die SPD und die von ihr getragene Politik.

So bezogen sich die Erwartungen der Befragten gegenüber der Koalitionsregierung entweder allgemein auf eine generelle Verbesserung der Lage der Arbeiter oder, soweit dies konkretisiert wird, in erster Linie auf die geplante Steuerreform, auf sozialpolitische Maßnahmen, auf die Bekämpfung der Inflation und schließlich auf die Aussöhnungspolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten.*

*) Eine zentrale Forderung der Gewerkschaften an die Koalitionsregierung war die nach der Einführung der paritätischen Mitbestimmung in allen Großbetrieben. Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung von 1974, der

Tabelle 9

Erwartungen gegenüber der SPD/FDP Koalitions-Regierung

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Keine bestimmten Erwartungen	25	30
Negative Erwartungen	1	2
Positive Erwartungen allgemein	29	14
Konkrete Erwartungen speziell für Arbeiter	43	52
K A	2	2
Summe	100	100

Konkrete Erwartungen an die Koalitions-Regierung

im einzelnen bezüglich: (Mehrfachnennungen möglich)

	(N= 37) %	(N= 50) %
Steuerreform	54	46
Sozialpolitik	21	38
Preisstabilität	38	24
Außen-/Ostpolitik	22	26
Wirtschaftspolitik	8	10
Sichere Arbeitsplätze	5	4
Gesundheitspolitik	8	10

Fortsetzung der Fußnote von Seite 112

die letztendliche Entscheidung bei Stimmengleichheit dem von der Aktionärsversammlung gewählten Aufsichtsratsvorsitzenden beließ und die Repräsentanz der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat auf der Belegschaftsseite vorsah, stieß auf heftige Kritik des DGB. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Auseinandersetzungen um diese Fragen sprachen sich aus dem Betrieb A 54 %, aus dem Betrieb B 60 % der befragten Arbeiter gegen den Regierungsentwurf aus.

Zentraler Orientierungspunkt der Erwartungen war das Kriterium der sozialen Gerechtigkeit; man erwartete endlich einen Ausgleich zugunsten der Arbeiterschaft:

Ich hab mir mehr soziale Gerechtigkeit in der BRD erwartet. Daß wirklich einmal was für die arbeitende Bevölkerung getan wird. Also gewisse Gesetze, die schon seit langem reformbedürftig sind, daß die mal durchgeführt werden und daß jetzt wirklich mal der Arbeiter mehr vom Kuchen kriegt. Nicht nur, wie es die ganze Zeit war, daß für die Unternehmer spezielle Politik gemacht wurde. (244)

Na ja, daß endlich mal Taten folgen, daß diese himmelschreiende Ungerechtigkeit in der Steuergesetzgebung, daß da endlich was gemacht wird. Nicht daß es so ist, wie es jetzt 25 Jahre war, daß die, die was besitzen, immer noch mehr begünstigt werden als wie die, die nichts besitzen. Die Steuergesetzgebung, die wir jetzt haben, die stinkt zum Himmel (332)

In die Äußerungen, mit denen die Befragten ihre damaligen Erwartungen kundtun, mischt sich meist ein Kommentar, der die Enttäuschung über die bisherige Entwicklung und mögliche Gründe dafür miteinbezieht.

Dabei scheint es so, als sei man bei Regierungsantritt der Koalitionsregierung hoffnungsvoll und skeptisch zugleich gewesen:

Ich habe erst mal gedacht, es ist endlich mal ein Durchbruch gelungen - daß es positiver ist als vorher - obwohl, ich habe mir keine Hoffnungen gemacht über eine sozial-liberale Koalition, die habe ich mir noch nie gemacht, auch nicht, wenn die SPD allein regiert hätte. Da hätte ich mir sie erst recht nicht gemacht. Aber es ist doch die vernünftigste Alternative gewesen gegenüber der CDU - die große Mehrheit war irgendwie zufrieden, wenn man so sagen will, daß endlich einmal ein Wandel eingetreten ist. Aber für ihre Interessen, für die reinen Arbeiterinteressen haben sie sich mehr erhofft - ja was hält sie denn wirklich für richtig? Das wäre mal die Grundfrage. Also die ganze Ostpolitik war ohne Zweifel ein Fortschritt, aber in der Reformpolitik sind sie doch in allem steckengeblieben und da sind die Kollegen so erbost wie mit der sog. Energiekrise, was überhaupt keine Krise war. Ganz klar, daß die FDP immer so einen Bremsfaktor gespielt hat als kleine Partei. Sie brauchen bloß den Mitbestimmungskompromiß anzusehen. (208)

Diese Passage ist nahezu eine prototypische Zusammenfassung dessen, was die Mehrheit der Arbeiter in unterschiedlicher Gewichtung einzelner Momente vorbringt. Bei denjenigen, die keine besonders hochgespannten Erwartungen hatten, ist die Enttäuschung in der Regel auch weniger groß, fällt das Urteil insgesamt auch weniger affektiv aus:

Ich hab mir net das Goldene Zeitalter versprochen - das kann ja gar net sein, es muß ja alles bezahlt werden. Aber ich hab Vorteile drin gesehen, daß z.B. in Altersgrenze, Pension usw. - Sozialleistungen unkündbar nach einem bestimmten Lebensalter, 90 % des Lohnes bei Arbeitsbeschränkung - das sind die Vorteile, die ich mir erhofft habe. (405)

Insbesondere wird dann auch positiver bewertet, was an versprochenen Leistungen erfüllt wurde:

Ich bin zwar ein bisschen enttäuscht, aber trotzdem haben sie ja auch viel durchgebracht in den letzten Jahren: das Krankenkassending, das Mietergesetz, Mieterschutz, das Rentending. Nicht so erfüllt haben sie das mit den Preissteigerungen. Das war eine Enttäuschung. (127)

Für diejenigen, die der Friedenspolitik der Koalitionsregierung besondere Bedeutung zumaßen, steht die folgende typische Passage:

Die wichtigsten Probleme waren das mal, daß man endlich mal einen Friedensvertrag kriegt und zweitens, daß wir uns selber souverän machen, daß wir endlich mal einen Schlußstrich über die ganze Kriegsgeschichte machen würden. Die haben wir ja noch net. Wir sind ja von vier Mächte, werden wir ja noch besetzt. (209)

Keine besonderen Erwartungen geben solche an, bei denen durch die Art der Äußerung selber klar wird, daß sie im Grunde genommen gegenüber keiner Regierung besondere Erwartungen haben: sie sind in der Regel politisch nicht weiter interessiert:

Erwartungen hatte ich keine, denn jede Partei macht ihre Fehler und auch etwas Gutes. Wer kann da sagen, d i e Partei ist besser. (211)

Sie werden lachen, ich hab keine Erwartungen gehabt, ich habe mich nicht weiter drum gekümmert. Uns geht es halt gut, und soll es nicht schlecht gehen und ich hab mich gar nicht für die Partei interessiert, mir war das egal. (328)

Von ähnlicher Distanz zu Parteien insgesamt zeugt die folgende typische Äußerung. Für solche Befragte ist Politik ein Geschäft, bei dem die Parteien durch Versprechungen Wählerstimmen fangen möchten, um später, wenn sie an die Macht gelangt sind, doch das zu tun, was sie wollen:

Naja, welche Partei dran ist, das spielt an und für sich, meine persönliche Meinung ist die, das spielt an und für sich keine Rolle. Das ist vollkommen egal. Das versprechen sie vor der Wahl und hinterher ist wieder dieselbe Scheiße. (432)

Hegte die Mehrheit der Befragten skeptische bis emphatische Erwartungen, so entspricht dem bei den meisten eine ebenso breite Enttäuschung. (s. Tabelle 10)

Tabelle 10

Von den Erwartungen haben sich erfüllt:

(Mehrfachnennungen möglich)

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Verbesserungen überhaupt	18	6
Sozialpolitik	13	11
Außen-/Ostpolitik	8	18
Sonstiges	8	15
K A	64	66

Von den Erwartungen haben sich nicht erfüllt:

(Mehrfachnennungen möglich)

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N=96) %
Verbesserungen überhaupt	31	40
Steuerreform	21	33
Preisstabilität	11	19
Sozialpolitik	13	15
Sonstiges	11	21
K A	18	7

Das Spektrum der zugehörigen Stellungnahmen reicht von der erklärungslosen Äußerung von Enttäuschung über kritische, die der SPD die Schuld anlasten bis zu Begründungen, die bestimmte Bedingungen, auf die die Regierung selbst kaum oder gar keinen Einfluß hat, verantwortlich machen. Pure, affektiv besetzte Enttäuschung spricht aus den folgenden Antworten:

Ich wurde zutiefst enttäuscht mit diesen Versprechungen (der Befragte hatte bei der Regierungserklärung zugehört, d. Verf.). Ich habe ihn zwar nicht verstanden, aber nachher bin ich drauf gekommen. Da hat er geäußert, man soll bloß immer geben. Es wird bloß immer gefordert von der Regierung: usw. Und man muß auch Opfer bringen. Und die Opfer, die habe ich in den letzten fünf Jahren kennengelernt. Da brauch ich bloß meine Lohntüte anzuschauen. (404)

Sie haben praktisch für den Arbeiter nichts gebracht. Den Schnaps haben sie teurer gemacht, für die Großen den Sekt haben sie nicht teurer gemacht. Die Post, die Bahn, alles ist teurer geworden - alles, wofür der kleine Mann zahlen muß, wo er drauf angewiesen ist. (307)

Die SPD, indem sie sich in der Opposition so eingesetzt hat für das arbeitende Volk - ist in mir eine Hoffnung erweckt worden. Habe ich gesagt, daß ist eine Arbeiterpartei. Ich habe auch die SPD gewählt, weil ich in der Hoffnung war, was die uns alles gebracht hat in der Opposition und mit auch versprochen haben in ihrer Wahlpropaganda; und da habe ich was gesehen in der SPD, als Arbeiterregierung. Aber nachdem die jetzt dran sind und soviel Versprechungen gemacht haben und überhaupt nichts gehalten haben, noch gar nichts gehalten - ich bin sehr enttäuscht über die SPD - wenn sie nur eine dieser Versprechungen eingehalten hätten, dann hätte ich noch Achtung vor dieser Partei. (234)

Diese Zitate lassen den unter den Befragten weitverbreiteten Standpunkt der Befragten gegenüber Regierungen überhaupt und gegenüber der SPD/FDP-Regierung im besonderen erkennen. Bestimmendes Kriterium ist: welchen Vorteil wird sie für uns bringen. Der von der SPD getragenen Regierung gegenüber ist diese Haltung aufgeladen mit einer speziellen Erwartung: daß sie als "arbeiterfreundliche" Regierung eine Gewähr für die vorrangige Realisierung der Arbeiterinteressen bietet. Die gleichzeitige Skepsis in den Erwartungen macht jedoch deutlich, daß das Verhältnis zur SPD-Regierung weniger durch Identifikation als durch höhergespannte Erwartungen bestimmt ist. Dabei mag dieser instrumentalistische Standpunkt in etlichen Fällen dadurch überlagert sein, daß man zunächst einmal allein darin einen Fortschritt gesehen hat, daß endlich einmal die Regierung, von der man mit Gewißheit sagen konnte, daß sie die Vorteile der andren, aber jedenfalls nicht die der Arbeiter verfolgte, abgelöst wurde. Das Ausmaß der Enttäuschungen speist sich aus beidem: daß die versprochenen Leistungen nicht erbracht wurden und daß sie gerade von

einer Regierung, deren Programm auf Arbeiterinteressen abstellte, nicht erbracht wurden, obwohl sie dazu die Chance gehabt hätte. Die kritischen Argumente, die über den bloßen Ausdruck von Frustration hinaus Gründe dafür anzugeben suchen, lassen sich in fünf Gruppen gliedern. (s. dazu Tabelle 11.)

Tabelle 11

Gründe für die enttäuschten Erwartungen (Mehrfachnennungen möglich)

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
SPD ist schuld	17	31
allgemeine Lage ist schuld	25	25
Politik wird hintertrieben:		
von der FDP	13	32
von der Opposition	30	9
von den Unternehmern	16	16
K A	26	11

Die erste Gruppe faßt Stellungnahmen zusammen, die der SPD selber die Schuld an der Entwicklung zuschreiben: Auf strategische Fehler spielen Antworten wie die folgende an:

Es war ein Fehler, daß die SPD überhaupt an die Regierung gegangen ist; daß sie nicht gewartet haben und haben die FDP mit der CDU nochmal regieren lassen. Die nächsten Wahlen hätten sie allein gewonnen. Dann hätten sie ihr Wahlprogramm allein durchführen können. (225)

Andere erweitern dieses Urteil und sehen in der SPD insgesamt eine Partei, die in den historisch entscheidenden Augenblicken immer versagt habe: in diesem Fall sehen sie nur wieder eine Bestätigung dafür:

Erwartet habe ich prinzipiell gar nichts. Weil die nämlich schon vorher, in den 20er Jahren versagt haben und da machen sie jetzt genau denselben Mist. Und das muß ich immer wieder sagen, das habe ich schon öffentlich und immer wieder gesagt, schuld sind die dran, wo der Adölf drangekommen ist. Und heute, was machen sie heute bitte? Und die anderen machen auch Mist.

(111)

Von wiederum anderen wird der SPD überhaupt bestritten, daß sie Interessen der Arbeiter zu vertreten imstande oder willens sei:

Weil wir nicht eine Partei in der Regierung haben, die tatsächlich die Interessen der Arbeiter vertritt. Die Regierung tut ja die Interessen der Arbeiter gar nicht vertreten. (321)

Weil die SPD halt auch dem Großkapital verpflichtet ist. Die bekennt sich auch zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die kann auch nicht einfach über ihren Schatten springen. (348)

Zwei weitere Gruppen von Argumenten haben rechtfertigende Tendenz und lassen sich auf die Formel bringen: "Es ist nicht alles auf einmal möglich" und "schuld ist nicht die Regierung, sondern die allgemeine Lage". Als Beleg können die folgenden Beispiele dienen:

Die allgemeinen Sachen, was die da jetzt gemacht haben, die ist gut gewesen bisher. Man kann ja net verlangen, wenn die Partei erst im ersten oder zweiten Jahr dran ist, daß sie die ganze Wirtschaft umkrempelt von vorne bis hinten. Das ist ja unmöglich. Die hat ihre Sache gut gemacht bisher, was heutzutage die andren Parteien, die CDU - da ist ja immer mehr Hetze und Angstmacherei dabei. (427)

Ich weiß bloß, daß mich das stört, was jetzt auf die sozial-liberale Koalition geschimpft wird, was die alles nicht fertigbringen. Und da stört mich nur das eine, nach 20 Jahren CDU-Regierung soll die SPD/FDP-Regierung jetzt innerhalb in den drei Jahren oder in den zwei Jahren, was die jetzt dran sind, alles machen, was die in 20 Jahren nicht gemacht haben. Das will mir da nicht rein. (203)

Weitere Stellungnahmen stellen eine Beziehung zwischen der weltweiten Inflation und den Schwierigkeiten der Regierung bei der Realisierung ihres Reformprogramms her und halten dabei der Regierung zugute, daß sie immerhin versucht hat, im eigenen Land die Inflationsrate relativ niedrig zu halten:

Es kann niemand über seinen Schatten springen. Auch die SPD nicht. Aber bis jetzt würde ich sagen, sie hat es nicht übermäßig schlecht gemacht. Wir haben ja eine weltweite Inflation, wir haben eine schleichende Inflation, wir sind bis jetzt noch am günstigsten weggekommen gegenüber anderen Ländern. (210)

Das liegt daran, weil die ganze Welt abwärts geht - die Arbeitnehmer, für die Unternehmer net, für die Arbeitnehmer - in Japan 24 % und in Frankreich, die Preissteigerungen, was die haben - wir schneiden noch gut ab. (250)

In einen größeren Zusammenhang rückt der folgende Befragte die Ereignisse und drückt damit eine typische Haltung insbesondere älterer Sozialdemokraten aus:

Die SPD hat wieder mal das Glück gehabt, wie schon einmal nach dem 1. Weltkrieg, an einem Zeitpunkt an die Regierung gekommen zu sein, der wo eben sehr viele Schwierigkeiten von deren ganzen Welt - die Teuerungsrate ist weltweit - ich mache da die Regierung überhaupt nicht verantwortlich, und wenn heut der Strauß der oberste Mann wär - der nicht allein bestimmt - aber eben seine Gruppe, er ist ja radikal, dann glaub ich net, daß sich was wesentliches geändert hätte. (405)

Eine weitere Gruppe von Argumenten sieht das entscheidende Hemmnis für die Durchführung einer für Arbeiter vorteilhaften Politik in der Tatsache, daß die SPD nicht allein, sondern nur zusammen mit der FDP eine Regierung bilden konnte:

Ich halte von einer Koalition als solches nichts. Mir wäre lieber gewesen, wenn die Partei direkt an die Regierung gekommen wäre. Denn, wenn ich eine Koalition eingehe, dann ist es einmal, weil ich allein nicht stark genug bin und ich muß Rücksicht nehmen auf den Koalitionspartner, wenn er auch nicht so stark ist. Ich muß ihm aber soviel geben, daß es mir selber in meinen Handlungen weh tut. (118)

Während die SPD als die treibende Kraft in der Regierung angesehen wird, wird der FDP häufig die Rolle eines Partners zugeschrieben, dessen Funktion im wesentlichen darin besteht, als retardierendes Moment zu wirken:

Sie müßte allein regieren, nur die SPD, die FDP ist so ein kleiner Hinkfuß nebenher. (108)

Oder noch deutlicher:

Aber wenn man einen guten Bremsen hat, ein guter Bremsen bringt viel fertig. An der FDP führt kein Weg vorbei. Die ist ja das Zünglein an der Waage. (107)

Neben der FDP wird insbesondere der parlamentarischen Opposition Obstruktionspolitik vorgeworfen. Eine Politik, die sich darauf beschränke, Projekte der Regierung zu "torpedieren";

Die SPD kann nicht tun was sie will, weil sie net die absolute Mehrheit hat, die kriegen ja immer ein Knüttel zwischen die Füß geschmissen - von der CDU, auch von der FDP. (109)

Die Regierung an für sich, die wäre meines Erachtens daran interessiert, daß die neue Steuerreform kommt. Aber die Opposition, die will ja 76 wieder ans Ruder. Da kann doch die net zulassen, daß wir 75 eine Steuerreform kriegen, wo uns Arbeiter was bring - der Arbeiter ist halt jetzt sauer, weil er sich sagt, die bringen nichts für uns. Aber warum daß sie nichts bringen, das lesen sie beim Axel Springer net. (252)

Hauptsächlich liegt das an der großen Opposition. Ja an der CDU, daß die doch ziemlich bremsen konnte und daß die zu 90 % immer Nein sagen. Immer wenn etwas vom Parlament in den Bundesrat kommt, dann wird es praktisch abgelehnt, wie der § 218. (238)

Die letzte Gruppe von Stellungnahmen reflektiert die Machtverhältnisse innerhalb des gegebenen politischen und gesellschaftlichen Systems und bestimmt von daher die Schranken jeglicher Reformpolitik, die zugunsten der Arbeiter und das heißt, gegen die Interessen der Unternehmer, durchgeführt werden soll. Sie bewegen sich ständig um den zentralen Punkt: Kapital ist Macht. In diesen Argumenten scheint am deutlichsten durch, daß der im Rahmen der Konkurrenz erfahrene Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern seine Fortsetzung im Bereich der Politik findet:

Bei uns regiert eben nur das Kapital. (217)

Sie wissen ja, Kapital ist Macht, eine Politik ohne Unternehmer, die ist halt schwieriger zu treiben wie mit - und es ist halt so, daß es eine SPD-Regierung von vornherein schwieriger hat als die anderen. (235)

Weil die Reformen können in unserem System einfach nicht durchgeführt werden, weil die meisten Reformen sich gegen die Interessen der Kapitalisten richten und diese lassen das einfach nicht zu, die wissen das zu verhindern, durch Lobby, durch seine wirtschaftliche Macht, z.B. Kapitalflucht. (219)

Wenn die Unternehmer heute nicht mehr wollen, dann kann die Politik nicht viel ausrichten. Dann müßten sie das Regime umwerfen, verstaatlichen. (135)

Die Industrie ist ohne weiteres in der Lage, einer Regierung, die ihr nicht genehm ist, solche Schwierigkeiten zu machen, daß die Regierung gezwungen ist, andere Gesetze zu machen. Sie kennen den Ausspruch von Schiller: "Wir können die Kuh, die wir melken wollen, nicht schlachten" (202)

3.2.1. Zusammenfassende Interpretation

Die Diskussion der vorangegangenen Darstellung konzentriert sich auf drei Punkte:

1. Wie läßt sich die Haltung der befragten Arbeiter zur Regierung charakterisieren?
2. Welcher Art sind die Forderungen, die die befragten Arbeiter an die Regierung stellen?
3. Welche sind die Gründe, die die befragten Arbeiter dafür ins Feld führen, daß ihre Forderungen von der Regierung nicht oder nur partiell verwirklicht wurden?

Die Haltung der Arbeiter zur Regierung bestimmt sich unter der Perspektive des eigenen Interesses. Die Befragten beurteilen die Leistungen jeder Regierung instrumentalistisch-pragmatisch; auch die der SPD-Regierung. Daran nämlich, wieweit deren Politik ihnen Vorteile oder Nachteile verschafft. Das besondere Interesse der befragten Arbeiter an der SPD-Regierung enthält zwei Momente: ein sachliches und ein historisches. Das sachliche liegt darin, daß mit der SPD zum erstenmal eine Partei an die Regierung kam, die sich programmatisch vorrangig auf die Interessen der Arbeiter verpflichtet hatte und, da sie in der Hauptsache von Arbeitern gewählt worden war, eben als "ihre" Regierung angesehen wurde. Das historische Moment liegt darin, daß zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte nach einer ununterbrochenen Phase unternehmerfreundlicher Politik, repräsentiert durch die CDU-Regierungen - die historische Chance sich zu eröffnen schien, eine Politik des "demokratischen Sozialismus" zu bewähren, deren oberstes Prinzip ja in der Herstellung sozialer Gerechtigkeit liegt. Die den Hoffnungen von Anfang an beigemengte, mehr oder weniger ausgeprägte Skepsis der Befragten zeigt indessen, daß das instrumentalistische Verhältnis zur Regierung nicht grundsätzlich durchbrochen ist, sondern lediglich bei bestimmten Gruppen durch die "Emphase des Augenblicks" überlagert. Dies wird vollends deutlich in den Äußerungen, die die Enttäuschung selber ausdrücken: man ist nach kurzen Momenten der Hoffnung wieder in die alte resignative Skepsis zurückgefallen.

Die Forderungen, die an die Regierung gestellt werden und als Anmeldung von Arbeiterinteressen verstanden werden, halten sich innerhalb der demokratischen Grundwerte; mehr noch, sie drängen auf deren Verwirklichung. Sie resultieren aus der Erfahrung permanenter Benachteiligung. Ihr Ziel ist die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und die Verwirklichung der Voraussetzungen sowohl demokratischer Praxis als auch freier Konkurrenz: soziale Gleichheit (s. Tabelle 12)

Tabelle 12

Die wichtigsten Probleme, die in den nächsten Jahren von der Regierung
gelöst werden müssen (Mehrfachnennungen möglich)

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Preisstabilität	44	39
Steuerreform	18	34
Sichere Arbeitsplätze (Vollbeschäftigung)	31	17
Sozialpolitik	26	24
Mitbestimmung	3	19
Vermögensbildung	3	3
Bildungspolitik	3	5
Gesundheitspolitik	8	8
Umweltschutz	3	2
Außenpolitik	7	15
Innen-/Sicherheitspolitik	9	7
K A	16	10

Die Begründungen für das Scheitern sozialdemokratischer Reformpolitik laufen auf zwei prinzipiell unterschiedliche Argumente hinaus: zum einen werden temporäre, zum anderen prinzipielle Schranken verantwortlich gemacht.

Begründungen der ersten Art unterstellen Demokratie als verwirklicht und sehen es als von der allgemeinen Lage abhängig an, ob eine Partei die absolute Mehrheit als Voraussetzung der Realisierung ihrer programmatisch angekündigten Politik erreichen kann, ob sie eine Koalition mit entsprechenden Abstrichen an ihrem Programm einzuziehen hat

oder ob sie in der Opposition verharren muß. Darüberhinaus grenzt das aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zur Verfügung stehende Ausmaß von Ressourcen den Spielraum möglicher Politik ein.

Begründungen der zweiten Art sehen im Bereich der Politik Demokratie nicht als verwirklicht an; Politik erscheint in ihnen als von den Interessen der Unternehmer und ihren politischen Interessenvertretungen dominiert. Die ungleiche gesellschaftliche Machtkonstellation zwischen Kapital und Arbeit setzt sich in den Augen derer, die so argumentieren, im Bereich der Politik fort und setzt zugleich jeder Reformpolitik enge Grenzen: diese sind erreicht, wenn die Interessen der Wirtschaft tangiert werden.

Die Vertreter der Argumente des ersten Typs sind so enttäuscht wie alle anderen, aber sie bauen weiter auf die SPD und haben die Hoffnung nicht ganz aufgegeben. Die Vertreter von Stellungnahmen des zweiten Typs waren von Anfang an skeptisch und schwanken zwischen der Hoffnung trotz "besseren Wissens" und der Resignation, daß sich dieses bessere Wissen wieder einmal als richtig herausgestellt hat. Auch sie bleiben weitgehend der SPD treu - als dem kleineren Obel. Aus beiden wird aber eines deutlich: die Arbeiter schätzen die Möglichkeiten, innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Systems ihre Interessen auch politisch verwirklichen zu können, illusionsloser ein als es die politische Organisation selber tut, die trotz allem immer noch als die einzige gilt, die Arbeiterinteressen am ehesten vertritt.

3.3 Das Verhältnis zum Staat

Sofern die Arbeiter im Rahmen der bestehenden, auf individueller Leistung und Wettbewerb basierenden, kapitalistisch produzierenden Gesellschaftsordnung ihre Existenz als Lohnarbeiter sichern wollen, sind sie auf den Staat angewiesen. Er garantiert die allgemeinen Bestandsvoraussetzungen des gesellschaftlichen Systems, indem er die Voraussetzungen der Konkurrenz gewährleistet und die dysfunktionalen Folgewirkungen der Konkurrenz durch Interventionen kompensiert: dadurch stellt er das Allgemeinwohl her. Von der Erfüllung dieser Funktion hängen sowohl die Wettbewerbschancen der Arbeiter als auch ihre Wettbewerbsfähigkeit ab, damit aber ihr Wohlergehen im gegebenen Gesellschaftssystem. Ein Interesse am Staat ergibt sich für die Arbeiter unter einer zweifachen Perspektive: als Adressat von individuellen Forderungen, deren Einlösung ihm aufgrund seiner allgemeinen Funktion obliegt, ist der Staat Mittel zur unmittelbaren Befriedigung partikularer Bedürfnisse. Als Garant des Funktionierens des gesellschaftlichen Systems der Konkurrenz und damit als Voraussetzung der Möglichkeit, private, partikulare Interessen verfolgen zu können, ist er selber Zweck. Im folgenden wird herausgearbeitet, welche Forderungen die Arbeiter an den Staat richten und welchen Begriff sie sich vom Staat und seinen Funktionen machen.

In welche Richtung die Forderungen der Arbeiter an den Staat zielen müssen, ergibt sich aus ihrem Status als Lohnarbeiter. Ob und unter welchen Bedingungen sie nämlich ihre Arbeitskraft verkaufen können, reguliert sich auf dem Markt nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage. Um ihre Existenz jedoch dauerhaft zu sichern, müssen die Arbeiter daran interessiert sein, ihre Arbeitskraft beständig und unter für sie möglichst günstigen Bedingungen veräußern zu können, also einerseits möglichst hohen Lohn für ihre Arbeit zu erzielen, andererseits jeweils einen sicheren Arbeitsplatz unter Arbeitsbedingungen zu haben, die ihre Leistungsfähigkeit als Grundlage ihrer Existenz nicht vorzeitig zerstören.

Die Erreichung dieses Ziels schließt eine Reihe von Voraussetzungen und Problemen ein. Denn wenn der einzelne Arbeiter für sich möglichst günstige

Bedingungen der Realisierung seiner Arbeitskraft erreichen will, muß er autonom über den Verkauf seiner Arbeitskraft entscheiden können. Formelle Voraussetzung dafür ist die auf der Basis der staatlich eingeräumten Freiheitsrechte und der staatlich garantierten Privatrechtssphäre eröffnete Möglichkeit des freien Abschlusses eines Arbeitsvertrages, der sowohl das Äquivalent als auch die Anwendungsbedingungen der Arbeit festlegt. Aus dem Interesse an der Einhaltung vertraglich geregelter Beziehungen und aus dem Interesse an einem störungsfreien allgemeinen Rahmen, innerhalb dessen sich der Wettbewerb und die Nutzung der dabei erlangten Ressourcen unter friedlichen Bedingungen vollziehen kann, leitet sich das Interesse am Staat ab, sofern dieser für Recht und Ordnung verantwortlich ist.

Eine weitere Bedingung dafür, daß der Arbeiter gegen Lohn arbeiten kann, ist die Nachfrage nach seiner in bestimmter Weise qualifizierten Arbeitskraft. Ob eine solche Nachfrage besteht oder nicht, hängt von einer konjunkturellen Lage ab, die den Unternehmern die Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen oder aber deren Nichtbesetzung bzw. deren Abbau profitabel erscheinen läßt. Unter diesem Gesichtspunkt muß der Arbeiter am Florieren der Wirtschaft als Voraussetzung der Investitionsbereitschaft der Unternehmer interessiert sein, damit aber an einer staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung garantiert und gleichzeitig durch preisstabilisierende Maßnahmen verhindert, daß durch Inflation die Kaufkraft des auf bestimmte Zeit fixierten Lohnes reduziert wird.

Wenngleich Lohnarbeit als Mittel zwar durch seine Realisierung die Existenz des Arbeiters sichert, so bedeutet die Verausgabung dieses Mittels zugleich seinen Verschleiß. Aus dem Faktum des durch die Konkurrenz verstärkten Verschleißes, der sich in einer Minderung der Wettbewerbsfähigkeit oder ihrer Zerstörung durch Alter, Krankheit oder Arbeitsunfall ausdrückt, ergibt sich ein Interesse an staatlichen Maßnahmen kompensatorischer Art, die entweder auf Vorbeugung des Verlustes oder Wiederherstellung verloren gegangener Wettbewerbsfähigkeit abstellen (Arbeitsschutz, Gesundheitspolitik, Rehabilitation etc.) oder aber bei deren

Wegfall eine anderweitige Sicherung eines Existenzminimums garantieren (Sozialpolitik, Sozialversicherung etc.).

Wichtigste Voraussetzung dafür, daß der Arbeiter gegen Lohn arbeiten kann, ist, daß seine Arbeitskraft überhaupt benötigt wird. Bedingung auf Seiten des Arbeiters ist dafür die Brauchbarkeit, d.h. die Qualifikation seines Arbeitsvermögens. Um eine bestimmte Qualifikation zu erreichen und anbieten zu können mit einiger Gewißheit, daß sie auf Nachfrage stößt, ist der Arbeiter auf Institutionen verwiesen, die ihm eine auf den gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtete Ausbildung ermöglichen. Daraus resultiert das Interesse des Arbeiters an staatlicher Bildungspolitik, die die Voraussetzungen für seine Ausbildung und Fortbildung bzw. Umqualifikation schafft. Die konkreten Forderungen der Arbeiter an den Staat entsprechen im großen Ganzen diesen im Vorgriff aus dem Status des Arbeiters als Lohnarbeiter bestimmten Interessen (s. Tabelle 13).

Tabelle 13

Forderungen an den Staat

(Mehrfachnennungen möglich)

	Betrieb A (N = 87) %	Betrieb B (N = 96) %
Allgemeinwohl	53	56
Ordnung/Recht/Gerechtigkeit	37	30
Wirtschaftspolitik/ Florieren der Wirtschaft	24	23
Außenpolitik/Frieden	15	22
Sozialpolitik/Gesundheit/ Alterssicherung	18	32
Arbeitsmarktpolitik/ Vollbeschäftigung	10	17
Preisstabilität	7	8
Bildungspolitik	3	9
K A	1	1

Die am häufigsten vertretene Forderung bezieht sich auf die Herstellung des Allgemeinwohls. Dieser Begriff bleibt vielfach abstrakt und unerläutert, meint jedoch zumeist zweierlei: formal die Aufgehobenheit der Interessen aller Bürger in das Handeln des Staates, materiell die Sicherstellung eines gewissen Wohlstandes für alle, was natürlich im besonderen Maße für diejenigen gilt, deren Interessen nach ihrer Meinung nicht ausreichend berücksichtigt worden sind und deren Lebensstandard von ihnen selber als permanent gefährdet angesehen wird: für die Arbeiter.

Die weiteren Ansprüche betreffen sowohl die Schaffung notwendiger Voraussetzungen für einen freien Wettbewerb (Allgemeiner Friede, Ordnung, und Rechtssicherheit, Florieren der Wirtschaft, Außenpolitik, sowohl im Sinne der Herstellung friedlicher Beziehungen als auch mit der Absicht der Erschließung von weiteren Absatzmärkten, Bildungspolitik) als auch die Sicherung des Bestehens der freien Konkurrenz durch kompensatorische Maßnahmen (Preisstabilität, Arbeitsrecht, Arbeitsplatzsicherung, Arbeitslosenversicherung, Alterssicherung, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik).

Nimmt man zu diesen Forderungen jene hinzu, die den Staat zu verstärkten Interventionen bewegen möchten (siehe Tabelle 14), so zeigt sich, daß die Forderungen an den Staat insgesamt

Tabelle 14

Soll der Staat mehr eingreifen oder sich zurückhalten

	Betrieb A (N = 87) %	Betrieb B (N = 96) %
Zurückhalten	17	17
Mehr eingreifen:	63	55
Zur Realisierung des Gemeinwohls	17	18
Zugunsten der Arbeiter	17	22
Gegen Unternehmer und "Multis"	26	22
Für Ruhe und Ordnung	16	14
K A	20	28
Summe	100	100

systemimmanent bleiben. Selbst da, wo erweiterte Interventionen des Staates verlangt werden, sollen sie entweder den Staat an seine Verpflichtung zur wirklichen Herstellung des Gemeinwohls erinnern oder aber nur die materiellen Voraussetzungen für wirklich freie Konkurrenz herstellen: einmal zugunsten der Arbeiter die Erhaltung der Bedingungen, sich mit Hilfe dieser Arbeit reproduzieren zu können, zum anderen gegen die Unternehmer und insbesondere gegen die multinationalen Konzerne, soweit sie aufgrund zu großer Konzentration wirtschaftlicher Macht die Souveränität des Staates und die freie Konkurrenz selber gefährden. Weitere Forderungen beziehen sich - als Konsequenz der Übertragung des Prinzips der formellen staatsbürgerlichen Gleichheit - auf eine inhaltliche Gleichstellung in der Konkurrenz: durch Rekurs auf das Kriterium der "sozialen Gerechtigkeit" wird eine Anhebung der als strukturell benachteiligt erfahrenen Lage erwartet.

Aus den Forderungen an den Staat und aus den Aufgabenzuweisungen zeichnet sich ein Bild der Vorstellungen über die Funktion des Staates ab. Doch bezeichnet die Bestimmung der Funktion des Staates nur das normative Moment im Staatsverständnis. Tatsächlich sind die Vorstellungen zum Staat jedoch durch einen Widerspruch gekennzeichnet: ihm werden zwar normativ Funktionen zugeschrieben, gleichzeitig jedoch wird deren Realisierung vorab in Frage gestellt. Dies bedeutet, daß die Frage nach der normativ unterlegten Funktion durch die zu ergänzen ist, ob und wie der Staat diese Funktion wahrnimmt: ob als interessenneutrale Regulationsinstanz oder als Agent bestimmter partikularer Interessen. Das heißt aber, das Staatsverständnis der Arbeiter entwickelt sich in dem Widerspruch zwischen normativer Vorstellung von den Aufgaben des Staates und seiner erfahrenen Realität. Entweder scheint vom Anspruch her gesehen die Realität ihm nicht zu genügen, oder von der Realität her gesehen der Anspruch nicht verwirklicht. Die typischen Auffassungen erweisen sich als unterschiedliche Auflösungsformen dieses Widerspruchs. Diese werden im folgenden dargestellt, ihre Verteilung zeigt Tabelle 15

Tabelle 15

Typische Vorstellungen vom Staat

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %	insgesamt (N= 183) %
Staat als realisierter allgemeiner Wille	5	4	4
als Hüter der Ordnung	7	5	6
als Familienvater	11	7	9
als Garant des Florierens der Wirtschaft	13	19	16
als Bühne konkurrierender Interessengruppen	20	14	16
als Garant sozialer Gerechtigkeit	30	35	33
als Ausdruck von gesellschaftlichen Machtverhältnissen	13	15	14
- K A	2	-	1
Summe	101 (=100)	100	99 (=100)

3.3.1. ... Der Staat als realisierter allgemeiner Wille

Grundgedanke dieser Auffassung vom Staat ist die Idee der Volkssouveränität. Der Staat ist der verwirklichte Wille aller, die sich in der Regierung ein Organ geschaffen haben, diesen Willen auszuführen:

Der Staat sind wir. Die Regierung hat dafür Sorge zu tragen, daß der Staat anständig geführt wird, ob das in puncto kulturelle Sachen ist oder ob das Wirtschaft oder auf politischem Gebiet. Da wird verlangt von der Regierung, die dran ist, daß sie versucht, daß das bei uns eben anständig zugeht. Es ist so: wenn der Wähler nicht zufrieden ist, dann wird sie wieder gefeuert. Das ist klar. (406)

Die Wahlen werden als Garantie dafür genommen, daß der Wille des Volkes sich tatsächlich Geltung verschafft und sie bilden zugleich

ein Korrektiv, um die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern, daß es eben "anständig" zugeht. Illusionär ist diese Vorstellung deshalb zu nenne, weil in ihr die Realisierung des Prinzips der Volksherrschaft tatsächlich durchgesetzt erscheint, sie ist idealistisch deshalb, weil sie durchgesetzt erscheint, ohne daß im Ernst darauf reflektiert wird, ob die eigenen Interessen tatsächlich in das staatliche Handeln mit eingegangen sind. Die emphatische Zustimmung zur Demokratie läßt die Vertreter dieser Ansicht ihre eigenen Interessen vergessen. Kriterium der Legitimität der Regierung ist nicht das eigene Interesse, sondern deren abstrakt beschworene Effektivität. Dieser Staatsidealismus ist nur dadurch möglich, daß man die eigene Interessenlage unterschlägt, nur dann ist der Staat eine Konfiguration abstrakter Staatsbürger. An der Idee festzuhalten gelingt dadurch, daß man die Realität davon absondert. Erleichtert wird dies dadurch, daß man den Repräsentationsgedanken aufgreift und ihn instrumentalistisch wendet. Die Formel dafür heißt: wir sind der Staat, aber diesen Gedanken auszuführen ist Sache der Regierung. In diesem Argument liegt zugleich eine Beschwörung: da die Regierung auf alle verpflichtet ist, muß sie auch entsprechend handeln. Gleichzeitig schleicht sich in dieses Argument eine Verkehrung ein: durch die Beschwörung wird die Norm zur Realität:

Durch uns kommt der Staat zustande. Gewisse Leute sind eben beauftragt, alles zu ordnen. Der Staat hat sein nötiges Soll zu erfüllen anhand von Steuern, um den Staat aufrechtzuerhalten. Mit diesen Steuern wird der Staatshaushalt beglichen. Die Ausgaben dienen dazu, um alles funktionsfähig zu erhalten. Für jede Regierung gibt es gewisse Sachen, wo sie nicht machen kann, was sie will. Das ist alles Gemeineigentum und nicht Eigentum von jeden einzelnen Minister. Er hat ja den Eid abgelegt zum Wohl des deutschen Volkes. (210)

Abgesehen von der kenntnisreichen und nahezu definitorischen Argumentation kommt der idealistische Charakter dieser Vorstellung deutlich zum Ausdruck: da es so sein soll, muß es auch so sein. Da der Staat Steuern erhebt, muß er sie auch im Sinne des Gemeinwohls verwenden, denn nur daraus erhält er ja die Berechtigung, Steuern einzuziehen. Der Hinweis auf den Amtseid der Minister setzt der ganzen Passage nur noch ein Glanzlicht auf. Noch plastischer wird der idealistische Grundton in dem folgenden Beispiel: die plötzliche Wendung in

den Irrealis verrät es:

Der Staat sind wir ja alle. Ja, die vornehmste Pflicht eines Staates wäre die Humanisierung, der Umweltschutz, unsere Krankenhäuser sind zu wenig, Kindergärten haben wir keine, die Probleme, die Mißstände, die in unserer Gesellschaft nun mal da sind, daß die Haushalte etwas anders aufgebaut sind, eben eine humanere Welt. Das hätte der Staat für seine Bevölkerung zu tun. (332)

Das folgenlose Nebeneinander von Norm und Realität ist perfekt. Auch hier findet sich wieder der abrupte Übergang von der Idee der Volksherrschaft zur Pflicht des Staates in der Weise, daß er als etwas völlig losgelöstes erscheint und ohne daß in die Pflichten des Staates die eigenen Interessen mehr als beiläufig - ein etwas anderer Aufbau der Haushalte - eingehen würden. Einen Schritt zur Benennung des Gegensatzes in der staatsidealistischen Position, ja gerade zu ein ironisches Auf-die-Füße-Stellen bedeutet das folgende Beispiel, das die ganze Problematik der Idee der Volkssouveränität in der bürgerlichen Gesellschaft unnachahmlich lakonisch umreißt:

Der Staat sind wir. Auch die Unternehmer. Wenn ich nach der Anzahl gehe, sind wir stärker. Aber in Wirklichkeit ist der Unternehmer stärker.

Auf den Begriff gebracht ist in diesem Zitat der folgende Zusammenhang: im demokratischen Staat soll die Souveränität des Volkes die Grundlage des staatlichen Handelns sein. Das Volk will die Tätigkeit des Staates, weil er die Voraussetzungen für ein stetiges Wachstum der Wirtschaft schafft. Dies bedeutet gleichzeitig die Priorität der Realisierung des Interesses der Unternehmer an hohen Gewinnen, deshalb sind die Unternehmer stärker. In den hohen Gewinnen liegt wiederum die Einschränkung der Löhne der Arbeiter, deshalb sind sie, obgleich an Zahl größer, schwächer. Sie wollen als Staatsbürger das Florieren der Wirtschaft als Bedingung des Wohles aller, als Arbeiter schränken sie sich dadurch selber ein. So erweist sich nicht die numerische Mehrheit als entscheidend, bestimmend sind die dem Staat zugrundeliegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

3.3.2 Der Staat als Hüter der Ordnung

Ausgangspunkt dieser Auffassung vom Staat ist die schlechte Realität, erfahren aus der Perspektive dessen, der ständig zu kurz kommt und nicht durchschaut, woran es liegt, weil er es im Grunde gar nicht wissen möchte. Die Konkurrenz der Interessen stellt sich ihm dar als chaotisches Durcheinander, in das er sich einbezogen sieht, dem er hilflos gegenübersteht. Inmitten der beständigen Gefährdung erblickt er in einem starken Staat den einzigen Garanten für Ordnung. Für ihn ist er bereit, seine eigenen privaten Interessen zu opfern bis auf eines, seine Ruhe und Sicherheit. Es zeigt sich daran, an welchen Phänomenen er die Notwendigkeit staatlicher Interventionen festmacht: an den "Ruhestörern", seien es nun Jugendliche, Gammeler, Ausländer oder Radikale. Vertreten wird diese Vorstellung weitgehend vom Typus des "Autoritären". Aus dem Bewußtsein der ständigen Bedrohung seiner eigenen Lage projiziert er aus dem Gefühl der Ohnmacht heraus seine Frustration auf dafür freigegebene Sündenböcke: wenn er selber sich fügen muß, so sollen die bestraft werden, die sich nicht fügen:

Der Begriff Demokratie wird hier zu sehr mißbraucht. Da sollte man auch einmal etwas härter durchgreifen. Das hat noch lange nichts mit Diktatur zu tun. Ich denke hier an den Schutz der Öffentlichkeit, an den Respekt des Einzelnen, den Mißbrauch der Demokratie gerade von den Ausländern, den Jugendlichen und den radikalen Gruppen. Man sollte diese Sache nicht verschönern. Hier sollte man schon etwas konsequenter durchgreifen und den unterstützen, der gewillt ist zu arbeiten, und wenn er es nicht schafft, dann sollte man ihn unterstützen, aber nicht diese Herumlungerer. (313)

Dieser Befragte nimmt das "Leistungsprinzip" beim Wort. Aus der Erfahrung oder Hoffnung, daß er selbst lediglich aufgrund eigener Leistung vorankommen kann, verlangt er vom Staat, daß dies für andere auch gilt und "Schmarotzer" nicht vom Staat auf Kosten derjenigen erhalten werden, die selber etwas leisten; daraus wird die Forderung nach einem konsequent durchgreifenden Staat abgeleitet, der die Ordnung dadurch wieder herstellt, daß alle nach besten Kräften arbeiten, und wenn es sein muß, im Arbeitslager. Wenn die gesellschaftliche Ordnung schon auf Anstrengung und Leistung beruht, dann hat der, der nichts leisten will, in ihr nichts zu suchen. Hingegen läßt sich dies sehr gut mit der Forderung vereinbaren, daß aus Gründen der Gerechtigkeit derjenige unterstützt wird, der arbeitswillig ist, wenn es ihm einmal schlecht gehen sollte. Demokratie bedeutet et in folgedessen nicht gleiches Recht für alle, sondern gleiche Pflichten.

Typisch für die Art der Argumentation jener, die einen starken Staat wollen, ist die formelle Ablehnung der Diktatur bei gleichzeitiger Forderung von diktatorischen Maßnahmen. Dabei fehlen auch solche nicht, die sich direkt auf die Vorteile eines Polizeistaates berufen, sowohl was den Vorteil der Nation als auch was die Sicherheit im Inneren anbelangt:

Die Regierung muß für das Volk das Beste rausholen, was rauszuholen ist. Eingreifen müßte er als Ordnungshüter sowieso. Bei uns kann ja heute jeder Zigeuner machen, was er will. Ich meine jetzt die politischen Sachen. Die Meinhofbande oder irgendwie ... die Fälle, wo einer einen umlegt, der soll genauso umgelegt werden und das gehört eingeführt und das wäre ein Abschreckungsmittel für alle ... nehmen wir das Dritte Reich, dort hat nachts eine Frau jetzt um 12 Uhr, um 1 Uhr rausgekonnt in den Wald, die ist ja nicht angelangt worden, nicht? (228)

Die projektive Berufung auf die gefährdete Sicherheit anderer ist kennzeichnend: seien es die Frauen nachts um halbeins, die als Chiffre für Schutzlosigkeit fungieren, sei es der Staat selber als Chiffre der Macht, der auf Angriffe reagieren kann und muß:

Der Staat soll die innere Sicherheit erhalten ... daß er da vielleicht mehr eingreifen müßte ... was da immer gibt, Ausschreitungen, die Radikalen, viel härter durchgreifen. Ich mein, er muß schauen, daß die Sicherheit vorhanden ist, die ist gefährdet durch die vielen radikalen Gruppen, was da gibt. Ja weil die zu radikal sind mit ihren Mitteln, die Ausschreitungen das. (422)

Genauso typisch ist das Sich-Klammern an den Fetisch Eigentum, auch wenn man selber über nur wenig verfügt; so geht es auch weniger um das eigene Eigentum, vielmehr fungiert Privateigentum als Inbegriff von Ordnung, sofern es als Privateigentum ja nur in einer Eigentumsordnung existieren kann. Das zeigt sich an der Diskussion der mehrfach aufgegriffenen in Frankfurt geschehenen Hausbesetzungen. Charakteristisch ist hierbei, daß die Form der Interessenvertretung diskutiert wird, nicht die Legitimität der Interessen selber. Die Verletzung der Formen ist es, die Kritik auf sich zieht. Da der Staat als einziger über das Monopol legitimer Gewaltausübung verfügt, bedeutet die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von Interessen zugleich einen Angriff auf die Autorität des Staates. Daraus wird die Konsequenz gezogen, der Staat solle durchgreifen; Konflikte sollten unterdrückt und Gewaltanwendung mit drakonischer Gewalt bestraft werden.

In der folgenden Passage tauchen alle Motive zusammen auf, einschließlich

der eingestandenen Motivation für den Ruf nach Ordnung: nackte Angst:

Aufgabe des Staates ist die Sicherung der Arbeitsplätze und Ordnung im Allgemeinen, weil da randaliert ... was da in Frankfurt passiert ist, und dies und jenes, das hat mit Ordnung nichts zu tun. Also da bin ich der Meinung, müßte jede Regierung, das hat mit Polizeistaat auch nichts zu tun, da müßte jede Regierung m.E. hart durchgreifen, weil das hat ja mit Forderungen durchsetzen nichts mehr zu tun, das ist schon Gewalt ... das würde ich auf jeden Fall ablehnen, und ich würde die hundertprozentig hart bestrafen ... das wäre gar nicht zu verübeln, wenn man in Deutschland Arbeitslager schaffen und die arbeiten lassen würde, unter normalen Bedingungen. Ich fand falsch, wenn sie anderes Zeug zerstören, wenn sie es mit Gewalt machen und Steine schmeißen und dieses und jenes, da müßten Verantwortliche da sein, es müßte zu jedem seiner Zufriedenheit geregelt werden. So kommen noch ein paar Menschen um und wenn mein Auto unten steht, dann wird mein Auto kaputt gemacht und ich bin der Geprellte. Wenn sich das deutsche Volk nicht besinnt ... wir werden ja langsam ein Volk von Faulenzern ... jeder Einzelne muß da mittragen ... ich hab größte Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. (421).

Daß das Aufbrechen von Konflikten in militanten Formen Ausdruck der Unmöglichkeit ist, alles zu "jedem seiner Zufriedenheit" zu regeln, geht diesem Typus nicht auf. Daß er in all dem nur die Gefährdung seiner selbst wittert, verrät der Hinweis auf das eigene Auto. Ins schicksalhafte wendet schließlich der folgende Befragte seine Erfahrung von der Realität, in der es zu einem Ausgleich der Interessen nie zu kommen scheint. Er macht die natürliche Unvernunft des Menschen - homo hominis lupus - dafür verantwortlich:

Es soll ja eine Harmonie sein, aber leider Gottes, ist das halt schlecht, solange es Menschen gibt. Der Deutsche, ich hab ihn in zwei verschiedenen Staatsformen kennengelernt, der braucht schon einen Diktator. Bloß einen vernünftigen, aber da wird es keinen geben, ist ja leider Gottes so. (413)

3.3.3. Der Staat als Familienvater

Eine abgemilderte Variante der Vorstellung vom Staat als dem Hüter der Ordnung ist die vom Staat als Familienvater. Dem strafenden Despoten dort, dem man sich zu unterwerfen hat, steht hier ein Landesherr gegenüber, dem man sich willig unterordnet, weil er es bes-

ser weiß. Er verkörpert nicht Macht, sondern Autorität; er herrscht nicht, er führt an der Hand. Auch hier ist das zentrale Motiv die Beschwörung einer Ordnung gegen die schlechte Realität unter dem Gesichtspunkt der Einheit, indessen fehlt ihr das Moment der persönlichen Verbiesterung: die Einheit soll nicht auf Zwang, sondern auf der Vernunft der Autorität beruhen. Ziel dieser Beschwörung ist der Ausgleich, jedoch nicht im Sinne eines selbstgefundenen Kompromisses zwischen wechselseitig anerkannten, konkurrierenden Interessen, sondern im Sinne einer Schlichtung durch eine übergeordnete Instanz, die zum Besten aller entscheidet:

Der Staat sollte eigentlich so denken wie ein Familienvater. Die Familie ist das Volk und ihm zu helfen, Ungerechtigkeiten wird es immer geben, dem Schwächeren mehr zukommen zu lassen als dem, der schon alles hat, das ist die Aufgabe des Staates. Wenn er das umgekehrt macht, dann ist er ein schlechter Familienvater ... ich glaube doch, er versucht sein Bestes zu geben. Fehler wird es immer geben, das ist ein Obel, das wohl niemals wegzudenken sein wird. (313)

Nicht immer wird das Bild des Vaters so unverhüllt zitiert. Nur noch implizit ist es in dem folgenden Beispiel enthalten, das mit dem Staat nur noch die Instanz beruft, die kraft Autorität von sich aus einen Interessenausgleich herzustellen in der Lage ist:

Der ideale Staat wäre der Staat, der nach Möglichkeit sämtliche Bevölkerungsgruppen, sämtliche Berufsgruppen --- unter einen Hut bringt und so zufriedenstellt, daß sie wirklich zufrieden sind. (233)

Vollends aller charismatischen Aura entkleidet ist die imago des Vaters in Vorstellungen, bei denen die Autorität auf die Experten übergeht; sie sind es nunmehr, die kraft Sachverstand jedermann zufriedenstellen sollen:

Es soll ja jeder zu seinem Recht kommen. Ich vertraue halt der Regierung, daß sie das Beste draus macht. Ich sage mir, die haben ihre Fachleute dort und die müßten eigentlich für mich das Beste tun können. (325)

3.3.4. Der Staat als Garant des Florierens der Wirtschaft

Die regulative Aufgabe, für das Wohlergehen aller dadurch zu sorgen, daß die Wirtschaft floriert, steht im Zentrum dieser typischen Auffassung vom Staat. Hierin erscheint der Staat der Sphäre der Konkurrenz insofern entrückt, als die Konkurrenz der wirtschaftlichen Interessen selber für die Produktion und Distribution von Gütern, der Staat allein für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen verantwortlich gemacht wird. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört eine besonders: die Möglichkeit, die produzierten Güter auch absetzen zu können:

Der Staat soll die wirtschaftliche Entwicklung koordinieren im Inland und nach außen. Vor allen Dingen die politischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten regeln und achten, daß die wirtschaftlichen Beziehungen aufeinander abgestimmt sind. In unserem quasi vereinten Europa ... (255)

Friedliche Beziehungen zwischen den Handelsnationen sind Voraussetzung für freien Warenverkehr. Freilich kann bei der Beurteilung dieser Tatsache auch einmal ein quid quo pro unterlaufen: was Voraussetzung ist, wird zum Resultat gemacht:

Der hat dafür zu sorgen, daß vor allen Dingen, daß es Arbeit gibt, daß die Wirtschaft floriert und daß der Frieden erhalten bleibt gegenüber anderen Ländern, daß es keinen Krieg gibt. Mit anderen Ländern Frieden schließen, durch die Versuche, mit anderen Ländern Handel und Wandel zu treiben. (131)

Die Forderung, daß es Arbeit geben soll, zeigt, daß sie ihren Sinn nur im Rahmen von Verhältnissen hat, in denen sich die Ökonomie unabhängig vom bewußten Willen der Bürger vollzieht, in denen der Arbeiter durch den Verkauf seiner Arbeitskraft sich reproduziert. Sonst müßte die Forderung lauten: daß sie sich reproduzieren können, nicht, daß sie Arbeit haben. Dies ist ein Hinweis darauf, daß in der staatlichen Garantie des Florierens der Wirtschaft zugleich das System der Konkurrenz anerkannt ist. Die eigentliche Aufgabe ist es demnach, durch das wirtschaftliche Wachstum Vollbeschäftigung zu sichern:

Der Staat muß die ganze wirtschaftliche und politische Lage in Schwung halten, damit man immer im Mittelpunkt ist und es immer gut macht. Man muß versuchen, wirtschaftlich das ganze Land so

zu halten, damit die alle Arbeit haben, nicht? Damit die beschäftigt werden, damit alles bei uns gut gedeiht. Und auf der anderen Seite, politisch gesehen, sollte man mit allen Nachbarländern, mit allen Ländern der Welt kann man ja nur dann leben, wenn man einen guten Handel führt. (222)

Es wird kaum verwundern, daß solche Auffassungen insbesondere in dem Betrieb vertreten werden, dessen Exportabhängigkeit den Beschäftigten sehr wohl bekannt ist. Es zeigt, wie sehr es in einem System, in dem gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet wird, für den Arbeiter um des eigenen Nutzens willen notwendig ist, sich den Standpunkt des Unternehmers zu eigen zu machen:

Allen kann man es nicht recht machen. Jede Gruppe wird einmal bevorzugt, dann mal die andere. Allerdings wird die Wirtschaft immer bevorzugt, das geht ja auch gar nicht anders. Ich meine, was nützt es uns, wenn wir keine gute Wirtschaft haben, dann können wir auch den Lebensstandard nicht halten. (116)

Wenn derart alle vom Florieren der Wirtschaft abhängen und beide, Arbeiter und Unternehmer, zu diesem Zweck zusammentreten, dann erwartet man daraus allerdings auch für den Unternehmer eine Verpflichtung:

Auch dem Unternehmer ist klar, daß er ein gewisses Existenzminimum seinen Leuten, also den Arbeitern lassen muß, damit die in Aktion bleiben. Er läßt es ihnen gut gehen, damit sie das akzeptieren und ihm entsprechend entgegenkommen durch Arbeits-einsatz oder daß sie ihre Kräfte zur Verfügung stellen. (239)

Der Widerspruch, daß das Wohlergehen der Wirtschaft als Voraussetzung des eigenen nicht zugleich das eigene Wohlergehen bedeutet, zeigt das Nebeneinander von "Existenzminimum" und "er läßt es ihnen gut gehen". Darin drückt sich aus, daß man selber schon den Anspruch auf ein gutes Leben auf die Bewahrung des Existenzminimums reduziert hat.

Ein weiteres Motiv tritt in dem folgenden Beispiel hinzu: die Einsicht, daß der Staat als Steuerstaat selber von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. So muß der Staat im eigenen Interesse für das Florieren der Wirtschaft sorgen, was bei erfolgreicher Wirtschaftspolitik gleichzeitig dem Steuerzahler zugute kommt. Denn je höher die Produktivität, je höher die Gewinne, desto höher die Löhne, desto mehr

kann der Staat steuerlich abschöpfen, ohne daß es den Steuerzahler im Übermaß belasten würde. Steuerliche Gerechtigkeit kann so als Funktion der wirtschaftlichen Entwicklung erscheinen:

Der Staat muß vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Wirtschaft im Staat floriert und daß der Arbeiter zu seinem wohlverdienten und erarbeiteten Geld kommt, daß ihm das nicht übermäßig steuerlich belastet wird. Und notabene, muß man auch sagen, man kann auch die Unternehmerseite schon in einem gewissen Sinne an die Kandare nehmen, aber man kann sie auch nicht vor den Kopf stoßen. (324)

3.3.5 Der Staat als Bühne konkurrierender Gruppen

Typisch für dieses Staatsverständnis ist, daß einerseits an der Bestimmung der allgemeinen Funktion des Staates festgehalten wird: Herstellung des Allgemeinwohls - daß jedoch gegenüber dem normativen Aspekt der Gesichtspunkt der jeweils konkreten Ausführung dieses Zwecks hervorgehoben wird. Der Vollzug des allgemeinen Zwecks wird in Abhängigkeit davon gesehen, welche Partei jeweils an der Regierung ist. Denn in ihrer Funktion als Regierungspartei kann sie die Tendenz des staatlichen Handelns bestimmen, zwar unter der Perspektive des Wohles aller - aber in erster Linie doch ihren Wählern und deren Interessen verantwortlich:

Der Staat hat für das Wohl seiner Bürger zu sorgen in allererster Linie und zwar aller Bürger, nicht nur der reichen und nicht nur der armen. Er sollte es tun, aber das ist halt letzten Endes so, daß jede Partei, welche gerade an der Regierung ist, die eine oder die andere Gruppe bevorzugt. Weil diese Wählerklasse oder Gruppe hinter der Partei steht und die wird dann irgendwie gefördert. Und man hofft, wenn eine sogenannte Arbeiterpartei regiert, daß sie dann entsprechend was für den Arbeiter tut. Man braucht deshalb das Allgemeinwohl nicht aus den Augen zu verlieren. (201)

Dabei werden die Parteien, obgleich sie unterschiedliche Interessen vertreten, als gleichermaßen legitim unterstellt, zumindest wird von ihnen verlangt, daß hinter der Verpflichtung aufs Allgemeinwohl partikuläre Interessen, wenn nicht vergessen, so doch zurückgestellt werden:

Die Regierung, die wo wir zur Zeit haben, ist bestrebt, also das Wohl für alle, so soll es ja auch sein. Ob die CDU oder SPD regiert, das ist dann ziemlich gleich, nur die Interessen der SPD ist halt größer zum Volk, wie von der CDU aus das Interesse ist mehr dem Kapital gewidmet. Die Regierung kann ja nicht gerade tun und lassen, was sie will, sie hat ja auch noch die anderen Parteien, ich meine, die haben ja auch ihre Sitze und die haben ja auch ihre Mitbestimmung und es geht nicht, daß irgendeine Partei sagt, das und das wird gemacht; sicher, das ist logisch, es kommt halt auf die Sitze drauf an. (113)

Der Interessenausgleich resultiert in diesem Argument nicht allein aus der normativen Verpflichtung auf das Gemeinwohl, es wird zugleich institutionell verbürgt durch die gegenseitige Kontrolle, die interessanterweise mit dem Modell der Mitbestimmung verdeutlicht wird. Mitbestimmung, aus dem Bereich der politischen Auseinandersetzungen auf den der wirtschaftlichen Übertragen, wird hier wieder reappliziert, um das Prinzip des Interessenausgleichs anschaulich zu machen.

Wenn auch der Ausgleich der Interessen nicht permanent gesichert erscheint, so erhofft man sich doch auf längere Sicht eine Angleichung dadurch, daß es zum demokratischen Wechselspiel gehört, daß einmal die, ein anderes Mal jene Partei an die Regierung gelangt:

Was kann der Staat noch ... das Gleichgewicht ausbauen ... es wird immer eine Zeit sein, wo die einen bevorzugt werden und wo die anderen bevorzugt werden. Das kommt immer auf die Lage darauf an. Wenn er eingreift, dann mit eigener Zurückhaltung, und da, wo es floriert, ist sowieso nichts einzugreifen. (336)

Also ich kann mir keinen Staat vorstellen, der eben da nicht also eine bestimmte Gruppe mal vorzieht und einmal die anderen ein bisschen nachstehen läßt. (130)

Wurde in den bisherigen Beispielen der Inhalt der Staatstätigkeit an die Parteien gebunden, so im folgenden an die Wähler selbst:

Der Staat muß in erster Linie auf die Wähler Rücksicht nehmen. Jede Regierung muß immer bedacht sein, daß sie die Wähler zufriedenstellt. In vier Jahren gibt es schließlich wieder eine Wahl. (416)

Ob nun das staatliche Handeln an die Parteien oder an die Wähler selber gebunden wird, diesen Vorstellungen ist eines gemeinsam: die Verbindung von normativem Anspruch und realer Durchsetzung. Den Staat

charakterisiert die Verpflichtung aufs Gemeinwohl. Die materielle Ausgestaltung dieser Idee, deren Verwirklichung obliegt den konkurrierenden Parteien bzw. der Regierung, die sich auf sie stützt. In ihren politischen Entscheidungen ist sie dem Volk verantwortlich. Ob sie diese Verantwortung erfüllt hat, entscheidet der Wähler.

3.3.6. Der Staat als Garant sozialer Gerechtigkeit

Gemeinsames Merkmal dieser Auffassung vom Staat ist die Orientierung am Kriterium der sozialen Gerechtigkeit. Grundlage ist die Erfahrung der Arbeiter, sich im Rahmen der Konkurrenz in einer strukturell bedingten Position der Schwäche zu befinden und materiell beständig benachteiligt zu sein. Davon ausgehend konfrontieren sie den Anspruch des Staates an sich selber, das Wohlergehen aller Bürger zu sichern, mit der Tatsache, daß ihr eigenes Wohlergehen durchaus nicht gesichert ist.

Es hebt an mit der Konstatierung von Ungerechtigkeiten:

Der Staat soll zwar keine Gruppe bevorzugen, aber das wird wahrscheinlich nie der Fall sein. Wollen wir nur die Währungsreform anschauen. Das war in einer Beziehung die größte Pleite für uns alle, die kleinen Sparsbuchbesitzer. Dagegen die Industrie ... der Staat hat ja auch soziale Aufgaben ... es gibt viele Menschen, die vom Staat Hilfe erwarten und auch Hilfe bekommen müssen. (306)

Daraus resultieren Forderungen an den Staat, die sowohl eher defensiven Charakter haben:

Vor allen Dingen einmal, daß es dem Arbeiter mal ... praktisch das Erreichte ... daß es dem Arbeiter nicht schlechter geht. Also daß das mal Erreichte bleibt, was der Arbeiter hat. (127)

als auch, und das viel häufiger, offensiven:

Das Allgemeinwohl ist ja schon mal, der Unternehmer oder das Kapital, also die Aktionäre, denen ihr's ist ja mal gesichert. Für die braucht der Staat ja nicht mehr zu sorgen. Also hätte er für uns zu sorgen, fürs Allgemeinwohl. (234)

Es wird jedoch in der Regel nichts verlangt, was nicht vom Anspruch des Staates her selber garantiert ist, nichts, was über einen Aus-

gleich hinausgeht:

Daß er die Menschenrechte wahrte, daß auch jeder leben kann als Mensch, daß jeder hat, was er zum Leben braucht. Daß man mit dem was man verdient, sich auch was leisten kann und auch im Urlaub leben kann, wie man es gerne hätte ... man muß immer sparen, selbst im Urlaub.
Was der Staat bis jetzt macht, das sieht man ja. Alles wird teurer, da kann man nicht sagen, daß er großartig das Allgemeinwohl vertritt. Das sind nur gewisse Kreise, die im Geld schwimmen, die vom Wirtschaftswunder was haben. Die große Masse nicht, der langt's nicht hinten und nicht vorn. Die Unternehmer müssen viel zu wenig Steuern zahlen gegenüber uns. (101)

Präziser läßt sich die soziale Lage der Arbeiter nicht beschreiben. Hauptangriffspunkt unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit ist denn auch die Verteilung des Einkommens:

Der Staat soll dafür sorgen, daß jeder anständig leben kann, daß jeder zufrieden ist daß es keine Ungerechtigkeiten gibt. Da ist bei uns weiß Gott noch manches zu tun ... die müßten doch fähig sein, das so hinzukriegen, daß man es net anschaut als ... wie soll ich sagen ... daß wir das genommen kriegen, gestohlen, sondern die müßten es fertigbringen ... es gibt doch so viele Dinger, wo man einen Menschen irgendwie überzeugen kann, daß das vielleicht richtiger ist ... das gibts einfach net ... daß 75 %, über 80 % des gesamten Volksvermögens in wenigen Händen ist. (418)

Die vorwaltende Erfahrung der Ungerechtigkeit der Verteilung sozialer Güter verstellt den Blick auf ihre Ursachen. So mischt sich in die Empörung über die Ungerechtigkeit die Hoffnung auf die Vernunft der Menschen: Ungerechtigkeit kann nicht vernünftig sein, deshalb müßte sich davon eigentlich auch jeder überzeugen lassen. Da dies jedoch offenbar nicht so leicht möglich ist, wird daraus die Aufgabe für den Staat abgeleitet:

Das Gesamtaufkommen besser zu verteilen, das Sozialprodukt gerecht zu verteilen und dann natürlich die ganzen Sozialaufgaben besser zu erfüllen. Mehr eingreifen - eben diese Unterwanderung bzw. gegen diese direkte Einflußnahme des Kapitals auf die Politik. (226)

Ja, es kann so weit gehen, daß auch die Sozialisierung von Unternehmungen nicht ausgeschlossen wird, wenn es nötig ist, um eine gerechtere Verteilung herbeizuführen, vor allem um eine zu starke Machtkonzentration zu verhindern, die eine Verzerrung der Konkurrenz

bedeuten würde:

Der Staat soll die Mitbürger von außen schützen, innen soziale Gerechtigkeit zukommen lassen. Außerdem soll er ruhig die Schlüsselindustrie verstaatlichen, denn da wird zuviel Schwindel getrieben. Und zu viel Machteinfluß haben die, von der Seite aus gesehen. Ich glaube nicht, daß die Partei, mit der ich sympathisieren tu (sc. CDU), daß sie meiner Meinung sind. Aber das ist mir gleich. Ich bin auch nicht in allen Punkten mit denen einverstanden. (338)

Im letzten Beispiel wird noch einmal explizit thematisiert, worauf die Argumente der Vertreter dieser Staasauffassung hinauslaufen: sie haben sich das "Sozialstaatspostulat" zu eigen gemacht. Was Sozialstaat für den Arbeiter bedeutet, ist hier exemplarisch zusammengefaßt:

Der Staat hat für den Bürger da zu sein, und für ein menschliches Dasein zu sorgen. Für einen relativ gerechten Lohn und gerechte Preise. Da wird es verschiedene Mittel geben, man muß versuchen, neue Märkte zu erschließen, um ein stetiges leichtes Steigen der Wirtschaft zu halten. Wenn die Preise zu halten wären, könnte man auch mal im Lohn kürzer treten. Der Staat sollte mehr eingreifen, er sollte sich mehr engagieren. Besonders in sozialen Sachen, allerdings nicht in die Tarifautonomie, da soll er kein Diktat ausüben. Er sollte aber mehr für den kleinen Mann tun. Es ist ein Witz, auf der einen Seite den Leuten ein Haufen Steuern abzuknöpfen und auf der anderen Seite Kindergeld und Mietzuschüsse zu zahlen. Das vergrößert nur den Beamtenapparat. Er hat für das Allgemeinwohl zu sorgen und das in einem relativen Gleichgewicht zu halten. Die Regierung sollte etwas mehr auf Sozialstaat ausgehen. Nicht gerade so wie in Schweden, das ist zu überspitzt, aber sie sollte dafür sorgen, daß jeder, der arbeitet, auch einen ausreichenden Lebensstandard hat. Für die Ausbildung sollte sie auch mehr tun. (102)

3.3.7. Der Staat als Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse

Breiteren Raum beansprucht die Darstellung dieser typischen Auffassung vom Staat. Und zwar deshalb, weil einerseits Momente dieser Auffassung bei sehr vielen Befragten neben anderen Vorstellungen auftreten, ohne dort allerdings den dominanten Typus auszumachen, weil andererseits in dieser Vorstellung sich bei denen, wo sie das dominante Argument abgibt, am plastischsten das gebrochene Verhältnis der Arbeiter zum Staat in der Konfrontation von Begriff und Er-

fahrung seiner realen Erscheinungsform ausdrückt. In dieser Vorstellung kommt die Ambivalenz besonders deutlich zum Vorschein, in der auf der einen Seite am Staat als einer Notwendigkeit und als einem nicht hinwegzudiskutierenden Faktum festgehalten wird, in der auf der anderen Seite der Staat in seiner Faktizität, gegründet auf Erfahrung, Stück für Stück seines Anspruchs entkleidet wird - und das Spektrum der diesbezüglichen Erfahrungen ist breit.

Kaum mehr vermag der objektive Schein den Widerspruch zwischen verfassungsmäßig institutionalisierter Idee und tatsächlich praktizierter Realität zu verdecken:

Man darf nicht engstirnig denken, das Allgemeinwohl ist in Ordnung, der Staat sollte das vertreten. Es soll jedem einigermaßen gut gehen im Staat, aber bitte, jetzt sind wir schon wieder bei den Lohngrenzen. Allgemeinwohl würde bei uns so aussehen, daß eben der, wo am wenigsten verdient, auch ein normales Leben führen kann, aber sie brauchen sich bloß die Rentner anzuschauen ... das ist nicht einmal das Existenzminimum. Das hat doch mit Allgemeinwohl nichts mehr zu tun. Es ist tatsächlich so, daß eben die Millionäre in die Höhe geschossen sind ... und da kann man von Allgemeinwohl eigentlich nicht reden, wenn solche Unterschiede sind. - Natürlich werden bestimmte Gruppen bevorzugt, und zwar aus dem einfachen Grund, daß von der Seite - ich denke jetzt ans Großkapital. Dann natürlich die übliche Parteienwirtschaft, auch die SPD muß dem Großkapital ja Zugeständnisse machen, selbst wenn sie es nicht wollen, aber sie machen es ja. (405)

Es wird jedoch nicht allein die mangelnde Realisierung der Idee des Allgemeinwohls einer Kritik unterzogen, die Idee selber wird ebenfalls problematisiert:

Die Aufgabe vom Staat ist es wahrscheinlich nicht, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, sondern andere Interessen zu vertreten und denen den größtmöglichen Profit einzuräumen. Jede Regierung, die heute an der Regierung ist, hat keine anderen Interessen zu vertreten, denn sonst wäre sie nicht lange an der Regierung. Die kann bloß von der Arbeiterklasse entmacht werden, die Klasse der Konzernbosse und Konzernherren, anders geht das nicht. Der Staat, der sorgt fürs Allgemeinwohl? Da halte ich nicht allzuviel davon. Wenn man anderen mehr Rechte einräumt als der großen Masse der Bevölkerung, wenn man die Willkür walten und schalten läßt, in allem. Allgemeinwohl, das ist ungefähr dasselbe, wenn Sie mich fragen täten, was verstehen Sie unter Freiheit. Da versteht jeder was anderes drunter. Ich weiß nicht, Allgemeinwohl, das klingt so nach Sozialpartnerschaft irgendwie und das gibt es nicht, ein Allgemeinwohl, es gibt immer bestimmte Punkte, wo sich die In-

teressengegensätze reiben, deswegen kanns kein Allgemeinwohl geben. (208)

Dieser resoluten Absage an die hier angesichts bestehender realer Interessengegensätze als Ideologie denunzierte Vorstellung vom Allgemeinwohl gesellt sich eine Kritik an einem anderen Basisideologem der bürgerlichen Gesellschaft bei: die Kritik an der freien Marktwirtschaft, die ja allein durch die Regeln von Angebot und Nachfrage den Nutzen aller zu optimieren verspricht:

Der Staat müßte verhindern, daß sich die großen Monopole zusammenschließen und willkürliche Preise festsetzen. Das Märchen von der freien Marktwirtschaft: Angebot und Nachfrage regeln den Preis stimmt auch nicht, das beweist ganz deutlich die Automobilindustrie ... beim Opel stehen die Autos massenweise auf Lager und trotzdem werden die Preise erhöht, die Autos müßten ja billiger werden. Keine Partei spricht es aus, daß das ein Märchen ist. Auf die Preise hat man keinen Einfluß und die Löhne werden gedrückt. Dabei sind die Löhne doch nur Preise für die Arbeitskraft. (202)

Entspricht der Staat so nicht seinem eigenen Anspruch, wird ihm anhand konkreter Phänomene die Klassenspezifität seines Handelns vorge-rechnet. Indessen wird nur selten der Staat selber verantwortlich gemacht. Weniger wird er als willfähiges Werkzeug eingeschätzt, eher erscheint er in seinen Handlungsmöglichkeiten stranguliert durch die Macht des Kapitals – und daß die Macht bei den Unternehmern liegt, daran besteht bei den wenigsten der Befragten Zweifel:

Der Staat soll fürs Allgemeinwohl sorgen, aber ob er es tut, ich glaub es nicht. Man kann es nicht allen gleich gut machen. Er versucht nach Möglichkeit neutral zu bleiben. Wenn etwas durchgesetzt wird, dann freut sich der eine und der andere fühlt sich benachteiligt. Die untere Schicht wird immer benachteiligt sein, die kann sich am schlechtesten durchsetzen. Ich würde sagen, das Kapital kann sich am stärksten durchsetzen. (217)

Was hier noch zunächst allgemein als quasi naturgesetzliche Ursache der Erfahrung eigener Benachteiligung nur genannt wird, findet sich im folgenden konkretisiert. Ausdruck der Macht der Unternehmer ist das Kapital bzw. das Geld, über das sie verfügen. Der Einsatz dieses Machtmittels zum eigenen Nutzen fängt an bei der Beeinflussung der Wahlkämpfe:

Der Staat hat die Interessen aller zu vertreten, auch Minderheiten. Nur muß der das Vertreten in gewissen Einklang bringen mit der Allgemeinheit, daß nicht gewisse Minderheiten bevorzugt werden. Das kann er nur dann machen, wenn er nicht allzu abhängig ist vom Kapital, von denen, die bei uns die Produktionsmittel besitzen. Und das ist ja bei uns ein kleines Dilemma. Weil er ja davon abhängig ist. Das sieht man ja bei den Wahlkämpfen, was die Unternehmer an Wahlgeldern bereitstellen. (246)

Doch ist dies nur das Vorfeld, die eigentliche Beeinflussung wird an anderer Stelle vorgenommen. Da die Wirkungsmöglichkeiten einer Regierung von den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen abhängen, kann man sich mit Geld oder Geldentzug jede Regierung gefügig machen:

Für das Wohl des Volkes sorgen, das ist die Hauptaufgabe des Staates. Aber momentan werden bestimmte Interessengruppen bevorzugt, weil die das nötige Kleingeld haben, ihre Forderungen durchzusetzen. Das ist wurscht, welche Partei dran ist, da kann eine Regierung schwarz oder rot sein, das spielt keine Rolle, weil der Unternehmer, der kann den Staat erpressen, der hat die Macht. (428)

Daß das "momentan" nicht eine zeitliche Dimension meint, sondern die Bedingungen des bestehenden gesellschaftlichen Systems, verriät der Tenor der ganzen Argumentation und belegt auch noch einmal das folgende Zitat:

Also die Regierung muß auf jeden Fall Rücksicht nehmen, auf die, die die Macht haben. Wenn sie gegen die was unternimmt, muß sie ja damit rechnen, daß sie von denen gestürzt wird, da muß man ziemlich einseitige Politik machen. (224)

Weitere Bezugspunkte, an denen von den Arbeitern das Durchschlagen der gesellschaftlichen Machtverhältnisse festgemacht wird, sind die Gesetzgebung, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Gesetze selber. Gesetze stellen die Form des staatlichen Handelns dar. Durch die Übernahme der Gesetzgebungskompetenz durch das Volk und die Bindung der Staatstätigkeit an das Gesetz soll in Abkehr vom Obrigkeitsstaat die Souveränität des Volkes selber garantiert sein. Dadurch, daß das Gesetz Ausdruck des Willens aller ist, ist es eine Absage an jegliche Willkür, es verkörpert allein eine selbstauferlegte Schranke. Damit es das wirklich ist, muß es für jedermann gleich verbindlich sein, vor dem Gesetz ist jeder gleich. Prinzi-

piell darf weder eine Dispensierung noch eine Privilegierung erlaubt sein. Gesetze sind dann objektiv, wenn sie nicht von Einzelnen nach deren partikularen Interessen manipuliert werden und sie sind allgemein, wenn sie sich nicht an bestimmte Personen richten.

Den Arbeitern scheint weder die Gleichheit vor dem Gesetz verbürgt noch die Entsprechung von Inhalt der Gesetze und Volkswillen. Für den, der über hinreichend Geld verfügt, besteht stets die Möglichkeit, den Gleichheitsgrundsatz zu unterlaufen, indem er sich eines geschickten und damit teuren Advokaten bedient:

Der Staat hat zu erfüllen, daß ich frei und den Verhältnissen entsprechend leben kann und ohne Sorge. Es kann sein wie es will, es ist schlecht zu vertreten, daß man es jedem recht macht. Die Unternehmer werden bevorzugt. Wenn wir was mehr kriegen, dann ist es meistens wieder fort an der Steuer, und draußen an Lebensmittel bezahlen wir auch Steuer und Erhöhungen, und die Unternehmer haben so viel ... das ist egal, wer dran ist, weil die haben ihre Anwälte, die Gesetze sind für jeden gleich, aber trotzdem kann einer, ein Unternehmer wo Geld hat, der kann sich jemand anlegen, wo halt trotzdem was rauswirtschaften kann, wo ich net kann. (119)

Im Gesetz soll sich der Wille des Volkes ausdrücken. Für Arbeiter scheint jedoch die Entstehung der Gesetze nicht mehr ihre Richtigkeit und Legitimität zu verbürgen. Die Legitimität von Gesetzen und staatlichen Maßnahmen wird von Arbeitern nicht unter dem Aspekt ihres Zustandekommens beurteilt, sondern allein nach ihrem Inhalt. Und auch hier weisen die Erfahrungen der Arbeiter in eine ganz bestimmte Richtung:

Der Staat soll das Grundgesetz vertreten. Ja zum Beispiel sieht man es an den Steuern, also der was hat, der kann so ziemlich alles erreichen. Schon von den Gesetzen her wird er wieder unterstützt, die Gesetze sind nur für den da. (224)

Der Staat hat auf jeden Fall die Aufgabe, die bei uns im Grundgesetz verankert sind. Es werden aber immer die Unternehmer bevorzugt, ich hab noch nie gemerkt, daß der Arbeiter bevorzugt worden ist. Das zeigt sich an der Einschränkung der Gewerkschaft durch die Gesetze, die der Staat auch zustimmt, also die Gewerkschaft bewußt einzuschränken. (247)

In gleicher Weise, wie die Rechtsstaatlichkeit nicht garantiert er-

scheint, weil die Gleichheit vor dem Gesetz nicht hergestellt ist und die Gesetze materiell den eigenen Interessen zuwiderlaufen, gilt auch die Sozialstaatlichkeit, in ihren Augen zentriert um das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, nicht als verwirklicht. Gerade in dem Bereich nicht, wo der Staat unmittelbar fordernd an den Bürger herantritt, im Bereich der Steuern. Als Steuerstaat beruht der Staat auf der Abgrenzung der Steuerhoheit vom grundsätzlich gewährten Schutz des privaten Eigentums. Aufgrund seiner Steuerhoheit vermag der Staat Eingriffe in Einkommen und Vermögen vorzunehmen, die, wären sie allein gegen das private Eigentum gerichtet, als Enteignung qualifiziert würden und Entschädigungsansprüche zur Folge hätten. Die Besteuerung ist das direkteste Instrument des Staates zur Kontrolle privaten Eigentums. Doch gerade in diesem Bereich, wo der Staat unmittelbar auf die gesellschaftliche Einkommens- und Vermögensverteilung Einfluß nimmt, wird er von den Arbeitern am heftigsten der Parteilichkeit geziehen (s. auch Forderungen an die Regierung: Steuerreform):

Woran sich das zeigt? Ein Arbeiter, der kriegt seine Steuern jeden Monat abgezogen, ob er will oder nicht, ein kleiner Geschäftsmann kann sich zwei Jahre Zeit lassen. (231)

Aber auch direkterer Einfluß in Form von "Mauschelei" wird vermutet; um so leichter, da sich dem Arbeiter die ganze Abwicklung des Lohnsteuerjahresausgleichs sowieso als undurchsichtiges Geschäft darstellt:

Die Regierung kann nicht alles machen, weil von den Unternehmern zu viel Machteinfluß vorhanden ist. Das sieht man schon daran, wenn sie in Betriebe ... da haben wir es schon wieder ... die brauchen dem Betriebsrat keinen Steuerbescheid vorzulegen. Die gehen ins Finanzamt rein und regeln das da drin und keiner weiß, wie das Geld da verwirtschaftet wird. (209)

Eine weitere Abweichung des Staates vom Sozialstaatsprinzip wird in der Organisation des Bildungswesens getadelt, für das ja der Staat die alleinige Verantwortung trägt: Was "schichtspezifische Sozialisation und Selektion" in der Perspektive und Sprache der Arbeiter heißt, verdeutlicht das folgende Beispiel:

Der Staat hat die Lebensbedingungen für die Menschen, die in seinem Bereich leben, maximal so zu schaffen, daß die Menschen ihre Fähigkeiten maximal entfalten können. Aber hier bei uns entwickelt der Staat die Möglichkeiten der Besitzenden. Am Bildungswesen zeigt sich das, allein schon in der Tatsache, daß die Arbeitergruppen in der Entwicklung gehindert sind. Welche Partei gerade an der Regierung ist, da gibts nur graduelle Unterschiede, wer dran ist. Entscheidend ist, wer die Machtposition führt. Sieht man, im Moment ist die SPD dran, aber die Unternehmer werden in jedem Fall alle Mittel einsetzen, sie wieder wegzubringen. (232)

Indessen, der Staat wird nicht alleine als parteiisch angesehen, notgedrungen der gesellschaftlichen Machtkonstellation gehorchend, es gibt einige Befragte, die auch seine Funktion selber noch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurückführen. Als Beleg dafür sei zum Abschluß ein Befragter zitiert, der am Beispiel der Wiederbewaffnung die Funktion des Staates so bestimmt:

Ich denke gerade an das Altherkömmliche: er hat die Bürger zu schützen, wie es einmal war, die alten Phrasen usw. vor Feinden innen und außen, ja, und Schaden abwenden von jedem Einzelnen, aber das waren meistens Gruppeninteressen, wo vertreten worden sind. Wen? Die Kapitalkräftigen. Woran man das sieht? Da können wir anfangen bei der Wiederaufrüstung. Wiedereinführung der Wehrmacht. Ich brauche keine Wehrmacht. Aber die Unternehmer, um ihr Kapital zu schützen oder schützen zu lassen. Gegen äußere Feinde. Gegen den Kommunismus, das richtet sich alles bloß gegen den Kommunismus heutzutage. Bisher hat es so ausgesehen, als wäre das bei e i n e r Partei so, aber jetzt sieht es so aus, als wenn doch die andere auch klein begeben müßte ... in dem Sinne, daß wieder Arbeit herbeigeschafft wird, was wieder dem Arbeiter zugute kommt. Indem sie das Kapital vertritt, daß es wieder Bewegungsmöglichkeiten hat, um Arbeit zu beschaffen. (124)

3.3.8. Zusammenfassende Interpretation

Aufschluß über die Verteilung der jeweils dominanten Auffassung vom Staat gibt Tabelle 15. Da die konkreten Vorstellungen vom Staat jedoch selten den typisierten Auffassungen rein entsprechen und in das jeweils konkrete Staatsverständnis der befragten Arbeiter durchaus Momente unterschiedlicher Positionen mit unterschiedlichem Gewicht oder als offener Widerspruch eingehen können, wird der für das Staatsverständnis der Arbeiter insgesamt konstitutive Widerspruch zwischen Anspruch und Realität als Ordnungskriterium für eine andere

Darstellung herangezogen. So wird das Staatsverständnis der Arbeiter noch einmal unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob der Staat normativ oder faktisch als neutrale Instanz oder aber als Instrument von über gesellschaftliche Macht verfügenden Gruppen betrachtet wird. Dazu dient die folgende Tabelle 16 :

Tabelle 16

Staat aller Bürger oder Klassenstaat

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Der Staat garantiert das Wohl aller	40	21
Der Staat soll das Wohl aller garantieren, er- tut es aber faktisch nicht	34	44
Der Staat bevorzugt im- mer die Unternehmer	20	30
K A	6	5
Summe	100	100

Hier wird eine deutliche Skepsis gegenüber dem Staat sichtbar. Nur ein knappes Drittel der Befragten sieht im Staat den faktischen Garanten des Allgemeinwohls; ein weiteres gutes Drittel möchte den Staat zwar aufs Allgemeinwohl verpflichten, hält diesen Anspruch jedoch nicht für verwirklicht. Ein knappes Drittel schließlich erhebt den Anspruch erst gar nicht, sondern sieht im Staat von vornherein eine Vertretungsinstanz primär der Unternehmer. Ein Betriebsvergleich festigt den bisher gewonnenen Eindruck von dem schärfer ausgeprägten Interessenbewußtsein im Betrieb B. Dort ist die kritische Tendenz in der Einschätzung des Staates eindeutiger, im Betrieb A hingegen ist eine affirmative Tendenz unverkennbar. Ein Blick auf Tabelle 14 verstärkt diesen Eindruck. Etwa zwei Drittel der Befragten des Betriebes A erhoffen sich eine Verbesse-

rung ihrer Lage durch den Staat, im Betrieb B ist es nur etwas über die Hälfte: ebenfalls ein Indiz für die größere Skepsis in der Einschätzung der Möglichkeiten, im politischen Bereich über den Staat die eigenen Interessen realisieren zu können. Nach Meinung dieser Befragten findet die eigentliche Auseinandersetzung zwischen den Interessenvertretungen von Arbeitern und Unternehmern im Rahmen der Konkurrenz statt.

Ein Resümee der bisherigen Darstellung ergibt folgendes Bild: Den Arbeitern ist ihre Abhängigkeit vom Staat als Bedingung der Möglichkeit ihrer Existenz als Lohnarbeiter durchaus bewußt. Aus diesem Bewußtsein heraus werden ihm die Funktionen zugeschrieben, die er sich traditionellerweise selber zuweist. Sie lassen sich auf die Formel: Herstellung des Allgemeinwohls bringen. Bei der Deutung dessen, was Allgemeinwohl sei, orientieren sich die Arbeiter an zwei Kriterien: an dem, daß Allgemeinwohl auf die Mehrheit des Volkes abstellt und an dem, daß das allgemeine Wohl die Garantie eines "anständigen" Lebens bedeutet. Gemessen an diesen Kriterien erfüllt der Staat nach Ansicht der Mehrheit der Befragten seine Aufgaben nicht: im staatlichen Handeln wird weder der Wille der Mehrheit vollzogen - hingegen der einer Minderheit, der Unternehmer - noch ist ein "anständiges Leben" garantiert. In den Augen der Arbeiter perpetuiert sich ihre benachteiligte Lage. Deshalb wird dem Staat kritisch das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit entgegengehalten, das er selber verfassungsmäßig zum integralen Bestandteil seiner Politik gemacht hat. Dieses "Sozialstaatspostulat" bedeutet indessen nicht, daß vom Staat verlangt wird, er möge die ökonomischen Interessen der Arbeiter vertreten. Das Erreichen eines gerechten Anteils am Sozialprodukt, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird weiterhin als Kampf zwischen Kapital und Arbeit im Rahmen der akzeptierten Konkurrenz angesehen. Nicht vom Staat, sondern von der Kampfstärke der Gewerkschaft und der Solidarität der Arbeiter selber, wird der Erfolg dieses Kampfes abhängig gesehen. Selbst dort, wo der Staat unmittelbar in die Verteilung von Einkommen und Vermögen einwirkt, im Bereich der Steuerhoheit,

wird von ihm nicht eine aktive Rolle bei der Umverteilung beansprucht, sondern lediglich die Anwendung des Kriteriums der sozialen Gerechtigkeit bei der Abschöpfung der Steuern.

Den Möglichkeiten des Staates, ausgleichend im Sinne der Befriedigung der Interessen aller Gruppen zu wirken, stehen die befragten Arbeiter in der Überwiegenden Mehrheit recht skeptisch gegenüber: zu mächtig ist das Kapital, als daß gegen seine Interessen verstoßen werden könnte. Lediglich eine bestimmte Gruppe von überzeugten Sozialdemokraten sieht im Staat, wenn nur die richtige Partei an der Regierung ist, einen potentiellen Partner. Aber auch diese Gruppe hat mit sich zu kämpfen angesichts der Entwicklung der letzten Jahre, seit die SPD an der Regierung ist: die Reaktion reicht vom resignativen Verstummen "was soll ich dazu sagen?" über die leise Hoffnung bis zum selbstquälerischen Glauben. Dies mögen noch einmal zwei Zitate illustrieren:

Es ist immer wieder das Kapital, da kommen wir immer wieder aufs Kapital, und das Kapital hat die Macht und das Kapital kann die Sache eben lenken durch die Macht, durch Geld. Und dadurch kann auch, ob das jetzt SPD ist oder Dings, immer wieder umschwenken auf die Linie vom Kapital. Aber wenn eventuell eine Partei, ich meine jetzt eine besondere, die eine, die jetzt dran ist, wenn die einmal a l l e i n e regieren würde, das wäre nur einmal ein Versuch, ob sie dann vielleicht mehr erreichen könnte? (207)

Wenn ich es nicht glauben würde, daß Reformen möglich sind, dann wäre ich nicht bei den Jusos, dann wäre ich bei der DKP oder wo. Ich glaube bestimmt, daß man durch Reformen ... obwohl, soviel Rückschlägem daß ich manchmal auch verzweifle, ich glaub schon, daß wir durch Reformen ... sonst würde ich es nicht machen. (224)

Allenfalls so sehen die "Sozialstaatsillusionen" bei den Arbeitern aus und sie sind unter ihnen weit weniger verbreitet als in ihren Organisationen. Sowohl bei der SPD als auch bei den Gewerkschaften sind sie Grundlage des Programms. Beide sind auf sie angewiesen, um ihre Existenz rechtfertigen zu können; die Arbeiter nicht, sie wissen, daß sie als Lohnarbeiter existieren.

Dabei ist der Großteil der befragten Arbeiter bereit, dem Staat zugute zu halten, daß er eigentlich das Beste wolle oder sogar den

Umständen nach das Beste tue, soweit er es eben in seiner Abhängigkeit vom Kapital vermöge. Sie sehen durchaus, wodurch ökonomische Krisen entstehen und welchen Bedingungen sie zu verdanken sind; den Staat sehen sie dabei lediglich als Büttel. .

3.4 Das Verhältnis zur Demokratie

Der Selbstverständlichkeit, mit der heute nahezu alle Staaten der Welt den Begriff der Demokratie zur Legitimation ihrer politischen Herrschaftsverfassung heranziehen, entspricht auf der Seite der Wissenschaft ein Pluralismus von Demokratietheorien, den man entweder als beste demokratische Tradition (One man, one theory) oder als Ratlosigkeit gegenüber dem Gegenstand interpretieren könnte. "Es gibt keine Demokratietheorie - es gibt nur Demokratietheorien" (Dahl 1970, 1). Darüber, was unter Demokratie zu verstehen sei, dürfte deshalb schwerlich Einhelligkeit zu erzielen sein. Hier wird deshalb auch nicht der Versuch unternommen, die Vielfalt demokratietheoretischer Konzeptionen auszubreiten. Für die Absicht dieser Untersuchung muß es genügen, die verschiedenen Ansätze daraufhin zu befragen, ob es ihnen allen gemeinsame, für die Demokratie unverzichtbar gehaltene Grundprinzipien gibt. Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich in der Fülle der Demokratietheorien zwei deutlich voneinander abgesetzte Positionen ausmachen:

- die eine ist vorrangig an der Idee der Freiheit orientiert und beruht auf der Vorstellung eines dem Volk als Souverän inhaerenten allgemeinen Willens, den ausfindig zu machen und im Sinne des Gemeinwohls auszuführen Sache der Regierung ist;
- die andere orientiert sich an der Idee der Ordnung und gründet sich auf die Vorstellung eines vom Volk durch seine Repräsentanten jeweils herzustellenden consensus, der nach allgemeinen Regeln zustandekommt und Grundlage des staatlichen Handelns ist.

Nach der ersten, der klassischen Auffassung (Hobbes, Locke, Montesquieu, Rousseau) meint Demokratie ein System der Delegation von Machtbefugnissen des Volkes, wobei der Wille des Volkes selber als unveräußerlich gilt. Entstanden ist diese Auffassung in Abkehr vom ständisch-feudalistischen Ordnungsdenken als Wendung aufs Individuum und dessen Autonomie und den entsprechenden Versuch, die politische Ordnung aus den gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen selber zu begründen: das als autonom statuierte Individuum wird Ausgangspunkt der Legitimation staatlicher Herrschaft.

Daraus erwächst als entscheidende Aufgabe das Problem, zwischen der Autonomie der Individuen und der Souveränität des Staates einen Ausgleich zu finden, der die besonderen Interessen der Bürger mit dem allgemeinen Ordnungsanspruch des Staates versöhnt.

In den Grundprinzipien der klassischen Demokratietheorien, die aus der Bestimmung des Individuums als eines autonomen abgeleitet werden, nämlich: Trennung von Staat und Gesellschaft und Etablierung eines privaten Aktionsfeldes der Individuen in einem allgemeinen Rahmen, der als politische Ordnung diese Beziehungen auf friedliche Weise regelt, Begrenzung staatlicher Herrschaft durch Verfassung und Gewaltenteilung, schließlich Gestaltung und Kontrolle staatlicher Machtausübung durch Mitwirkung der Bürger - in diesen Grundelementen drückt sich aus, worauf diese Theorien zielen. Auf die Konstruktion einer Ordnung als Problem der gesellschaftlichen Organisation der Beziehungen freier und gleicher Individuen und der rationalen Gestaltung politischer Herrschaft auf der Basis der Selbstbestimmung des Volkes: alle politischen Entscheidungen müssen als Entscheidungen aller Bürger zustande gekommen sein.

Der zweite Typus von Theorien, die Konkurrenztheorien von Demokratie, gehen von der Diskrepanz zwischen normativem Anspruch der klassischen Theorien und der Verfassungswirklichkeit aus, mit der Tendenz, diesen Anspruch einer stärkeren Anpassung an die vorfindliche gesellschaftliche und politische Realität zu opfern (s. z.B. Scharpf 1970). Die Konzeptionen, die sich diesem zweiten Typus von Theorien zuordnen lassen, gehen auf Schumpeter und seine "andere Theorie der Demokratie" (Schumpeter 1975, 427 ff) zurück. Allgemeine Zielvorstellung dieser Theorien ist nicht mehr Demokratie als Möglichkeit menschlicher Selbstbestimmung, sondern Erhaltung und Stabilisierung des gegebenen gesellschaftlichen Systems. Die zentrale Aufgabe liegt nicht mehr in der Realisierung von Freiheit und Fortschritt auf der Basis gewaltloser Beziehungen autonomer Individuen, sie wird vielmehr darin gesehen, eine Methode zu finden, um die bestehende soziale Ordnung aufrechtzuerhalten. Folgerichtig werden entsprechende Probleme

in terms der Erhaltung oder Zerstörung des Systems und seiner Funktionsbedingungen definiert. Als geeignet dafür betrachtet Schumpeter den Konkurrenzkampf um die Stimmen des Volkes. Aus der Tatsache der mangelnden politischen Beteiligung der Bürger zieht Schumpeter den Schluß, daß das Volk dazu weder kompetent noch willens sei, und leitet daraus ab, daß es einen allgemeinen Willen des Volkes, wie ihn Rousseau in dem Begriff der *volonté générale* konzeptualisierte, nicht gibt. Vielmehr bilde sich ein gemeinsamer Wille als Mehrheitswille erst in der Konkurrenz der Parteien heraus, die als mehr oder weniger fest gefügte politische Kampforganisationen um die Stimmen der Wähler werben. Die politische Willensbildung beruht diesem Theorietypus zufolge auf einem Ausgleich der sich widerstrebenden partikularen Interessen und zielt nicht auf die Konstituierung eines überparteilichen allgemeinen Willens, sondern auf eine mittlere Linie zwischen den miteinander konfligierenden Interessen: der jeweilige Staatswille ist Resultat einander entgegensetzender Kräfte, seine Form der Kompromiß.

Während die klassischen Demokratietheorien von den Bürgern verlangen, daß sie aus der Beschränktheit ihres partikularen Bewußtseins heraustreten und sich zur wahren Teilhabe an der Gemeinschaft, zum Zustand des Staatsbürgers erheben, sind die Anforderungen der Konkurrenztheorien bescheidener; vom einzelnen Bürger wird nicht ständige Partizipation, sondern im Rahmen eines Repräsentativsystems lediglich die Teilnahme an Wahlen erwartet. Was Rousseau dem *citoyen* selber aufträgt, die Abstraktion von seinen partikularen Interessen zugunsten des Gemeinwohls, wird im Konkurrenzmodell erst den politischen Repräsentanten abverlangt. Der Bürger braucht in der Wahl nur seinen besonderen Willen kund zu tun, erst die Repräsentanten entwickeln aus den konfligierenden partikularen Interessen im Parlament auf dem Wege eines Interessenausgleichs eine Konzeption der Realisierung des gemeinsamen Wohles:

Welcher dieser Konzeptionen immer man sich verpflichtet weiß, als prinzipielle Gemeinsamkeit beider Theorietypen ist festzuhalten:

- die Anerkennung der prinzipiellen Legitimität der jeweiligen partikularen, besonderen Interessen der Bürger und ihres Rechtes, diese Interessen frei und ungehindert vertreten zu können, und zwar auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Garantie von Grund- und Freiheitsrechten, die eine Sphäre privater Autonomie und Schutz gegenüber willkürlichen staatlichen Eingriffen begründen;
- da eine allseits befriedigende Definition des Gemeinwohls nicht zu finden ist, dieses vielmehr in seiner konkreten Gestalt Resultat der Auseinandersetzungen der gesellschaftlichen Kräfte ist, die Forderung nach einem ständigen Bemühen darum, in freier und offener Auseinandersetzung einen Ausgleich zwischen den Repräsentationen partikularer Interessen und dem allgemeinen Willen herzustellen, sei dieser nun als *volonté générale* oder als Mehrheitsentscheidung konzipiert.
- die Überzeugung, daß der Interessenausgleich auf friedlichem Wege erfolgen sollte.

Die Analyse des Verhältnisses der Arbeiter zur Demokratie nimmt zum Ausgangspunkt die Frage, welches Interesse sie als Arbeiter an der Demokratie haben können, und knüpft dabei an die oben genannten Grundprinzipien unter dem Gesichtspunkt an, wieweit bei den Arbeitern ein Interesse an den durch die Demokratie garantierten Grund- und Freiheitsrechten besteht und inwieweit bei ihnen ein Interesse an einem friedlichen Interessenausgleich als Basis politischen Handelns vorhanden ist.

Wegen des Umfangs unseres Themenkataloges und wegen der von uns angenommenen Abstraktheit der Fragestellung hielten wir es für nicht möglich, die einzelnen im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte und sozialen Teilhaberechte unter dem Gesichtspunkt zu thematisieren, welche Bedeutung ihnen die Arbeiter beimessen und wie sie den Grad ihrer Realisierung einschätzen.¹⁾ Welche Bedeutung die Grundrechte für die Arbeiter objektiv haben, ist leicht erkennbar. Da die Arbeiter innerhalb des bestehenden gesell-

1) Nachdem sich bei der Auswertung der Interviewprotokolle gezeigt hat, daß über die Einschätzung der Grundfragen der Demokratie wesentlich konkretere Vorstellungen vorhanden sind, als wir erwartet hatten, ist dieser Verzicht auf den Versuch einer weiteren Konkretisierung dieses Themas umso bedauerlicher.

schaftlichen Systems als Privatleute ihre Reproduktion durch den beständigen Verkauf ihrer Arbeitskraft sichern müssen, ist die Garantie der individuellen Freiheitsrechte für sie insofern wesentlich, als diese die Sphäre der freien Konkurrenz der Interessen als Bereich privater Autonomie gewährleisten und staatliche Ein- bzw. Übergriffe in Leben, Freiheit und Eigentum abwehren. Sie müssen, sofern sie ihre Existenz als Lohnarbeiter bestreiten wollen, an dem Gleichheitsgrundsatz interessiert sein, der ihre staatsbürgerliche Freiheit garantiert und sie gegen willkürliche Diskriminierung schützt. Sie sind, wie jeder Bürger, auf die Möglichkeit der freien und öffentlichen Artikulation ihrer speziellen Interessen angewiesen. Und sie müssen, da sie sich in ihren Vertragsbeziehungen mit den Unternehmern nur behaupten können, wenn sie vorübergehend ihre Konkurrenz untereinander suspendieren, die Möglichkeit haben, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Ausbildungsstätte und Arbeitsplatz frei wählen zu können, ist für die Arbeiter Voraussetzung, um in der Konkurrenz sowohl der Arbeiter untereinander als auch in der Konkurrenz mit den Unternehmern die jeweils günstigste Wahl für den Verkauf ihrer Arbeitskraft treffen zu können.

Ähnliches gilt für die sozialen Teilhaberechte, die Ansprüche auf staatliche Leistungen begründen und den Gesetzgeber dazu zwingen, tätig zu werden, um jedem Bürger einen sozialen Mindeststandard zu gewährleisten. Obwohl diese Grundrechte nicht im einzelnen zum Gegenstand gemacht wurden, ergeben sich doch in verschiedenen Kontexten recht eindrucksvolle Hinweise auf die Bedeutung, die ihnen von den Arbeitern zugemessen wird. So zeigt sich beispielsweise bei der Beurteilung der sozialistischen Staaten (s. dort) der Rang, den für die Arbeiter die individuellen Freiheitsrechte einnehmen, darin, daß gerade die fehlenden Freiheitsrechte in den sozialistischen Staaten zum Angelpunkt der Kritik gemacht werden.

Daß die Arbeiter die sozialen Teilhaberrechte für wichtig halten und sie in Anspruch nehmen, lassen ihre Forderungen nach sozialpolitischen, gesundheitspolitischen und bildungspolitischen Maßnahmen seitens Staat und Regierung erkennen (s. dort). Dies heißt zugleich, anders gewendet, daß die Forderungen der Arbeiter, die sich auf eine

Verbesserung ihrer Lage beziehen, nicht mehr beanspruchen als die Realisierung dessen, was im Grundrechtskatalog ohnehin garantiert ist.

Entscheidend für die Stellung zur Demokratie ist jedoch nicht allein, wieweit die durch sie garantierten Rechte befürwortet und in Anspruch genommen werden, entscheidend ist in erster Linie, wie man sich zum Prinzip des Interessenausgleichs stellt, das immer die Beschränkung der eigenen Interessen zugunsten der der anderen bedeutet: die Freiheit der anderen ist die Schranke der eigenen Freiheit.

Die Frage des Interessenausgleichs gewinnt im Zusammenhang unserer Untersuchung insofern besonderes Gewicht, als auf das "demokratische Potential" der Arbeiter weniger von ihrer tatsächlichen politischen Partizipation her geschlossen werden kann - die Möglichkeiten dazu sind, wie sich gezeigt hat, außerordentlich gering. Ebenso wenig wäre es sinnvoll gewesen, demokratische Einstellungen auf direkte Weise über formale Bejahung oder Verneinung demokratischer Institutionen zu eruieren. Soziale Kontrolle, z.T. nicht sehr umfassende Informiertheit und Artikulationsprobleme hätten dabei die Antworttendenzen unkontrollierbar beeinflussen können: es wäre schwer zu unterscheiden gewesen, was oberflächlich-deklamatorische Loyalität ist, was wirkliche Identifikation mit den konstitutiven Elementen von Demokratie.

Nun sind zwar Informationen über die Stellung der Arbeiter zur Demokratie über das gesamte Material verbreitet. So ist in vielen Fragen wie der nach Mitbestimmung, nach der Stellung zum Privateigentum, zur Tarifautonomie, zur Konzentrierten Aktion und schließlich zu Funktion von Parteien und Regierung das Verhältnis zur Demokratie jeweils mitangesprochen und zur Diskussion gestellt.

Um die Stellung der befragten Arbeiter jedoch an einem Nervenpunkt zu fassen - sozusagen über ein gedankliches experimentum crucis - wurde die Frage diskutiert, was geschehen würde bzw. sollte, wenn eine Partei, die ausschließlich die Interessen der Arbeiter vertritt,

allein politisch an die Macht gelangen würde und dementsprechend souverän politische Entscheidungen treffen könnte. Mit dieser hypothetischen Frage sollte unter direktem Aufgreifen der konkreten Interessen der Arbeiter auf den Punkt hingesteuert werden, in welchem Maße jede Regierung, also auch eine "Arbeiterregierung", am Lebensprinzip der Demokratie orientiert in ihrem Handeln auf einen Ausgleich der konkurrierenden und konfliktierenden Interessen hinarbeiten sollte, oder wieweit sie als Instrument derjenigen partikularen Interessen fungieren sollte, die gerade über die politische Macht verfügen. Die entsprechenden Stellungnahmen lassen sich unter die folgenden Argumentationsfiguren subsumieren:

- es wird erst gar nicht dazu kommen, daß eine reine Arbeiterpartei jemals in diese Lage kommt;
- sie muß um des eigenen Nutzens der Arbeiter willen auf einen Interessenausgleich zielen;
- sie soll aus moralischen oder aus Vernunftsgründen auf einen Interessenausgleich hinarbeiten;
- sie soll sich nicht auf einen Interessenausgleich einrichten, sondern dann nur die Interessen der Arbeiter befriedigen.

3.4.1 Das erste Argument: es wird erst gar nicht dazu kommen

Weil keine Voraussetzungen erblickt werden, bleibt im ersten Argument die Frage des Interessenausgleichs von vornherein ausgeblendet. Ausgangspunkt dieser Argumentation sind die erfahrenen gesellschaftlichen Machtverhältnisse, Kern des Arguments ist: das Kapital hat die Macht und setzt immer seinen Willen durch, die Arbeiter hingegen kommen immer zu kurz. Was die Schranken für die Möglichkeit betrifft, daß eine Arbeiterpartei an die Regierung kommt, finden sich zwei Varianten. Die erste illustriert das folgende Beispiel:

Ich könnt mir das gar nicht vorstellen, schön wäre ... wenn sie die Interessen der anderen nicht vertreten würde, dann wären sie nicht lange an der Regierung. Denn an den Schalthebeln der politischen und wirtschaftlichen Macht sitzen andere. Egal, ob das jetzt eine andere Regierung ist oder eine Arbeiterregierung, das spielt keine Rolle. Die täten sie weg-

fegen ... und wenn sie einen Militärputsch oder irgendwas machen würden. (208)

Hier wird die Schranke, die durch die Interessen des Kapitals aufgerichtet ist, absolut gesetzt. Demgegenüber gibt es eine andere Variante, in der hypothetisch eine Abschaffung dieser Schranke anvisiert wird:

Ja, wenn wir eine Arbeiterpartei hätten, eine reine Arbeiterpartei, das ist schwer zu sagen. Normalerweise müßte sie sich ja ans Grundgesetz halten, also an die Verfassung. Und da käme auch eine Arbeiterpartei in Konflikt, käme sie automatisch in Konflikt mit dem Kapital. Eigentlich müßte sie ganz konkret den Kapitalismus abschaffen. (226)

3.4.2. Das zweite Argument: Interessenausgleich um des eigenen Nutzens willen

Auch das zweite Argument geht von den realen gesellschaftlichen Verhältnissen aus, ist jedoch wesentlich utilitaristisch orientiert und besagt: das Kapital hat zwar die Macht, aber letzten Endes sind wir alle vom Kapital abhängig, also müssen wir dessen Nutzen garantieren, um damit zugleich den eigenen zu sichern. Auch hier gibt es wiederum zwei Varianten, eine kritische und eine eher affirmative. Die kritische verdeutlichen die folgenden Zitate:

Die Unternehmer sind immer stärker wie der Arbeiter. Wer das Kapital hat ... die ganze Wirtschaft, die hat der Unternehmer in die Hände, ohne Wirtschaft können wir net existieren und wenn man denen auf die Füße tritt, dann könnt der Arbeiter praktisch net existieren, dann sagt der Unternehmer, da könnt ihr machen was ihr wollt ... (425)

Das läßt sich praktisch in unserem kapitalistischen Staatssystem nicht realisieren. Nämlich dann wird, wie man so schön sagt, der Geldhahn zuggedreht, weil ja dies eine internationale Verflechtung der Konzerne ist und dann sagen sie, naja ist gut, ihr seid jetzt so weit und vertretet nur die Interessen der Arbeitnehmer, wir sind ja schließlich auch noch da, entweder verlegen wir unsere Fabriken ins Ausland und woanders hin und dann seht mal zu, wie ihr weiterkommt. Also muß man dann auch noch zu Konzessionen bereit sein. (223)

Die eher affirmative Varianten geben stellvertretend die beiden nachstehenden Antworten wieder:

Da gäbe es einen Volksaufstand, wenn eine Regierung bloß für die Arbeiter wäre ... das ist doch logisch. Wenn eine Partei an der Regierung ist, die wo bloß die Arbeiter vertritt, dann werden die anderen benachteiligt. Und wenn sich einer benachteiligt fühlt, ist er leicht aggressiv und meutert leicht. (328)

Ich meine, sie vertritt die Arbeiter dann am besten, wenn sie die ganze Struktur aufrechterhält. Wenn ich die Arbeiterinteressen vertrete, dann ist doch damit gemeint, daß ich das ganze Wirtschaftssystem so aufbaue, daß der Arbeiter den größten Nutzen davon hat, dann vertrete ich ja die Arbeiterinteressen. Deswegen muß ich ja nicht immer mit der Fahne vor den Arbeitern rumrennen ... ich muß auch die Industrie unterstützen und das Kapital wo reinstecken, wo der Arbeiter noch direkt nichts davon hat, aber im Endeffekt hat er den Nutzen. (420)

3.4.3. Das dritte Argument: Interessenausgleich als Ideal

Dieser Argumentationstypus ist am weitaus häufigsten vertreten; er gibt sich genuin demokratisch insofern, als er sich am Prinzip des Interessenausgleichs als oberstem politischen Ziel orientiert. Alle partikularen Interessen werden als gleichermaßen legitim unterstellt, Aufgabe der Politik ist es, sie in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Auch hier treten jedoch wiederum zwei Varianten auf, die wie die bisherigen eine unterschiedliche Stellung zur Realität indizieren. Für die eine Variante ist das Prinzip des Interessenausgleichs ein Fetisch: das Bild einer Harmonie, das abgehoben von der Konkurrenz der Interessen als Wunschbild fest- und hochgehalten wird:

Es muß ausgewogen sein, Regierung und Volk, es muß doch ausgewogen sein. (344)

Ich kenne keine andere Gesellschaftsordnung als wie eine freiheitliche demokratische Grundordnung, das ist das schönste, was ich kenne, eine schönere kann ich mir nicht vorstellen. (322)

Wird hier Demokratie als unbeflecktes Bildnis zitiert, so bringt den Übergang zur zweiten Variante eine Argumentation, in der das Festhalten am Desiderat des Interessenausgleichs zugleich einen Appell an die "anderen" einschließt, sich ebenfalls an diesem Prinzip

zu orientieren:

Sie machen ja nicht allein Politik für den Arbeiter wie drüben der Arbeiter- und Bauernstaat, sondern fürs ganze Volk ... auch der Unternehmer müßte sich sagen, wenn er für die Allgemeinheit ist und für den Staat ... er lebt ja auch vom Staat. Das ist ein Volk, sozusagen die ganze Bundesrepublik. (330)

Die weiteren Argumente erheben ebenfalls den Interessenausgleich zur obersten Norm, unterscheiden sich jedoch in der Begründung. Der erste - funktionalistische - Begründungstypus beruht auf einer Vorstellung, die Staat und Gesellschaft als einen Zusammenhang begreift, dessen Funktionieren davon abhängt, daß eines ins andere greift:

Die Regierung kann niemals bloß die Interessen der Arbeiter vertreten. Genauso gut wie sie nur die Interessen der Unternehmer vertreten kann. Der Staat ist ein Gefüge und da kann man net einen herausnehmen und das andere läßt man laufen. (319)

Freilich, die müßten alle anderen auch vertreten. Schließlich die anderen Interessen müssen ja akzeptiert werden ... die Arbeiterinteressen, vom Mittelstand und vom Großstand, das ist doch alles ein Ganzes, die müssen alle zusammen koordiniert werden. (409)

Implizit geht in die funktionalistische Begründung stets der Gedanke ein, daß die nach außen gewendete Seite reibungslosen Funktionierens als Harmonie erscheint. Diesen Gesichtspunkt macht der folgende Befragte explizit:

Sie meinen, Arbeiterpartei, das ist immer die Opposition oder die Koalition. Jetzt steht immer eine dran, das ist das Interesse von den Kapitalisten. Das ist dann immer so, wer die meisten Stimmen hat, der regiert. Die anderen sind die Opposition und ich find, daß eine Arbeiterpartei, wenn sie uns regiert ... die Kapitalisten sagen dann, ihr kriegt kein Geld mehr, die müssen denen auch Rechnung tragen, also gibts nicht direkt eine Arbeiterpartei ... das ist eine Klassenpartei und das find ich net für richtig. Eine Partei soll so regieren, daß jeder sein Geld hat, jeder gut leben kann, und jeder Arbeit hat ... das Gesamtwohl ... und da gehören die Kapitalisten auch dazu. Die Regierung kann nicht sagen, ich bin eine Arbeiterpartei ... die werden sagen, gut, ihr kriegt morgen soundsoviel ... oder Steuer geht 50 % zurück und der Staat kann keine

Straßen und Brücken mehr bauen. Das harmonisiert net zusammen, das geht net ... so und so. Man muß einen Ausgleich finden. (250)

Daß diese Harmonie eine recht brüchige ist, auf dem Rücken der Arbeiter errichtet, verrät jede Zeile; dennoch, auch wenn ein Ausgleich die weitgehende Preisgabe eigener Interessen bedeutet, er muß - so oder so - gesucht werden.

Ein weiterer Begründungstypus stellt den Zusammenhang zwischen Staat und Gesellschaft über das Bild des Volkes her; Volk fungiert darin als Inbegriff der Einheit in der Verschiedenheit. Hierin drückt sich die Ahnung des "Schicksalszusammenhangs" aus, freilich nicht in einer faschistoiden Wendung, sondern im Sinne einer wechselseitigen Verantwortung derer, die zusammengehören:

Die müßten für das Wohl der Allgemeinheit sorgen vor allen Dingen. Und die müßten auch die Interessen der Unternehmer vertreten. Das ist klar, wenn sie mal dran ist. Denn die Unternehmer sind ja auch vom Volk. Die gehören ja auch dazu. (132)

Wenn eine reine Arbeiterpartei wäre, die hätte dann praktisch die Aufgaben fast wie die Gewerkschaft. Aber wenn sie an die Regierung kommt, da hat auch eine Arbeiterpartei die Aufgabe, alle Interessen zu vertreten, oder wenigstens in Einklang zu bringen zur Allgemeinheit. Denn eine Regierung ist für ein Volk da, das hat mit einer Kaste nichts mehr zu tun. Ein Volk besteht nicht nur aus Arbeitern, sondern es besteht aus allen Schichten. Und eine Regierung hat die Pflicht, jedem sein Recht zu geben. Aber es soll keiner benachteiligt werden zugunsten anderer. (306)

Die Vorstellung, die dieser Befragte ausspricht, daß jeder zu seinem Recht gelangen solle, verdichtet sich im letzten Begründungstyp zur Idee. Von möglichen anschaulichen Modellen der Einheit, der Harmonie, des Funktionszusammenhangs ist abstrahiert, als oberste Norm steht das nackte Prinzip der Gerechtigkeit da. Jedem soll sein Recht widerfahren, freilich in einem bloß legalistischen Sinne. Gerechtigkeit enthält bei Arbeitern, auch wenn sich ihre Formulierungen sehr nüchtern ausnehmen, noch das ganze Pathos der Ideen, die mit der Entwicklung der bürgerlichen Freiheitsbewegung aufs tiefste zusammenhängen; Vernunft und Gerechtigkeit als Maß aller Dinge:

Sie muß gerecht bleiben, sie könnte nicht für die Arbeiter alles verlangen und den anderen alles wegnehmen. (103)

Andere Interessen müßte sie auch vertreten, aber immer mit Maß und Ziel im Gerechtigkeitssinn. (101)

3.4.4 Das vierte Argument: Interessenausgleich als ausgleichende Gerechtigkeit

Im vierten Argument wird der Interessenausgleich aufgekündigt. Gestützt auf die Erfahrung permanenter Benachteiligung verlangen die Verfechter dieses Arguments, daß eine Arbeiterpartei, wenn sie schon einmal an der Regierung ist, die Gunst der Stunde nutzt und kompromißlos nur die Interessen der Arbeiter vertritt:

Wenn sie die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, dann muß sie die Interessen auch eben konsequent vertreten, das ist ganz normal. (224)

Dann könnten sie Maßnahmen ergreifen, die nicht unbedingt immer demokratisch sein müssen. (225)

... daß sie alles für die Arbeiter durchsetzen. (440)

Freilich ist auch diese Position nicht immer so rigoros, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte:

Im gewissen Sinn sind Rücksichten zu nehmen, das ist klar. Ich meine, gegenüber dem Kapital und so, wenigstens am Anfang. Denn man kann ja nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen. Aber daß man im Lauf der Legislaturperiode, daß man da schon irgendwie was machen kann, wenn man die absolute Mehrheit hat, daß die Regierung dann sagt, die Ölkonzerne werden verstaatlicht oder die Banken werden verstaatlicht, Kohle, Energie und so, was alles dabei ist - daß man das schon mit einem Paukenschlag auf den Tisch machen kann. (221)

Wenn es hier noch darum geht, offensiv und in der Sache konsequent, taktisch aber vorsichtig vorzugehen, so handelt es sich beim nächsten nur noch darum, die verkehrten Verhältnisse zurechtzurücken:

Die müßte dem Kapital seine herausgenommenen Rechte beschneiden, wohlgermerkt, wo sie sich herausnehmen. (212)

Vollends deutlich wird in den folgenden Beispielen, daß es selbst den Vertretern dieser Position nicht prinzipiell um die Preisgabe des Interessenausgleichs als Regulativ geht, sie rücken ihn lediglich unter der Perspektive ausgleichender Gerechtigkeit in einen historischen Zusammenhang. So besehen bedeutet Ausgleich, daß nach einer langen Phase der Interessendurchsetzung der "anderen" endlich einmal die eigenen Interessen angemessen

Berücksichtigung finden. Zu seiner letztendlichen Realisierung bedarf es deshalb einer temporären Aufkündigung des Interessenausgleichs. Das Argument der ausgleichenden Gerechtigkeit dient hierfür als legitimatorische Stütze; daß eine Rechtfertigung für notwendig gehalten wird, spricht jedoch wiederum für die prinzipielle Bereitschaft, sich an der Norm des Interessenausgleichs zu orientieren. Statt permanentem Interessenausgleich, der nicht ins Auge gefaßt wird, weil er nicht stattfindet, wird Ausgleich aber auch unter säkularer Perspektive gesehen, als Ausgleich in the long run eines historisch aufgestauten materiellen Nachholbedarfs. Selbst da ist die Basis der Argumentation jedoch nicht das eigene partikuläre Interesse in verabsolutierter Form, vielmehr wird ihm nur soweit Recht vindiziert, wie es sich als das der Mehrheit letztlich entpuppt:

Das soll doch so sein, daß es zum Wohle der Mehrheit ist, und nicht zum Wohle einiger Leute, die da rumspringen und das Kapital in ihren Händen haben. (240)

Das was Marx in seiner Theorie gesagt hat, daß die Produktionsverhältnisse umgekehrt werden, daß die Arbeiter die Macht übernehmen, die Kapitalisten enteignet werden. Denn wenn sie an die Regierung gewählt würde, dann hätte sie ja die Mehrheit der Bevölkerung, dann hätte sie doch das Recht, über die Köpfe der anderen hinweg zu entscheiden. (244)

3.4.5 Zusammenfassende Interpretation

Die Darstellung von typischen Argumentationsfiguren sollte den Horizont der verschiedenen Stellungnahmen der befragten Arbeiter zur Frage des Interessenausgleichs, damit zur Existenzfrage der Demokratie, umreißen. In Verbindung mit Tabelle 17 vermittelt dies ein recht klares Bild zur Stellung der Arbeiter zur Demokratie.

Tabelle 17

Aufgaben einer Arbeiterpartei, falls sie allein an die Regierung käme

	Betrieb A (N = 87) %	Betrieb B (N = 96) %
Es wird nicht dazu kommen	30	17
Sie muß auf einen Interessenausgleich ausgehen	20	18
Sie soll auf einen Interessenausgleich ausgehen	34	45
Sie soll ausschließlich Arbeiterinteressen vertreten	7	15
K A	9	6
Summe	100	101 (=100)

Wir betrachten zunächst die Gruppe derjenigen, die es aufgrund der gegebenen Umstände nicht für möglich halten, daß eine reine Arbeiterpartei jemals an die Regierung kommt und deshalb den Gedanken eines hypothetischen Interessenausgleichs erst gar nicht aufgreifen. Sie gehen in der Regel davon aus, daß im bestehenden System ein wirklicher Interessenausgleich nicht garantiert ist, sondern das Kapital über hinreichende Macht verfügt, um seine Interessen auch gegen die anderer durchzusetzen. Darin gleicht diese Gruppe derjenigen, die von einer Arbeiterpartei, wenn sie an die Regierung gelangen sollte, fordert, daß sie konsequent nur Arbeiterinteressen verwirklicht. Auch sie unterstellt als selbstverständlich, daß im herrschenden gesellschaftlichen und politischen System die Arbeiter ihren Interessen nicht angemessen Geltung verschaffen können, nicht die Möglichkeit haben, sie gegen die Interessen des Kapitals durchzusetzen. Sie verlangt deshalb nach dem Motto "jetzt sind wir einmal dran" die kompromißlose Realisierung der eigenen Interessen.

Aber auch diese beiden Gruppen vertreten keine unnachgiebige Absage an die Demokratie schlechthin: am Kriterium des Ausgleichs halten nahezu alle Befragten fest. So sind es im Betrieb A über die Hälfte, im Betrieb B zwei Drittel der befragten Arbeiter, für die Demokratie explizit keine Leerformel ist, sondern verpflichtende Norm. Freilich, wie es zu einer Norm gehört: verpflichtend für alle, nicht nur für die Arbeiter.

Von den Arbeitern wird die Idee des Interessenausgleichs ernst genommen; sicherlich auch deshalb, weil sie von der tatsächlichen Verwirklichung dieses Anspruchs am meisten zu erwarten haben. Sofern daraus auf das reale Verhalten der Arbeiter geschlossen werden kann, ist die Demokratie, wenn sie schon in Gefahr sein sollte, sicher nicht von der Seite der Arbeiter her bedroht. Allerdings, bei einem Großteil der Befragten schließt die Idee des Interessenausgleichs mehr oder weniger deutlich die Gegenüberstellung der demokratischen Gleichheit der Staatsbürger mit ihrer Grundlage, der materiellen Ungleichheit in der Konkurrenz, ein. Wieweit in der Forderung nach ausgleichender Realisierung der Interessen der Arbeiter die Schluß-

folgerung aktuell werden kann, daß die dauerhafte Sicherung der eigenen Interessen die Aufhebung der strukturellen, materiellen Ungleichheit in der Konkurrenz nahelegte, inwieweit eine daraus abgeleitete Forderung nach Etablierung einer nicht-kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung handlungsrelevant werden könnte, bleibt offen; unsere Interviews zeigen, daß sich die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter mit den Rahmenbedingungen einer privatkapitalistisch verfaßten, durch staatliche Interventionen gleichsam kontrollierten Gesellschaft zum Zeitpunkt der Untersuchung jedenfalls abgefunden hat.

3.5. Syndrome politischer Orientierung

Den jeweils spezifischen Zusammenhang zwischen Formen politischen Bewußtseins, Verhältnis zu den politischen Institutionen und Stellung zur Demokratie fassen wir in sechs Syndromen politischer Orientierung zusammen. Dabei haben wir jeweils typische Merkmale und Züge zu einem "stimmigen" Bild zusammenzufügen versucht und dann unter die jeweils gewonnenen Typen die Personen nach Maßgabe ihres Gesamtprofils subsumiert. Die Gruppierung der Befragten nach diesen Kriterien zeigt folgende Verteilung:

Tabelle 18

Politische Orientierung

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Indifferent-konformistisches Syndrom	17	11
Formal-demokratisches Syndrom	25	29
Faschistoides Syndrom	23	9
Reformistisches Syndrom	28	40
Syndrom des radikalen Interessenvertreters	7	7
Syndrom des "Klassenkämpfers"	0	3
Summe	100	99(=100)

3.5.1. Das indifferent-konformistische Syndrom

Hauptcharakteristikum dieser Gruppe ist die Distanz zu allem, was mit Politik zu tun hat - mit ausgeprägten privatistischen Zügen und der Haltung nahezu demonstrativer Gleichgültigkeit. Daß im politischen Bereich Interessen verhandelt werden, daß es dort reale Interessenkonflikte gibt, ja daß ihre eigenen Interessen damit etwas zu tun haben, ignorieren die Befragten dieser Gruppe. Darum haben sie zu Politik auch nichts zu sagen; wenn doch, dann äußern sie zufällig aufgegriffene und eingelernte Stereotypen und klammern sich an anschauliche Phänomene in der Art von human-interesting-stories, die nach Maßstäben des privaten Lebens beurteilt werden können. Dennoch geht das politische Geschehen nicht ganz an ihnen vorbei: aber sie akzeptieren es wie Naturereignisse, jedoch in ambivalenter Weise. Auf der

einen Seite nehmen sie die politischen Verhältnisse so wie sie sind, auf der anderen Seite figurieren diese Verhältnisse als völlig selbstständiger und befremdlicher Wirkungszusammenhang, dem man ausgeliefert ist: man ist ihr bewußtloses Opfer.

Das Verhältnis zu den Parteien ist pragmatisch oder gleichgültig, ebenso das Verhältnis zur Regierung und zum Staat. Diese Institutionen sind Entitäten, die eben da sind, über die man kein Urteil hat, die man aber in der gleichen Selbstverständlichkeit, wie sie da sind, in Anspruch nimmt, wenn es erforderlich ist. Problematisierungen liegen dieser Gruppe fern und Demokratie bedeutet ihr nichts. Da sie kaum über mehr als ein privatistisches Interessen ewußtsein verfügt, ist für sie der Gesichtspunkt des Interessenausgleichs, der die Reflexion auf die Interessen anderer einschließt, uninteressant. Solches Desinteresse reicht bis in das Sprachverhalten hinein. Es erscheint oft eigentümlich schwerfällig und ritualisiert, kann sogar bis zum Mutismus gehen.

Kennzeichnend ist eine spezifische Form von Konventionalismus. Man macht etwas, weil man es eben macht und die Dinge sind so, wie sie sind. Dieser scheinbare Konventionalismus ist jedoch - anders als bei bestimmten bürgerlichen Schichten, wo er dazu dient, eine wie immer scheinhafte Identität in einem Stützkorsett aus informellen und formellen Normen aufzuhängen - hier nicht durch Konventionen bestimmt, sondern durch völlige Perspektivlosigkeit. Diese Gruppe versteinert nicht im Zwang der Verhältnisse, sie löscht ihre Identität, zumindest als *zoon politicon*, darin aus.

3.5.2. Das formal-demokratische Syndrom

Durchgängiger Zug dieser Gruppe ist die abstrakte Identifikation mit der bestehenden demokratischen Ordnung und ihren Grundwerten unter Ausblendung der eigenen besonderen Interessen. Dies bedeutet keineswegs den Verzicht auf solche Interessen; vielmehr wird deren

Vertretung vom politischen Bereich abgesondert und zur ausschließlichen Aufgabe der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern deklariert. Darüber erhebt sich die Sphäre des Politischen als die der demokratischen Institutionen: der Parteienkonkurrenz, der sich abwechselnden Regierungen, des alles zusammenhaltenden Staates. Der Gegensatz zwischen formaler politischer Gleichheit und materieller gesellschaftlicher Ungleichheit wird, bevor er noch ins Bewußtsein tritt und sich artikulieren kann, ins Subjekt zurückgenommen und dort als folgenloses Nebeneinander reproduziert: in einer sauberen Trennung der Sphären. Typisch ist die legalistische Gleichsetzung von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit; bei dieser Gruppe kann man von einer faktischen Kraft des Normativen sprechen - allerdings wiederum nur in der Welt des Gedankens. Der strahlende Glanz der demokratischen Grundwerte blendet die Augen, daß sie die Schatten der Realität nicht zu erkennen vermögen. So scheint die Demokratie verwirklicht, ein System, in dem jeder zu seinem Recht kommt, weil es sich in ihm leben läßt, ein System, das nahezu von selber läuft, so daß man selber sich darum nicht in besonderem Maß zu kümmern braucht. Die Vertreter dieser Gruppe kehren die formalen Möglichkeiten staatsbürgerlicher Partizipation hervor, ohne daraus für sich selber eine besondere Verpflichtung abzuleiten und ohne daß ihnen eben deshalb die Schranken tatsächlicher politischer Mitwirkung besonders aufdringlich in die Augen springen würden. Für sie sind die staatsbürgerlichen Pflichten im wesentlichen damit erledigt, daß sie die Demokratie deklamatorisch vertreten und ansonsten ihrer Wahlpflicht genüge tun. So ist auch ihr Verhältnis zu den politischen Parteien unproblematisch. Alle Parteien gelten als im Prinzip demokratisch und wählbar. Unterschiede werden zwar wahrgenommen, jedoch nicht als Ausdruck von Interessengegensätzen interpretiert, die aus den gesellschaftlichen Machtverhältnissen resultieren, sondern unter dem Gesichtspunkt der Nähe zu den eigenen Interessen beurteilt.

Mit den demokratischen Spielregeln sind die Befragten dieser Gruppe in der Regel vertraut: sie gleichen in ihrer Optik denen eines Totalitatorspiels. Man wählt eine Regierung, und wenn sie etwas schlecht macht, dann wird sie nicht wieder gewählt. In der Möglichkeit des

Regierungswechsels terminiert für sie die Idee der Demokratie, sie orientieren sich am Modell des Ostrazismus. Die Frage, ob die politische Willensbildung tatsächlich demokratisch verläuft, stellen sie sich nicht.

In dieser Haltung verkörpert sich am reinsten der instrumentalistische Standpunkt in seiner Gebrochenheit. Er erschöpft sich in der Wahl der vorhandenen Mittel ohne Reflexion auf deren Adäquanz für ein selbstbestimmtes politisches Ziel: es bleibt die Hoffnung, daß durch deren Anwendung schon etwas Gutes herauskäme, sonst versucht man es eben mit einem anderen. Ein solches Mittel stellen die politischen Parteien dar. Nun wählt die Mehrheit SPD, aber darin liegt keine Verpflichtung auf ewig. Die Wahl beruht auf keiner Identifikation, sondern auf einem Kalkül. Die SPD wird gewählt, weil ihr Programm am ehesten etwas für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter verspricht, aber die Gefolgschaft kann jederzeit aufgekündigt werden, wenn die SPD ihre Versprechungen nicht erfüllt. Dann muß eine andere Partei beweisen, wie sie ihre Versprechungen hält.

Auch im Verhältnis zum Staat kommt noch einmal die eigentümliche Verkehrung von Norm und Realität zum Vorschein. Der Staat wird letztlich als Repräsentant des Volkes, der Nation begriffen; aber eben weil er dies sein soll, kann er, in welcher Form immer er auftritt, auch nichts anderes sein. Und darum wird er - bona fide - so akzeptiert, wie er ist. Für diese Gruppe ist die bestehende politische Ordnung die beste aller möglichen, weil sie als Idee nicht dem aus der Erfahrung der Realität genährten Zweifel ausgesetzt wird.

3.5.3. Das faschistoide Syndrom

Grundlegende Erfahrung der Befragten dieser Gruppe ist, daß sie ständig zu kurz kommen, ohne zu verstehen, warum. Ihnen erscheint das wirtschaftliche und politische Geschehen als chaotisches Durcheinander von widerstreitenden Gruppen und Interessen, dem

man selber hilflos ausgesetzt ist. Gegen das System der wirtschaftlichen Konkurrenz, das den Arbeitern Nachteile bringt, und gegen das politische System der Parteienkonkurrenz, das nur den andren Vorteile verschafft, hält die Gruppe derer, die zum faschistoiden Syndrom tendieren, die Idee des Ganzen, das vor aller Differenzierung der Gesellschaft in Klassen und Interessengruppen liegt. Das Ganze ist das Wahre, und weil es das ist, braucht es sich nicht daran auszuweisen, wie weit die Bedürfnisse der Individuen bei ihm aufgehoben sind.

Sollten im Liberalismus durch den Widerstreit der partikularen Interessen diese in einer umfassenden Harmonie des Ganzen aufgehoben werden, so wird hier in einer genauen Umkehrung von der Vorstellung einer umfassenden Einheit aus der Widerstreit der Interessen aufgehoben. Repräsentiert ist diese Einheit im Volk, in dessen Ganzheit jeder nach seinen natürlichen Fähigkeiten den ihm zukommenden Platz erhält, der ihm durch keinen Konkurrenzmechanismus mehr streitig gemacht werden kann. Diese natürlichen Fähigkeiten finden ihren Ausdruck in der Leistung, mit der jeder zum Wohl des Ganzen beiträgt. Der reale Zwang zur äußersten Anspannung der Kräfte, um die pure Reproduktion zu sichern, führt dazu, daß sie sich diesem Zwang bedingungslos unterwerfen und das ganze Leben unter der Kategorie der Arbeit begreifen. Daher die Feindschaft gegen alle, die sich dieser "asketischen" Norm nicht in gleicher Weise fügen wollen: gegen die "Herumlungerer", die ins Arbeitslager gehören; gegen die Studenten, die vom Staat bezahlt werden und demonstrieren, statt zu arbeiten. Die gleiche Ranküne trifft alles, was die Ordnung stören könnte. So erscheint die politische Freiheit der Demokratie als Freiplatz für Störenfriede: für die "Radikalen", die den Staat unterminieren, ja für die politischen Parteien überhaupt, deren "Gerangel" als nichts-würdiges Treiben denunziert wird. Kein Wunder auch, daß politische Beteiligung nicht nur nicht für notwendig, sondern unter den gegebenen Bedingungen für eine Befleckung der eigenen Person gehalten wird.

Die Distanz zur Politik reproduziert sich im Verhältnis zur Regierung. Hauptvorwurf ist, daß sie zu lasch, zu wenig konsequent sei. Worauf es ankäme, wäre, einmal ordentlich durchzugreifen. Nicht allerdings beim Fundament der Gesellschaft; die privatwirtschaftliche Organisation der Gesellschaft auf der Basis von Privateigentum soll nicht angerührt werden, die Gestalt der Produktionsverhältnisse soll erhalten bleiben. Dafür sind kennzeichnend die Ausfälle gegen die "schmarotzenden" Teile der Kapitalistenklasse, die nichts tun, als ihre Dividenden einzustreichen, während die Figur des vorausschauenden, geschickt kalkulierenden Unternehmers, des Wirtschaftsführers gefeiert wird: der Pauperismus der Arbeiter soll abgeschafft werden, freilich auf der Basis einer gesellschaftlichen Organisation, die ihn hervorgebracht hat.

Wenn die Interessenauseinandersetzungen zu nichts als einem Chaos führen, müssen - so der Rückschluß - die Interessen selber schlecht sein. So soll ein starker Staat von oben her gestaltend eingreifen und eine Ordnung verfügen, in der jedem zukommt, was ihm gebührt. Die Befragten dieser Gruppe sind tendenziell dazu bereit, in einer erzwungenen Einheit sich selber aufzugeben.

3.5.4. Das reformistische Syndrom

Die Erfahrung des Gegensatzes zwischen der formellen Gleichheit als Staatsbürger und der materiellen Ungleichheit als Privatmann ist Stachel und strukturierendes Element der politischen Orientierung bei der Gruppe derjenigen, die wir dem reformistischen Syndrom zurechnen. Die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Erfahrung der täglichen Benachteiligung im Rahmen der Konkurrenz ist Anlaß ihrer Empörung. Diese Empörung findet jedoch nicht zu einer Kritik des Systems der Konkurrenz selber, das die Ungleichheit beständig auf neue reproduziert; ihre Aufmerksamkeit ist vielmehr gebannt vom Resultat, das sie als Ergebnis von Machtauseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern - vertreten durch die Gewerkschaften - begreifen und das sie - unter Beibehaltung der bestehenden Wirtschaftsstruktur - einer historischen Veränderung zu ihren Gunsten für fähig halten. Ihr Kampf ist ein Verteilungskampf

um einen gerechten Anteil am Sozialprodukt. So richten sich ihre Bemühungen auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiter durch Reformen, die innerhalb des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems und im Rahmen der gegebenen politischen Ordnung für ökonomisch machbar und rechtlich legitimierbar gehalten werden. Richtschnur dieses strategischen politischen Konzepts ist die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Dabei bauen die Befragten dieser Gruppe in erster Linie auf die Gewerkschaften, in der Hoffnung, über Mitbestimmung eine Demokratisierung auch der Wirtschaft herbeiführen zu können, und sie betrachten die politischen Institutionen als potentielle Verbündete, als Hebel für eine Politik, die darauf zielt, das herzustellen, was das Versprechen von Demokratie immer war: daß jedem sein Recht widerfahre und jeder das Seine bekomme. Was sie also auszeichnet, ist die Reflexion auf den Zusammenhang von Gesellschaft und Staat unter der Perspektive der Verwirklichung von Gerechtigkeit angesichts der tagtäglich erfahrenen Einschränkung der eigenen Interessen. Daraus ergeben sich Konsequenzen.

Politische Partizipation ist für sie kein Schlagwort, sondern Notwendigkeit. Indessen, in realistischer Einschätzung ihrer Möglichkeiten, nicht auf individualistischem Wege, sondern auf kollektivem, der allein erfolgversprechend scheint, wie sie aus den Interessenkonflikten mit ihren hauptsächlichen Kontrahenten, den Unternehmern, gelernt haben. Deshalb sind unter ihnen diejenigen zu finden, die Mitglied oder Wähler der SPD sind. Das Spektrum reicht von den "überzeugten" Sozialdemokraten, die sich voll mit der SPD identifizieren und die SPD als verlängerten Arm der Gewerkschaften begreifen möchten, bis zu jenen, die die SPD zähneknirschend ("ich tob, ich tob, aber was soll ich machen") als das kleinere Übel wählen: sie wissen, ohne politische Interessenvertretung, also ohne Unterstützung einer Partei, geht es nicht. Das führt zu einer ambivalenten Haltung. Auf der einen Seite wird die SPD vehement kritisiert, ihr die Wandlung zur sich anpassenden "staatstragenden" Partei vorgeworfen, die sich mit dem Kapital arrangiert; auf der anderen Seite finden sich gerade unter diesen Kritikern auch wieder

jene, die mit Rechtfertigungen bei der Hand sind: die widersprüchliche Reaktion auf eine Partei, die selber mit dem Widerspruch fertig werden muß, das "Ideal" einer gerechten Gesellschaft zu wollen und sich mit dem "Machbaren" bescheiden zu müssen.

Die gleiche Ambivalenz bestimmt das Verhältnis zur Regierung. Einerseits braucht man eine Regierung, die bereit ist, Reformen im Sinne der Realisierung der eigenen Interessen durchzuführen, andererseits bedeutet die taktische Zurückhaltung der Gewerkschaften gegenüber eben dieser Regierung eine Schwächung der eigenen Position gegenüber den Unternehmern. Beide aber, Regierung und Gewerkschaften, stoßen in ihrer Politik auf die gleichen Schranken: die Macht des Kapitals. Darum wird auch vom Staat erwartet, daß er dessen Macht durch korrigierende Eingriffe in Grenzen hält; dort jedenfalls, wo die Dynamik der Kapitalverwertung die wirtschaftliche Grundlage selber, die freie Konkurrenz, zu zerstören droht. Daraus werden Forderungen abgeleitet, die auf eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien zielen, auf eine Einschränkung der Verflechtung durch Kartellgesetze, schließlich auf Garantie gleicher Startbedingungen.

Ihre Stellung zur Demokratie ist eindeutig. Demokratie ist für sie das einzig akzeptable Modell einer politischen Verfassung. Aber sie gilt als noch nicht hergestellt. Deshalb bedarf es der Reformen, die tatsächlich realisieren, was die Idee verspricht. Was freilich die realen Möglichkeiten von Reformen betrifft, sind sie skeptisch bis resignativ; die kollektive Erfahrung von 150 Jahren läßt sich nicht einfach über Bord werfen. Im resignativen Festhalten an der Hoffnung auf Reformen scheitern die realen Machtverhältnisse durch.

3.5.5. Das Syndrom des radikalen Interessenvertreters

In diesem Syndrom tritt ein Moment, das bei fast allen befragten Arbeitern mehr oder weniger gebrochen vorhanden ist, rein hervor. Durchgängiger Zug dieser Gruppe ist das konsequente Beharren auf dem eigenen Interessenstandpunkt. Die Repräsentanten dieses Syndroms haben eine Haltung, die utilitaristisch ist, ihr Denken ist ein Kalkül. Sie ziehen sich jedoch nicht auf eine individualistische Position zurück, sie begreifen ihre Interessen als kollektive. Die Durchsetzung dieser Interessen ist Haupt-

orientierungspunkt ihres Denkens und Handelns, und die gewichtigste Schranke dafür sehen sie in den Unternehmern, dem Kapital. Deshalb ist für sie die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaft und Unternehmern der entscheidende Konflikt. Zwischen ihnen werden die zentralen Bedingungen der Arbeits- und Lebenssituation ausgehandelt. Alles andere gewinnt nur soweit Bedeutung, wie es sich damit in Zusammenhang bringen läßt. Es ist keine Kombination typischer Charakteristika, sondern eine einheitliche Perspektive, die die Vertreter dieser Gruppe zu einer distinkten Gruppe formt: unter ihrem Blick verwandelt sich alles in ein Mittel oder es verschwindet.

So kann politische Beteiligung ihnen sinnvoll erscheinen, wenn die Umstände es erfordern; so kann eine politische Partei die Funktion eines politischen Mittels gewinnen, wenn sie sich die Interessen zu eigen macht, um die es dieser Gruppe geht; so kann aber die Bindung an eine Partei zugleich als Beschränkung der radikalen Interessenvertretung gedeutet werden, wenn sie sich so sehr auf die anderen Interessen einläßt, daß die Rücksichtnahme ein Verlustgeschäft in anderem Bereich wird.

Eine Regierung wird dann akzeptiert, wenn sie leistet, was sie programmatisch vorgelegt hat und dieses Programm in Einklang mit den eigenen Interessen steht; sie wird hart attackiert, wenn sie ihre Versprechungen nicht einhält. Dem Staat wird abgefordert, daß er sich, da für die Interessen der anderen sowieso gesorgt sei, primär um die der Arbeiter zu kümmern habe. Dabei ist das Prinzip des Interessenausgleichs kein Fetisch: es wird ernst genommen soweit, wie Interessenausgleich zuerst einmal heißt, Befriedigung des Nachholbedarfs der Arbeiter. Sie beharren subjektiv auf ihrem Interessenstandpunkt, weil sie ihre Interessen objektiv ohnehin beständig eingeschränkt sehen.

3.5.6. Das Syndrom des "Klassenkämpfers"

Die Gruppe der "Klassenkämpfer" stellt gegen die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem es die Arbeiter trotz

angespanntester Anstrengung zu nichts bringen, während eine Minderheit von Eigentümern an Produktionsmitteln durch die Arbeit der anderen ihren Profit macht, das Ideal einer zukünftigen Gesellschaftsordnung, deren ökonomische Probleme sich auf die gerechte Verteilung der gesellschaftlich produzierten Güter beschränken. Sie verfügen nicht nur über eine politische Orientierung, sie verfügen über eine politische Konzeption. Dennoch, so klein die Gruppe auch unter den Befragten ist, sie zerfällt in zwei Typen, die die Extreme dessen bezeichnen, in einer kapitalistischen Gesellschaft als Arbeiter Marxist zu sein.

Der eine Typus tendiert zur DKP, seine Ansichten entsprechen im großen und ganzen den von der DKP vertretenen Positionen. Der andere Typus hat sich auf eine private "intellektuelle" Position zurückgezogen, weil er auf der einen Seite der von der DKP vertretenen Linie kritisch gegenüber steht, auf der anderen Seite weder Ansatzpunkte noch Möglichkeiten für politische Praxis sieht. Seine sehr kritische Einsicht in gesellschaftliche und politische Zusammenhänge kann sich aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit seiner privaten, familiären Existenz nicht in politisches Handeln umsetzen. Dieser Typus entzieht sich der bisher von uns praktizierten Typologisierung. Dazu ist die Art seiner Diskussionsbeiträge zu differenziert und oft zu persönlich gefärbt. Anstatt einer kommentierenden Darstellung geben wir deshalb zur Illustration eine Reihe von Gesprächspassagen aus dem Protokoll eines der Befragten wieder, der zu diesem Typus zuzurechnen ist.

Stichwort: Sollte man eine Arbeiterpartei gründen?

Man sollte sie vielleicht gründen, um zu sehen, wie stark die Arbeiterbewegung eigentlich noch ist. Aber besser wird es ja auch nicht, sie würde niemals die Macht erringen, die politische Macht, weil sie zu klein wäre. Das liegt daran, weil ein großer Teil der Arbeiter sie nicht wählen würde, oder ein Teil der Arbeiter sie nicht wählen würde, alle anderen sowieso nicht.

Ja, es sind Kräfte in der Partei (sc. SPD), die das versuchen, die aber nicht durchkommen, weil eben die Stellung des Arbeiters in der Partei zu schwach ist. Alle Arbeiter in einer Partei zu organisieren ist unmöglich, weil genügend Arbeiter heute schon materiell und finanziell vom Betrieb her gesehen sich nicht mehr als Arbeiter fühlen und niemals eine Arbeiterpartei wählen würden, denn wir haben ja eine Arbeiterpartei bzw. sie wird als solche bezeichnet, das ist die SPD, aber

genügend Kollegen wählen CDU - naja, das weiß der Dümme, daß sie keine Arbeiterinteressen vertritt, und trotzdem wählen sie diese Partei, folglich kann ich diese niemals in eine Arbeiterpartei konzentrieren, folglich hat diese Arbeiterpartei niemals die Möglichkeit, die Macht zu übernehmen, die Regierung zu übernehmen. Folglich ist es eine Kräftezersplitterung tät ich sogar sagen, wenn ich hier eine neue Partei gründe, und mich mit ein paar Prozent rumärgere, ne, das gibt es nicht, wir haben ja eine Arbeiterpartei, wenn man so will, die DKP, die ist zwar DDR-hörig, aber als Arbeiterpartei gibt sie sich aus, ihre Forderungen gehen ja immer in Richtung des Arbeiters, die die Arbeiter selbst wollen - die kriegen ja nicht mal ein, geschweige denn fünf Prozent zusammen.

Die DKP ist eine Interessenpartei der sozialistischen Staaten, die eine echte Arbeitervertretung bei uns nicht wünscht, ich möchte behaupten, daß sie nur daran interessiert ist, die Macht in diesem Staat zu erringen, aber nicht im Interesse des Arbeiters.

Aufgaben einer Arbeiterpartei:

Ja, wenn wir eine Arbeiterpartei hätten, eine reine Arbeiterpartei, das ist schwer zu sagen, normalerweise müßte sie sich ja ans Grundgesetz halten, also an die Verfassung, und da käme auch eine Arbeiterpartei in Konflikt, d.h., wenn sie die reinen Interessen des Arbeiters vertreten wollte, käme sie automatisch in Konflikt mit dem Kapital, das würde dann zwangsläufig wieder Auseinandersetzungen bringen. Ganz konkret müßte sie den Kapitalismus abschaffen.

Arbeiterpartei an der Regierung:

Ja, dazu müßte man wissen, wie das Kapital sich verhält, aber wenn sie dran käme, dann müßte sie in erster Linie die Interessen der Arbeiter vertreten. Natürlich müßte sie die Minderheiten entsprechend berücksichtigen, natürlich zum Schaden der anderen, aber ich bin der Meinung, daß jede Partei ihr Demokratieverständnis daran messen sollte, wie sie sich gegenüber Minderheiten verhält. (NACHFRAGE: Welcher Minderheit?) Gegenüber der, die dann noch da ist, wenn eine reine Arbeiterpartei an der Macht ist. Mittelstand und auch das Kapital, solange es noch als Kapital existieren wird. Da es sich aber eine reine Arbeiterpartei zum Ziel setzt, das Kapitaleigentum abzuschaffen, hätten wir bald keine Kapitalisten mehr und dann brauchte man auch keine Rücksicht mehr zu nehmen. Es gibt dann nur noch den Mittelstand, der würde auch einige Privilegien verlieren, ja Gott, die Privilegien des Mittelstandes sind heute sowieso nicht mehr so arg wie früher - aber das würde sich alles ganz schön an der Verfassung stoßen, das sind ja alles rein hypothetische Fragen, die wir erörtern. (226)

3.5.7 Zusammenfassende Interpretation

Die Frage nach dem politischen Bewußtsein ist stets eine strategische Frage: Schnittpunkt nicht allein von akademischen "Erkenntnisinteressen", sondern auch und vor allem von praktisch-politischen Interessen. Diese Interessen richten sich implizit oder explizit auf das "politische Potential" oder genauer, auf das zu erwartende und damit kalkulierbare politische Verhalten. Das immer wieder diskutierte methodologische Problem der Möglichkeit, aus der Kenntnis von Bewußtseinsstrukturen auf mögliches Handeln zu schließen, muß hier unerörtert bleiben. Aus dem Verhältnis von politischem Bewußtsein und politischer Orientierung lassen sich jedoch vorsichtige Extrapolationen auf das politische Potential vornehmen. So besagt die jeweilige Ausprägung des politischen Bewußtseins etwas über die mögliche politische Wirksamkeit, die jeweilige politische Orientierung etwas über die Richtung möglicher politischer Wirksamkeit (s. Tabelle 19).

Sowohl die Staatsbürger als auch die "gespaltenen" Bürger sind demokratisch gesonnen: die einen in Form direkter Identifikation mit der bestehenden demokratischen Ordnung, die anderen eher in Form eines pragmatischen Einverständnisses, das aus der Unverbundenheit von abstrakter staatsbürgerlicher Verpflichtung und gesellschaftlicher Realität resultiert. Die Kritisch-Distanzierten tolerieren die bestehende politische Ordnung faktisch, aber in kritischer Einstellung. Sie gewinnt für sie nur soweit an Bedeutung, wie sie als Rahmen fungiert, ungestört den eigenen Interessen nachkommen zu können, hat aber nicht den Status einer *conditio sine qua non*, sondern kann, wenn es sich als nützlich und möglich erweist, durch eine andere ersetzt werden. Von den Irrational-Distanzierten ist - unter den gegenwärtigen Bedingungen jedenfalls - politische Wirksamkeit kaum zu erwarten. Sie halten sich aus der Politik heraus und lassen es sich damit genug sein, der Realität das Ideal eines starken Staates deklamatorisch entgegenzuhalten. In ihrem faktischen Verhalten dürften sie darin den Privatistisch Orientierten gleichen, die - wenn sie überhaupt politisch auftreten - dies allenfalls als "Mitläufer" tun.

Tabelle 19 Politische Orientierung und Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins

Formen staatsbürgerlichen Bewußtseins		Privatier		Irrational- Distanziert		Kritisch- Distanziert		"Gespaltenen" Bürger		Staatsbürger		S u m m e	
Syndrome politischer Orientierung	% abs. %	% abs. %	% abs. %	% abs. %	% abs. %	% abs. %	% abs. %	% abs. %	% abs. %	% abs. %	% abs. %	abs. %	%
Indifferent-konformistisches Syndrom	10 26 100											26	100
Formal-demokratisches Syndrom	7 2 4	12 4 8					70 42 84	7 2 4				50	100
Faschistoides Syndrom	3 1 3	85 28 97										29	100
Reformistisches Syndrom		3 1 2	50 16 26	30 18 29	93 27 44							62	101=100
Syndrom des radikalen Interessenvertreters			41 13 100									13	100
Syndrom des "Klassenkämpfers"			9 3 100									3	100
S u m m e	100 29	100 33	100 32	100 60	100 29							183	

Ich verfähre hier ähnlich wie Habermas et al. bei der Interpretation politischer Tendenztypen (1961, 145ff.)

Verbindet man dies mit der jeweiligen politischen Orientierung der befragten Arbeiter, so zeigt sich an der prädominanten Zahl derer, die dem formal-demokratischen und dem reformistischen Syndrom zuzurechnen sind, daß die Arbeiter bei der politischen Verfolgung ihrer eigenen Interessen im wesentlichen systemimmanent verfahren.

Bei den Formal-Demokraten ergibt sich die politische Richtung ihres eher formalen politischen "Mitmachens" - zieht man ihre Parteipräferenz hinzu (siehe Tabelle 20 : Politische Orientierung und Parteipräferenz) - aus ihrer Option für die SPD; der relativ hohe Anteil an Wechselwählern läßt jedoch die prinzipielle Unbestimmtheit ihrer politischen Tendenz erkennen.

Tabelle 20 : Politische Orientierung und Parteipräferenz

	SPD	CDU/CSU	andere	Wechselwähler	
Indifferent-konformistisches Syndrom	64	8	8	20	=100% (N=26)
Formal-demokratisches Syndrom	59	18	9	14	=100% (N=50)
Faschistoides Syndrom	52	19	7	22	=100% (N=29)
Reformistisches Syndrom	100				=100% (N=62)
Syndrom des radikalen Interessenvertreters	69		31 (DKP)		=100% (N=13)
Syndrom des Klassenkämpfers	(33)		(67)(DKP)		=100% (N= 3)

Diejenigen, die zum reformistischen Syndrom gehören, machen die größte Gruppe der Arbeiter insgesamt und zugleich den harten Kern der politisch dezidierten Arbeiter aus. Aus der Erfahrung der benachteiligten sozialen Lage der Arbeiter in einer kapitalistischen Gesellschaft durch die ständige Gefährdung ihrer Arbeitskraft wegen der Intensifikation der Produktion und durch die Bedrohung ihrer Existenz durch Unterbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit heraus halten sie permanente kompensatorische Leistungen des Staates für erforderlich, um sich als Lohnarbeiter erhalten zu können. Orientiert am Ideal einer gerechten Gesellschaft sehen sie in der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch die Konkurrenz ihre staatsbürgerliche Gleich-

heit und Freiheit bedroht und ziehen daraus den Schluß, daß der Staat beständig korrigierend eingreifen müsse. So laufen ihre politischen Zielsetzungen auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter durch Reformen innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen und politischen Systems hinaus. Daraus erklärt sich die Nähe der Reformisten zur SPD, da diese ein politisches Programm verfißt, das sich in wesentlichen Punkten die artikulierten Interessen dieser Gruppe zu eigen gemacht hat. Aus der Bindung an die SPD als politischen "Transmissionsriemen" erklärt sich aber auch der Anteil der Kritisch-Distanzierten unter den Reformisten. Denn die faktische Reformpolitik der SPD, die ständig an die ihr durch das gesellschaftliche System selber gesetzten Schranken stößt, kann - gemessen an dem programmatisch formulierten Ideal - in jedem ihrer Schritte als Versagen erscheinen.

Die Bedeutung der kleinen Gruppe von radikalen Interessenvertretern und Klassenkämpfern dürfte sich darin erschöpfen, kritische Impulse in die politische Diskussion der Arbeiterschaft hineinzutragen und sie dadurch stärker zu konturieren.

Die Gruppe derjenigen, die zum faschistoiden Syndrom tendieren, korreliert sehr hoch mit der Gruppe der Irrational-Distanzierten. Von daher ist zu vermuten, daß sie aus ihrer reservierten Haltung heraus sich gegen politisches Engagement ohnehin sperren und sich durch selbstauferlegte Distanz von politischem Handeln ausschließen. Ein Betriebsvergleich könnte ein Licht auf die spezifische Konstitution des faschistoiden Syndroms bei Arbeitern werfen, wenn er zu zeigen imstande ist, weshalb im Betrieb B das faschistoide Syndrom relativ selten, im Betrieb A dagegen relativ stark vertreten ist. Im Betrieb B kann die Präsenz der SPD durch eine starke Betriebsgruppe dazu führen, daß die Vermittlung der eigenen Interessen im politischen Bereich organisatorisch verbürgt erscheint. Im Betrieb A hingegen fehlt eine vergleichbare organisatorische Absicherung der politischen Interessen in Form eines unmittelbar vor Augen stehenden "Transmissionsriemens" vom Betrieb in den Bereich der Politik. Von daher gesehen bliebe - auch angesichts des Scheiterns der durch die SPD versprochenen Reformen - kein anderer Ausweg als die direkte Anrufung des Staates. Da aber direkte Formen der Interessenvermittlung

an den Staat ebenfalls einer organisatorischen Stütze bedürfen, diese jedoch fehlt, bleibt nur das abstrakte Entgegenhalten des Ideals eines starken Staates gegen die als schlecht erfahrene Realität übrig, eines Staates, der das tatsächlich durchführt, was die SPD nur verspricht.

Diese Interpretation ist gewiß spekulativ. Sie kann jedoch Anspruch auf Plausibilität insofern erheben, als die Parteipräferenz keinen Hinweis auf besondere Nähe etwa zur NPD gibt. Auch die Befragten, die unter das faschistoide Syndrom zu subsumieren sind, wählen in der Hauptsache die im Bundestag vertretenen Parteien, insbesondere die SPD; der relativ hohe Anteil an Wechselwählern deutet lediglich auf eine verbreitete Unzufriedenheit mit der konkreten Politik der Parteien hin. Dem läßt sich entnehmen, daß die Berufung auf einen starken Staat als Ideal bei Arbeitern nicht unbedingt eine offen faschistische oder präfaschistische politische Position einschließt, sondern eher Ausdruck der Unmöglichkeit ist, seine Interessen über Parteien durch den Staat aufgenommen zu sehen.

Die letzte Gruppe des indifferent-konformistischen Syndroms schließlich geht praktisch in der Gruppe der privatistisch Orientierten auf. Sie ist in ihrer politischen Tendenz diffus, auch wenn die überwiegende Präferenz für die SPD deutlich macht, daß die Arbeiter, wie unpolitisch immer sie sich geben mögen, traditionell oder pragmatisch sich am ehesten mit der SPD verbunden wissen. Auch diese Gruppe wird sich gegen ihre Einbeziehung in Politik nach Möglichkeit sträuben. Da jedoch die Demokratie - im Gegensatz zur Politisierungstendenz des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Diktaturen - am ehesten die Nicht-Politisierung des privaten Lebens garantiert, ist zu vermuten, daß die Indifferent-Konformistischen eher für als gegen die Demokratie eingenommen sind.

Im Ganzen kann also mit einiger Wahrscheinlichkeit gesagt werden, daß die demokratische Ordnung in ihrer gegenwärtigen Gestalt auf einen Rückhalt bei der Mehrheit der Befragten rechnen kann: Überwiegend in der Form eines pragmatischen Arrangements, bei einer nicht unbeträchtlichen Gruppe jedoch auch in Form eines gewissen Maßes von eigenem

Engagement. Wieweit das systemgerechte Arrangement sich dem Umstand verdankt, daß zur gegebenen gesellschaftlichen Ordnung keine Alternative gesehen wird, man sich also notgedrungen arrangieren muß, wird im folgenden Teil dargestellt, der sich mit der Frage nach der Bestimmung der eigenen gesellschaftlichen Lage und mit der nach möglichen Alternativen in Form der bestehenden sozialistischen Staaten oder in Form von Vorstellungen über eine "klassenlose" Gesellschaft befaßt.

II.4. Gesellschaftliche Lage und Veränderungsperspektiven

4.1. Die eigene gesellschaftliche Lage

Bezugspunkt der durchweg illusionslosen Beurteilung der eigenen sozialen Lage ist in der Regel der Vergleich mit früher unter einem zweifachen Aspekt. Früher, das ist einmal die Zeit der Vorfäter, die man aus Erzählungen kennt, die Zeit, in der die Arbeiterklasse noch als Arbeiterklasse und der Arbeiter noch als Arbeiter erkennbar war:

Heute geht es dem Arbeiter doch viel besser als den Älteren, das war der Klassenkampf da. (318)

Die Zeit ist überlebt, wo die Arbeiter eine Klasse waren. (206)

Früher, vor 40/50 Jahren - ein Arbeiter, der hat einen Haufen Kinder gehabt und hat 10/12 Stunden geschafft am Tag. Heute ist das ja ganz anders. (127)

Gegenüber dieser von den befragten Arbeitern selbst als historisch empfundenen Situation, die durch offene Diskriminierung, Auspowerung und permanente Drohung von Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet war, wird die heutige Lage eindeutig als Fortschritt apostrophiert.

Früher, das ist zum zweiten die Prosperitätsphase nach dem zweiten Weltkrieg, die man aus eigener Erfahrung kennt. Gegenüber dieser Periode wird die derzeitige Lage nur noch sehr bedingt als Fortschritt angesehen. Kriterium der Einschätzung ist hierbei in erster Linie das Einkommen. Zwar wird überwiegend festgestellt, daß sich die Einkommenssituation insgesamt verbessert habe; doch wird diese zunächst geradehin geäußerte Feststellung sogleich wieder relativiert durch die Bemerkung, daß das erhöhte Einkommen, über das man verfügen könne, in erster Linie durch Leistungssteigerung aufgrund von Arbeitsintensifikation, durch Überstunden und die Mitarbeit der Ehefrau zustande gekommen sei.

Die keineswegs automatisch mit dem technischen Fortschritt in den Schoß gefallenen, sondern durch die Gewerkschaften erkämpften Lohnsteigerungen hingegen würden lediglich hinter der allgemeinen Entwicklung immer nur hinterherhinken und durch die ständig steigenden Preise stets wieder aufgezehrt, ja sie müßten noch zusätzlich durch intensivierte Arbeit kompensiert werden. So habe sich an der Einkommenssituation letzten Endes doch nichts geändert.

Entsprechend finden sich keine Illusionen, was die Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum anlag. Bei kaum einem Arbeiter fehlt der Hinweis auf die in Relation zu den Löhnen überhöhten Unternehmergewinne: die Produktivität sei gestiegen, damit der allgemeine Lebensstandard, an der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums selber aber habe sich nichts geändert. Fortschritte seien lediglich durch eigene Anstrengungen und die der Gewerkschaften auf dem Gebiet sozialer Leistungen zu verzeichnen, hier insbesondere Verbesserungen der Urlaubsregelung, der Versorgung im Krankheitsfall und die vorgezogene Altersgrenze, von der ausnahmslos jeder Gebrauch zu machen beabsichtigt.

Bei der Beurteilung der zukünftigen Entwicklung gibt es ein Schanken zwischen vorsichtigem Zweckoptimismus, der Erwartung einer relativ krisenfreien weiteren Aufwärtsentwicklung, und der eher pessimistischen Befürchtung von allerdings nicht zu gravierenden Krisen und in ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit.¹⁾ Teils werden solche Krisen als zur normalen Entwicklung des kapitalistischen Systems gehörig betrachtet, teils als taktisches Mittel der Unternehmenseite interpretiert, gewerkschaftlichen Forderungen die Spitze abzuberechen und den Arbeitern Angst um ihren Arbeitsplatz einzujagen. Dieses Kalikül der Unternehmer wird häufig an der Einführung von Kurzarbeit demonstriert, die nach eigener Erfahrung ein Sinken des Krankenstandes und ruinös erhöhten Arbeitseinsatz zur Folge habe. Dieser Tatbestand wird in der Regel als Anzeichen für eine von den Unternehmern gewollte wachsende Konkurrenz der Arbeiter untereinander und damit als Gefahr des Auseinanderbrechens der an sich für notwendig gehaltenen Solidarität gedeutet.

1) Die Befragungen wurden im Sommer 1974 durchgeführt, zu einem Zeitpunkt also, in dem der konjunkturelle Abschwung noch nicht erkennen ließ, daß er das aus der Nachkriegszeit bekannte Maß wesentlich überschreiten würde.

Daß sich nach den Vorstellungen der befragten Arbeiter an der kollektiven Lage insgesamt nicht allzuviel geändert hat, wird auch noch einmal deutlich bei der Frage des möglichen gesellschaftlichen Aufstiegs.

Tabelle 21

Bestehen für Arbeiter Aufstiegschancen?

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Ja	43	30
Nein	27	35
Nur im Prinzip	29	34
K A	1	1
Summe	100	100

An Voraussetzungen werden genannt:

(Mehrfachnennungen möglich)

Geld	41	38
Soziale Herkunft	9	22
Beziehungen	17	13
Zeit	5	5
Intelligenz	21	16
Fleiß	25	18
Können	9	10
Wille	8	6
Entsagung	3	3
Ellenbogen	3	3
Sonstiges	10	7

Zwar wird zunächst einmal weitgehend die formal bestehende Chancengleichheit angeführt, jedoch im gleichen Atemzug auf die für den Arbeiter fehlenden gesellschaftlichen Voraussetzungen verwiesen, diese Chancen auch individuell wahrzunehmen: es fehle an Zeit und insbesondere an Geld:

Weil das Geld nicht da ist, können sie nicht auf die Schule gehen, weil der Vater sich das nicht finanziell leisten kann, obwohl die Kinder vielleicht genauso intelligent sind wie die anderen. (414)

Dieses immer wieder vorgetragene Argument wird öfter auf die soziale Herkunft insgesamt ausgeweitet, für die das mangelnde Vermögen nur ein Indikator ist:

Ja, vom Geld her theoretisch, es ist leider nicht jedem die Möglichkeit gegeben, weil es dann wieder drauf ankommt, wo er geboren ist. Das ist halt das entscheidende, aus welchem Milieu er stammt. Ein armes Kind praktisch hat es dann schon schwerer, als jemand, wo das Geld da ist. (204)

Die Schranke, die das Milieu bildet, verdeutlicht der folgende Befragte durch den Hinweis darauf, daß ein sozialer Aufstieg von Arbeitern denen, die schon "oben" sind und sich ihre Exklusivität bewahren wollen, gar nicht erwünscht ist:

Weil schon vom Arbeiter seinem Standpunkt aus der Weg verbaut wird und viele Steine in den Weg gelegt werden und weil die da oben unter sich sein wollen, ihr Milieu erhalten wollen. Obwohl es ein aufgewecktes Bürschen ist oder sonstwas, er ist den anderen gleich oder manchmal sogar überlegen und könnte genauso studieren wie ein anderer. (124)

Diese Vorstellung des hermetischen Sich-Abschließens bestimmter Gruppen mit dem Ziel, andere nicht aufrücken zu lassen, wird durch ein anderes, relativ häufig verwendetes ergänzt, in dem möglicher Aufstieg vom Willen anderer abhängig erscheint, jedoch Durchgangsschleusen in Form von Beziehungen vermutet werden:

Es ist immer noch das gewisse Vitamin B mit dabei ausschlaggebend - was hat einer für Beziehungen und wo wird er gefördert? Mancher hat das Wissen und das Können, hat aber nicht die richtigen Leute in der Hinterhand, die ihn dahin bringen. (326)

Seltener werden die geringen Chancen für sozialen Aufstieg auf fehlende subjektive Voraussetzungen der Arbeiter wie Klugheit oder Fleiß zurückgeführt:

Wenn er intelligent ist - er hats schwerer als einer, der von daheim unterstützt wird, aber es ist zu schaffen. Mit viel Fleiß, gutem Willen und Entsagung kann man es schaffen. (102)

Aber auch hier werden die objektiv bestehenden Schranken mitgedacht. Wie formal diese Argumente sind, wie wenig sich in ihnen eine reale Perspektive eröffnet, demonstriert das folgende Zitat:

Ja, auf dem Papier steht es jedenfalls. - Ich weiß nicht, ich bin halt Arbeiter. Aber ich glaube schon, wenn man sich anstrengt, das Leistungsprinzip, das gilt ja, wer was leistet, kommt auch hoch. (220)

Die Aussichtslosigkeit einer individuellen Verbesserung wird noch durch Berufung des Leistungsprinzips gerechtfertigt.

Wenn es überhaupt Aufstiegsaspirationen gibt, werden sie auf die Kinder übertragen, die - wenn möglich - etwas besseres werden sollen. Freilich macht sich auch hier kaum einer der befragten Arbeiter Illusionen über die Schwierigkeiten, die ihre Kinder in einem Bildungssystem haben, in dem, wie sie es sehen, die Kinder gebotener sozialer Schichten immer noch besser behandelt, ihre eigenen Kinder immer noch benachteiligt werden:

Kinder, die aus einer anderen Umgebung kommen als aus einem Arbeiterhaushalt können sich besser ausdrücken, die sind der Lehrerin dadurch sympathischer als ein reines Arbeiterkind, das nicht so gut hochdeutsch sprechen kann und sich nicht so gut ausdrücken kann. Wenn die Eltern Geld haben, können sie sich auch mal eine Nachhilfskraft leisten, das kann der Arbeiter auch nicht. Zum anderen: die meisten Arbeiterfrauen sind berufstätig, sie können den Kindern auch keine Unterstützung geben. Wenn die Kinder nach Hause kommen, sitzen sie allein da, und es ist für das Kind sehr schwer, sein Schulaufgabe zu machen. (202)

Auch in diesem Punkt bestätigt sich das auf eine bestimmte Lage fixierte "Arbeiterschicksal" in der Erfahrung der Arbeiter selbst: wer Arbeiter ist, bleibt Arbeiter.

Diese Beschreibung der sozialen Lage von Arbeitern, wie sie selber sie wahrnehmen, macht eines deutlich: von einer Integration im Sinne einer zufriedenen Identifikation mit der eigenen Situation kann nicht die Rede sein. Was herkömmlicherweise als Zufriedenheit interpretiert wurde, ist resignativer Ausdruck der Erfahrung und "realistische" Einschätzung dessen, was es heißt, lohnabhängig zu sein. Wenn sich die Arbeiter in der überwiegenden Mehrheit auf ihre ihnen vorgegebene soziale Lage ohne die Möglichkeit auszubrechen fixiert sehen, stellt sich die Frage, worin sich die Ursachen für ihre als benachteiligt empfundene Lage suchen und wie sie ihre eigene Situation im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang beurteilen: es stellt sich die Frage nach ihrem Gesellschaftsbild.

4.2 Zum "Gesellschaftsbild" der Arbeiter

Die folgende Darstellung zum Gesellschaftsbild der Arbeiter bezieht sich auf Antworten, die auf explizite Fragen zum Aufbau der Gesellschaft und zur Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gegeben wurden.*Nicht eingegangen ist darin, wie sich bei Arbeitern implizit im Zusammenhang mit anderen Fragen - beispielsweise der nach dem Verhältnis von Löhnen und Gewinnen oder der nach den Reproduktionsmöglichkeiten - Vorstellungen von einer bestimmten Struktur der Gesellschaft niederschlagen. Die Rekonstruktion solcher komplexer Zusammenhänge, wie sie für den Ansatz von Popitz et al. (1957) charakteristisch ist, ist ein Desiderat, dem wir im Rahmen dieses Bandes nicht nachkommen können. Zumindest läßt sich jedoch auf der Grundlage eines Überblicks über das Gesamtmaterial sagen, daß die in den verschiedenen thematischen Kontexten durchschlagenden Momente, in denen eine "Verortung" im gesamtgesellschaftlichen System aufscheint, im wesentlichen den Mustern entsprechen, die explizit, wenngleich zumeist in aller Kürze, geäußert werden. Entscheidend dabei ist, daß das Modell einer Dichotomie zwar allenthalben sich bemerkbar macht, seinen Grund aber in dem in der Regel sehr deutlich identifizierten Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern hat: die Gesellschaftsbilder sind lediglich jeweils unterschiedliche Interpretationen dieses Interessenantagonismus.

Den Kern solcher Gesellschaftsbilder bilden einerseits ein sehr präsenes Bewußtsein der eigenen sozialen Lage und andererseits die Erfahrung der Abhängigkeit dieser Lage von dem Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern. Dieser Interessengegensatz ist es, der die zentrale Perspektive für die Beurteilung gesellschaftlicher und politischer Sachverhalte abgibt. Dieser Interessengegensatz ist es, der den Fluchtpunkt nahezu jeder Argumentation ausmacht: man sieht die eigenen Interessen, deren man sich sehr wohl bewußt ist - in welchem Zusammenhang immer sie thematisiert werden - entscheidend durch die Interessen und durch die Macht der Unternehmer eingeschränkt.

* Anmerkung

Um die Arbeiter mit einem zentralen, historisch aufgeladenen Begriff der Arbeiterbewegung zu konfrontieren, waren sie auch im Verlauf der Diskussion dieser Probleme direkt danach gefragt worden, was sie sich unter einer Klassengesellschaft vorstellten und ob sie die Bundesrepublik für eine Klassengesellschaft hielten. Die Reaktionen auf diese Vorgabe waren ambivalent. Bei der Artikulation von Vorstellungen zu diesem Begriff und bei seiner Kommentierung taucht das implizite Moment des Interessenantagonismus in unterschiedlichen Abstufungen auf. So gibt es viele Befragte, die den Begriff Klassengesellschaft nicht in seiner strikten Form interpretieren, sondern ihn bis zu einer "weichen" Fassung auflösen, mit der sich nur noch Vorstellungen einer nahezu neutralen Beschreibung sozialer Unterschiede verbinden. Bezogen auf die Verhältnisse der Bundesrepublik lehnt die Mehrzahl der Arbeiter den Begriff der Klassengesellschaft als inadäquat ab; meist mit dem Tenor, der Begriff sei überholt, zuweilen mit dem Argument verknüpft, er erinnere zu sehr an Klassenkampf - und diese Zeiten seien ja vorbei. Dennoch gibt es eine beachtliche Reihe von Befragten, die den Begriff, sofern sie ihn nicht sowieso schon spontan und aus eigenen Stücken verwenden, aufgreifen und beinahe mit dem Gestus des Trotzes bestätigen: ja, wir haben eine Klassengesellschaft. Angesprochen ist freilich auch bei ihnen weniger die Dimension des offensiven Klassenkampfes als die der allgegenwärtigen Interessenkonflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern, die sich in den tagtäglichen Erfahrungen des Zwangs niederschlagen, sich behaupten müssen, Verschlechterungen abwehren zu müssen, unter ungesicherten und restriktiven Bedingungen arbeiten zu müssen, ohne damit viel mehr zu erreichen als gerade eben so leben zu können.

Dieser Interessengegensatz schließlich bestimmt in den Augen der Arbeiter ihre eigene gesellschaftliche Lage, und die Erfahrung dieser Lage als einer benachteiligten ist, wenn überhaupt, Ausgangspunkt für Vorstellungen über den Aufbau der Gesellschaft:

Man ist ja abhängig, man muß ja leben. Um zu leben, muß man arbeiten, daß man sich über Wasser halten kann. Ich würde gern was anderes tun; wenn ich es nicht notwendig hätte, daß ich da rein müßte, würde ich alles hinschmeißen und sagen: ihr könnt mir doch auf den Buckel steigen. Aber das geht nicht, ich kann nicht mein Zeug hinschmeißen, ich muß existieren. (414)

Das stimmt, daß wir die Gelackmeierten sind, die Ausgenützten und die zu wenig Bezahlten. (113)

Ich, zum Beispiel, bin ein abhängiger Mensch. Ich kann nicht frei entscheiden, ich kann mich nicht frei betätigen, ich kann mich nicht frei entfalten. Warum? Weil ich in einer abhängigen Tätigkeit lebe und gezwungenermaßen lebe. (332)

In dieser Formulierung ist die Lage der Lohnarbeiter auf den Begriff gebracht. Was sich hier in aller Deutlichkeit ausdrückt ist nichts anderes als der Zwang zur Lohnarbeit, dem man sich so oder so unterwerfen muß, wenn man seine Existenz sichern will. Das Bewußtsein dieser Abhängigkeit ist so stark, daß deren Voraussetzungen, das System der Lohnarbeit, trotz aller Kritik im einzelnen, grundsätzlich erst gar nicht in Frage gestellt wird.

Vorstellungen, die über die Artikulation der eigenen aufgezwungenen Situation hinausgehen und den Aufbau der Gesellschaft insgesamt reflektieren, sind wenig präsent und wenn sie überhaupt vorhanden sind und explizit geäußert werden, haben sie bei der Mehrheit den Charakter lakonischer Statements, deren Kürze die fraglose Gewißheit enthält, daß es so ist, wie es ist. Die Konzentration darauf, mit den Verhältnissen, denen man unterworfen ist, zurechtzukommen, läßt wenig Raum für Reflexionen auf etwas, das darüber hinaus geht und einen im Grunde nicht betrifft. Wo solche Vorstellungen geäußert werden, sind sie meist blaß und eintönig und zeigen sich davon abhängig, auf welche Ursachen man sich bei der Deutung der erfahrenen gesellschaftlichen Ungleichheit, des ungleich verteilten gesellschaftlichen Reichtums, bezieht.

Es sind hauptsächlich vier Ursachen, die für die gesellschaftliche Ungleichheit verantwortlich gemacht werden:

- die Art der Einkommensquelle: Arbeit oder Kapital
- die Höhe der aus der jeweiligen Einkommensquelle fließenden Revenue
- die schicksalhafte Zurückgeworfenheit auf die eigene Situation
- die Leistung, die jeder zum Erhalt des Ganzen beiträgt.

Ihnen lassen sich jeweils unterschiedliche Vorstellungen von der Gesellschaft als ganzer zuordnen:

- die Gesellschaft als Klassengesellschaft
- die Gesellschaft als Welt der Armen und der Reichen
- die Gesellschaft als Dichotomie von Oben und Unten
- die Gesellschaft als funktionelle Hierarchie.

Tabelle 22

Das "Gesellschaftsbild" der Arbeiter

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Arbeiterklasse - Kapital	22	39
Arm - Reich	24	30
Oben - Unten	46	27
Funktionelle Hierarchie	7	3
K A	1	1
Summe	100	100

4.2.1. Die Gesellschaft als Klassengesellschaft

Kriterium dieser Vorstellung von Gesellschaft ist die Entgegensetzung der unterschiedlichen Einkommensquellen Kapital und Arbeit als Grund für gesellschaftliche Ungleichheit. Daraus ergeben sich zwei Varianten eines "Gesellschaftsbildes", je nachdem, ob man sich affirmativ oder kritisch auf die Entgegensetzung der beiden Einkommensquellen bezieht. Die Tatsache, daß die verschiedenen Einkommensquellen zum Zweck der Produktion als Produktionsfaktoren zusammentreten müssen, führt bei der einen Variante zu einer zumindest oberflächlich harmonistischen Deutung, in der sich der Gegensatz in einem gemeinsamen Zweck aufhebt:

Es gibt immer gewisse Gruppen, die meinen, sie bilden eine Klasse. Aber das ist meiner Meinung nach verkehrt, weil wir alle an einem Strang ziehen und deshalb müssen wir versuchen, diese Sache auch gemeinsam über die Bühne zu bringen. Es war schon immer so, daß der Arbeitende nicht so viel hat, das ist ganz klar, der Eigentümer hat in jedem Fall mehr Geld als der Arbeiter. Eben deshalb ist schon eine gewisse Distanz vorhanden. (136)

Die Aufteilung der Gesellschaft in Klassen wird zwar wahrgenommen, aber sie wird beschönigt in eine unbedeutende "gewisse" Distanz. Daß das berufene gemeinsame Ziehen an einem Strang nicht unbedingt gleichberechtigte Partnerschaft bedeutet, in der jeder Beteiligte seine Interessen gleichermaßen zur Geltung bringen kann, sondern notwendiger Ausdruck eines Zwangsverhältnisses ist, das beide Gruppen von Einkommensquellen zusammenschmiedet, unterstreicht das folgende Zitat:

Das stimmt schon, daß die Arbeiter den Reichtum produzieren. Aber da kommen wir wieder auf das zurück. Wenn wir die anderen nicht hätten, könnten wir ja nicht arbeiten. Weil die das Kapital haben und wenn die nicht den Unternehmergeist gehabt hätten und den Ehrgeiz, da könnten wir ja nicht arbeiten, wir dürfen ja froh sein, daß wir als kleiner Mann arbeiten können. Wenn man andere Länder anschaut, da gäbe es auch genügend Arbeiter, aber sie können nicht arbeiten, weil keine Unternehmer da sind. Die Arbeiterklasse gibt es immer und dann gibt es auch noch die Unternehmer. Jeder soll sich in die Klasse einfügen, in der er eben reinpaßt. (340)

Die zunächst beschworene Gemeinsamkeit hebt die Teilung der Gesellschaft in Klassen nicht auf, sie unterbindet lediglich die Vorstellungen eines Gegensatzes dieser Klassen dadurch, daß jeder sich in seine Klasse klaglos einfügt. So äußert sich der notwendige Zusammenhang der Produktionsfaktoren in einseitiger Abhängigkeit der Arbeiter von den Unternehmern. Nur, sie wird als solche nicht stehen gelassen, sondern in die Verantwortung des Unternehmers umgedeutet:

Klar, die Unternehmer produzieren nichts, das ist ein Unterschied. Aber ich habe Ihnen vorhin schon mal erklärt, vielleicht widerspricht sich das auch, ich weiß nicht genau, auf alle Fälle hat doch der Unternehmer das Risiko, er trägt es ja für mich auch oder für zigtausend andere Arbeiter mit. Wenn der Mann nicht richtig reagiert oder sonstwas, hocke ich morgen auf der Straße und mit mir zigtausend andere. Das ist freilich der Unterschied und das der mehr hat, darum kann ich doch dem Menschen nicht böse sein. (309)

Dafür, daß der Unternehmer die Verantwortung nicht allein für ein möglichst günstiges Abschneiden in der Konkurrenz trägt - was in möglichst hohen Gewinnen und möglichst niedrigen Löhnen zu Buche schlägt - sondern ihm auch noch die Verantwortung für die Sicherheit der Arbeitsplätze zugeschrieben wird, gebührt ihm auch ein höheres Einkommen. Von einem gleichrangigen Zusammentreten der beiden Produktionsfaktoren, die doch erst in ihrer Kombination die Produktion ermöglichen, ist hier nicht die Rede: der Anspruch auf Gleichrangigkeit der Einkommensquellen ist vorab zugunsten der als vorrangig gesetzten Interessen der Unternehmer aufgegeben. Aus der Erfahrung der Abhängigkeit wird das eigene Schicksal freiwillig in die Hand der Unternehmer gelegt.

Gesellschaft erscheint hier als ein Zwangszusammenhang unterschiedlicher Arten von Einkommensquellen. Aus der spezifischen Qualität der einen, Lohnarbeit zu sein, resultiert die Auffassung einseitiger Abhängigkeit von der anderen. Für diejenigen, die allein über ihre Arbeitskraft als Reproduktionsmittel verfügen, ergibt sich daraus die Notwendigkeit freiwilliger Resignation; es bleibt lediglich die Hoffnung - weniger auf angemessenen Lohn, sondern darauf, überhaupt arbeiten zu können. In diesem gesellschaftlichen Zwangszusammenhang ist es das Schicksal des Lohnarbeiters, zu leben, um zu arbeiten - um welchen Preis, wird dem Unternehmer überlassen.

Die zweite Variante eines "Gesellschaftsbildes" ergibt sich daraus, daß aus der Notwendigkeit des Zusammentretens der unterschiedlichen Einkommensquellen als Produktionsfaktoren deren prinzipielle Gleichrangigkeit gefolgert wird. Die Erfahrung, daß faktisch diese postulierte Gleichrangigkeit ständig desavouiert wird und diejenigen, die über Produktionsmittel verfügen, zugleich über die verfügen können, die allein ihre Arbeitskraft als Reproduktionsmittel besitzen und verleihen können, führt zur Konstatierung eines Interessengegensatzes, der sich in der Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen mit unterschiedlicher Interessenlage spiegelt.

Die Bestimmung dieser Klassen erfolgt über die jeweils spezifische Qualität der Einkommensquelle:

Der Unternehmer hat das Kapital hinter sich, der Arbeiter hat weiter nichts, als seine Hände zum arbeiten. (135)

Ich bin halt mal Arbeiter und die anderen sind die Kapitalisten. Und ich bin Arbeiter, ich arbeite für die. Und der braucht keinen Finger krumm zu machen. (434)

Da die eine Einkommensquelle auf die andere angewiesen ist, gleichzeitig jedoch auch deren Schranke darstellt, ergibt sich daraus eine unterschiedliche Interessenlage der beiden Klassen:

Freilich haben die Unternehmer andere Interessen wie wir, das ist klar. (423)

Diese unterschiedlichen Interessen können als schlichtbarer oder als unversöhnlicher Interessengegensatz interpretiert werden. In Form eines Kompromisses entschärfbar erscheint er in dem folgenden Beispiel; Ausdruck davon ist die Hoffnung, in Lohnkämpfen ein Stück mehr für sich selber herausholen zu können:

Das ist schon ein Klassenunterschied. Der Unternehmer und der Arbeiter sind zwei Klassen. Und der Unternehmer ist ein Mensch erster Klasse und der Arbeiter ist zweite Klasse. Ein gewisser Unterschied ist ja da, aber ich meine, daß es nicht mehr so krass ist wie früher. Heute versucht man eben, dem Kapital oder dem Unternehmer was abzunehmen. Das war schon von jeher so auf der Welt, daß der Unternehmer oder das Kapital immer das größte Stück vom Kuchen abgeschnitten hat. Und durch Lohnkämpfe versucht man ja, dem Arbeiter etwas mehr zu geben. (106)

Gegenüber dieser Vorstellung einer Entschärfung des Interessengegensatzes durch die Möglichkeit, auf die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Lohnkämpfe Einfluß zu nehmen, hebt der folgende Befragte die Polarisierung der Gesellschaft in zwei Klassen gegenüber früheren, ständisch verfaßten Gesellschaftsformationen hervor.

Das ist ganz klar, daß wir noch eine Klassengesellschaft sind, zwischen Abhängigen und Unabhängigen. Aber sie ist nicht mehr so wie sagen wir einmal im 18./19. Jahrhundert. Da war die Klassengesellschaft noch etwas ausgeprägter wie heutzutage. Heute gibt es ja nur Besitzende und Nichtbesitzende, Abhängige und Unabhängige. Das wird sogar immer krasser, der Besitztum hat, rafft sich immer mehr zusammen. Die Mammutunternehmen werden immer größer. (246)

Eine Absage an Vorstellungen, daß durch die Entwicklung allgemeinen "Wohlstandes" die Klassengesellschaft sich aufgelöst hätte, bedeutet das folgende Beispiel, das etwas ausführlicher, sonst kürzer ange deutete, Argumente zusammenfaßt:

Das ging eine Zeit prima, und da hat man schon geglaubt, man wäre eine klassenlose Gesellschaft, bis die Restriktion (i.e. Rezession) kam. Das war bei uns im Betrieb ein ziemlich deutliches Zeichen. Die Arbeiter haben auf einmal wieder Angst gehabt um ihre Arbeitsplätze. Sie haben wieder gemerkt, wie klein sie im Grunde genommen sind, wie sehr abhängig vom Unternehmer, wie sie kuschen und still sein müssen und wie wenig Möglichkeiten sie haben, sich gegen so Sachen zu wehren. Durch die Vollbeschäftigung war das verschleiert worden. (202)

Im Sinne eines Antagonismus gefaßt wird der Klassengegensatz von den folgenden Befragten, die den Gegensatz der Interessen als Ausbeutungsverhältnis interpretieren und Ausbeutung so verstehen, daß die Interessen des einen durch den anderen permanent mißachtet werden:

Selbstverständlich haben wir eine Klassengesellschaft, daß die eine Klasse ausbeutet und die andere ausgebeutet wird. (219)

Wir tun Mehrwert produzieren, der sich wieder niederschlägt in der Profitrate - in der Aktionärsversammlung werden dann die Dividenden beschlossen, so drückt sich das eben aus gegenüber der Arbeiterschaft. (208)

Der Besitz an Produktionsmitteln verschafft Macht und Unabhängigkeit, die Gebundenheit an die Arbeitskraft als Reproduktionsmittel bedeutet Abhängigkeit. Das ist das Grundargument derjenigen, die in der Gesellschaft eine Klassengesellschaft sehen, in der formell die Gleichrangigkeit der Einkommenquellen unterstellt, materiell aber die Klasse der Lohnarbeiter benachteiligt:

Ja, wir sind eine Klassengesellschaft, eine Klassengesellschaft sind wir nach wie vor. Wir sind eine reine Klassengesellschaft, auch wenn es oberflächlich nicht sichtbar ist. Unternehmen brauchen Geld zum Investieren, sonst sind wir auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Aber in der Form, wie sich das vollzogen hat und noch vollzieht, üben die Unternehmer mit ihrem Kapital, mit ihrem Geld, mit ihren Produktionsmitteln, die sie haben, politische Macht aus. Und das geht nicht, das wissen sie selbst auch ganz genau. Im Ansatz ist ja schon so Zeug da: es gibt Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und die Volksaktien - das ist alles, damit der kleine Mann auch ein Zugehörigkeitsgefühl haben soll zu dieser Gesellschaft. Der Unternehmer ist sich seiner Macht bewußt, auch wenn er es nicht gern zugibt. Aber die Leute, die die Produktionsmittel besitzen in unserer Gesellschaft heute, die haben die Macht. Da ist gar nicht dran zu rütteln. (332)

4.2.2. Die Gesellschaft als Welt der Armen und der Reichen

Kriterium dieser häufig sehr vagen Vorstellung von Gesellschaft ist hier nicht die unterschiedliche Art der Einkommensquelle, sondern die unterschiedliche Höhe des Einkommens selber. Befragte, bei denen sich solche Anschauungen andeuten, scheiden angesichts ihrer Erfahrung der eingeschränkten eigenen Reproduktionsmöglichkeiten die Welt in solche, die viel Geld haben und solche, die sich mit wenig begnügen müssen - und dies sind die Arbeiter. Sichtbar wird diese als Diskriminierung empfundene Benachteiligung, wo man hinschaut:

Da gehen Sie mal nach Baden-Baden. Machen Sie mal einen Sonntagsausflug hin und da sehen Sie es am besten. Das braucht ja nicht unbedingt Baden-Baden zu sein, irgendein Kurort, ob Sie da als Arbeiter hin von der Sozialversicherung geschickt werden, da sehen Sie den kleinen Unterschied. Also wirklich sehr krass. (343)

Auf den bloß wahrgenommenen Gegensatz von Arm und Reich stützt sich jedoch kaum ein ausgeprägtes Gesellschaftsbild. Entscheidender Gesichtspunkt ist die Erfahrung, daß man sich selber sein ganzes Leben lang abrackert und doch ein Habenichts bleibt:

Der Arbeiter muß sein Lebenlang arbeiten, weil er eben nicht so viel Geld hat wie die anderen, weil er nicht so viel verdient.
(340)

Die Reichen dienen fast immer nur dazu, die eigene Lage plastischer hervortreten zu lassen; wieso sie reich sind und die Arbeiter arm, bleibt in der Regel im Dunkeln:

Einer hat einen Bungalow und einer hat gar nichts. Oder einer fährt Mercedes und der andere mit dem Fahrrad. (304)

Wieweit der Reichtum der anderen eigentlich nur als Fata Morgana zitiert wird, wie fern die Reichen selber sind, wird deutlich in den Topoi, zu denen gegriffen wird, um sie zu charakterisieren. Es kommt dabei selten mehr heraus als die stereotype Skizze einer Welt, die in der Groschenpresse als das Arkanum der Playboys, als die Welt des Gunther Sachs, geschildert wird:

Die haben ihre Dinger da in Sylt, in Saint Tropez, in Nizza und Überall da. Da sind die Reichen allein und da können wir nicht rein. (345)

Präziser werden die Vorstellungen erst dort, wo es konkret darum geht, die Höhe des eigenen Lohnes ins Verhältnis zur Höhe der Gewinne der Unternehmer zu setzen. Freilich steht dann im Vordergrund wiederum der Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern, der nicht zu einer Vorstellung von Gesellschaft insgesamt ausgeweitet wird. Dieser Interessenkonflikt erscheint unter der Perspektive einer ungerechten Verteilung:

Ja Gott, am Reichtum bin ich beteiligt, aber nicht an der Höhe, was eventuell zuspricht, nicht? (228)

Das ist ja das, weil die Unternehmer viel zu viel einstreichen, der dumme Arbeiter, so ungefähr muß man sagen, der kriegt viel zu wenig, wenn man es prozentual setzt vom Unternehmer. (438)

Lediglich dort, wo die ungleiche Einkommensverteilung strikt auf Unternehmer und Arbeiter bezogen wird, taucht die Vorstellung einer Gesellschaft von Klassen auf, deren Differenz an den unterschiedlichen Konsummöglichkeiten festgemacht wird:

Was wir verdienen und was die Unternehmer sich alles leisten können, da sind große Klassenunterschiede schon drin. Denen ihre Kinder kriegen zum Geburtstag ein kleines Flugzeug geschenkt und wir müssen sparen, um unseren ein Paar Schuhe oder ein Kleid zu kaufen. (101)

Die ins Auge springenden Unterschiede der Einkommen werden von den Arbeitern sehr wohl registriert und mehrheitlich als ungerecht angesehen, aber zu einem präziseren Gesellschaftsbild verdichten sich diese Wahrnehmungen erst dort, wo sie unmittelbar auf den Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern bezogen werden.

4.2.3. Die Gesellschaft als Dichotomie von Oben und Unten

Bezugspunkt dieser Vorstellung von Gesellschaft ist die Abgeschottetheit der eigenen Lage. Entsprechend erscheint Gesellschaft als ein Ober- bzw. Untereinander zweier, voneinander abgetrennter, in sich geschlossener Gesellschaften: der oberen Zehntausend, die unter sich bleiben wollen, und der kleinen Leute unten, die unter sich bleiben müssen.

Das sind ja nur die paar Zehntausend, die da oben sitzen und die wollen für sich bleiben. Die wollen ja das arbeitende Volk nicht haben, auf einer Stufe mit sich stehen haben. (123)

Die Arbeiter sind dazu verurteilt - ja praktisch sind sie von ihrer Lage aus dazu verurteilt - die können ja net mehr über ihren eigenen Schatten springen. (242)

Der Meinung bin ich schon ein bisschen, daß sich eine gewisse Klasse, daß die sich so ein bisschen abschirmt, daß die das ein bisschen versuchen, daß nicht jeder reinkommt. Durch gewisse Kreise, wo sie eben niemand reinlassen und schon ein gewisser Geldstand, durch ein gewisses Geld, die schon über Geld verfügen, die schon gar niemand zulassen, der nicht mithalten kann. (2307)

Ich sehe eben eine gewisse Klasse, die wo oben ist und eine gewisse Klasse, die wo unten ist. Das kann man noch feststellen. (236)

Der letzte Befragte spricht für viele, denen sich ihre gesellschaftliche Lage als ein für alle mal festgelegt darstellt: darüber hinaus haben sie in der Tat nichts mehr festzustellen; allenfalls so viel noch, wie es der folgende Befragte tut, der den Unterschied von Oben und Unten, von Groß und Klein zum ubiquitären Faktum erhebt:

Diese Unterschiede zwischen groß und klein, die gibt es auch in der Sowjetunion, die gibt es in jedem Land der Erde. (338)

4.2.4. Die Gesellschaft als funktionelle Hierarchie

Die Vorstellungen von Gesellschaft schließen sich hier in einem Bild zusammen, das die Gesellschaft als einen Funktionszusammenhang erscheinen läßt, in dem jeder gemäß seiner unterschiedlichen Aufgabe seinen festen Ort hat und dort zum Funktionieren des Ganzen beiträgt. Die Aufgaben aller werden gleichermaßen als sinnvoll und zweckmäßig interpretiert, die jeweilige Stellung in der Gesellschaft richtet sich nach dem jeweiligen Beitrag zur Reproduktion des Ganzen:

Jeder, der heute im Beruf steht, der trägt dazu bei, vom Kleinen bis oben hinauf, bis zum Direktor. (205)

Pate hat für diese Art von Vorstellung bei einigen die betriebliche Hierarchie gestanden: die Gesellschaft wird nach dem Modell einer industriellen Produktionsstätte interpretiert, die nach fachlichen Kompetenzen gegliedert erscheint:

Es gibt die Führungsschicht, das Kapital und die Abhängigen. (127)

Es kann aber auch noch das Rudiment des Bildes einer ständisch verfaßten Gesellschaft durchscheinen:

Es gibt verschiedene Schichten, es gibt die Oberschicht und eben die Arbeiter und Bauern. Es ist unbedingt notwendig, weil man braucht einen Bauern und braucht einen Arbeiter und braucht eben einen Mittelstand, einen Kleinhändler und braucht eben die Oberschicht und die Unternehmer, das gibt dann ein Gefüge, die wo den Staat richtig erhalten können und drum ist das auch notwendig. (425)

Die Vorstellungen reichen freilich nicht hin, um auszudrücken, wie dieses Gefüge im einzelnen aussieht. Es genügt, daß man seinen Platz hat und sich dessen Anforderungen fügt, dann besteht berechtigte Hoffnung, daß man vom Funktionieren des Ganzen selber auch profitiert.

4.2.5. Zusammenfassende Interpretation

Wie farblos und stereotyp die expliziten Formulierungen von Vorstellungen über den Aufbau der Gesellschaft auch ausfallen mögen, die in ihnen jeweils thematisierten Ursachen für gesellschaftliche Ungleichheit eröffnen, mit der politischen Orientierung in Zusammenhang gebracht, einen neuen Aspekt und tragen zur Abrundung des Bildes der Syndrome politischer Orientierung bei. (vgl. Tabelle 23 : Politische Orientierung und Gesellschaftsbild).

Tabelle 23

Politische Orientierung und Gesellschaftsbild

	Arbeit/ Kapital	Arm/ Reich	Oben/ Unten	Hier- archie	K A	S u m m e
Indifferent- konformistisches Syndrom	23	27	46	4	-	=100% (N=26)
Formal-demo- kratisches Syndrom	24	42	28	2	4	=100% (N=50)
Faschistoides Syndrom	14	28	48	7	3	=100% (N=29)
Reformistisches Syndrom	42	23	27	8	-	=100% (N=62)
Syndrom des radi- kalen Interessen- vertreters	38	8	54	-	-	=100% (N=13)
Syndrom des "Klassenkämpfers"	(100)					=100% (N= 3)

So fällt auf, daß die indifferent-Konformistischen und diejenigen, die zum faschistoiden Syndrom zu zählen sind, ihre gesellschaftliche Lage am ehesten als auferlegtes, unveränderliches Schicksal betrachten, immer "unten" zu sein. Aus welchem Grund, liegt nahe. Die einen, weil sie überhaupt kein Interesse an einer von ihnen selbst zu initiiierenden Veränderung haben und sich deshalb fügen, die anderen, weil sie sich abgefunden und eingerichtet haben und mit der ständigen Berufung des "starken Staates" die Zentrierung des Bestehenden im Auge haben - möglicherweise aus Furcht vor Veränderungen, von denen sie sich noch größere Restriktionen erwarten als die, denen sie sich unterworfen haben. Daß die Formal-Demokraten eher zur Vorstellung einer Gesellschaft von Armen und Reichen tendieren, verwundert nicht. Das Kleben an den äußeren Formen ist ja geradezu konstitutiv für dieses Syndrom, deshalb ist Bezugspunkt ihres "Gesellschaftsbildes" die äußere Erscheinung des Resultats der Interessenauseinandersetzungen mit den Unternehmern: zur Ursache vermögen sie nicht durchzustoßen.

Die Nähe der Reformisten schließlich zur Vorstellung der Gesellschaft als einer Klassengesellschaft liegt auf der Hand: sie bilden die Gruppe, in der der Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern gerade an der unterschiedlichen Art der Einkommensquellen festgemacht wird: darauf basiert ihre Forderung nach gerechter Verteilung der gesellschaftlich produzierten Güter, die sich dem notwendigen und damit gleichrangigen Zusammentreten der Produktionsfaktoren als Einkommensquellen verdanken. Unmittelbar einsichtig erscheint es, daß die "Klassenkämpfer" ihre Wahrnehmung der Gesellschaft am Klassengegensatz von Kapital und Arbeit festmachen. Dagegen ist ein bestimmter Zusammhang von Gesellschaftsbild und radikaler Interessenorientierung nur sehr schwer interpretierbar, wie überhaupt insgesamt deutlich wird, daß den Syndromen politischer Orientierung bestimmte Gesellschaftsbilder zwar tendenziell, aber nicht eindeutig zugeordnet werden können.

4.3 Sozialistische Staaten als Alternative?

Wurde bisher deutlich, daß die Arbeiter innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems kaum einen Ausweg auf grundsätzliche Veränderungen ihrer individuellen und kollektiven Lage sehen und suchen, so erhebt sich die Frage, ob sie "außerhalb" des eigenen Gesellschaftssystems eine für sie attraktive und für realisierbar gehaltene Alternative erblicken. Als konkreter Anknüpfungspunkt für die Entwicklung von Vorstellungen über mögliche Alternativen bieten sich die sozialistischen Staaten an, da sie ja ihrem eigenen Anspruch nach verwirklicht haben, was von Anfang an Ziel der Arbeiterbewegung gewesen war: ein Gesellschaftssystem, das nicht mehr auf dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital basiert.

Eine relativ kleine Gruppe der von uns befragten Arbeiter meint, nicht über genügend Informationen zu verfügen, um überhaupt ein begründetes Urteil über die sozialistischen Staaten abgeben zu können:

Ich kenne die Probleme da drüben zu wenig, darum fühle ich mich nicht dazu berufen, das zu bejahen oder zu verneinen. Nach der Entwicklung von 1945 waren sie bereit, die vorhergehende Gesellschaftsordnung zu verändern. Was natürlich draus geworden ist, dafür habe ich nicht den richtigen Einblick. Aber da drüben wird auch noch viel zu ändern sein. (246)

Diejenigen, die in den sozialistischen Staaten eine Alternative erblicken, äußern dies in der Regel nicht pauschal, sondern beziehen sich auf einzelne Elemente, wobei insbesondere auf das für besser gehaltene Bildungs- und Gesundheitswesen hingewiesen wird:

Auf eine gewisse Art sind sie vielleicht eine Alternative - nehmen wir mal die Ostzone, ich möchte zwar nicht hinüber, aber die haben bestimmt gewisse Vorteile, die wir nicht haben. Die tun mehr für die Bildung und vielleicht auch in sozialer Hinsicht. Man muß z.B. in ein Krankenhaus, dann wird auf diese Art drüben mehr gemacht. Bei uns gibt es erste und zweite Klasse, das finde ich nicht für richtig. Wenn ich krank bin, darf das keine Rolle spielen, ob ich Direktor, Angestellter oder Arbeiter bin. Bei uns wollen die Ärzte ihren Profit machen. (314)

Über derartige Sozialleistungen hinaus spielt auch die Garantie eines gesicherten Arbeitsplatzes als möglicher Vorteil eine wichtige Rolle:

Eine Alternative ist es schon. Z.B. gibt es da ein Recht auf einen Arbeitsplatz; es kann keiner entlassen werden. Das ist schon einmal eine Grundvoraussetzung, die bei uns überhaupt nicht vorhanden ist. (348)

Insgesamt jedoch werden von denen, die einzelne Vorteile der sozialistischen Länder hervorkehren, diese Länder eher als Folie benutzt, um die Mängel des eigenen Systems anschaulich zu machen; insofern werden die sozialistischen Länder als Realisierung bestimmter Momente des Ideals eines Sozialstaats betrachtet.

Explizit abgelehnt als Alternative werden die sozialistischen Staaten von dreiviertel der Befragten, mit einer ganzen Reihe von Begründungen (s. Tabelle 24). Bemerkenswert dabei ist, daß auch die ablehnenden Stellungnahmen nur ganz selten mit Ressentiments geladen oder durch anti-kommunistische Affekte gefärbt sind.

Eine der Begründungen stellt darauf ab, daß man in privatkapitalistischen Systemen für sich selber, in staatskapitalistischen aber für den Staat arbeite:

Angeblich sind die Klassen aufgehoben, aber dafür schaffe ich da alles für den Staat da drüben. Hier schaffe ich zwar für den Unternehmer, aber ich werd bezahlt. Ich schaffe nicht für den Staat, ich schaffe für mich. Ich kann mir deshalb auch mehr erlauben wie die da drüben, das ist wichtig. (127)

Da die privaten Interessen der Bürger auch in den sozialistischen Staaten eingeschränkt erscheinen und durch die Interessen des Staates substituiert werden, resultiert daraus Gleichgültigkeit gegenüber den Zielen der Produktion:

Tabelle 24

Halten Sie die bestehenden sozialistischen Staaten für eine gegenüber unserem System wünschenswerte Alternative

	Betrieb A (N=87) %	Betrieb B (N=96) %
Ja	6	13
Nein	76	71
Nicht informiert	7	5
K A	11	11
Summe	100	100

Im einzelnen werden folgende Gründe genannt:

(Mehrfachnennungen möglich)

	Betrieb A (N=87) %	Betrieb B (N=96) %
<u>Negative Einschätzungen</u>		
Dort gibt es keine Freiheit	51	40
Dort ist der Lebensstandard schlechter	28	20
Soziale Gleichheit ist dort auch nicht besser	21	14
Die Planwirtschaft dort ist schlecht	9	11
Die Einheitspartei dort ist schlecht	13	8
<u>Positive Einschätzungen</u>		
Das Bildungswesen dort ist besser	19	17
Das Gesundheitswesen dort ist besser	19	7
Soziale Gleichheit ist dort hergestellt	10	15

Wenn wir die DDR anschauen, die Wohnungsnot z.B., der Verfall der Häuser und so, das wollen die jetzt in den Griff bekommen, das hat sich über 20 Jahre hingezogen, das ist einer dieser Mängel - wenn einer einen Kühlschrank braucht, muß er zwei Jahre warten und Fahrrad usw., dann die Lebensmittel, es gibt keine Südfrüchte, und dann gibt es mal keinen Salat, dann gibts mal das net, das sind alles so Mängel, die ich auch nicht für richtig halte, das ist mir nicht wünschenswert, das kommt aus dem System raus, diese Mängel, da taugt das System net. Es liegt am System meine ich, der einzelne, der ist zwar als Direktor eingesetzt, aber er ist kein Direktor, also macht er sich keine große Mühe, der wurschtelt halt so vor sich hin. (316)

Wenn man alles verstaatlicht, und da hockt bloß so ein Direktor drin oder irgendwas, sehen Sie Rußland, oder auch in Ostblockländern, die haben doch gar kein Interesse dran. (109)

Dem mangelnden Interesse an den Zielen der Produktion im Rahmen einer Planwirtschaft wird der Vorteil der Konkurrenz der Interessen gegenübergehalten. Konkurrenz fungiert als Motor für mehr Leistung und damit für eine bessere Versorgung des einzelnen mit Gütern:

Ja, durch das Kapital ist die Verdienstmöglichkeit etwas besser, da wir sozusagen eine Leistungsgesellschaft sind, ist es eben besser. Man kann, wenn man will, eben mehr verdienen und drüben sind eben gewisse Grenzen gesetzt. (245)

Die institutionelle Form der wirtschaftlichen Konkurrenz ist die freie Marktwirtschaft. Die durch sie garantierte Regulierung von Angebot und Nachfrage wird gegenüber der Planwirtschaft nicht allein als effektiver, sondern auch als Basis freier Entfaltung des einzelnen angesehen:

Ich schätze, daß bei uns die freie Marktwirtschaft doch mehr für uns gebracht hat. Die drüben, bei denen ihrer Planwirtschaft ... (215)

Die haben keine freie Marktwirtschaft, die können nicht das machen, was sie wirklich interessiert. Hier hat er doch theoretisch die Möglichkeit in der freien Marktwirtschaft. In der sozialistischen Wirtschaft, da ist er festgelegt, da kann er nichts mehr machen. Hier ist es drin, das ist ja die freie Menschenentfaltung. Im Sozialismus hat er dazu überhaupt keine Chance. (129)

Die durch die Marktwirtschaft garantierte Freiheit wird einerseits als die Freiheit der Unternehmer bestimmt, jederzeit ein neues Produkt auf den Markt bringen zu können, andererseits als die Freiheit der Konsumenten, dieses erweiterte Warenangebot dann auch kaufen zu können:

Ich möchte sagen, daß es bei uns freier ist: wenn halt irgendein Unternehmer eine Marktlücke sieht, daß der sich die Marktlücke schnappt und stellt eben die Sache her. Das ist dem seine Chance, daß der was machen kann, daß eben das Volk das auch haben kann. (427)

Die Möglichkeit, die eigenen Bedürfnisse auf einem bestimmten Niveau befriedigen zu können, drückt sich im jeweiligen Lebensstandard aus. Der Vergleich beider Systeme fällt unter diesem Gesichtspunkt bei den Arbeitern zuungunsten der sozialistischen Staaten aus:

Gucken Sie mal, ich kann Urlaub mit meiner Familie machen, der kostet mich, sagen wir mal, zwei Monatslöhne. Das kann ich mir ersparen. Was ich drüben erarbeite, reicht nicht dazu. Auch die Verbrauchsgüter, ob das Kühlschrank ist oder Waschmaschine, Auto wollen wir gar nicht sprechen. Aber hauptsächlich die Lebensmittel. Was die drüben kosten - ja und sie müssen den Mund halten, was man bei uns doch nicht braucht. (237)

Auch die Versuche von staatlicher Seite, durch moralische Propaganda und durch die Vorgabe von Soll-Werten die Konkurrenz der Arbeiter untereinander anzufachen, wird übel vermerkt. Diese Maßnahmen, mit denen die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Intensifikation der Leistung erreicht werden soll, wird von manchen Befragten mit Ausbeutung gleichgesetzt:

Also so ein sozialistischer Staat, ich kann mir net helfen, das hört sich so an: Arbeiter- und Bauernstaat, aber es ist auch nicht so. Da wird doch auch der Kleine, der Arbeitende, genauso ausgebeutet wie hier, wenn man von Ausbeutung reden kann. Die müssen auch ihr Soll erfüllen, die müssen immer mehr und mehr leisten - da wird alles rausgeholt. (418)

Da werde ich eher ausgebeutet, da bekomme ich wunder was versprochen von Held der Arbeit und Pionier der Arbeit - da treibt einer den anderen an - hier bei uns im Privatkapitalismus, da krieg ich meine Norm, meinen Akkord, das muß ich machen, gell, und da brauch ich nicht Samstag oder Sonntag, damit ich meinen Teil krieg, ins Werk zu gehen an meinen Arbeitsplatz. (125)

Dies kann sich bis zu der Vorstellung erweitern, daß man "drüben" eigentlich ständig nur zu arbeiten habe; demgegenüber wird das Moment der vermehrten Freizeit im eigenen System als positiv registriert:

Die müssen genauso arbeiten wie ich hier drüben. Aber ich habe mehr Freizeit. (108)

So wie es bei uns ist, ist es am besten für die Arbeiter - weil er mehr Freizeit hat, die drüben müssen ja auch sonntags schaffen. (112)

Auch der Anspruch der sozialistischen Staaten, daß es in ihnen keine prinzipiellen gesellschaftlichen Unterschiede mehr gäbe, wird nicht akzeptiert, zumindest wird seine Realisierung bezweifelt:

Da müßte es eigentlich nur Reiche geben, da ist doch kein angesammeltes Kapital. Also müßte das ganze Geld, das bei uns die Kapitalisten haben, das müßten doch die haben, jeder einzelne. Und da muß ich wieder fragen, haben sie das? Nein, sie haben es nicht. (338)

Zwar wird konzidiert, daß es dort keinen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital gebe und infolgedessen auch keinen Interessenkonflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern. Dies bedeute jedoch nicht, daß überhaupt keine Klassen mehr existierten, es hätten sich lediglich neue Klassen herausgebildet:

Da gibt es keine Klassen mehr, aber trotzdem gibt es Klassen, so versteckte Klassen. Da gibt es ja auch verschiedene Leute, der eine ist Arbeiter, der andere ist Angestellter, der andere ist Funktionär, und die unterscheiden sich doch auch. Der hat Beziehungen, der kriegt eine 5-Zimmer-Wohnung, der kriegt keine, oder der fährt ein Auto und der fährt keins. Das ist auch ein Klassenunterschied. (113)

Insbesondere wird auf die Diskrepanz hingewiesen, die zwischen den privilegierten Funktionären und den einfachen Arbeitern besteht:

Es gibt keine Klassen mehr und doch bestehen sie. Vielleicht sogar noch krasser. Es gibt Staatskapitalisten und die Partei verwaltet auch mehr oder weniger die ganzen Staatsinteressen und wahrt auch ihre eigenen Interessen. Wer es geschafft hat, mit am Ruder zu sein, lebt vielleicht mehr im Wohlstand als hier mancher Kapitalist. Die haben ihre eigenen Läden, wo die Parteigenossen von einer gewissen Stufe ab einkaufen können. (133)

Überhaupt sind die Funktionäre häufig Stein des Anstosses. So wird die gleiche Funktion, die im eigenen System die Unternehmer haben, in den sozialistischen Ländern dem Staat oder den ihn repräsentierenden Funktionären zugeschrieben:

Es gibt dort vielleicht keine Klassen in unserem Sinne, aber es gibt dort die Funktionäre, die spielen dort dieselbe Rolle wie bei uns die Manager, die Konzernherren und die Aktienbesitzer. (202)

Weil, da ist bloß eine Klasse, der Unternehmer ist da die Partei, da hat der Arbeiter genauso wenig, genau so wie bei uns. (321)

Sonstige Argumente, mit denen behauptet wird, daß es in sozialistischen Ländern auch Klassen gäbe, sind oft lediglich die Übertragung von offenbar universalistischen Gesellschaftsbildern auch auf die sozialistischen Staaten:

- Arm - Reich: Dort gibt es zwar keine Klassen, aber es gibt dort auch arm und reich. (106)
- Oben - Unten: Das ist es ja, was ich gesagt habe, es gibt immer nur zwei Schichten: die obere Klasse und die untere Klasse. Und das ist das, da gibts kein Ding. Z.B. in der DDR kann ich mir nicht sagen, ich wechsel von heute auf morgen. Bei dem verdien ich so viel, bums, gehe ich hin. (111)
- Groß - Klein: Die arbeiten doch auch nur in die eigene Kasse. Da wird es genauso Große geben, nur vielleicht nicht den Mittelstand. Da gibt es nur den kleinen Stand und die ganz Großen. (303)

Hauptargument jedoch, das in allen möglichen Variationen wiederkehrt, ist der Hinweis auf die fehlende persönliche Freiheit in sozialistischen Ländern. Dieser Umstand ist schließlich ausschlaggebend dafür, daß man einer Demokratie nach "westlichem" Muster den Vorzug gibt:

Hier bin ich mein eigener Herr. Ich habe Gedankenfreiheit, Meinungsfreiheit, Betätigungsfeld. (213)

Das ist für mich das oberste Gebot, daß ich mal meine Seele sauber reden kann, und wenn ich anderer Meinung bin, daß ich auch mal diskutieren kann drüber. Wenn ich bloß sagen dürft, was ihnen und ihrem Apparat da genehm ist, dann verzicht ich auf sowas. (405)

Der garantierten Meinungsfreiheit wird das Recht auf Freizügigkeit zur Seite gestellt, das es jedermann gestattet, sich jederzeit dorthin zu begeben, wohin er möchte:

Es gibt doch nichts Besseres, als richtig frei zu sein. Der Mensch, der das mal gekannt hat, daß er richtig frei ist - mir kann jetzt keiner sagen, Du darfst da nicht hingehen, oder ich muß jetzt da hin gehen - aber da drüben, das ist es eben. Der Mensch muß dahin und da darf er nicht hin. In der DDR sagen sie auch, sie sind klassenfrei, aber es gibt auch solche und es gibt andere. Es gibt welche, die müssen arbeiten und die anderen können arbeiten. (341)

Die Einschränkung der Freizügigkeit wird heftig kritisiert und nicht selten am "Mauerbau", der bei vielen Befragten im Gedächtnis haften geblieben ist, demonstriert:

Das sind ja Diktaturen. Sonst müßten die Ostblockstaaten ja nicht ihre Grenze so bewachen, daß die Leute nicht abhauen. Und noch eine Mauer ringsherum bauen. Das ist normalerweise nichts anderes als wie es beim Hitler war, das ist genau dasselbe. (115)

Vermutet wird dabei eine durchgehende Reglementierung des gesamten öffentlichen und privaten Lebens:

Die haben keine Freiheit, die kriegen vorgeschrieben, das darfst machen. (104)

Insgesamt ist die Berufung auf das Ideal der Freiheit durchaus nicht unkritisch. Die Emphase der Herausstellung des Rechtes auf Freiheit wird oft von der Einsicht begleitet, daß der Realisierung dieses Rechtes auch bei uns ihre Grenzen gesetzt sind. Beim Abwägen von Vor- und Nachteilen ist es jedoch letztlich das Mehr an Freiheit, das zu Buche schlägt:

Das wäre in den sozialistischen Ländern z.B., daß da net so große Unterschiede sind. Das finde ich für richtig. Aber es ist net so die Freiheit, also ich kann hingehen wo ich will, aber ich hab den Nachteil, daß bei uns das andere net so stimmt. Aber man kann kein Land, es gibt kein Land, wo alles dem entspricht, wie ich es haben will, das ist ein Traumland, das gibts net. (119)

Da hat das eine System Fehler und es hat das kapitalistische System Fehler, lupenrein sind sie beide nicht. Und ich muß sagen, ein beträchtlicher Teil der Freiheit liegt hier mehr in den kapitalistischen Ländern, nicht? Und bloß die Handhabung, die ist eben, die ist zweifelhaft, die ist nicht zu durchschauen ganz, aber das kommt eben auch auf die Menschen darauf an, wer bisschen freiheitlich gesinnt ist, der würde glattweg sagen, ich wähl das kapitalistische System, das liegt mir mehr, das bietet mir den größeren Teil an persönlicher Freiheit. Sie können arm sein und trotzdem persönliche Freiheit genießen - diese Ostblockstaaten, die sind doch irgendwie dirigistisch. (312)

Solche idealistischen Konklusionen finden sich allerdings selten; charakteristisch für den Tenor des Vergleichs von Vor- und Nachteilen beider Systeme ist eher der folgende Beitrag:

Für den arbeitenden Menschen ist es ein Vorzug - wirtschaftlich sind sie abgesichert. Bloß inwieweit - da geht es mir um meine persönliche Freiheit - das garantiert ist, das sehe ich dort nicht: An und für sich bin ich abgeneigt gegen so eine Partei, die mehr auf Diktatur aus ist. Die kriegen einen Plan, die erfüllen ihn auf ihre Art und Weise, da ist oft kein Zusammenhang da. Wenn Mitverantwortung da ist von einem Unternehmer, da sieht man doch anders aus. Weil der muß schauen, daß er sein Geschäft machen tut. (NACHFRAGE: Geht dies nicht auf Kosten der Arbeiter?) Ja, das läßt sich nicht ganz ausschließen. Aber der Unternehmer wird doch immer wieder schauen, daß er Arbeiter kriegt. Das nützt ihm doch auch nichts, wenn er einen leerstehenden Betrieb hat. Das ist die andere Seite. (326)

Alles in allem wird deutlich, daß nach einem Abwägen von guten und schlechten Seiten dem eigenen System der Vorzug gegeben wird, ohne daß dem unbedingt eine affirmative Identifikation zu entnehmen wäre. Eine Alternative sind für die Arbeiter die sozialistischen Staaten nicht: hier wissen sie, was sie haben; sie glauben zu wissen, was sie dort nicht hätten.

4.4 Perspektiven möglicher Systemveränderungen

Da die Arbeiter außerhalb des eigenen Gesellschaftssystems keine reale Alternative ausmachen können, stellt sich die Frage, ob und welche Möglichkeiten einer Veränderung des eigenen Systems ins Auge gefaßt werden. Angesichts der Einschätzung der eigenen Lage im bestehenden, ihnen vorgegebenen Gesellschaftssystem, das sie vorwiegend als Klassengesellschaft oder zumindest als Gesellschaft mit erheblichen sozialen Unterschieden wahrnehmen, läßt sich dieses Problem auf die Frage zuspitzen, ob die Arbeiter an der Herstellung einer klassenlosen Gesellschaft interessiert sind und sie für möglich halten - eine Frage, die ja aufs engste mit politischen Zielsetzungen der traditionellen Arbeiterbewegung verbunden war.

Hier zeigt sich bei den Befragten ein recht heterogenes Bild, das lediglich durch ein gemeinsames Merkmal charakterisiert ist: durch Abstraktheit und Vagheit der Vorstellungen, die zugleich deren praktische Schwäche offenbaren. Insgesamt lassen sich die Befragten in drei Gruppen aufgliedern. Es gibt solche:

- die eine klassenlose Gesellschaft für ein erreichbares Ziel halten;
- die eine klassenlose Gesellschaft zwar für ein wünschenswertes Ziel, jedoch nicht für realisierbar halten;
- die eine klassenlose Gesellschaft aus verschiedenen Gründen nicht für erstrebenswert halten.

Tabelle 25

Ist eine klassenlose Gesellschaft denkbar

	Betrieb A (N= 87) %	Betrieb B (N= 96) %
Ja	29	38
Nein	49	53
Nicht erstrebenswert	21	6
KA	1	3
Summe	100	100

4.4.1. Klassenlose Gesellschaft als denkbares Ziel

Selbst der größte Teil der Gruppe derjenigen, die zunächst geradehin äußern, daß sie eine klassenlose Gesellschaft für möglich halten, verbindet in der Regel kaum ausgeprägte Vorstellungen mit dem Begriff einer klassenlosen Gesellschaft. Wenn überhaupt Vorstellungen vorhanden sind, reichen sie kaum darüber hinaus, daß es dort eben die Probleme nicht mehr geben sollte, die man hier - in der bestehenden Gesellschaftsordnung - tagtäglich am eigenen Leibe erfährt:

Ja, das könnte ich mir vorstellen. Es muß nicht sein, daß es Reiche und Arme gibt. (101)

Möglichkeiten, in absehbarer Zeit ein solches Ziel zu erreichen, sieht kaum ein Befragter dieser Gruppe; wenn doch, dann traut man es den Menschen selber nicht zu, vielmehr wird eine Instanz angerufen, von der man glaubt, daß sie über hinreichend Macht verfügt, um die Menschen dorthin zu führen:

Das könnte ich mir schon vorstellen. Jeder Mensch müßte mit dem zufrieden sein. Erreichen kann man das, indem man stufenweise erst einmal die Geldgier abbaut. Einer setzt sich für die anderen ein, seinen Fähigkeiten entsprechend. Jeder ist dazu da, für die Bedürfnisse des anderen mitzuarbeiten. Wenn man so etwas erreichen will muß man den Egoismus in den Hintergrund stellen. Durch einen Staat müßte die Menschheit langsam dahin geführt werden. (133)

Nur ein verschwindend geringer Teil der Befragten sieht in einer klassenlosen Gesellschaft ein konkretes und für realisierbar gehaltenes Ziel. Es sind meist diejenigen, die mehr oder weniger dezidiert eine kommunistische Position vertreten. Aber selbst bei ihnen ist die Gewißheit nicht sehr groß, daß dieses Ziel in einem überschaubaren Zeitraum erreichbar wäre. Sie verbinden zwar prägnante Vorstellungen mit dem Begriff der klassenlosen Gesellschaft und wissen auch fast lehrbuchhaft zu sagen, auf welchem Weg sie zu errichten wäre, aber auch bei ihnen stehen im Vordergrund eher die Schwierigkeiten, die sich auf dem Weg türmen:

Das wäre oder ist nach den Vorstellungen, die der gute alte Marx propagiert hat, wäre das die kommunistische Gesellschaft. Zu erreichen wäre sie, indem die Verhältnisse dahingehend verändert werden, daß die produzierende Klasse die Macht hat und dann die Güter, die für die Menschheit produziert werden, so verteilt werden, wie sie also den Bedürfnissen und der Notwendigkeit entsprechen. (Aber es kommt nicht in Gang), weil einfach die Menschen, um die es geht, über diese Entwicklung zu wenig informiert sind und dann anschließend sich zu wenig Gedanken machen können. Zum anderen, daß es infolge der Schwierigkeiten, eine solche Gesellschaft ... also eine solche Entwicklung in die Tat umzusetzen, doch ein gewisses fehlendes Vertrauen da ist. Denn es ist ja so, daß die zur Zeit existierenden sozialistischen Länder infolge ihrer Ausgangsposition, die sie hatten, doch gemessen an den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, die gerade in Europa sich gegenüberstehen, doch es schon schwierig haben, deutlich zu machen, was eigentlich unter dieser vorteilhafter ist oder was vorteilhafter in dieser Gesellschaft ist. (232)

4.4.2. Klassenlose Gesellschaft als Utopie

Indikator für die Ferne und die politische Bedeutungslosigkeit der Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft ist, daß die Hälfte der Befragten wenig mehr als ein Arkanum darin sieht und nicht einmal eine Ahnung davon hat, wie dieses Ziel zu erreichen wäre:

Ja, das wird wohl ziemlich ein Wunschtraum bleiben. Vielleicht in ein paar hundert Jahren - oder tausend Jahren. Das weiß man nicht. (132)

Gewiß keine Perspektive für praktische Politik. Die täglich erfahrene Ungleichheit hat sich derart tief ins Bewußtsein eingegraben, beherrscht so die Vorstellungswelt, daß selbst der Gedanke noch, es könnte anders sein, davon bestimmt ist:

Das wäre wünschenswert, aber eine wünschenswerte Utopie. Das kann ich mir nicht vorstellen, ich kann auch heute keine sehen, selbst in den erzkommunistischen Ländern nicht, selbst da gibt es Klassenunterschiede. Die haben sie da genauso wie überall. Und die wird es immer wieder geben, das wird man nie wegbringen. Das liegt an der Menschheit selber, da müßte man genau feststellen, was eigentlich die Schuld daran ist. Das kommt schon davon, der eine hat mehr Bildung, der andere hat weniger

Bildung, der eine sagt, wenn ich mich mit dem unterhalten tu, das ist doch uninteressant, der liegt nicht auf meinem Interessengebiet, das wird es immer geben. (301)

Wiederum stimuliert auch hier die Frage nach der Möglichkeit einer klassenlosen Gesellschaft lediglich die Darstellung dessen, welche Unterschiede es in der bestehenden gibt. Fast stereotyp wiederholt sich die Wendung, daß es die Unterschiede, die an einzelnen Phänomenen demonstriert werden, immer gegeben habe und immer geben werde, z.B. Unterschiede in der Intelligenz:

Ein Unterschied wird immer da sein, weil der war schon immer da und wird immer da sein, weil der eine hat eben mehr im Kopf und der andere hat eben weniger im Kopf, und der wo mehr im Kopf hat, der wird dem anderen immer überlegen sein. (437)

Mit einem anderen Argument wird die gesellschaftliche Ungleichheit aus der Ungleichheit der menschlichen Natur abgeleitet:

Es liegt im Menschen drin, daß er immer ein bißchen mehr sein möchte. (201)

Wenn ich heute 1000 Mann habe und stell sie in den Urwald und gebe jedem 1000 Mark mit, dann wird man nach einem Jahr feststellen, daß von den 1000 Mann haben vielleicht 500 nichts mehr von ihrem Geld und von den anderen 500 haben vielleicht 20, die haben 10.000 Mark und die anderen haben 2 oder 5000. Es ist praktisch das meiste, was praktisch angeboren ist. (130)

Die Beweisführung für die Unabänderlichkeit wird hier mit der mathematischen Präzision einer Dreisatzrechnung geführt. Mit logischer Schlußfolgerung wird die Ungleichheit aus dem Wesen des Menschen deduziert. Als ebenso zwingend wird die Scheidung der Welt in Arme und Reiche interpretiert:

Der arme Teufel und der Reiche, das ist der einzige Unterschied. Der wo das Geld hat, der bestimmt; der wo keines hat, muß eben ein Untergebener sein. Das wird sich nicht ändern, das war schon von jeher so und das wird sich auch nicht ändern. (335)

Fatalismus ist das gemeinsame Band all dieser Vorstellungen; die Frage nach der klassenlosen Gesellschaft provoziert die Befragten lediglich dazu, sich der selbst erfahrenen Unterschiede zu erinnern und sie als unabänderlich zu setzen.

Es gibt jedoch auch eine Reihe von Befragten, die über die Darstellung der aktuellen Probleme auf dem Hintergrund der Frage nach einer klassenlosen Gesellschaft hinausgeht und versucht, konkrete Gründe dafür anzugeben, es nicht einem unabwendbaren Fatum zuzuschreiben, daß es so schwierig ist, eine Gesellschaft ohne gravierende soziale Unterschiede herzustellen. Die einen gehen von ihrer historischen Erfahrung aus, kommen jedoch nach einem Systemvergleich zu dem Schluß:

Es wäre ein Wunsch von mir, daß es kommen würde. Aber es kommt leider net so. Selbst die Kommunisten, selbst die machen Fehler, daß sie den Leuten zu wenig Freiheit lassen usw. Da würde ich sagen, von uns vielleicht die Hälfte und von denen die Hälfte wäre das richtige. (209)

Die anderen knüpfen an die Form der bestehenden Gesellschaftsordnung an und leiten aus ihr die Unmöglichkeit einer strukturellen Veränderung ab:

Ich könnte es mir schon vorstellen, aber es wird es nie geben. Es wird immer verschiedene Klassen geben in unsrer Gesellschaft. Außer es kommt eine Diktatur, daß alles verstaatlicht wird, und praktisch ist bloß ein Staat da und alle sind Arbeiter, dann ist das was anderes. Aber solange es Demokratie und Kapitalismus gibt, gibt es Arbeiter und gibt es andere Klassen. (304)

Wenn so etwas von der Arbeiterschaft ausginge, würde es mit nur friedlichen Mitteln nicht gehen. Aber dabei würden die Arbeiter immer wieder den kürzeren ziehen, weil die Voraussetzungen von der Regierungsseite nicht geschaffen wurden. Nach unseren gültigen Gesetzen würde man uns, wenn wir uns mal am Eigentum anderer vergreifen würden, oder seine Rechte beschneiden würden, die Polizei auf den Hals hetzen. Das ist so. So sind die Voraussetzungen im Gesetz von keiner Regierung für eine klassenlose Gesellschaft überhaupt gegeben. (212)

Die meisten Befragten wissen mit der Idee einer klassenlosen Gesellschaft nicht viel anzufangen; deren Realisierungsmöglichkeiten liegen ihnen zu fern. Für eine positive Vorstellung reicht es kaum, sie dient allenfalls als Monitum, daß die bestehende Gesellschaftsordnung eine von Klassen und Unterschieden ist.

4.4.3. Klassenlose Gesellschaft als nicht erstrebenswertes Ziel

Für eine - allerdings die kleinste - Gruppe der Befragten ist eine Welt ohne Unterschiede nicht nur nicht vorstellbar, sie halten soziale Unterschiede für unabdingbar. "Gleichmacherei" halten sie für ungerecht:

Nein, das finde ich für ungerecht, weil die Menschen sind ja gar gar nicht alle gleich. Der eine ist strebsam, der andere ist faul. Der eine ist klug, der andere ist dumm. Da soll schon ein Unterschied sein. (402)

Typisch für diese Befragten ist, daß sie das, was sie faktisch an sich selber erfahren, ins Normative wenden. Daraus, daß sie es nur durch Leistungskonkurrenz zu mehr bringen können, leiten sie ab, daß die Konkurrenz notwendig sei, um etwas zu leisten:

Wenn jeder gleichgeschaltet ist, dann gibt es keinen Fortschritt mehr, weil jeder sagt, wenn ich das jetzt mache, habe ich dasselbe, als wenn ich es nicht mache oder wenn ich etwas anderes mache. Dann fehlt der Ehrgeiz. Wenn ich für mich arbeiten kann oder jeder für sich arbeiten kann, dann glaube ich schon, daß das besser wird. (424)

Da fehlt doch dann der Antriebsmotor, der Ehrgeiz. Das ist das Primitivste. Das funktioniert net, da müßte jeder Mensch zum Idealisten werden. Ich glaube, daß man eine bestimmte Regelung braucht, daß eben doch ein großer Teil da sein muß, der das macht, was er sich eigentlich gar nicht wünscht. (405)

Dieser Gedankengang ist prototypisch. Zuerst wird der Ehrgeiz als das Schmieröl der Konkurrenz zitiert. Dann aus einer pessimistisch-anthropologischen Einstellung heraus gegenüber dem fehlenden Idealismus der Menschen die Notwendigkeit einer bestimmten Ordnung abgeleitet, der man sich dann auch unterwerfen muß, selbst wenn man es gar nicht will. Der letzte Satz verrät das Ziel der ganzen argumentativen Veranstaltung: die Rechtfertigung dafür, weshalb man etwas tut, obwohl man es gar nicht tun möchte.

Andere wiederum zeigen ihre Einstellung darin, welche Unterschiede sie heranziehen, welche sie ausblenden: sie suchen die Unterschiede in dem der "Nasen" eher als in dem der gesellschaftlichen Lage. Soziale Unterschiede er-

scheinen ihnen nur noch maskiert als Runtheit und Lebendigkeit der Welt, die das Leben erst lebenswert machen:

Das müßte dann höchstens - so wie in China, in Rotchina, so auf die Art - da ist ja einer wie der andere, aber - mich grauts irgendwie an den Gedanken, selbst wenn ich irgendwo in der tiefsten Klasse bin, das wäre mir dann doch lieber, als wenn ich mit allen gleich wäre. Das glaub ich nicht, daß es einem dadurch besser ginge. (134)

Eine letzte Gruppe schließlich hat sich mit der herrschenden Situation abgefunden, weil dieser Zustand ihr immer noch sicherer dünkt als das ungewisse Risiko, einen anderen über Verstaatlichung oder Generalstreik herbeizuführen, dessen Ende man gar nicht absehen könne:

Ich kann mir nicht vorstellen, daß revolutionäre Veränderungen, daß uns da gedient ist, warum - ich nehm an, daß die Wirtschaft so zerbrochen ist, daß wir wieder auf dem Niveau stehen wie anno dazumal. Es war bis jetzt jedes mal so. Auf der anderen Seite, wenn ich dafür wäre - von meinem jetzigen Niveau aus würde ich sagen, daß ich was riskiere, um hinterher total am Ende zu sein, wenn es nicht klappt. (137)

Die Skepsis gegenüber gewaltsam erzwungenen Veränderungen ist unverkennbar: was man hat, ist immer noch besser als Versprechungen auf die Zukunft, von denen keiner sieht, wie sie eingelöst werden sollen.

4.5 Zusammenfassung

Die Lage der Arbeiter ist, so wie sie selber es sehen, charakterisiert durch ein Arrangement mit dem status quo, dessen Ziel es ist, unter den gegebenen Bedingungen der eigenen Existenz das Niveau zu sichern, das gegenüber früher erreicht worden ist. Man hofft zwar überwiegend, auf dem Wege von Reformen die eigene gesellschaftliche Situation für die Zukunft verbessern zu können, ist jedoch gleichzeitig gegenüber den konkreten Möglichkeiten skeptisch. Mit der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung hat man sich abgefunden, weil man weder realiter eine erstrebenswerte Alternative sieht noch aus einer gesellschaftlichen Utopie Vorstellungen für eine verändernde Praxis zu gewinnen vermag. Interessenpolitik wird von den aktuellen Problemen her bestimmt, nicht von einer Idee möglicher gesellschaftlicher Veränderungen.

Anstelle einheitlicher "theoretischer" Perspektiven, die es erlauben würden, Systemzusammenhänge zu identifizieren und auf die eigene Interessenlage zu beziehen, findet sich eine durch den unmittelbar erfahrenen Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital bestimmte, skeptisch bis resignativ gebrochene pragmatische Orientierung, nicht nur gegenüber den Bedingungen der eigenen Arbeit und Reproduktion, sondern gegenüber dem gesamten gesellschaftlichen System und seinen politischen Institutionen. Gewerkschaften, Parteien, Staat werden als Mittel zum Zweck der den Umständen nach bestmöglichen Realisierung eines Interesses gesehen: des Interesses an angemessener Reproduktion; freilich als Mittel, deren Tauglichkeit selber angezweifelt wird. Insofern zeigt sich keine Integration in Form einer affirmativen Identifikation, sondern einzig ein pragmatisches Einverständnis mit dem vorgefundenen und mit eigenen Mitteln kaum für veränderbar gehaltenen gesellschaftlichen und politischen System. Variationen zeigen sich darin, mit welchem Nachdruck auf den eigenen Interessen insistiert wird und in welchem Maße auf die Bedingungen und die Mittel ihrer Durchsetzung reflektiert wird. Für solche Differenzierungen scheinen Erfahrungen des Erfolgs oder Mißerfolgs beim Versuch, die eigenen Interessen im Rahmen des

betrieblichen Kontextes zur Geltung zu bringen, eine Rolle zu spielen: sowohl was das Ausmaß als auch was die Richtung politischer Reflexion betrifft, auf die sich das eigene Selbstbewußtsein im Hinblick auf die Möglichkeiten stützt, im gegebenen System herauszuholen, was herauszuholen ist. Dabei dienen in diesem Arrangement mit den vorgegebenen Bedingungen adaptierte Momente der herrschenden Ideologie des sozialen Ausgleichs zur Legitimation von Forderungen nach einem angemessenen Anteil am nationalen Wohlstand, Momente tradierter Klassentheorie zur resignativen Erklärung dessen, weshalb dieser Anteil faktisch nicht höher ausfällt.

Verzeichnis der verwendeten Literatur

- Abendroth, W., Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1965.
- Abendroth, W., Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme. Pfullingen 1966.
- Abendroth, W., Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Frankfurt/M. 1964.
- Almond, G.A., Comparative Political Systems. In: Eulau, Eldersveld, Janowitz (Hrsg.), Political Behaviour. Glencoe 1965.
- Arbeitsgesetze. 22. Auflage. München 1977.
- Bahrdt, H.P., Erzählte Lebensgeschichte von Arbeitern. In: Osterland (Hrsg.), Arbeitssituation, Lebensweise und Konfliktpotential. Frankfurt/M., Köln 1975.
- Bergmann, J., Jacobi, O., Müller-Jentsch, W., Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Band 1: Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen. Frankfurt/M. 1976 (2).
- Biegert, H.H., Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches. In: Mommsen et al. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung der Weimarer Republik. Bd. 1. Kronberg, Düsseldorf 1974, S. 190-205.
- Bierbaum, Ch. et al., Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise. Frankfurt, Köln 1977.
- Böckenförde, E.-W., Die Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft im demokratischen Sozialstaat der Gegenwart. In: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt/M. 1976.
- Born, K.E., Staat und Sozialpolitik im Deutschen Kaiserreich. In: Geschichte in der Gegenwart. Festschrift für Kurt Kluxen. Paderborn 1972.
- Bracher, K.D., Die deutsche Diktatur. Frankfurt, Berlin, Wien 1969.
- Brauns, H.J., Jaeggi, U., Kisker, K.P., Zerdick, A., Zimmermann, B., SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945. Frankfurt/M. 1976.
- Broszat, M., Der Staat Hitlers. München 1969 (1978).
- Buse, M.J., Nelles, W., Überblick über die Formen der politischen Beteiligung. In: U. von Alemann (Hrsg.), Partizipation - Demokratisierung - Mitbestimmung. Opladen 1975.
- Conze, W., Vom "Pöbel" zum "Proletariat". In: VSWG Bd. 41. 1954.

- Conze, W. und Groh, D., Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung. Industrielle Welt, Bd. 6. Stuttgart 1966.
- Dahl, R.A., A Preface to Democratic Theory. Chicago 1970.
- Däubler, W., Das Grundrecht auf Mitbestimmung. Frankfurt/M. 1973.
- Eckart, Chr. et al., Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung. Empirische Thesen zum "instrumentellen Bewußtsein". In: H.-G. Backhaus (Hrsg.), Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4. Frankfurt/M. 1975.
- Engels, F., Brief an Carl Klein und Friedrich Moll vom 10. März 1871. In: MEW 33, S. 188.
- Erdmann, K.D., Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte. Jahrgang 3, 1955.
- Feldmann, G.D., Sozialpolitik und sozialer Konflikt in der Weimarer Republik. Bericht. In: Mommsen et al. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung der Weimarer Republik. Kronberg, Düsseldorf 1974, S. 174-178.
- Fitting, K., Die Entwicklung der Mitbestimmung. In: Bartholomäi et al. (Hrsg.), Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Bonn - Bad Godesberg 1977, S. 371-389.
- Forsthooff, E., Verfassungsprobleme des Sozialstaats. In: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Darmstadt 1968, S. 145-164.
- Forsthooff, E., Der Staat in der Industriegesellschaft. München 1971.
- Freyberg v. et al., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975. Köln 1975.
- Gates, R.A., Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929-1933. In: Mommsen et al. (Hrsg.), a.a.O., 1974, S. 206-225.
- Gladen, A., Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Eine Analyse ihrer Bedingungen, Formen, Zielsetzungen und Auswirkungen. Wiesbaden 1974.
- Gladen, A., Probleme staatlicher Sozialpolitik in der Weimarer Republik. In: Mommsen et al. (Hrsg.) a.a.O., 1974, S. 248-259. (b)
- Glatzer, W. und Krupp, H.-J., Das Einkommen und seine Verteilung für die Bundesrepublik Deutschland, In: W. Zapf (Hrsg.), Soziale Indikatoren - Konzepte und Forschungsansätze III. Frankfurt, New York 1975 (Veröffentlichungen des SPES-Projekts).
- Göske, G. und Bedau, K.D., Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1975. Berlin 1974.

- Goldthorpe, J.H. et al., Der "wohlhabende" Arbeiter in England. 3 Bde. München 1970/1971.
- Grebing, H., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München 1970.
- Groh, D., Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt, Berlin, Wien 1973.
- Habermas, J. et al., Student und Politik. Neuwied 1961.
- Habermas, J., Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied 1965 (2).
- Hack, L. et al., Klassenlage und Interessenorientierung. Zum Konstitutionsprozeß der Bewußtseinsstrukturen junger Industriearbeiter. In: Zeitschrift für Soziologie. Jahrgang 1, 1/1972, S. 15-30.
- Hallgarten und Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute. Köln, Frankfurt 1974.
- Hartmann, H., Arbeitserfahrung, Konfliktpotential und gesellschaftliches Bewußtsein industrieller Arbeitnehmer. Überblick über den Forschungs- und Diskussionsstand. In: Materialien aus der soziologischen Forschung. Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages. München 1978, S. 804-824.
- Hartwich, H.-H., Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo. Köln, Opladen 1970.
- Heiber, H., Die Republik von Weimar. München 1966 (1975).
- Hermens, F.A., Schieder, The. (Hrsg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning. Berlin 1967.
- Hirsch, J., Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften. Eine Untersuchung zur Autonomie sozialer Verbände in der modernen Verfassungsordnung. Stuttgart 1966.
- Hofschien, H.-G., Ott, E., Rupp, H.K., SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD. Köln 1975.
- Hoss, D., Die Krise des "Institutionalisierten" Klassenkampfes. Frankfurt, Köln 1974.
- Huster, E.-U. et al., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949. Frankfurt/M. 1972.
- Janowitz, M., Die soziologischen Voraussetzungen der Theorie der Demokratie, In: KZfSS, Nr. 8, 1965.
- Kendall, W., Gewerkschaften in Europa. Hamburg 1977.
- Kern, H. und Schumann, M., Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. 2 Bde., Frankfurt/M. 1970.

- Kocka, J., Klassengesellschaft im Krieg 1914-1918. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 8. Göttingen 1973.
- Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Band 1. ff.. Berlin 1961ff.
- Kudera, S., Arbeit, Biographietypen und Bewußtsein. Eine diachronische Perspektive der Konstitution von gesellschaftlichem Bewußtsein. In: Wolff, S. et al., Arbeitssituationen in der öffentlichen Verwaltung. Frankfurt, New York 1979.
- Lau, Ch., Zugänge zur Wirklichkeit: Methodeninnovation im DFG-Forschungsschwerpunkt Industrie- und Betriebssoziologie. In: Soziale Welt. Jahrgang 28 1977. H. 1/2, S. 144-166.
- Lempert, W. und Thomssen, W., Berufliche Erfahrung und gesellschaftliches Bewußtsein. Stuttgart 1974.
- Leibholz, G., Strukturwandel der Demokratie. Frankfurt/M. 1974.
- Lutz, B. und Schmidt, G., Industriesoziologie. In: König, R. (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 8. Stuttgart 1977, S. 101-262.
- Mason, T.W., Sozialpolitik im Dritten Reich. Opladen 1977.
- Mayer, G., Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat. Bonn - Bad Godesberg 1972.
- Miller, S., Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974.
- Mommsen, H. et al. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung der Weimarer Republik. Bd. 1. Kronberg, Düsseldorf 1974 (1977).
- Mommsen, H., Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Frankfurt 1974.
- Milatz, A., Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 66. Bonn 1965.
- Müller, G. et al., Abschlußbericht des Projekts "Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus". Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Starnberg 1976.
- Osterland, M., Innerbetriebliche Arbeitssituation und außerbetriebliche Lebensweise von Industriearbeitern. In: Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. Festschrift für M.E. Graf zu Solms-Roedelheim. Hrsg. von M. Osterland. Frankfurt, Köln 1975, S. 167-184.
- Osterland, M., Lebensgeschichtliche Erfahrung und gesellschaftliches Bewußtsein. Anmerkungen zur soziobiographischen Methode. In: Soziale Welt. Jahrgang 24. H. 4, 1973, S. 409-417.

- Otto, B., Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Entwicklung, geistige Grundlagen, aktuelle Politik. Köln 1975.
- Pankoke, E., Sozialpolitik zwischen staatlicher Systematisierung und situativer Operationalisierung. In: Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft 19 der KZfSS. 1977, S. 76-97.
- Pirker, Th., Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. Bd. 1. München 1960.
- Pollard, S., The Trade Unions and the Depression of 1929-1933. In: Mommsen et al. (Hrsg.), a.a.O., 1974, S. 237-248.
- Popitz, H., Bahrdt, H.P., Jüres, E.A. und Kesting, H., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen 1957.
- Preller, L., Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949.
- Riedel, M., Stichwort: Bürger, Staatsbürger, Bürgertum. In: Brunner, Conze, Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Stuttgart 1972.
- Ritter, G.A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900. Berlin-Dahlem 1963 (2).
- Ritter, G.A., Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1976.
- Ritter, G.A., Worker's Culture in Imperial Germany: Problems and Points of Departure for Research. In: Journal of Contemporary History 13, 1978, S. 165-189.
- Rosenberg, A., Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1977 (18).
- Roth, G., The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration. Totowa, N.J. 1963.
- Ruff, K., Der "gebrochene" Instrumentalismus - Zur Arbeits- und Lohnorientierung von Arbeitern. Eine empirische Studie. Diss. Erlangen 1978.
- Rupp, H.K., Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1978.
- Scharmann, Th., Vom Proletarier zum Industriebürger - Ideologie und Empirie. In: Scharmann und Roth (Hrsg.), Vom Proletarier zum Industriebürger. Bern 1976.
- Scharpf, F., Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz 1970.
- Schmidt, E., Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Frankfurt/M. 1970.
- Schumann, M. et al., Am Beispiel der Septemberstreiks - Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Eine empirische Untersuchung. Frankfurt/M. 1971.

- Schumann, M. und Wittemann, K.P., Tendenzwende im Arbeiterbewußtsein? Überlegungen zum Bewußtsein und Verhalten der Arbeiter in einer veränderten gesellschaftlichen Lage. In: Frankfurter Hefte. Sonderheft Arbeitswelt. 32. Jahrgang, H. 4, April 1977, S. 69-74.
- Schumpeter, J.A., Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie. Stuttgart, 1975 (4).
- Schuster, D., Die deutschen Gewerkschaften seit 1945. Stuttgart 1974 (2).
- Staritz, D., Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen 1976.
- Stürmer, M. (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918. Kronberg/Ts. 1977.
- Syrup, F. und Neuloh, O., Hundert Jahre Staatliche Sozialpolitik 1839-1939. Stuttgart 1957.
- transfer 2. Wahlforschung: Sonden im politischen Markt. Opladen 1977 (2).
- Vetter, H.O. (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler. Köln 1975.
- Wehler, H.-U., Das deutsche Kaiserreich 1871-1918. Deutsche Geschichte 9. Göttingen 1975 (2).
- Wheeler, R., Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik. Einige methodologische Bemerkungen. In: Mommsen et al. (Hrsg.), a.a.O., 1974, S. 179-189.
- Winkler, H.A. (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953. Göttingen 1979.
- Zeuner, B., Innerparteiliche Demokratie. Berlin 1969.
- Zimpel, G., Selbstbestimmung oder Akklamation. Stuttgart 1972.

L e b e n s l a u f

Geboren am 25.5.1941 in Troppau, CSSR. 1961 Abitur am Kaiserin-Friedrich- Gymnasium in Bad Homburg v.d.Höhe. Ab April 1961 Studium der Soziologie, Philosophie und Politologie an der Universität Frankfurt am Main, abgeschlossen 1968 mit dem soziologischen Diplom. Von 1969 bis 1972 Mitarbeit an einem hochschuldidaktischen Forschungsprojekt in Hannover. Seit 1973 wissenschaftlicher Angestellter im Sonderforschungsbereich 22 der Universität Erlangen- Nürnberg; Forschungstätigkeit im Rahmen von industriesoziologischen empirischen Untersuchungen.

Harry Bungsche
offsetdruck
ERLANGEN-BUBENREUTH

Harry Bungache
offsetdruck
ERLANGEN-BUBENREUTH